

184/KOMM XXIV. GP

Kommuniqué

des Untersuchungsausschusses zur Klärung von Korruptionsvorwürfen (910/GO XXIV. GP)

Untersuchungsausschussprotokoll der 10. Sitzung vom 15. Februar 2012 - öffentlicher Teil

Der Untersuchungsausschuss zur Klärung von Korruptionsvorwürfen hat am 18. November 2011 einstimmig beschlossen, alle Protokolle (bzw. Tonbandabschriften) der öffentlichen Teile der Sitzungen dieses Untersuchungsausschusses im Internet auf der Homepage des Parlaments gemäß § 39 Abs. 1 GOG als Kommuniqué zu veröffentlichen.

Der Ausschuss hat weiters einstimmig beschlossen, dass für den Fall, dass gemäß § 23 Abs. 3 VO-UA Einwendungen gegen Fehler in der Protokollierung erhoben werden und diese vom Ausschuss mit Beschluss anerkannt werden, die Parlamentsdirektion zu beauftragen ist, die Internetversion zu berichtigen und als solche auch zu kennzeichnen.

Hinweis: Dieses Protokoll wird im Falle von konkreten von Auskunftspersonen bzw. Sachverständigen erhobenen Einwendungen gegen Fehler der Übertragung vom Tonträger, die vom Untersuchungsausschuss anerkannt wurden, korrigiert.

PROTOKOLL

Untersuchungsausschuss zur Klärung von Korruptionsvorwürfen

10. Sitzung/ öffentlicher Teil

vom 15. Februar 2012

Gesamtdauer der Sitzung:

09.09 Uhr – 17.59 Uhr

Wien, 2012 02 15

Dipl.-Ing. Gerhard Deimek

Schriftführer

Dr. Gabriela Moser

Obfrau



REPUBLIK ÖSTERREICH
Parlament

Untersuchungsausschuss

zur

Klärung von Korruptionsvorwürfen



Protokoll

(verfasst vom Stenographenbüro)

10. Sitzung/ öffentlicher Teil

Mittwoch, 15. Feber 2012

Gesamtdauer der 10. Sitzung
9.09 Uhr – 17.59 Uhr

Lokal VI

Auskunftspersonen

(10. Sitzung; Mittwoch, 15. Feber 2012)

Mag. Tina HASLINGER	3
Christoph PÖCHINGER	32
Mag. Karin GASTINGER	73
Mag. Marielouise GREGORY	104

Beginn der Sitzung: 9.09 Uhr

Obfrau Dr. Gabriela Moser eröffnet die 10. Sitzung des Untersuchungsausschusses und ersucht darum, die erste Auskunftsperson in den Saal zu holen.

(Die Auskunftsperson **Mag. Tina Haslinger** sowie deren Vertrauensperson **Mag. Rene Haumer** werden von einem Bediensteten der Parlamentsdirektion in den Sitzungssaal geleitet.) Die Obfrau weist darauf hin, dass vor der Befragung der Auskunftsperson noch ein technisches Detail geklärt werden müsse, nämlich eine Abstimmung über Akteneinsicht und Teilnahmerecht.

Sodann informiert sie über die Nachnominierung von Lukas Brucker vom BZÖ-Klub, dem gemäß § 24 Abs. 1 der Verfahrensordnung und § 32d Abs. 5 der Geschäftsordnung für die gesamte Dauer der Tätigkeit dieses Untersuchungsausschusses ein Teilnahmerecht an den nichtöffentlichen Sitzungen sowie ein Recht auf Zugang und Einschau in die vom Ausschuss anzufordernden Originalakten und Unterlagen eingeräumt werden soll, ebenso das Recht, Kopien hiervon von der Parlamentsdirektion anzufordern und entgegenzunehmen.

Der Beschluss darüber erfolgt **einstimmig**.

9.12

Auskunftsperson Mag. Tina Haslinger

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Wir gelangen nun zur Anhörung von Frau **Mag. Haslinger** als **Auskunftsperson**. – Einen schönen guten Morgen!

Ich mache wiederum die Damen und Herren Medienvertreter darauf aufmerksam, dass Fernseh- und Hörfunkaufnahmen und -übertragungen sowie Film- und Lichtbildaufnahmen und alle sonstigen Tonbandaufnahmen unzulässig sind. Bitte lassen Sie derartige Geräte außerhalb des Saals. Handys müssen abgeschaltet sein.

Frau Mag. Haslinger, ich danke für Ihr Erscheinen. Vor Ihrer Anhörung muss ich Sie an Ihre **Pflicht zur Angabe der Wahrheit** und die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage erinnern. Eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss wird gemäß § 288 Abs. 3 StGB wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft. Diese Erinnerung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten.

Ihr vollständiger Name lautet: Mag. Tina Haslinger. Geburtsdatum: 21. März 1975. Anschrift: Wien. Sie sind selbständig und in keinerlei Dienstverhältnis zur öffentlichen Hand stehend.

Frau Mag. Haslinger, auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Sollte einer dieser Gründe bei einer Frage, die an Sie gerichtet wird, vorliegen, ersuche ich Sie, darauf hinzuweisen. Ein **genereller** Aussageverweigerungsgrund vor dem Untersuchungsausschuss kann **nicht** geltend gemacht werden.

Ich weise Sie noch darauf hin, dass Sie über die Errichtung und den Inhalt von Rechtsgeschäften, bei welchen Sie als Urkundsperson beigezogen worden sind, die Aussage auch wegen eines zu besorgenden vermögensrechtlichen Nachteils nicht verweigern können.

Nun zur **Vertrauensperson**; ich darf Ihre Personaldaten kurz abklären.

Ihr vollständiger Name lautet: **Mag. René Haumer**. Geburtsdatum: 7. Juni 1978. Anschrift: Linz.

Ich frage die Mitglieder des Ausschusses, ob jemand der Ansicht ist, dass Herr Mg. Haumer als Vertrauensperson auszuschließen sei, weil er entweder voraussichtlich selbst als Auskunftsperson eingeladen wird oder die Auskunftsperson bei der Ablegung einer freien und vollständigen Aussage beeinflussen könnte. – Das ist nicht der Fall.

Dann setze ich die **Belehrung** fort: Ich habe auch Sie über die strafrechtlichen Folgen einer falschen Beweisaussage als Beteiligter zu erinnern. Den Inhalt der Belehrung über die Strafdrohung bei einer vorsätzlich falschen Aussage haben Sie bereits bei der Auskunftsperson mitgehört. Diese Belehrung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten. Strafrechtliche Folgen kann daher zum Beispiel die Anstiftung zur falschen Beweisaussage haben.

Ihre Aufgabe ist die **Beratung** der Auskunftsperson, Sie haben aber nicht das Recht, Erklärungen vor dem Ausschuss abzugeben oder anstelle der Auskunftsperson zu antworten. Wenn Sie sich nicht daran halten, können Sie als Vertrauensperson ausgeschlossen werden. Sie können auch dann anwesend sein, wenn die Öffentlichkeit ausgeschlossen ist. Sollten Sie der Meinung sein, dass es zur Verletzung der Verfahrensordnung oder zu Eingriffen in die Grund- und Persönlichkeitsrechte der Auskunftsperson kommt, haben Sie die Möglichkeit, sich an den Verfahrensanwalt zu wenden. Dieser wird dann auch, wenn er es für erforderlich hält, mich informieren.

Frau Mag. Haslinger, vor Eingang in die Befragung haben Sie noch die Möglichkeit, dem Ausschuss eine zusammenhängende Erzählung von ungefähr 10 Minuten zu geben, um uns Ihre Sicht näherzubringen. Wir können aber auch gleich mit der Befragung beginnen. Wählen Sie aus! (**Mag. Haslinger: Wir können gleich mit der Befragung starten!**)

Gut, wir starten diesmal mit den Sozialdemokraten. Herr Abgeordneter Jarolim, ich bitte um die ersten Fragen.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Guten Morgen, Frau Mag. Haslinger. Sie haben ja dankenswerterweise schon sehr viel zur Wahrheitsfindung im Rahmen Ihrer bisherigen Aussagen beigetragen.

Wir haben gestern Herrn Schmied befragt und er hat uns hier umfassend dargelegt, wie es stattfinden konnte, dass die Telekom einen Betrag von 720 000 € dem BZÖ für Wahlkampfzwecke zukommen ließ. Er hat uns auch dargelegt, welche Rechnungen gestellt worden sind und hat uns dazu gleich einmal mitgeteilt, dass die Angebote, die diesen Rechnungen zugrunde gelegt sind, komplett erfunden waren und keinen realen Hintergrund hatten. Diese Angebote hatten dann so ausgeschaut, dass als Leistungsspektrum etwa die Entwicklung von zielgruppenspezifischen Argumentationsketten für die politischen Entscheidungsträger dargelegt worden sind und die Schaffung von Problembewusstsein über das österreichische Glücksspielmonopol in den unterschiedlichen Kanälen in Österreich.

Wenn man sich das anschaut und dann „Ihren Fall“ – unter Anführungszeichen –, so sieht man da gewisse Parallelen. Es gibt auch da eine Rechnung, und es gibt auch

eine Rechnung, die ein Leistungsspektrum definiert, das doch sehr umfassend ist. Ich lese kurz vor, das ist die Rechnung, die dann letztlich auch von Ihnen an die Telekom übermittelt worden ist und wofür dann auch 240 000 € bezahlt worden sind.

Das ist zunächst einmal „Definition und Zielsetzung bezüglich Vertriebskooperationen im Segment

Haben Sie jemals so eine Leistung erbracht?

Mag. Tina Haslinger: Nein, habe ich nicht erbracht.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): „Analyse der Aktivitäten und Prüfung von potentiellen Kooperationspartnern“.

Haben Sie jemals so eine Leistung erbracht? (*Mag. Haslinger: Nein, nie!*)

„Geschäftsanbahnung und Finden der Entscheidungsträger“ – also „Findung von Entscheidungsträgern“, wie das aussieht, weiß ich nicht – „bei potentiellen Kooperationspartnern“ ... (*Mag. Haslinger: Auch nicht!*) – Auch nicht.

„Aufbau von gemeinsamen Geschäftsmodellen mit Finanzdienstleistern“? (*Mag. Haslinger: Nein!*)

Und dann wahrscheinlich auch nicht das „Konzept für die Entwicklung von Provisionsvereinbarungen“, was auch immer das ist. (*Mag. Haslinger: Nein!*) – Auch nicht.

Wie ist es eigentlich zustande gekommen, dass Sie den gegenständlichen Vertrag abgeschlossen und die Zahlungen dann überwiesen bekommen beziehungsweise darüber eine Rechnung gestellt haben?

Mag. Tina Haslinger: Die Rechnungsvorlage kam so direkt von der Telekom, 1 : 1, also ich habe das 1 : 1 übernommen, wie die Telekom mir das vorformuliert hat.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Das Ganze hat ja auch eine Vorgeschichte. (*Mag. Haslinger: Genau!*) Sie haben irgendwann einmal den Herrn Pöchinger genannt. (*Mag. Haslinger: Genau!*) Sie waren, glaube ich, beschäftigungslos, dann kommt Herr Pöchinger und macht Ihnen ein Angebot.

Wenn Sie uns das vielleicht erzählen, was da so rundherum war.

Mag. Tina Haslinger: Im Juli ist Herr Pöchinger, ehemaliger Pressesprecher von Frau Gastinger, an mich herantreten und hat mir vorgeschlagen, einen Vorzugwahlkampf für die Frau Gastinger zu machen, als parteiunabhängige Person. Als Budget wurde 80 000 bis 100 000 € genannt, für eine Printkampagne in diversen Medien, die im August, September hätte starten sollen. Von der Geldseite war eigentlich nur bekannt, das Geld kommt von privater Seite, aber das war eigentlich noch alles im Offenen.

Dann habe ich eigentlich sofort mit dieser Kampagnenentwicklung gestartet. Ich habe von Herrn Pöchinger Fotos beigelegt bekommen, Textelemente, und es ist dann alles sofort seinen Lauf gegangen. Also ich habe mich eher gefreut über diesen tollen Auftrag, ja, mehr oder weniger. (*Abg. Dr. Jarolim: Klar!*) Ich habe eben dann Anzeigen entwickelt in diversen Medien, habe Buchungen vorgenommen für „ÖSTERREICH“, für „NEWS“, für „Kronen Zeitung“ und so weiter, habe eigentlich dieses Budget verplant. Im Laufe dieser Arbeit ist irgendwann einmal von Herrn Pöchinger gekommen, dass eine größere Summe irgendwie überwiesen wird an mich. Da wurde erstmals ein Herr Wittauer genannt, mit dem ich eigentlich überhaupt nichts zu tun gehabt habe, ja, und irgendwann ist auch davon die Rede gewesen, das Geld kommt von der Telekom.

Ich muss sagen, der Kontaktmann bei der Telekom war Herr Schieszler. Da habe ich mir gedacht: Aha, Finanzvorstand, auch ein „großes Tier“.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Haben Sie Herrn Schieszler jemals kennengelernt?

Mag. Tina Haslinger: Nie. Ich habe überhaupt nie einen Kontakt gehabt mit Herrn Schieszler: weder persönlich ...

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Wer war denn Ihr Ansprechpartner in der Telekom?

Mag. Tina Haslinger: Eigentlich nur der Herr Pöchinger. Diese Vorlage für die Rechnung habe ich dann von Herrn Andreas Krenn übermittelt bekommen per E-Mail; da war der Herr Schieszler Cc, aber ich habe weder mit Herrn Krenn noch mit Herrn Schieszler irgendwann persönlich Kontakt gehabt.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Haben Sie den Eindruck gehabt, dass der Herr Pöchinger so eine Art Finanzmanagement für den Wahlkampf durchführt, dass er zuständig ist für die Finanzierung? Oder welchen Eindruck haben Sie gehabt, welche Rolle der Herr Pöchinger eigentlich in diesem Zusammenhang spielt?

Mag. Tina Haslinger: Der Herr Pöchinger war für mich der Kontaktmann zur Frau Gastinger, der einfach einen Auftrag an mich erteilt hat. Der war Pressesprecher als auch Marketingmanager, wie man will, mehr oder weniger.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Jetzt kommt der Herr Pöchinger vom Justizministerium und sagt Ihnen: Ich hätte da einen lukrativen Auftrag! Sagte er Ihnen auch – abgesehen davon, dass es privat finanziert wird – sonst irgendetwas, woher diese privaten Finanzierungen kommen könnten?

Mag. Tina Haslinger: Nein, da war eigentlich nie die Rede davon.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ist es für Sie nicht eigenartig gewesen, dass das Justizministerium – wie Sie auch laut Akten sagen – Ihnen einen Auftrag erteilt, aber gleichzeitig mitgeteilt wird, dass es von **privater Seite** finanziert wird?

Mag. Tina Haslinger: Das habe ich, ehrlich gesagt, nicht wirklich in Frage gestellt, weil ich mir gedacht habe: Okay, das Justizministerium ist doch die oberste Instanz, und der Herr Schieszler ist auch die oberste Instanz der Telekom. (*Abg. Dr. Jarolim: Ja!*) Es waren für mich zwei wichtige Personen, sage ich jetzt einmal. Das Ganze ist dann natürlich schon in ein bisschen eine komische Richtung gegangen, das will ich nicht abstreiten. Irgendwann einmal habe ich mir schon gedacht: Aha!, aber trotzdem waren das irgendwie auch wichtige Personen, denen ich das nach wie vor eigentlich nicht abgestritten habe, dass das seine Wege geht, sagen wir so.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Kommen wir zur Rechnungslegung. Sie legen eine Rechnung. Haben Sie diese Rechnung aus eigenem Anlass oder aus eigenem Dafürhalten entworfen – oder wie kommt es dazu, dass Sie genau diese Leistungen, die ja sehr eigenartig im Zusammenhang mit dem tatsächlichen Auftrag sind, wie kommen die eigentlich in diese Leistungsvereinbarung und in die Rechnung?

Mag. Tina Haslinger: Also ursprünglich habe ich natürlich eine Rechnung vorbereitet gehabt, die eine Wahlkampfkampagne titulierte hätte, aber von der Telekom kam dann dieses Rechnungsformular, an das ich mich zu halten hatte. Und dann waren, muss ich sagen, die Anzeigenbuchungen und so weiter, alles schon fortgeschritten, und ich habe dann auch irgendwie die Panik gesehen, nicht, dass ich dann auf den ganzen Anzeigenbuchungen sitzen bleibe und die Rechnungen womöglich selbst zahlen muss.

Insofern war ich dann ein bisschen in einer Zwangslage und habe mir gedacht: Okay, wenn die Telekom darauf besteht, ich muss diese Rechnung so formulieren, dann formuliere ich sie eben so.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Haben Sie erst die Rechnung ausgestellt, unterschrieben oder erst den Vertrag?

Mag. Tina Haslinger: Erst den Vertrag, aber das ist mehr oder weniger zeitgleich passiert.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Wissen Sie, ist der Vertrag richtig datiert oder ist er vordatiert worden?

Mag. Tina Haslinger: Eine Sekunde. *(Die Auskunftsperson blättert in schriftlichen Unterlagen.)* – Der ist vordatiert worden, ja.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Von Ihnen oder von wem anderen?

Mag. Tina Haslinger: Von der Telekom, auf 27.7., das habe ich in meiner Stellungnahme auch exakt angegeben.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Das heißt, die Telekom hat Ihnen einen vordatierten Vertrag übermittelt? *(Mag. Haslinger: Genau!)* – Und Sie haben das unterschrieben? *(Mag. Haslinger: Ja!)* – Und wann haben Sie die Rechnung gelegt?

Mag. Tina Haslinger: Ich weiß nicht: am selben Tag oder am nächsten Tag. Also das ist dann Schlag auf Schlag gegangen, mehr oder weniger.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Und wie lange hat es gedauert, bis Sie dann das Geld auf Ihrem Konto hatten?

Mag. Tina Haslinger: Das hat dann zirka, glaube ich, 14 Tage oder so gedauert. Da war nämlich noch ein Problem: Die Telekom, also der Herr Krenn beziehungsweise der Herr Schieszler, hat verabsäumt, mir mitzuteilen, dass ich eine Kreditorennummer und eine SAP-Nummer auf dieser Rechnung angeben musste, und insofern hat diese Zahlungsabwicklung dann etwas länger gedauert als wahrscheinlich ursprünglich, wenn ich das schon von vornherein gewusst hätte.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Das heißt, die Rechnung war von der Telekom so vorbereitet, dass die Telekom selbst sie dann nicht akzeptieren konnte?

Mag. Tina Haslinger: Genau. Interessanterweise.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Gut.

Wissen Sie, wer die Rechnung dort ausgestellt und die Abwicklungsarbeiten durchgeführt hat?

Mag. Tina Haslinger: Da habe ich mit einer Buchhalterin zu tun gehabt. Das habe ich aber, glaube ich, auch in meiner Stellungnahme benannt, wer das war.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Sie haben da wunderschöne Sujets ausgearbeitet und relativ viel Arbeit geleistet *(Mag. Haslinger: Ja, ja!)*, Bilder mit der Frau Gastinger, die sie in unterschiedlichen Positionen zeigen und mit unterschiedlichen Slogans.

Haben Sie irgendwann einmal mit Frau Gastinger selbst etwas gesprochen, abgestimmt? Haben Sie irgendetwas erfahren, dass sie da irgendwie beteiligt ist, denn es geht ja immerhin um die Darstellung ihrer Person in einem nicht unwesentlichen Wahlkampf?

Mag. Tina Haslinger: Das war eigentlich alles über den Herrn Pöchinger. Also ich habe mich mit ihm getroffen im Justizministerium oder an anderen Orten, und dann

haben wir das eigentlich immer abgestimmt. Das Foto hat sofort gefallen, am Text war, glaube ich, noch ein bisschen etwas zu ändern. Aber eigentlich war der Herr Pöchinger mein erster Kontaktmann.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Haben Sie den Eindruck gehabt, dass der Herr Pöchinger das mit der Frau Gastinger abstimmt – oder ist es mehr oder weniger so gewesen, dass die Frau Gastinger da willenlos im Hintergrund steht und er disponiert, wie der Wahlkampf von ihr auszuschaun hat?

Mag. Tina Haslinger: Nein, also das glaube ich nicht. Ich glaube sehr wohl, dass die Frau Gastinger mit Herrn Pöchinger das gemeinsam abgestimmt hat – und nicht dass das ein Alleingang des Herrn Pöchinger war.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Wie ist denn das mit dem Feedback gewesen? Sie legen etwas vor und fragen, nehme ich an: Passt das so? Wie oft ist es zu derartigen Abstimmungsgesprächen gekommen, zirka?

Mag. Tina Haslinger: Ich glaube, zweimal oder so. Es ist eigentlich relativ schnell zu einer Entscheidung gekommen.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ist in den Abstimmungsgesprächen dann jeweils die Entscheidung getroffen worden, oder hat der Herr Pöchinger dann gesagt, er wird sich das noch überlegen und Ihnen später die Antwort geben?

Mag. Tina Haslinger: Ich glaube, es waren eigentlich relativ rasch Freigaben für gewisse Sujets vorhanden. Also es war nicht ein langes Hin und Her, sondern eine relativ zackige Entscheidung, sagen wir einmal so.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Haben Sie irgendwann mit dem Herrn Pöchinger das Thema, was da für eigenartige Leistungen in der Rechnung stehen und in dem Vertrag stehen, besprochen?

Mag. Tina Haslinger: Also da kann ich mich nicht exakt erinnern. Natürlich ist mir das eigenartig erschienen, wie ich ohnehin schon erwähnt habe, aber eben durch diese ... – Also ich kann mir nur vorstellen, dass mir der Herr Pöchinger dann auch nahegelegt hat, jetzt muss man das irgendwie durchziehen, es geht nur so. Und ich habe mich dann ...

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Das heißt, Sie kriegen das Geld nur dann, wenn Sie die Rechnung ausstellen?

Mag. Tina Haslinger: Genau, wenn ich die Rechnung so akzeptiere, wie es von der Telekom vorgegeben ist, nur dann habe ich eine Chance, meine Kosten abgegolten zu bekommen.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Und das ist dann natürlich zwangsläufig, dass man das zahlt. (*Mag. Haslinger: Genau!*) – Sie haben dann geraume Zeit später eine Rechnung bezahlt, die wortidentisch mit jener Rechnung ist, die an Sie gestellt wurde.

Wie ist es dazu gekommen?

Mag. Tina Haslinger: Im Laufe der Zeit ist plötzlich eine Werbeagentur Schmied aufgetaucht, der ich das Geld überweisen musste. Mit der Werbeagentur Schmied habe ich auch nie direkten Kontakt gehabt. Also eine E-Mail ist in Wirklichkeit gekommen, wann das Geld kommt.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Warum mussten Sie plötzlich das Geld überweisen?

Mag. Tina Haslinger: Na ja, es war klar, dass ich nicht die volle Summe, die von vornherein festgelegt war, für diesen Wahlkampf bekomme. Es war klar, es wird mehr Geld überwiesen, und ein Teil des Geldes soll eben für einen Herrn Wittauer, BZÖ Tirol, für einen anderen Wahlkampf mehr oder weniger verwendet werden.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Wann haben Sie das erste Mal erfahren, dass Sie einen Teil dieses Geldes weiterüberweisen müssen? (*Mag. Haslinger: Wann war das?*) – Ungefähr.

Mag. Tina Haslinger: Im August, aber ich kann jetzt den Tag nicht mehr exakt bestimmen.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Nach Unterfertigung des Vertrags oder vor ...

Mag. Tina Haslinger: Ja, ja! Das kann ich nicht mehr exakt sagen, muss ich sagen. Aber es war dann eben klar, einer Werbeagentur Schmied muss ich eine gewisse Summe weiterüberweisen, und das habe ich dann so schnell wie möglich gemacht.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Warum? Ist Ihnen gesagt worden, wofür das Geld dann verwendet wird bei der Werbeagentur Schmied?

Mag. Tina Haslinger: Es war von einem BZÖ-Wahlkampf in Tirol die Rede. Mehr habe ich nicht gewusst.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Das haben Sie auch nicht hinterfragt?

Mag. Tina Haslinger: Das habe ich nicht hinterfragt. Also mir war das dann alles irgendwie, ja ...

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Und Sie haben das Geld dann überwiesen? (*Mag. Haslinger: Genau!*) – Und wie ist das Vertragsverhältnis dann weitergelaufen? Die Posters, sind die dann irgendwie affiziert worden oder was war? Sie haben ja da umfassende Leistungen erbracht.

Mag. Tina Haslinger: Genau, es sind einige Anzeigen erschienen, wie zum Beispiel in „ÖSTERREICH“, in „NEWS“ war eine ganzseitige Anzeige, „Kronen Zeitung“ ist, glaube ich, auch noch erschienen – und dann ist plötzlich die Wendung von Frau Gastinger gekommen, dass sie sich völlig aus der Politik zurückzieht. Und jetzt war eigentlich alles umsonst, kann man sagen. Dann habe ich halt versucht, die restlichen Anzeigen zu stornieren.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Hat Sie da jemand angerufen und Ihnen das gesagt, oder haben Sie das von sich aus unternommen, dass Sie das stornieren?

Mag. Tina Haslinger: Die Info ist von Herrn Pöchinger gekommen, und ich habe dann sofort alle Hebel in Bewegung gesetzt, um das zu stoppen, was zu stoppen ist.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Was hat Ihnen der Herr Pöchinger gesagt bei dieser Gelegenheit?

Mag. Tina Haslinger: Na ja, dass sich die Frau Gastinger eben völlig aus der Politik zurückziehen wird und dass dieser Vorzugsstimmenwahlkampf mehr oder weniger erledigt ist.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Hat Herr Pöchinger Sie auch angewiesen oder Ihnen mitgeteilt, dass Sie das Geld nun weiterüberweisen sollen, oder war das dann jemand anderer? Kam das auch von Pöchinger?

Mag. Tina Haslinger: Nein, das war nur der Herr Pöchinger. Nein, wie gesagt, ich habe ja nur mit dem Herrn Pöchinger wirklich persönlichen Kontakt gehabt, sonst mit keinem anderen in Wirklichkeit.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Sie bekommen dann eine Rechnung gelegt und müssen die bezahlen. Jetzt nehme ich an, dass Sie sich gut überlegen, ob Sie einen doch nicht ganz geringen Betrag an jemanden überweisen, der Ihnen einfach eine Rechnung legt, die noch dazu identisch ist mit der, die Sie selbst seinerzeit an die Telekom gelegt haben.

Haben Sie das einfach so bezahlt nach Rechnungslegung, oder hat Ihnen der Herr Pöchinger irgendetwas gesagt: Da kommt jetzt etwas, das ist zu bezahlen!? – Oder wer hat Sie eigentlich aufgefordert, diese zugehende Rechnung entsprechend zu bezahlen?

Mag. Tina Haslinger: Das war der Herr Pöchinger. Der hat gesagt: Klar, die Summe XY, um die 200 000 € – nein, weniger müssen es gewesen sein – sind zu überweisen an die Werbeagentur Schmied.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Das heißt, der Herr Pöchinger hat Ihnen eigentlich einmal angeboten, dass Sie Geld bekommen, und der Herr Pöchinger hat Ihnen auch wieder erklärt, dass Sie Geld weiterüberweisen sollen.

Mag. Tina Haslinger: Genau so ist es.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Das heißt, das gesamte Finanzmanagement war der Herr Pöchinger.

Mag. Tina Haslinger: Das war der Herr Pöchinger. Ich habe mit sonst niemandem ...

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Und Sie haben das Gefühl, dass er das alleine disponiert hat?

Mag. Tina Haslinger: Ja. Wie weit das natürlich in Absprache war, das entzieht sich meiner Kenntnis. Keine Ahnung.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ich glaube, ich habe die Zeit ausgeschöpft. – Danke.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Wir haben jetzt 7 Minuten erreicht. Dann weiter in der zweiten Runde.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nur damit der Punkt etwas klarer ist, denn mein Eindruck, wenn ich mir die ganzen Einvernahmeprotokolle durchsehe, ist der, dass der Herr Pöchinger versucht, einen Großteil der Verantwortung Ihnen anzulasten. Wir werden dann auf das Ganze noch zurückkommen.

Haben Sie jemals mit dem Herrn Wittauer Kontakt gehabt? (*Mag. Haslinger: Nie!*) – Haben Sie damals überhaupt gewusst, wer der Herr Wittauer ist?

Mag. Tina Haslinger: Auch nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): So, jetzt treffen Sie sich mit dem Herrn Pöchinger zu dem Briefing-Gespräch, über das es dieses Dokument gibt. Ich gehe davon aus – ist das richtig? –, dass dieses Dokument von Ihnen stammt. (*Mag. Haslinger: Ja!*) – Am 19.7.2006 Briefing-Gespräch mit Herrn Pöchinger, in Klammern: Pressesprecher Gastinger. – Und da geht es um zirka 80 000 bis 100 000 €.

Und Sie notieren in Klammer: Geldmittel kommen von privat. Wird noch geklärt.

Was bedeutet das?

Mag. Tina Haslinger: Herr Pöchinger hat mir damals mitgeteilt, das Geld kommt von privater Seite. Ich habe das nicht in Frage gestellt. Ich habe das einfach einmal so hingenommen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Haben Sie keine Frage dazu gestellt: Was heißt das, „von privat“, und wer zahlt eigentlich diesen Wahlkampf?

Mag. Tina Haslinger: Ich glaube, dass es so war, dass er damals irgendwie von Rechtsanwälten gesprochen hat.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Echt? – Okay, das können wir ihn selber fragen.

So, dann kommt's – der Kollege Jarolim hat Sie bereits dazu befragt –: Krenn Andreas schickt Ihnen am 29. August 2006 dieses Scheinangebot.

War Ihnen in diesem Moment klar, dass es sich um ein Scheinangebot handelt?

Mag. Tina Haslinger: Ja, natürlich. Diese angeführten Leistungen haben mit meiner Leistung ja absolut nichts zu tun gehabt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): War Ihnen klar, dass da etwas verschleiert werden soll?

Mag. Tina Haslinger: Das Ganze ist mir auf jeden Fall dubios vorgekommen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Aus welchem Grund?

Mag. Tina Haslinger: Naja, weil es klar war: Ich habe einen Wahlkampf konzipiert, eine Werbeleistung, und die angeführten Leistungen waren spezifische Leistungen der Telekom.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Und warum waren Sie bereit, sich an einer Verschleierung einer Parteienfinanzierung zu beteiligen?

Mag. Tina Haslinger: Es war, wie ich schon erwähnt habe, für mich schon eine Art Zwangslage, dass es nur mehr so war, dass ich irgendwie zu einem Geld komme, wenn ich jetzt da das irgendwie mitmache. Ich habe ja auch schon enorme Auslagen gehabt, und als Neustarter hätte ich das nicht zahlen können. Ich sage es ganz ehrlich.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich verstehe das durchaus, diese Zwangslage, aber war Ihnen klar, dass es sich hierbei um illegale Parteienfinanzierung handelt?

Mag. Tina Haslinger *(nach kurzer Rücksprache mit ihrer Vertrauensperson):* Das möchte ich nicht beantworten.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Dafür habe ich in diesem Fall auch Verständnis. Es ist auch für die weitere Entwicklung nicht so entscheidend.

Sie haben in diesem Briefing diese bereits zitierten 80 000 bis 100 000 €. Wie geht es dann weiter: Mitte 2006 teilt Ihnen Herr Pöchinger mit, dass es plötzlich mehr Geld gibt. – Wie war das genau?

Mag. Tina Haslinger: Herr Pöchinger hat eben gesagt, es wird mehr Geld von der Telekom überwiesen, und das wird dann weitervermittelt an den Herrn Wittauer für eine BZÖ-Sache in Tirol.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): War Ihnen zu diesem Zeitpunkt klar, dass damit die Telekom-Gelder ab diesem Zeitpunkt für zwei unterschiedliche Zwecke bestimmt waren, nämlich einerseits die Finanzierung des Gastinger-Wahlkampfes, andererseits die Finanzierung eines BZÖ-Wahlkampfes? – War Ihnen das klar?

Mag. Tina Haslinger: Nein, da habe ich mir keine Gedanken gemacht, muss ich sagen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Aber als der Herr Pöchinger Ihnen sagte, das Budget wird von etwa 80 000/100 000 € auf 240 000 € erhöht, was hat er Ihnen da gesagt, wofür das restliche Geld, das dazugekommene Geld verwendet werden soll?

Mag. Tina Haslinger: Eben für den Herrn Wittauer, für seinen Wahlkampf.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Und haben Sie mit ihm jemals besprochen, wer den sogenannten Wittauer-Wahlkampf führen soll? (*Mag. Haslinger: Nein!*) – War das zu dem Zeitpunkt klar, dass den nicht Sie führen werden?

Mag. Tina Haslinger: Das war klar.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): War zum damaligen Zeitpunkt bereits klar, dass dieses Geld an jemand anderen überwiesen wird?

Mag. Tina Haslinger: Ja, das war klar.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Haben Sie zu diesem Zeitpunkt nachgefragt, an wen?

Mag. Tina Haslinger: Irgendwann ist dann diese Werbeagentur Schmied aufgetaucht vom ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wer hat Sie darüber informiert, dass dieses Geld an die Werbeagentur Schmied überwiesen werden soll?

Mag. Tina Haslinger: Der Herr Pöchinger. Das war ja mein einziger Kontaktmann.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Es waren ja – das geht aus den Einvernahmen hervor – nicht nur der Herr Pöchinger bei einzelnen Gesprächen dabei, sondern auch andere Personen.

Können Sie sich daran erinnern?

Mag. Tina Haslinger: Es waren einmal im Justizministerium andere Personen anwesend, aber die könnte ich jetzt nicht namentlich nennen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Um welche Sitzung hat es sich da gehandelt, die im Justizministerium stattgefunden hat?

Mag. Tina Haslinger: Das war eine Abstimmung des Werbesujets. Das war jetzt keine große Sitzung in dem Sinn.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Hatten Sie mit der Justizministerin selbst jemals Kontakt?

Mag. Tina Haslinger: Nein. Nicht in diesem Rahmen. Ich habe Sie bei einer Pressekonferenz einmal ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das heißt, das ist alles ausschließlich über den Herrn Pöchinger gelaufen. (*Mag. Haslinger: Ja!*)

Wissen Sie, dass der Herr Pöchinger in seiner Einvernahme Folgendes erklärt hat? – Ich zitiere jetzt wörtlich aus dem Protokoll:

Soweit ich mich erinnere, rief mich Haslinger glaublich Mitte 2006 an und konfrontierte mich damit, dass hinter der Wahlkampagnen-Finanzierung die Telekom stünde, da sie von dieser eine Rechnung erhalten habe. – Zitatende.

Was sagen Sie zu dieser Aussage des Herrn Pöchinger, der behauptet, den Kontakt mit der Telekom hätten eigentlich Sie hergestellt und er hätte über Sie von der Telekom erfahren?

Mag. Tina Haslinger: Das ist absolut erlogen. Ich habe, wie gesagt, nur mit dem Herrn Pöchinger zu tun gehabt, weder ... – also mit niemandem von der Telekom. Definitiv.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): So, kommen wir jetzt zum nächsten Punkt. Das ist noch einmal die Budgetplanung: Wie sind die Gelder dann genau von Pöchinger aufgeteilt worden, summenmäßig?

Mag. Tina Haslinger: Naja, in Wirklichkeit, die Anzeigen, die gebucht worden sind, das waren „ÖSTERREICH“, „NEWS“ und, ich glaube, „Krone“; und das restliche Geld – also ein Teil war natürlich mein Honorar – ist dann weiterüberwiesen worden. Aber das habe ich auch in meiner Stellungnahme, glaube ich, angeführt, exakt. Der Restbetrag war 200 449,23 €.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Dieses Geld ist dann von Ihnen – das haben wir auch bei den Akten – an die Werbeagentur Schmied überwiesen worden. (*Mag. Haslinger: Genau!*) – Es gibt dann noch ein Inserat: Auftragsbestätigung 25. August 2006. Das ist dieses Inserat – Kalenderwoche 10.9.2006, eine halbe Seite quer –, das für Frau Gastinger geplant war in „ÖSTERREICH“, und dieses Inserat ist ja nicht mehr zur Schaltung gekommen, aber es war bereits gebucht.

Können Sie vielleicht etwas über dieses bereits gebuchte, aber nicht mehr geschaltete Inserat sagen?

Mag. Tina Haslinger: Es war – ja doch, da kann ich mich jetzt erinnern – am Schluss so: Eben wo schon klar war, dass die Frau Gastinger mit dieser Sache, also mit der Politik nichts mehr zu tun haben wird, ist das Sujet von, glaube ich, einer anderen Werbeagentur – kann ich jetzt nicht mehr exakt sagen – umgeändert worden auf ein Sujet Westenthaler, soweit ich es jetzt im Kopf habe.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das ist dieses Sujet (*der Redner hält die Kopie eines Zeitungsinserats in die Höhe*), das ist dann kurzfristig geschaltet worden:

„Mut gewinnt! Westenthaler“. – Dieses Inserat ist anstelle des von Ihnen gebuchten Gastinger-Inserates dann in „ÖSTERREICH“ geschaltet worden. „Mut gewinnt! Westenthaler“. „Liste Westenthaler – BZÖ. Liste 5“.

Was haben Sie über dieses Westenthaler-Inserat noch erfahren?

Mag. Tina Haslinger: Da kam eben die Information von Herrn Pöchinger, dass diese Gastinger-Anzeigengeschichte jetzt erledigt ist, und er hat das dann mit einer anderen Agentur, glaube ich, abgewickelt. Also ich habe mit dem Inserat nichts mehr zu tun gehabt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das heißt aber, ausgehend von diesem letzten Inserat, das noch von der Schaltung her, also von der Buchung her in Ihre Verantwortung fällt, haben wir es nicht mit einem Inserat eines Tiroler BZÖ-Wahlkampfes zu tun, sondern mit dem Bundeswahlkampf des BZÖ, dessen Spitzenkandidat ja der Herr Westenthaler war. – Ist das richtig? (*Mag. Haslinger: Ja!*) – Danke, keine weiteren Fragen.

Gabriele Tamandl (ÖVP): Frau Mag. Haslinger! Sie haben vorhin gesagt, Sie sind unter Druck gestanden: Sie waren eine Newcomerin und Sie haben geglaubt, Sie werden nicht zu Geld kommen, wenn Sie sich nicht auf das mit der Telekom einlassen.

Ich hätte jetzt ganz gerne von Ihnen Folgendes gewusst: Hat es irgendwelche anderen Aufträge gegeben, die Ihre Agentur „*inbestform*“ im politischen Nahbereich erledigt

hat – vorher oder nachher? (*Mag. Haslinger: Nein!*) – Gar nicht? Also mit keinem Ministerium und mit keiner politischen Partei?

Mag. Tina Haslinger: Also konkret ist es nicht dazu gekommen. Nein.

Gabriele Tamandl (ÖVP): Wann haben Sie Ihre Agentur gegründet?

Mag. Tina Haslinger: Im Rahmen dieser Vorzugsstimmenwahlkampf-Geschichte. Also, ich habe den Gewerbeschein eigentlich erst gelöst, als der Herr Pöchinger an mich herangetreten ist.

Gabriele Tamandl (ÖVP): Das heißt, Sie hatten vorher überhaupt keine Aufträge für Werbezwecke oder Ähnliches und waren vorher überhaupt noch nicht selbständig?

Mag. Tina Haslinger: Ich war vorher nicht ... – Nein, doch, ich war schon selbständig. Ich habe vorher – ich glaube, zehn Jahre lang – in Werbeagenturen und Eventagenturen gearbeitet und habe dort auch politische Werbung gemacht. Das heißt, die Erfahrung war mehr oder weniger da. Und selbständig war ich mit meinem Label „inbestform“, das quasi Produkte in kleinen Serien macht. Das war ich, glaube ich, seit 2004 – das könnte ich jetzt nicht ganz genau sagen.

Die Werbeagentur habe ich erst mehr oder weniger 2006 gegründet.

Gabriele Tamandl (ÖVP): Wer hat Sie dann auf die Idee gebracht, eine Werbeagentur genau für diese Art von Auftrag zu gründen?

Mag. Tina Haslinger: Na ja, der Herr Pöchinger ist an mich herangetreten, er hat gesagt, er hat einen großen Auftrag für mich, und im Rahmen dessen habe ich die Werbeagentur gegründet. Ich war gerade vom AMS in einem Neugründungsprogramm und so ist mir dieser erste Auftrag sehr gelegen gekommen.

Gabriele Tamandl (ÖVP): In Ihrer Einvernahme sagen Sie, Sie haben den Herrn Pöchinger gekannt, weil er ein Volksschulkollege (*Mag. Haslinger: Ja!*) Ihres Lebensgefährten war. Das heißt, der ist ganz einfach an Sie herangetreten – hat Sie angerufen oder hat sich mit Ihnen getroffen – und hat gesagt: Mach dich selbständig! Ich habe einen lukrativen Auftrag für dich.

Mag. Tina Haslinger: Genau so war es. Er hat mich nicht aufgefordert zur Selbständigkeit, aber er hat gesagt, er hätte einen lukrativen Auftrag für mich. Und der nächste Schritt war, dass ich, um Anzeigen zu buchen, natürlich einen Gewerbeschein brauche, und ich habe das dann ... – Ja, das war für mich eigentlich der Anreiz.

Gabriele Tamandl (ÖVP): Das heißt, die Beauftragung ist so erfolgt, und im gleichen Zuge haben Sie sich dann eben selbständig gemacht und alle Voraussetzungen geschaffen für diese Selbständigkeit? (*Mag. Haslinger: Genau!*)

Danach, als sich die Frau Gastinger aus der Politik zurückgezogen hat, als der Vorzugstimmenwahlkampf, für den Sie sich quasi sogar selbständig gemacht haben, abgebrochen wurde, welche Aufträge haben Sie dann – nachher – noch bekommen von irgendwelchen Parteien oder welche Aufträge haben Sie dann gehabt? Denn wenn ich mich darauf einstelle, dass ich mich selbständig mache, weil ich einen großen Auftrag an Land ziehe, dann muss ich ja daran denken: So, wie kann ich jetzt meine Existenz sichern? (*Mag. Haslinger: Ist klar!*)

Haben Sie dann weitere Aufträge gehabt?

Mag. Tina Haslinger: Ja, aber absolut nicht von politischer Seite. Das waren dann ganz andere Dinge mehr oder weniger.

Gabriele Tamandl (ÖVP): Nein, aber die Agentur und Ihre selbständige Tätigkeit (*Mag. Haslinger: Habe ich nach wie vor!*) sind dann ins Laufen gekommen?

Mag. Tina Haslinger: Ja. Die habe ich nach wie vor, aber mit anderen Kunden. Also mit der Politik hat das nichts zu tun.

Gabriele Tamandl (ÖVP): Wie erfuhren Sie vom politischen Rückzug von der Frau Gastinger: nur vom Herrn Pöchinger oder haben Sie vorher schon die Zeitungen gelesen?

Mag. Tina Haslinger: Also definitiv und auf jeden Fall von Herrn Pöchinger. Ob das zeitgleich war, dass ich schon vorher etwas mitbekommen haben, das kann ich jetzt nicht mehr exakt sagen.

Gabriele Tamandl (ÖVP): Und bis zu diesem Zeitpunkt – Sie haben uns jetzt gesagt, Sie haben Inserate geschaltet, die einen gewissen Betrag schon erreicht haben. Welche Leistungen haben Sie bis zu dem Zeitpunkt schon erbracht?

Mag. Tina Haslinger: Na ja, die Bilder waren bearbeitet, der Text war erstellt, die Graphik war reingezeichnet – also die Anzeigen waren fix und fertig.

Gabriele Tamandl (ÖVP): Nein, aber *Ihre* Leistungen zum Beispiel, denn Sie haben sich ja die restlichen 24 517,87 €, die übriggeblieben sind, als Honorar einbehalten. Hat das Ihren Leistungen entsprochen? (*Mag. Haslinger: Ja!*)

Wie setzt sich dieser Betrag zusammen? Gab es da Leistungsaufzeichnungen oder hat der Herr Pöchinger nur gesagt: Überweisen Sie ... – Oder so: Die Firma Schmied wird Ihnen eine Rechnung stellen über rund 200 000 €, und den Rest können Sie sich behalten. – Oder wie darf man sich das vorstellen?

Mag. Tina Haslinger: Ja, so ungefähr war es wirklich. Was ich sagen muss: Also, es war keine große Bereicherung, weil wenn man sich meinen Jahressteuerausgleich anschaut, habe ich im Jahr 2006 Einnahmen von 6 000 €. Also es war für mich kein total lukratives Jahr, sagen wir einmal so.

Gabriele Tamandl (ÖVP): Sie hatten einen **Gewinn** von 6 000 €, denn die Einnahmen sind ja höher. Die Erlöse müssen ja höher sein, weil schon allein Ihr Honorar 24 000 € umfasst hat.

Mag. Tina Haslinger: Das müsste ich jetzt noch einmal in meinen Unterlagen nachschauen. Aber es war auf jeden Fall das Jahr 2006 letztendlich nicht wirklich ein recht gewinnbringendes Jahr.

Gabriele Tamandl (ÖVP): Das heißt aber, es hat keine Leistungsaufzeichnungen gegeben, und der Herr Pöchinger hat gesagt, die 20 000 € oder 24 000 €, die kannst du dir behalten, und der Rest wird dir von der Firma Schmied verrechnet? (*Mag. Haslinger: Ja!*)

Kennen Sie Herrn Kurt Schmied persönlich?

Mag. Tina Haslinger: Nein, noch nie gesehen.

Gabriele Tamandl (ÖVP): Wie ist es dann dazu gekommen, dass diese Honorarnote ausgestellt worden ist? Heißt das, der Herr Pöchinger hat Ihnen angekündigt, es wird Ihnen eine Honorarnote von der Werbeagentur Schmied ausgestellt, und Sie haben die Rechnung bekommen und haben die Rechnung gezahlt?

Mag. Tina Haslinger: Ja, so war es. Also, der Herr Schmied hat nachgefragt, wann das Geld kommt, und so ist das dann seinen Weg gegangen. Aber ...

Gabriele Tamandl (ÖVP): Na ja, aber der Herr Schmied braucht ja, wenn er die Rechnung über 200 000 € an Sie ausstellt, gewisse Informationen über Sie und Ihr Unternehmen, weil er beispielsweise die Umsatzsteuer-Identifikationsnummer braucht, damit Sie sich die Vorsteuer abziehen können. Das heißt, der Herr Schmied hat Sie nie

kontaktiert, das ging alles über den Herrn Pöchinger? Herr Pöchinger hat Informationen hin und her getragen?

Mag. Tina Haslinger: Wie gesagt, mit Herrn Schmied habe ich nur E-Mail-Verkehr gehabt. Ich weiß nicht, waren es zwei, drei E-Mails, wo wir eben diese Sachen geklärt haben. Das war es in Wirklichkeit.

Gabriele Tamandl (ÖVP): Also per Mail haben Sie ihn schon gekannt?

Mag. Tina Haslinger: Ja, per Mail haben wir Kontakt gehabt. Er hat gefragt: Wann kommt das Geld? Ich habe gesagt: An dem und dem Tag habe ich das Geld bekommen. – Und das war es in Wirklichkeit.

Gabriele Tamandl (ÖVP): Und wissen Sie, was die Agentur Schmied mit dem überwiesenen Betrag gemacht haben könnte (*Mag. Haslinger: Keine Ahnung!*), mit diesen 200 000 €?

Mag. Tina Haslinger: Keine Ahnung.

Gabriele Tamandl (ÖVP): Was hat Ihnen der Herr Pöchinger gesagt, was damit passiert?

Mag. Tina Haslinger: Na ja, wie gesagt, der Herr Pöchinger hat immer auf den Herrn Wittauer in Tirol verwiesen. Insofern habe ich mir gedacht: Okay, der Herr Schmied wird irgendetwas mit dem Herrn Wittauer machen. (*Abg. Petzner – in Richtung Journalisten –: Zuhören!*)

Gabriele Tamandl (ÖVP): Sie waren ja auf Wahlkampf eingestellt. Sie waren auf Wahlkampf eingestellt, auf einen Vorzugsstimmenwahlkampf für die Frau Gastinger. Haben Sie gewusst oder hat Ihnen der Herr Pöchinger gesagt, ob der Herr Wittauer in Tirol kandidiert und ob dieses Geld für den Wahlkampf für den Herrn Wittauer dient oder ob der Herr Wittauer da nur eine Rolle als Vermittler oder als möglicher Geldgeber spielt?

Mag. Tina Haslinger: Ich glaube, es war die Rede von Werbegeschenken damals.

Gabriele Tamandl (ÖVP): Für wen?

Mag. Tina Haslinger: Für den Herrn Wittauer in Tirol.

Gabriele Tamandl (ÖVP): Das heißt, der Herr Pöchinger hat gesagt, der Herr Wittauer kandidiert, oder wie kam es dann zu der ...

Mag. Tina Haslinger: So explizit haben wir das nicht besprochen. Es hat geheißen: Okay, das restliche Geld würde für den Herrn Wittauer in Tirol verwendet. Was der dann immer mit diesem Geld vorhatte, war nie ein Thema – habe ich auch nicht nachgefragt.

Gabriele Tamandl (ÖVP): Kennen Sie Herrn Gernot Rumpold? (*Mag. Haslinger: Nein!*)

Sie wissen nicht, was er macht? (*Mag. Haslinger: Nein!*)

Haben Sie jemals irgendwelche weiteren Wahlkampfprojekte für das BZÖ gemacht? (*Mag. Haslinger: Nie!*) – Nie? (*Mag. Haslinger: Nein!*) – Und bis heute nicht?

Mag. Tina Haslinger: Bis heute nicht, nein.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Frau Mag. Haslinger! Kommen wir ein bisschen zurück. Sie haben gesagt, Sie haben nie mit jemandem von der Telekom Kontakt gehabt. Kann man das dahin gehend präzisieren, dass Sie keinen persönlichen Kontakt hatten?

Mag. Tina Haslinger: Ja, es gab ein paar E-Mails, wie gesagt, vom Herrn Krenn ...

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Richtig, es gab natürlich ein paar E-Mails, weil sonst wäre das ja schwierig gegangen (*Mag. Haslinger: Eben!*), weil das ja nicht so vom Himmel fällt. Auch das Telekom-Geld fällt nicht so einfach vom Himmel.

Wie ist denn dieser E-Mail-Kontakt zustande gekommen? Können Sie das ein bisschen schildern? Sind Sie da – unter Anführungszeichen – „vorgewarnt“ gewesen? Oder wie war die Anbahnung des schriftlichen E-Mail-Verkehrs mit der Telekom?

Mag. Tina Haslinger: Wie gesagt, das erste E-Mail, das ich von der Telekom bekommen habe, war eigentlich diese Rechnungsvorlage vom Herrn Krenn. Vorher hat es eigentlich nichts gegeben und nachher eigentlich auch nur mehr diese buchhalterische Geschichte.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Und da waren Sie bereits vorgewarnt, dass seitens der Telekom jemand an Sie herantreten wird? (*Mag. Haslinger: Ja!*) – Von wem?

Mag. Tina Haslinger: Vom Herrn Pöchinger.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): War das im August 2006? (*Mag. Haslinger: Ja!*)

Mir liegt da vor – Sie haben es ja selbst auch bei der Polizei vorgelegt – ein E-Mail-Verkehr vom 29. August 2006. Um 20.41 Uhr schreiben Sie an den Herrn Krenn:

Brauchen Sie das Dokument als Word oder kann ich auch ein PDF senden? Zahlung müsste bis 8.9. spätestens auf meinem Konto sein. – Zitatende.

Was war der Grund für diesen Zeitdruck: 8. September?

Mag. Tina Haslinger: Das werden die Anzeigenbuchungen gewesen sein. Weil mir war klar, wenn die Anzeigen mehr oder weniger geschaltet sind, dann wird bald einmal die Rechnung kommen. Insofern ...

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Sie wollten da jetzt praktisch als Unternehmerin ohne entsprechendes Kapital (*Mag. Haslinger: Ja!*) schon betreffend eine Vorschussleistung auf der sicheren Seite sein, damit Ihre Aufträge dann auch von Ihnen bezahlt werden können. Sie wollten nicht in der Luft hängen.

Mag. Tina Haslinger: Genau so war es.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Es schreibt dann der Herr Andreas Krenn um 21 Uhr, also schon rund eine Viertelstunde später, zurück – immer in Kopie an den Herrn Gernot Schieszler –:

Schnellster Ablauf, Vertrag auf Ihrem Firmenpapier unterschrieben und als PDF schicken. Gegengezeichneter Vertrag wird an Sie retourniert. Die Rechnung gleich direkt an Herrn Schieszler schicken. Bei Fragen einfach anrufen. – Zitatende.

Es ist natürlich schön, dass in der Wirtschaft auch noch so spät gearbeitet wird – als Selbständige und auch in der Telekom –, dass man solche Sachen um 20.40 Uhr und um 21 Uhr abwickelt.

Hat es danach noch diese Fragen gegeben, oder war das wirklich alles klar und es ist wie geschmiert gegangen?

Mag. Tina Haslinger: Eigentlich ja.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Die einzige Abweichung, die Ihre Darstellung von der vom Herrn Pöchinger hat, betrifft eben die Frage, wer wann von

wem erfahren hat, dass es sich um Telekom-Geld handelt. Das ist an sich die Divergenz.

Herr Pöchinger sagt in seiner Aussage sinngemäß, er hat immer gewusst, dass das von privater Seite kommt, dass es auch diesen Herrn Wittauer gegeben hat, der als vermögend gegolten hat und der auch einen eigenen Wahlkampf machen wollte. Dass es sich um die Telekom gehandelt hat, das hätte er erst von Ihnen erfahren, nachdem sich der Herr Krenn gemeldet hat, und Sie hätten dann in einem der Meetings, die es dann nachher gegeben hat, gesagt: Ja, es hat sich sogar schon jemand mit mir in Verbindung gesetzt, nämlich jemand von der Telekom, und das ist dieses Geld!

Mag. Tina Haslinger: Nein. Es gibt ja vorher kein E-Mail mit dem Herrn Krenn. Also, das wäre ja komisch gewesen, wenn plötzlich ein E-Mail von der Telekom an mich kommt. Da wäre ich überrascht gewesen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Also, es müsste praktisch aus Ihrer Logik heraus quasi eine Art Vorwarnsystem geben, denn wenn auf einmal eine E-Mail von der Telekom kommt, wo drinnen steht: Machen Sie uns etwas für den Vertrieb von Alarmanlagen bei Finanzdienstleistern!, dann hätten Sie nicht gewusst (*Mag. Haslinger: Was das soll, ja!*), warum und wieso. (*Mag. Haslinger: Genau!*)

Zurückkommend auf Ihre Selbständigkeit. Es ist an sich ganz klar: Der Herr Pöchinger, die Ansprechmöglichkeit durch die Freundschaft, die Schulfreundschaft und so weiter war ja gegeben. Das ist durchaus logisch. Jetzt betreffend diese Firmengründung: Sie haben nämlich gemeint, Sie waren – ich hab das nämlich mitgeschrieben –, Sie waren bereits in einem Neugründungsservice des AMS.

Haben Sie dieses Programm besucht, **nachdem** Sie mit dem Herrn Pöchinger dieses Gespräch gehabt haben, oder war der Gedanke der Selbständigmachung schon länger bei Ihnen ...

Mag. Tina Haslinger: Der war schon da, ja.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Also der war grundsätzlich schon da. Sie waren in diesem AMS-Programm, und dann den wirklich letzten Impetus hat dann eigentlich erst ... (*Mag. Haslinger: Genau!*)

Also die Idee ist nicht erst aufgekommen (*Mag. Haslinger: Nein!*), als der Herr Pöchinger da war, sondern Sie waren bereits auf diesem Weg mit diesem Programm und die Aussicht auf einen lukrativen Auftrag – auf den ersten –, das war der Auslöser, dass man dann sagt: So, aber jetzt mache ich es dann tatsächlich!

Mag. Tina Haslinger: Genau so war es.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): War es dann so ähnlich, als dann diese Weiterverrechnung an Schmied und Schmied gekommen ist? Hat da auch der Herr Pöchinger gesagt, es wird jetzt eine E-Mail kommen oder es wird jemand von Schmied und Schmied an Sie herantreten, um diesen bereits in einem zweiten Schritt angekündigten Geldbetrag „Wittauer/Tirol/BZÖ“, dorthin weiterzuleiten? (*Mag. Haslinger: Ja!*) – War das auch so? (*Mag. Haslinger: Ja!*)

Es war laut Ihrer Vernehmung auch so, dass zuerst nämlich nur von diesem 80 000-€-bis 100 000-€-Auftrag für Gastinger (*Mag. Haslinger: Genau!*) gesprochen wurde.

Ungefähr wie viel Zeit später sind dann diese zweiten 100 000 € aufgetaucht? War das sehr zeitnah, dass man gesagt hat: Ja, 100 000 € gibt es!, und zwei Tage später kommt man schon (*Mag. Haslinger: Nein!*): Übrigens, ...!, oder ist das eher Wochen später gewesen?

Mag. Tina Haslinger: Die Anzeigen waren eigentlich mehr oder weniger schon im Laufen. Also die Graphik und so weiter, das war eigentlich schon ...

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Die Gastinger-Kampagne war eigentlich schon am Laufen. (*Mag. Haslinger: Ja!*) – Da haben Sie diese Vorarbeiten gehabt.

Darf ich das zeitlich noch einmal einordnen? Im Juni 2006 war diese erste Kontaktaufnahme. (*Mag. Haslinger: Juli!*) – Juli (*Mag. Haslinger: Ja!*) – 2006 war die erste Kontaktaufnahme. (*Mag. Haslinger: Ja!*) – Anfang Juli?

Mag. Tina Haslinger: Das hab ich eh auch in meinen ...

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): 19. Juli? Ist das der Aktenvermerk?

Mag. Tina Haslinger: Am 19 Juli muss das gewesen sein.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Das betrifft konkret das Datum dieses Aktenvermerks, wo Sie zu ersten Mal gesagt haben ... (*Mag. Haslinger: Genau!*)

Dieser Aktenvermerk deckt sich mit der tatsächlichen Geschäftsanbahnung: 19. Juli. (*Mag. Haslinger: Ja!*)

Jetzt sind Sie dann, nach dieser ersten Besprechung, bereits in der konzeptiven Arbeit (*Mag. Haslinger: Genau!*), und dann kommt eben ungefähr Ende August – Mitte bis Ende August – dieses Angebot, dass es mehr Geld gibt, mit dem klaren Auftrag, das weiterzuleiten. Da sind ungefähr ein bisschen mehr als vier Wochen dazwischen gewesen, bevor von dieser zweiten Tranche die Rede war, wo Sie quasi ein Durchlaufposten sein sollten. (*Mag. Haslinger: Ja!*)

Sie haben gesagt, Sie waren bereits vorher, wahrscheinlich im Rahmen von Werkverträgen, bei anderen Agenturen ... (*Mag. Haslinger: Angestellt!*) – oder auch angestellt – im Bereich von politischer Werbung tätig.

Welche Werbemaßnahmen für welche Parteien haben Sie da durchgeführt?

Mag. Tina Haslinger: Grünen-Wahlkampf: also Gemeinderatswahl Niederösterreich zum Beispiel, Steiermark.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Für wen?

Mag. Tina Haslinger: Das war in der Agentur „Haslinger, Keck“.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Alles für die Grünen? Weil ...

Mag. Tina Haslinger: Alles für die Grünen, ja.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Ja, das ist interessant.

Und dann noch etwas. Sie haben so etwas erwähnt, wie – das ist nämlich neu gewesen und ich bin da von meinem mittlerweile Nebenberuf als Anwalt her jetzt ein bisschen stutzig geworden –, der Herr Pöchinger hat ganz am Anfang gemeint, betreffend dieses Geld für den Vorzugsstimmenwahlkampf für die amtierende Justizministerin war da eben ursprünglich der Gedanke, dass das eventuell von Anwälten kommen soll?

Mag. Tina Haslinger: Ja. Also ich kann mich grob erinnern, dass irgendwie von so etwas die Rede war.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Aha, das ist nicht unspannend. – Gut, danke, keine weiteren Fragen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Frau Haslinger! Den Herrn Schmied und so weiter kennen Sie nicht. Den Herrn Pöchinger kennen Sie, oder? Haben Sie ihn vor Ihrem Auftrag für den Gastinger-Vorzugsstimmenwahlkampf schon gekannt?

Mag. Tina Haslinger: Ja – wie schon erwähnt, durch meinen Lebensgefährten, der mit ihm in der Volksschule war. Und so hat man sich eben hie und da getroffen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): In den Akten steht, dass sie seit der Volksschule enge Freunde sind: Ihr Lebensgefährte und der Herr Pöchinger.

Mag. Tina Haslinger: Nicht enge Freunde. Also ich würde sagen ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Dass Sie mittlerweile vielleicht nicht mehr eng befreundet sind, glaube ich schon (*Mag. Haslinger: Ja!*), nach Ihrer Zeugenaussage, aber die Frage ist: Damals – vor dieser Zeit –, waren da Sie oder Ihr Lebensgefährte eng befreundet mit dem Herrn Pöchinger?

Mag. Tina Haslinger: Mein Lebensgefährte war in der damaligen Zeit eng befreundet, und dann hat sich das irgendwie verloren. Man war eben lose in Kontakt.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Also jetzt doch eng befreundet? Das ist mir nur wichtig.

Das heißt, Ihr Lebensgefährte ist eng befreundet mit dem Herrn Pöchinger. (*Ruf bei der SPÖ: War!*)

Mag. Tina Haslinger: *War* eng befreundet!

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): *Damals* war er eng befreundet (*Mag. Haslinger: Damals, in seiner Volksschulzeit!*), zum damaligen Zeitpunkt.

Was jetzt ist, ist klar: Dass sie jetzt nicht mehr befreundet sind – noch einmal –, verstehe ich schon, weil sich jetzt jeder am anderen abputzt. Aber wichtig war, damals, zum Zeitpunkt der Auftragserteilung oder im Vorfeld davon, ist Ihr Lebensgefährte eng befreundet mit dem Pöchinger. (*Rufe: Nein!*)

Mag. Tina Haslinger: Nein, noch einmal falsch! In der Volksschulzeit waren sie enge Freunde.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Aus den Akten geht das so hervor, dass sie sich von der Volksschulzeit her kennen. Und aus den Akten geht hervor, dass der Pöchinger eigentlich auch dadurch erst auf Sie gekommen ist: weil er Sie über Ihren Lebensgefährten kennt. Das geht auch aus den Akten hervor. – So.

Und dann gründen Sie extra für diesen Vorzugsstimmenwahlkampf eine eigene Agentur, wie Sie uns hier erklärt haben. (*Mag. Haslinger: Ja!*)

Dann machen Sie mit und spielen Sie mit dabei, dass Sie an die Telekom Rechnungen ausstellen, wo Sie selber wissen, dass Sie diese Leistungen – der Herr Jarolim hat es gefragt – nie erbracht haben. (*Mag. Haslinger: Ja!*)

Sie bekommen von der Telekom diese gigantische Summe. Sie waren damals in einem AMS-Programm und kriegen auf einmal von der Telekom – wie viel war es konkret?

Mag. Tina Haslinger: Na, 240 000 €.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Na, das ist nicht so salopp. Über 240000 € kriegen Sie plötzlich von dort! Und das haben Sie nie hinterfragt, dass das irgendwie schief sein könnte? Da haben Sie nie gezweifelt, nie den Herrn Pöchinger gefragt (*Mag. Haslinger: Das möchte ich nicht beantworten!*): Warum ist das so? Woher kommt das? Nie?

Mag. Tina Haslinger: Das möchte ich nicht beantworten.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich kann mir denken, dass Sie das nicht beantworten möchten! Sie können es wahrscheinlich auch nicht beantworten!

Sie können mir aber nicht erklären, dass Sie da überhaupt keinen Verdacht geschöpft haben! Allein das E-Mail, das schon zitiert wurde:

Schnellster Ablauf, Vertrag auf Ihrem Firmenpapier unterschreiben und als PDF schicken, die Rechnung direkt an Schieszler schicken, bei Fragen einfach anrufen. – Das ist ein Mail der Telekom. Ich halte Ihre Behauptung für nicht sehr glaubwürdig, aber das werden Sie vor allem auch gegenüber der Justiz zu klären haben!

Frau Haslinger, ich frage Sie ... (*Zwischenruf des Abg. Dr. Jarolim.*) Daher sage ich ja: Sie wird das gegenüber der Justiz zu erklären haben!

Ich frage Sie, Frau Haslinger: Was ist Ihnen bei diesem Briefing mit Herrn Pöchinger in Bezug auf Frau Gastinger kommuniziert worden? Da steht – ich lese Ihnen vor –:

BZÖ soll nicht vorkommen.

Können Sie das ausführen?

Mag. Tina Haslinger: Es war klar, dass Frau Gastinger einen Vorzugsstimmen-Wahlkampf ohne politischen Hintergrund, also ohne Parteizugehörigkeit, führen möchte. Insofern war klar: Orange hat hier nichts verloren.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das heißt: Frau Gastinger kandidiert für das BZÖ, darf aber zugleich nicht vorkommen. Wie passt denn das zusammen? Können Sie das als Werbefachfrau, die Sie angeblich sind, ausführen?

Mag. Tina Haslinger: Das war ja eine parteiunabhängige Kampagne.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das ist jetzt wichtig: Es war eine parteiunabhängige Kampagne, aha! Warum parteiunabhängig? Hat Ihnen das Herr Pöchinger erklärt? Frau Gastinger war BZÖ-Justizministerin, Frau Gastinger war seit Juni 2006 stellvertretende Parteichefin, und dann gibt es eine **parteiunabhängige Wahlkampagne**? Wie passt das denn zusammen? Hat Ihnen das Herr Pöchinger erklärt?

Mag. Tina Haslinger: Da müssen Sie Herrn Pöchinger fragen! Das war der Auftrag. (*Zwischenrufe bei den Grünen und bei der ÖVP.*)

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich höre überhaupt nichts, weil immer wieder irgendwelche Zwischenrufe kommen! Können Sie das wiederholen?

Mag. Tina Haslinger: Ich sagte: Da müssen Sie Herrn Pöchinger fragen, warum das so war.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich frage jetzt Sie – Herr Pöchinger kommt dann noch, den frage ich dann auch noch –, ob Ihnen Herr Pöchinger diesbezüglich irgendwas gesagt hat. Sie haben ja diese Kampagne umgesetzt. Dieses Briefing-Papier liegt hier vor, und ich frage Sie, weil Sie an diesem Gespräch teilgenommen haben – ich war ja nicht dabei –: Was hat Ihnen Herr Pöchinger dazu gesagt? Sie werden wohl gefragt haben! Oder haben Sie überhaupt nichts hinterfragt?

Mag. Tina Haslinger: Ja, natürlich. Es ist darum gegangen, Frau Gastinger in einem Vorzugsstimmen-Wahlkampf parteilos darzustellen. Da war klar, dass das mit der Partei in diesem Sinn nichts zu tun hat.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Warum war klar, dass das parteiunabhängig sein muss?

Mag. Tina Haslinger: Weil das der Auftrag war.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Der Auftrag von wem?

Mag. Tina Haslinger: Das war der Auftrag von Herrn Pöchinger.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Und Sie haben nicht gefragt, warum das Ganze bei der Vize-Parteichefin des BZÖ parteiunabhängig sein muss? (*Mag. Haslinger: Nein!*) – Sie haben nicht gefragt, gut. Sie haben die Telekom nicht hinterfragt. Sie haben das nicht hinterfragt. Okay.

Ich lege Ihnen zwei Inserate vor. Es gibt da ein Inserat in der Tageszeitung „Der Standard“: Wie Sie gesagt haben, Karin Gastinger als unabhängige Justizministerin, schönes Foto, bla bla bla. Wunderbar! Dann gab es noch ein zweites Inserat im „Standard“. – Ich lege Ihnen das vor und frage Sie: Sie haben den Vorzugsstimm-Wahlkampf gemacht. Sie haben das auf Basis des Briefings gemacht. Das hier sind tolle Inserate. Sind diese Inserate von Ihnen? Haben Sie diese gemacht?

(Der Auskunftsperson werden Schriftstücke vorgelegt.)

Mag. Tina Haslinger: Nein, noch nie gesehen!

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Können Sie das wiederholen? Bitte ins Mikrofon sprechen!

Mag. Tina Haslinger: Das habe ich noch nie gesehen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das sind aber Gastinger-Inserate! Sie haben diese Inserate nicht gemacht?

Mag. Tina Haslinger: Nein, die habe ich nicht gemacht!

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Herr Schmied hat uns gestern erklärt, dass er sie auch nicht gemacht hat. Er hat damals für die BZÖ-Werbeagentur die Graphiken gemacht.

Können Sie sich erklären, wie zwei Gastinger-Inserate in einer Tageszeitung für eine unabhängige Justizministerin erscheinen, die Sie nicht gemacht haben, obwohl Sie den Auftrag hatten, und die Herr Schmied nicht gemacht hat, obwohl er den BZÖ-Wahlkampf gemacht hat? Wer hat sie dann gemacht?

Mag. Tina Haslinger: Keine Ahnung! Ich nicht! (*Zwischenruf des Abg. Amon.*)

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Kennen Sie die Agentur Mediaselect? (*Mag. Haslinger: Nein!*) – Kennen Sie einen Herrn Michael Fischer?

Mag. Tina Haslinger: Nie gehört.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Herr Amon kennt ihn. Wir werden dann fragen. Aber wichtig ist: Sie haben diese Inserate nicht gemacht.

Mag. Tina Haslinger: Nein, meine liegen ja in meiner Stellungnahme vor.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Können Sie sich erklären, dass Frau Gastinger am 25. September 2006 ihren Rücktritt erklärt hat und am 27. September 2006 diese Inserate erschienen sind?

Mag. Tina Haslinger: Keine Ahnung! Da müssen Sie die Agentur fragen, die das gestaltet hat!

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich frage Sie das deswegen, weil Herr Pilz vorher dieses „ÖSTERREICH“-Inserat gebracht hat, welches dann schnell umgebucht wurde und aus dem dann ein Westenthaler-Inserat wurde. Aber diese beiden Inserate erschienen zwei Tage *nach* dem Gastinger-Rücktritt, sind nicht geändert worden und

sind erschienen. Wie passt das zusammen für eine unabhängige Justizministerin? Das wissen Sie nicht?!

Mag. Tina Haslinger: Wie gesagt: Ich habe mit diesen Anzeigen nichts zu tun. Insofern bin ich die da falsche Person.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Es ist mir wichtig, dass wir das auch wissen! Wir werden das schon noch herausfinden! Damit haben Sie nichts zu tun! Insofern kann ich Sie beruhigen! Da haben Sie Recht. Ich wollte das nur von Ihnen hören: Mit diesen Inseraten haben Sie nichts zu tun! Das wird uns dann vielleicht auch die ÖVP erklären. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Pilz.)* Herr Pilz, sparen Sie sich Ihre Gestik! *(Lebhafte Zwischenrufe bei den Grünen und bei der ÖVP. – Zwischenruf des Abg. Dr. Jarolim.)*

Frau Vorsitzende, ich verlange jetzt einen Ordnungsruf, denn das geht nicht!

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Sie sind am Wort! Bitte fragen Sie!

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich setze die Befragung nicht fort, so lange Sie hier nicht für geordnete Verhältnisse sorgen! Von links und rechts kommen lächerliche Zwischenrufe, und ich kann mich nicht konzentrieren! Ich verhalte mich auch fair und mache das nicht, also sorgen Sie bitte für Ordnung, und dann setze ich die Befragung fort!

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Herr Abgeordneter Petzner, nützen Sie die Zeit, zu fragen! Ich ersuche alle in Ihrer Nachbarschaft, Rücksicht zu nehmen auf die Konstitution des Herrn Abgeordneten Petzner! Aber er soll endlich wieder einmal fragen. – Bitte.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich halte Ihnen Ihre Sujets vor und habe dazu eine Frage: Lesen Sie bitte diesen Text vor! Lesen Sie bitte langsam den ganzen Inseratentext vor!

Mag. Tina Haslinger: Karin Gastinger: Zwei Jahre erfolgreiche Arbeit und ihre Ideen für die Zukunft Österreichs. Neue Familienpolitik, zeitgemäßes Ehe- und Scheidungsrecht, Integration als politische Herausforderung. Ihre Vorzugsstimme für Mag. Karin Gastinger eine gute Wahl: Liste 3.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wie war das: Liste ...?

Mag. Tina Haslinger: Liste 3.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wissen Sie, wer damals Liste 3 war?

Mag. Tina Haslinger: Keine Ahnung mehr.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das BZÖ war es nicht.

Mag. Tina Haslinger: Wie gesagt: Das müssen Sie Herrn Pöchinger fragen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Entschuldigen Sie! Sie haben diese Inserate gemacht und haben den Auftrag dazu gehabt. Warum legen Sie Inserat-Sujets vor mit Liste 3? Das war meines Wissens damals noch die FPÖ!

Mag. Tina Haslinger: Wie gesagt: Die Informationen betreffend die Inhalte der Anzeigen sind von Herrn Pöchinger gekommen: Wenn er **Liste 3** vorgibt, dann ist **Liste 3** drauf.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gut, Frau Haslinger, noch einmal: Sie machen Sujets, auf welchen „Liste 3“ steht, was falsch ist. Sie gründen dazu eine eigene Agentur, Sie bekommen 230 000 € von der Telekom.

Mag. Tina Haslinger: „Liste 3“ ist nicht falsch, das war der Auftrag.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das geht aus dem Briefing aber nicht hervor. Das heißt, Herr Pöchinger hat Ihnen gesagt, dass „Liste 3“ darauf stehen muss.

Mag. Tina Haslinger: Natürlich! Erfunden habe ich das nicht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wie passt das zusammen: Es muss „Liste 3“ darauf stehen, was eine parteipolitische Zuordnung ist, und zugleich muss das für eine parteiunabhängige Justizministerin sein?

Mag. Tina Haslinger: Da müssen Sie Herrn Pöchinger fragen! Das waren seine Vorgaben!

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Sie waren damals die Werbefachfrau: Haben Sie nie gesagt, dass das nicht zusammenpasst? (*Mag. Haslinger: Nein!*) – Haben Sie nicht?

Mag. Tina Haslinger: Habe ich nicht.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ich weise darauf hin, dass 7 Minuten vergangen sind.

Nächster ist Herr Abgeordneter Jarolim in der zweiten Runde.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Noch kurz zu der Frage: Wussten Sie, dass zum damaligen Zeitpunkt das BZÖ mit der FPÖ darum gestritten hat, wer „Liste 3“ ist: die FPÖ oder das BZÖ?

Mag. Tina Haslinger: Ich kann mich nicht mehr genau erinnern!

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ich sage das nur, damit aufgeklärt ist, warum da „Liste 3“ steht.

Mag. Tina Haslinger: Aha. Ich kann mich nicht mehr exakt erinnern.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Sie wussten nichts? (*Mag. Haslinger: Nein!*) – Sie sagen, dass beim ersten Gespräch beziehungsweise bei einem Gespräch mit Herrn Pöchinger im Café Eiles noch eine weitere Person dabei saß. Das ist etwas, was Herr Pöchinger selbst auch bestätigt. Er sagt, es war jemand aus dem Kabinett. Stimmt das?

Ich darf Ihnen Ihre eigene Aussage vorhalten. Da sagen Sie:

Zur Vorlage dieser Vorschläge wurde ich, glaube ich, bei zwei Meetings im BMJ vorstellig. Bei den Meetings selbst waren außer mir Herr Pöchinger und ein mir unbekannter Mann, glaublich auch aus dem Justizministerium, anwesend.

Pöchinger selbst sagt dazu, dass er es nicht mehr weiß.

Zitat: Ich nehme an, dass noch andere Kabinettsmitglieder zugegen gewesen sein könnten.

Kann das sein?

Mag. Tina Haslinger: Bei unserem ersten Termin sicherlich nicht. Bei unserem Briefing-Ersttermin am 19.7. waren nur Herr Pöchinger und ich anwesend.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Aber Sie haben es selbst angegeben. Kann es sein, dass derjenige bei einem anderen Termin dabei war?

Mag. Tina Haslinger: Die anderen Personen waren dann schon in Folge der Anzeigenabstimmung im Justizministerium dabei.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Im Justizministerium aus dem BMJ? (*Mag. Haslinger: Ja!*) – Ist es das erste Mal gewesen, dass Sie für das Justizministerium etwas getan haben? (*Mag. Haslinger: Ja!*) – Oder haben Sie davor

schon etwas getan? (*Mag. Haslinger: Nie!*) – Hier wird erklärt, dass Herr Pöchinger sagt: Haslinger wurde von mir ausgewählt, da ich sie persönlich kannte und ich sie bei einer zuvor für das BMJ durchgeführten Kampagne über „Neustart“ als sehr professionell wahrgenommen habe.

Mag. Tina Haslinger: „Neustart“ war ein Projekt im Rahmen meiner Tätigkeit bei Haslinger-Keck.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Aber „Neustart“ wird ja vom Justizministerium finanziert.

Mag. Tina Haslinger: Mhm, das hat mit dem zu tun. Dort hab ich Frau Gastinger bei einer Pressekonferenz auch einmal gesehen. Aber das hat für mich nichts miteinander zu tun.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Das heißt, Sie haben dann eigentlich indirekt schon einmal für das Justizministerium gearbeitet?

Mag. Tina Haslinger: Jein. Damals war ich, wie gesagt, Angestellte einer Agentur, und habe das als Kundenberaterin betreut.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Jedenfalls waren Sie in diese Kampagne in irgendeiner Weise involviert. (*Mag. Haslinger: Ja!*) – Sonst wären Sie dort ja nicht besonders positiv aufgefallen.

Mag. Tina Haslinger: Ja, die Kampagne ist sehr gut angekommen.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Kann es sein, dass Sie auf Grund dieses vormaligen Auftrages für das BMJ eigentlich im Zusammenhang mit diesem Auftrag auch davon ausgegangen sind, dass Sie wieder für das BMJ eine Leistung erbringen?

Mag. Tina Haslinger: Ich sage jetzt einmal: Für mich waren das trotzdem irgendwie zwei Paar Schuhe: Einerseits war ich als Angestellte für „Neustart“ zuständig, und das war für mich ein ganz ein anderes Thema, als einen Wahlkampf in Wirklichkeit als Selbständige durchzuführen.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ich frage nur deshalb, weil Sie zu Beginn sagen, dass es Sie beruhigt hat, dass Sie aus dem Justizministerium heraus einen Auftrag bekommen haben. (*Mag. Haslinger: Ja!*) – Jetzt sagt das Justizministerium in Form des Herrn Pöchinger, dass Sie beauftragt wurden, weil Sie schon einmal – als Angestellte – eine gute Figur gemacht haben. (*Mag. Haslinger: Ja!*) – Jedenfalls haben Sie bei der Kampagne „Neustart“ eine gute Leistung erbracht. Und daher ist er auf Sie zugekommen. (*Mag. Haslinger: Ja!*) – Das heißt, das war für Sie nicht neu, sondern Sie haben schon einmal in diesem Umfeld gearbeitet.

Mag. Tina Haslinger: Ja, das kann man sagen.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Das hat dazu geführt, dass Sie sagen, dass Sie damit vertraut waren, weil der Auftrag aus dem Justizministerium kam.

Sind Sie davon ausgegangen, dass allenfalls das Justizministerium diesen Auftrag vergibt?

Mag. Tina Haslinger: Wie? Das habe ich jetzt nicht verstanden!

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Waren Sie der Auffassung, dass das Justizministerium hinter diesem Auftrag steht?

Mag. Tina Haslinger: Bei meiner Wahlkampfkampagne: ja. Bei „Neustart“ war mir das allerdings nicht so bewusst.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Betreffend „Neustart“ ist es ja Wurscht! Aber beim Wahlkampf war es Ihnen bewusst?

Mag. Tina Haslinger: Ja, natürlich.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ich will das nur herausarbeiten, weil das im Raum steht, aber nicht ausdrücklich gesagt wurde.

Mag. Tina Haslinger: Natürlich, das war der Auftraggeber.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Jetzt noch eine letzte Frage. Herr Pöchinger sagte – Kollege Pilz hat das schon angeschnitten –:

Soweit ich mich erinnere, rief mich Haslinger glaublich Mitte 2006 an und konfrontierte mich damit, dass hinter der Wahlkampfkampagne-Finanzierung die Telekom stünde, da sie von dieser eine Rechnung erhalten habe.

Pöchinger tut also so, als ob er irgendwie aus allen Wolken geflogen wäre ...

Mag. Tina Haslinger: Woher hätte ich das wissen sollen?

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Er tut also so, als ob er irgendwie aus allen Wolken geflogen wäre, als Sie ihm gesagt haben, die Telekom steht hinter der Finanzierung. Was sagen Sie zu dieser Erklärung?

Mag. Tina Haslinger: Das kann ich nicht nachvollziehen, denn es wäre für mich eine totale Überraschung gewesen, dass plötzlich so etwas daherkommt! Das kann ich also nur von Herrn Pöchinger gewusst haben.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Das ist schon komisch, nicht wahr?

Ein Letztes noch. – Es wird auch von Herrn Pöchinger zur Frage der Finanzierung ausgeführt:

Hierzu möchte ich anmerken, dass wir von dem damaligen Parteiobmann Westenthaler mehrfach darauf hingewiesen wurden, dass das Budget für den Persönlichkeitswahlkampf Gastinger nicht von uns selbst, sondern vom BZÖ aufgestellt werde. – Zitatende.

Haben Sie irgendwann einmal über eine derartige Überlegung überhaupt irgendetwas erfahren? War das Gegenstand?

Mag. Tina Haslinger: Ja. Ich kann mich erinnern, dass das ein Thema war.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Dass das BZÖ den Wahlkampf finanziert, und nicht Frau Gastinger selbst?

Mag. Tina Haslinger: Naja, dass das ein getrenntes Budget sein soll.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich habe an Sie noch Fragen zu drei verschiedenen Punkten.

Erstens: Sie haben auf eine Frage des Kollegen Rosenkranz, für wen Sie sonst noch Wahlkämpfe geführt hätten, in Ihrer Antwort die **Grünen** genannt.

Haben Sie mit Ihrer Werbeagentur, über die wir heute sprechen, jemals für die Grünen Wahlkämpfe geführt? (*Mag. Haslinger: Nein!*) – Handelt es sich dabei um die Agentur Haslinger-Keck?

Mag. Tina Haslinger: Genau so ist es.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): War das die Agentur, an der Ihr Vater beteiligt ist?

Mag. Tina Haslinger: Er ist in Linz Geschäftsführer.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja.

Haben Sie irgendwelche Wahrnehmungen aus Ihrer damaligen Tätigkeit Haslinger-Keck im Zusammenhang mit grünen Wahlkämpfen, dass die Wahlkämpfe nicht ausschließlich von den Grünen, sondern von irgendwelchen Unternehmen finanziert worden sind?

Mag. Tina Haslinger: Nein, natürlich nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das können Sie auch nicht, weil diese ausschließlich von uns finanziert worden sind!

Wenn es jemanden interessiert: Ich kann detailliert nennen, welche Landtagswahlkämpfe und Europawahlkämpfe das waren. Aber mir reicht das an und für sich.

Worum es mir jetzt hauptsächlich geht: Ich möchte mit Ihnen ein Subdokument durchgehen. Es ist dies ein PSP-Element, also ein Projektstrukturplan. Ich gehe davon aus, dass Sie wissen, dass ein PSP-Element eine Aufgabe oder eine Teilaufgabe innerhalb eines Projektes ist. Das heißt, es ist in Unternehmen üblich, PSP-Elemente anzulegen, damit man klar weiß, welche Teilprojekte einem Gesamtprojekt zuzuordnen sind und wie auch das Verhältnis der einzelnen PSP-Elemente untereinander ist.

Das ist dies eine notwendige Erklärung, weil ich damit zu einem meiner Meinung nach entscheidenden Punkt komme. Es gibt ein E-Mail von Jauk Michaela, innerhalb der Telekom, an Mayrhofer Siegfried, cc: Novy Christoph, wegen PSP für Kundenprojekte, vom 6. September 2006.

(Der Auskunftsperson werden Schriftstücke vorgelegt.)

Ich lese Ihnen dieses E-Mail vor:

„Sehr geehrter Herr Mayrhofer! Wie mit Christoph abgestimmt, die PSP-Elemente für die unten angeführten Kundenprojekte wie folgt: Vertriebskooperation von aonAlarmServices mit Finanzdienstleistern: PSP-Element: K.3022.001.5.28; zielgruppenspezifische Markenpositionierungen: PSP-Element: K.3023.001.5.28.“

Wissen Sie, worum es sich bei dem PSP-Element „Vertriebskooperation von aonAlarmServices“ mit Finanzdienstleistern handelt?

Mag. Tina Haslinger: Das war der Vorgabetext der Telekom.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Es gibt auch ein E-Mail vom 1. September 2006, wiederum von Mayrhofer Siegfried, in diesem Fall an Novy Christoph:

PSP für Kundenprojekte. Und darin heißt es bereits:

„Folgende Kundenprojekte von Gernot angeordnet“ –

es handelt sich hier um Gernot Schieszler –

„mit Frauenholz abgestimmt: Bitte PSP-Elemente anlegen: Vertriebskooperation von aonAlarmServices mit Finanzdienstleistern (eine Rechnung 200 000).“

Das ist Ihr Projekt. *(Mag. Haslinger: Ja!)* – Zweitens steht da:

„Zielgruppenspezifische Markenpositionierung (eine Rechnung 250 000 und eine 350 000), Fachbereich Tweraser oder direkt zu Gernot to be defined: Schau bitte kurz vorbei. Siegfried Mayrhofer, strategisches Controlling, Telekom Austria.“

Ich sage Ihnen, warum das so wichtig ist: Das zweite Projekt sind die Schmied-Projekte, die wir gestern behandelt haben. Beide Projekte laufen unter fortlaufenden PSP-Nummern, gehören von der PSP-Kategorisierung im Telekom-Controlling

zusammen, sind miteinander verbundene Projekte. Das heißt: Aus Sicht des Telekom-Controlling sind Ihr Projekt und das gestern behandelte Schmied-Projekt als **ein** Projekt zu behandeln, und beide wurden von Gernot Schieszler angeordnet.

Das ist ein wichtiger Punkt, weil das, was für das Schmied-Projekt, mit Finanzierung BZÖ-Wahlkampf, gilt, genau gleich auch für das verbundene Projekt gilt, über das Sie uns hier Auskunft gegeben haben.

Haben Sie jemals erfahren, dass die Schmied-Projekte, Ihr Projekt und Ihre Weiterüberweisung an Schmied drei Teilprojekte von ein und demselben Telekom-Projekt waren? (*Mag. Haslinger: Nein!*) – Okay, das werden wir klarerweise andere Personen weiterfragen müssen.

Wichtig ist nur, dass es da ein Gesamtkonzept in der Telekom für alle diese verdeckten und illegalen Parteienfinanzierungen an das BZÖ im Laufe des Nationalratswahlkampfes 2006 gegeben hat.

Dann möchte ich Ihnen noch Folgendes zur Kenntnis bringen und Sie dazu fragen. Aus der Beschuldigtenvernehmung Pöchinger ergibt sich Folgendes – und vielleicht haben Sie dazu eine Wahrnehmung. Ich zitiere die Erklärung von Herrn Pöchinger:

Ende September 2006 kam es dann zum Austritt aus der Politik von Frau Gastinger. Gastinger kam dann persönlich zu mir und teilte mir mit, dass die Kampagne ihre Person betreffend sofort zu beenden sei. Auch wollte sie, dass noch übrig gebliebenes Geld umgehend an das BZÖ (für sie war das Geld von Wittauer gleichbedeutend mit Geld vom BZÖ) zurückzuerstatten sei.

Das ist deswegen ein wichtiger Punkt, weil sogar die damalige Justizministerin davon überzeugt war, dass es sich hier um BZÖ-Geld handelt, das Geld also an das BZÖ zurückzuerstatten sei.

Haben Sie irgendeine Wahrnehmung, dass Ihre Überweisung von mehr als 200 000 € an die Werbeagentur Schmied auf eine Aufforderung vonseiten Justizministerin Gastinger zurückgegangen ist?

Mag. Tina Haslinger: Kann ich nicht sagen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Also ich kann davon ausgehen, nachdem Sie das auch sehr ausführlich geschildert haben, dass ein Inserat für die Frau Gastinger mit einem Schriftzug „BZÖ“ nie vorgekommen ist. Also BZÖ haben Sie nie in irgendeinem Sujetentwurf oder sonst irgendetwas verwendet? (*Mag. Haslinger: Nein!*) – Danke; keine weiteren Fragen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Sie haben gesagt, der Herr Pöchinger, also 240 000 € sind über die Telekom an Sie geflossen. Wie viel Geld, wie viel von diesen 240 000 haben Sie, konkret jetzt noch einmal, für die Gastinger-Inserate verwendet?

Mag. Tina Haslinger: Das kann ich jetzt nicht ganz exakt sagen, aber das geht aus meiner Stellungnahme hervor.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wie viel Geld haben Sie dann letztendlich an die Werbeagentur Schmied weitergeleitet?

Mag. Tina Haslinger: 200 449,23.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Dann haben wir eh die Summe, 240 000 haben Sie gekriegt, 200 000 haben Sie weitergeleitet, bleiben 40 000 € über.

Wie viele von diesen 40 000 €, die Sie verwendet haben, wie viel davon haben Sie sich persönlich für Ihre Arbeit einbehalten?

Mag. Tina Haslinger: Das waren 24 517,87 €.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Können Sie die Summe wiederholen? Das hat akustisch niemand verstanden.

Mag. Tina Haslinger: Das müssten um die 24 000 € gewesen sein.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wie viel haben Sie damals im Schnitt vorher, in den Monaten vorher, verdient, vor diesem Auftrag? Wie hoch war da zirka Ihr Monatseinkommen?

Mag. Tina Haslinger: Als Angestellte meinen Sie jetzt?

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Na generell. Sie haben im Sommer 2006 diesen Auftrag bekommen für die Vorzugsstimmenkampagne Gastinger.

Was haben Sie im Jänner, Februar, März, April, Mai 2006 so pro Monat zirka verdient?

Mag. Tina Haslinger: Na ja, da war ich in dem AMS ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das weiß ich, aber Sie werden trotzdem übers AMS gewisse Leistungen bekommen haben. Wie hoch waren diese Leistungen?

Mag. Tina Haslinger: Also ich kann Ihnen nur den Einkommensteuerbescheid 2006 sagen. Da war das Einkommen 6 322 €.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Für das gesamte Jahr 2006? (*Mag. Haslinger: Genau!*) – Das heißt, Sie waren beim AMS, haben im gesamten Jahr 2006 6 000 € verdient und kriegen dann für diese eine Geschichte weit über 20 000 €, was also für Sie damals ein sehr, sehr hohes Einkommen war – und zugleich haben Sie das nie hinterfragt, dass das ein Telekom-Geld ist, dass Sie Gelder weiterleiten müssen?

Mag. Tina Haslinger: Die sind da drinnen, die 20 000 €. Das ist, was übriggeblieben ist am Ende des Jahres.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ja, ja. Aber Sie haben das nie hinterfragt trotzdem, obwohl Sie eigentlich über 20 000 € Telekom-Gelder kassiert haben?

Mag. Tina Haslinger: Möchte ich nicht beantworten.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das denke ich mir auch, dass Sie das nicht beantworten wollen.

Wissen Sie, dass der Herr Pöchinger vorbestraft ist?

Mag. Tina Haslinger: Ja, das weiß ich.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wissen Sie auch, warum er vorbestraft ist?

Mag. Tina Haslinger: Ich glaube, das hat damals mit der BAWAG-Sache zu tun gehabt.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Können Sie das weiter ausführen?

Mag. Tina Haslinger: Ich glaube, dass irgendwelche Unterlagen an „NEWS“ oder so weitergegeben worden sind, soweit ich es aus den Medien noch im Kopf habe.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Herr Pöchinger hat die noch nicht offizielle BAWAG-Anklage laut rechtskräftiger Verurteilung an den Herrn – mittlerweile verstorbenen – Alfred Worm von „NEWS“ weitergeleitet. Also der Herr Pöchinger ist verurteilt worden, weil er Unterlagen illegal an den Herrn Worm weitergegeben hat.

Jetzt steht in diesem Briefing:

NEWS-Verlag ist bereits fix als Partner (Herr Worm).

NEWS-Verlag, Herr Worm: Was können Sie uns dazu sagen?

Mag. Tina Haslinger: Da hat mir Herr Pöchinger mitgeteilt, dass er eine Kooperation mit „NEWS“ hat, ja.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Hat er da was gesagt, welche Kooperation?

Mag. Tina Haslinger: Zum Zeitpunkt des Briefings haben wir das noch nicht exakt besprochen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ja, eine Anzeigenkooperation oder eine Medienberichterstattung?

Mag. Tina Haslinger: Eine Anzeigenkooperation.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Eine Anzeigenkooperation, die er mit dem Herrn Worm ausgemacht hat? (*Mag. Haslinger: Genau!*) – Sie wissen aber schon, dass der Herr Worm Journalist und kein Anzeigenverkäufer war?

Mag. Tina Haslinger: Ja, aber das war dem Herrn Pöchinger seine Sache.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das muss ich jetzt ganz konkret fragen, Schlussfrage. Wann immer es darum gegangen ist, auch Gelder weiterzuleiten, an den Schmied und auch die Frage, was mit diesem Geld passiert, wenn Sie mit dem Pöchinger darüber gesprochen haben, wer diese Telekom-Gelder organisiert hat und wohin die dann auch fließen sollen, da war immer ausschließlich die Rede von Klaus Wittauer, wie Sie heute mehrmals bereits ... (*Mag. Haslinger: Ja!*) – Immer ausschließlich Klaus Wittauer? (*Mag. Haslinger: Ja!*) – Keine andere Person? (*Mag. Haslinger: Nein!*) – Peter Westenthaler zum Beispiel? (*Mag. Haslinger: Nein!*) – Arno Eccher? (*Mag. Haslinger: Nein!*) – Petzner, Haider, Bucher, nein, auch nicht?

Mag. Tina Haslinger: Ausschließlich Wittauer.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Sehen Sie, was ich für ein Glück habe, ich komme nicht vor. – Dankeschön.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Haben Sie noch eine Zusatzfrage, Abgeordneter Petzner?

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ja, eine Zusatzfrage habe ich noch.

Frau Haslinger, Sie haben berichtet – jetzt unter Wahrheitspflicht, ist schon ein bisschen her –, bei diesem Briefing-Gespräch waren mehrere Personen anwesend.

Mag. Tina Haslinger: Nein. Im Briefing-Gespräch war ausschließlich der Herr Pöchinger.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich beziehe mich auf dieses Gespräch zur Kampagne, dann nennen wir es so, im Justizministerium. Da hat ein Gespräch stattgefunden. Wann war dieses Gespräch? Wer waren da außer Christoph Pöchinger noch die anderen Teilnehmer? Ich nenne Ihnen einen konkreten Namen. War damals ein gewisser Michael Schön dabei?

Mag. Tina Haslinger: Ich kann das vom Namen her nicht sagen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das ist ein kleinerer Herr mit blondem Haar, ich beschreibe Ihnen auch die Optik.

Mag. Tina Haslinger: Ja, also es war ein kleinerer Herr mit blondem Haar, aber den Namen hätte ich nicht mehr präsent. Also wenn ich ihn sehe, würde ich ihn wahrscheinlich erkennen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Der war damals Kabinettchef bei der Frau Bundesminister. Das werden Sie wohl wissen, wenn ein Kabinettchef dabei ist.

Mag. Tina Haslinger: Ich habe mich mit den politischen Dingen nicht so befasst, dass ich da jeden kenne, ganz ehrlich gesagt.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wir werden den Herrn Pöchinger fragen, ob das dieser kleine blonde Mann war. Aber ich kenne dort alle Mitarbeiter von damals. Es gibt nur einen, der klein und blond ist und der eine schöne Seite bei der Korruptionsstaatsanwaltschaft ... – Aber das werden wir dann an anderer Stelle klären. Dankeschön.

Obfrau Dr. Gabriela Moser dankt, da keine weiteren Fragen vorliegen, der Auskunftsperson und verabschiedet diese.

(Die Auskunftsperson Mag. Haslinger und deren Vertrauensperson verlassen den Sitzungssaal.)

10.30

Die Obfrau **unterbricht** die Sitzung.

*(Die medienöffentliche Sitzung wird um 10.31 Uhr **unterbrochen** und um 11.05 Uhr als solche **wieder aufgenommen**.)*

11.05

Obfrau Dr. Gabriela Moser nimmt – um 11.05 Uhr – die unterbrochene Sitzung **medienöffentlich wieder auf** und weist darauf hin, dass keine Suggestivfragen gestellt werden sollen.

Ganz simpel: Wenn man im Aussagesatz fragt, ist das suggestiv. Man muss einen echten Fragesatz formulieren, mit der Personalform an erster Stelle. (*Abg. Petzner: Wer ist damit gemeint?*) – Nein, generell. Das gilt für alle als Erinnerung.

Verfahrensanwalt Dr. Klaus Hoffmann: Es waren alle gemeint. Ich darf vielleicht kurz dazu sagen: Ich will nicht immer unterbrechen. Ich müsste viel öfter unterbrechen, daher habe ich gebeten, dass die Frau Vorsitzende noch einmal darauf aufmerksam macht, dass Sie sich nach Möglichkeit an Fragesätzen orientieren, wenn Sie eine Frage stellen und nicht etwas unterstellen und sagen: War es nicht so?, zum Beispiel. Das ginge eben nicht.

11.06

Auskunftsperson Christoph Pöchinger

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Wir kommen nun zur Anhörung von Herrn Christoph **Pöchinger** als **Auskunftsperson**.

Ich ersuche wieder die Medien zu beachten, dass Fernseh- und Hörfunkaufnahmen und -übertragungen sowie Film- und Lichtbildaufnahmen und alle sonstigen Tonaufnahmen unzulässig sind. Bitte lassen Sie derartige Geräte außerhalb des Saals! Handys müssen abgeschaltet sein.

Herr Pöchinger, ich danke für Ihr Erscheinen. Vor Ihrer Anhörung möchte ich Sie an Ihre **Pflicht** zur Angabe der **Wahrheit** und die **strafrechtlichen Folgen** einer Falschaussage erinnern: Eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss wird gemäß § 288 Abs. 3 Strafgesetzbuch wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft. Diese Erinnerung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten.

Ihr vollständiger Name lautet: Christoph Ansgar Pöchinger. Geburtsdatum: 15. Mai 1974. Anschrift: Linz. Sie sind derzeit PR-Berater.

Ich weise Sie auch daraufhin, dass Sie über die Errichtung und den Inhalt von Rechtsgeschäften, bei welchen Sie als Urkundsperson beigezogen worden sind, die Aussage auch wegen eines zu besorgenden vermögensrechtlichen Nachteils nicht verweigern dürfen.

Sie haben eine **Vertrauensperson** mitgenommen. Ihr vollständiger Name lautet: **Mag. Dr. Daniel Henning Albert Rose**. Geburtsdatum: 16. Jänner 1966. Anschrift: Wien.

Ich frage die Mitglieder dieses Ausschusses, ob jemand der Ansicht ist, dass Herr Mag. Dr. Rose als Vertrauensperson auszuschließen sei, weil er entweder voraussichtlich selbst als Auskunftsperson geladen wird oder die Auskunftsperson bei der Ablegung einer freien und vollständigen Aussage beeinflussen könnte. – Das ist nicht der Fall.

Ich setze daher mit der **Belehrung** der **Vertrauensperson** fort. Ich habe auch Sie über die strafrechtlichen Folgen einer falschen Beweisaussage als Beteiligter zu erinnern. Den Inhalt der Belehrung über die Strafdrohung bei einer vorsätzlich falschen Aussage haben Sie bereits bei der Auskunftsperson mitgehört. Diese Belehrung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten. Strafrechtliche Folgen können daher zum Beispiel die Anstiftung zur falschen Beweisaussage haben.

Ihre Aufgabe ist die **Beratung** der Auskunftsperson. Sie haben aber nicht das Recht, Erklärungen vor dem Ausschuss abzugeben oder an Stelle der Auskunftsperson zu antworten. Wenn Sie sich nicht daran halten, können Sie als Vertrauensperson ausgeschlossen werden. Sie können auch dann anwesend sein, wenn die Öffentlichkeit ausgeschlossen ist.

Sollten Sie der Meinung sein, dass es zu Verletzungen der Verfahrensordnung oder zu Eingriffen in die Grund- und Persönlichkeitsrechte der Auskunftsperson kommt, haben Sie die Möglichkeit, sich an den Verfahrensanwalt zu wenden. Dieser wird dann, wenn er es für erforderlich hält, mich informieren.

Herr Pöchinger, wir können jetzt zur Befragung übergehen. Sie haben die Möglichkeit, in einer zusammenhängenden Erzählung, Umfang 10 Minuten, Ihre Sicht der Dinge darzulegen. – Ich sehe, das möchten Sie nicht.

Deswegen starten wir gleich mit der Befragung. – Bitte, Herr Abgeordneter Dr. Pilz.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Pöchinger, erste Frage – wir reden heute über diese Haslinger-Geschichte, diese 240 000 €, die am Anfang, beim Briefing-Gespräch am 19. 7. 2006, darauf kommen wir später zurück, noch 80 000 bis 100 000 € waren –: Wann haben Sie zum ersten Mal erfahren, dass dieses Geld von der Telekom stammt?

Christoph Pöchinger: Das genaue Datum ist mir nicht erinnerlich. Ich weiß auf jeden Fall, dass es deutlich nach dem 19. Juli war. Ich nehme an, dass es Ende August/Anfang September war.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Und wer hat Sie informiert, dass das Geld von der Telekom kommt?

Christoph Pöchinger: Die Frau Haslinger.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Die Frau Haslinger. – Wissen Sie, dass die Frau Haslinger das ganz anders in Erinnerung hat?

Christoph Pöchinger: Das weiß ich, ja. (*Abg. Dr. Pilz: Ja!*) – Ich glaube aber, dass sie sich da falsch erinnert. Ich glaube nicht, dass sie sich da irgendwie bewusst falsch ausdrückt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das müssen wir jetzt nicht beurteilen.

Ich zitiere aus Ihrer Beschuldigteneinvernahme über ein Gespräch mit Frau Haslinger:

Auch sagte mir Haslinger bei dieser Besprechung im „Eiles“, dass sie den Auftrag – von wem sagte sie nicht, und ich fragte nicht – erhalten habe, die Rechnung für ihre Kampagnen-Aufwände abzuändern. Ich sagte darauf einfach, sie solle die Rechnung entsprechend abändern, da ich annahm, dass die Telekom als Auftraggeber einer solchen Kampagne erstens völlig legitim sei und zweitens wisse, wie die Abrechnung erfolgen solle. Die Telekom als Auftraggeber schien mir über jeden Zweifel erhaben. – Zitatende.

Ich möchte Sie in diesem Zusammenhang eines fragen: Was sollte an der Rechnung abgeändert werden?

Christoph Pöchinger: Das war mir nicht genau klar. Sie hat nur gesagt, es steht eben nicht drauf: Wahlkampfspende BZÖ oder Vorzugsstimmen-Wahlkampf Gastinger. Es steht eben nicht explizit drauf der Grund sozusagen, wofür sie das Geld bekommt. Das hat sie mir schon gesagt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ist es richtig, dass in diesem Gespräch darüber gesprochen worden ist, dass der wahre Zweck der Rechnung nicht im Rechnungstext stehen soll?

Christoph Pöchinger: Es ist mir nicht explizit gesagt worden, aber sie hat mir nur kryptisch gesagt, es ist etwas anderes drinnen als das, was ich eigentlich hier mache. Ich habe niemals genau gewusst, was das ist, was sie offiziell macht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Aber Sie haben zu diesem Zeitpunkt jedenfalls gewusst, das Geld kommt von der Telekom?

Christoph Pöchinger: Das war dieses Gespräch Ende August.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Und jetzt kommen wir zu Ihrer Chefin, zu der damaligen Justizministerin Gastinger.

Haben Sie Frau Gastinger in dem Wissen, dass das Geld von der Telekom kommt, jemals informiert über diesen Umstand, dass das Geld von der Telekom kommt?

Christoph Pöchinger: Ich möchte mich zu diesem Punkt der Aussage entschlagen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich frage Sie andersrum: Können Sie dem Ausschuss sagen, dass Frau Gastinger von Ihnen mit Sicherheit nichts über die Telekom-Zahlungen erfahren hat?

Christoph Pöchinger: Ich möchte es auch auf diese Art und Weise nicht beantworten. Ich kann auch erklären, warum. Das hat einen einfachen Grund. Wenn ich jetzt sage, die Frau Justizministerin Gastinger hat nichts gewusst, und dann wird der Herr Wittauer geladen und sagt, er hat es gewusst, dann steht Aussage gegen Aussage. Dann habe ich eine 50 : 50-Chance, wem der Ausschuss glaubt, und damit eine 50 : 50-Chance, wegen einer falschen Zeugenaussage belangt zu werden. Darum möchte ich mich hier entschlagen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Dann frage ich Sie etwas anderes: Haben Sie in der Vorbereitung zu dieser Befragung, zu Ihrer Aussage in diesem Untersuchungsausschuss mit Ihrem Anwalt besprochen, was das für Sie rechtlich bedeuten könnte, wenn Sie hier ganz offen und klar unter Wahrheitspflicht aussagen, dass Sie Frau Gastinger über die Telekom-Zahlungen informiert haben?

Christoph Pöchinger: Auch über Gespräche mit meinem Anwalt möchte ich hier keine Auskunft geben.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Dann werde ich es an Ihrer Stelle einmal versuchen. Ich gehe aus guten Gründen davon aus, dass Sie Frau Gastinger informiert haben – Sie haben ja auch einen Grund –, und Sie haben zu Recht verwiesen auf mögliche Klagsdrohungen, mögliche rechtliche Folgen für Sie. Ich gehe davon aus, dass Sie Frau Gastinger sehr wohl informiert haben über die Telekom-Zahlungen, sonst würden Sie nämlich meiner Ansicht nach jetzt sagen: Nein, ich habe sie nicht informiert! Aber Sie stehen unter Wahrheitspflicht, und ich gehe davon aus, dass Sie möglicherweise wirklich persönlich Nachteile befürchten, wenn Sie hier unter Wahrheitspflicht aussagen, dass Sie Frau Gastinger informiert haben.

Aber für mich ist nur eines wichtig festzuhalten: Von Ihnen gibt es keine Aussage, dass Frau Gastinger von Ihnen nicht über die Telekom informiert worden ist.

Jetzt frage ich Sie anders: Haben Sie irgendeinen Grund zur Annahme, dass Frau Gastinger von den Telekom-Zahlungen wusste? (*Christoph Pöchinger: Nein!*) – Haben Sie irgendwelche Hinweise, dass Frau Gastinger nachfragte, von wo das Geld gekommen ist?

Christoph Pöchinger: Ich denke, dass es trotzdem darum geht, dass ich diese Frage, die ursächlich dieselbe bleibt wie die, die Sie mir zuerst gestellt haben, nicht beantworten möchte. Ich bitte um Verständnis.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sie haben ja in der ersten Briefing-Unterlage, die von Frau Haslinger verfasst worden ist – 19. 7. 2006, Briefing-Gespräch mit Herrn Pöchinger –, da steht drin – und das hat Frau Haslinger bestätigt, dass sie das so festgehalten hat, sie ist ja durch Sie gebrieft worden –:

„Budget zirka 80 000 € bis 100 000 € (Geldmittel kommen von privat, wird noch geklärt).“

Haben Sie das der Frau Haslinger damals so mitgeteilt?

Christoph Pöchinger: Nicht im Wortlaut, nehme ich an, ich wollte ihr damit mitteilen, dass sie im Gegensatz zu einer Arbeit, die sie sozusagen im Umfeld des Justizministeriums mit einer großen Agentur gemacht hat, dieses Geld nicht vom Justizministerium bekommt. Die private Hand heißt: nicht das Justizministerium.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Vor dem Hintergrund dessen, was wir bis jetzt gefragt haben ...

Christoph Pöchinger: Zu diesem Zeitpunkt wusste ich nicht, dass dieses Geld von der Telekom zur Verfügung gestellt wird. Zu diesem Zeitpunkt wusste ich, dass der Herr Wittauer als Abgeordneter des BZÖ uns einen Teil des ihm zur Verfügung stehenden Geldes, offenbar, zukommen lässt. Das war meine Information. Das ist die private Hand.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja. Und jetzt frage ich weiter: Von wem ist Frau Gastinger informiert worden, dass sie einen Vorzugsstimmen-Wahlkampf führen soll?

Christoph Pöchinger: Keine Ahnung. Das war eine Idee, die sie halt an uns herangetragen hat, die auch das Kabinett für gut empfunden hat. Ich nehme an, das BZÖ hat das auch gutgeheißen, weil sonst hätten wir kein Geld dafür bekommen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wessen Idee war die Idee, einen Vorzugsstimmen-Wahlkampf Gastinger zu führen: War das eine Idee der Frau Gastinger, die an Sie herangetragen ist – oder haben Sie das der Frau Gastinger vorgeschlagen?

Christoph Pöchinger: Das kann ich so nicht mehr explizit beantworten. Fakt ist, dass es ziemlich zeitgleich kam, dass sie das quasi wollte, dass ein Vorzugsstimmen-Wahlkampf geführt wird und ich das für sehr gut empfunden habe, einen Vorzugsstimmen-Wahlkampf zu führen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Und dann gibt es plötzlich 80 000 € bis 100 000 € und dann später 240 ...

Christoph Pöchinger: Nein, niemals! Das stimmt nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Bleiben wir einmal bei den 80 000 € bis 100 000 €. Das reicht ja.

Haben Sie Frau Gastinger informiert, dass bereits Gelder für ihren Persönlichkeitswahlkampf zur Verfügung stehen?

Christoph Pöchinger: Ich werde sie darüber informiert haben, dass wir uns eine gewisse Anzahl an Inseraten leisten können und inhaltlich habe ich sie wahrscheinlich informiert. Die genaue Ausformung der Zahlungssumme und ... – Ich weiß nicht, inwieweit das interessant gewesen wäre. Sicher war es wahrscheinlich ein Thema: Wie viele Inserate werden bezahlt werden? Und wenn man einigermaßen weiß, was ein Inserat in einer Zeitung kostet, kann man darüber auch auf die Summe kommen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Jetzt war ja Frau Gastinger nicht irgendwer, sondern die Justizministerin.

Hat die Justizministerin Sie jemals gefragt: Herr Pöchinger, wo haben wir denn das Geld her?

Christoph Pöchinger: Ich möchte wiederum auf die Frage zurückkommen, die zu vorvorletzt gestellt worden ist. Das kann ich nicht beantworten. Das würde genau dasselbe sein.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Was heißt ...

Christoph Pöchinger: Sie stellen mir dieselbe Frage wie vor etwa fünf Minuten, nur andersrum.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nein, ich stelle Ihnen eine andere Frage, nämlich ob Frau Gastinger wissen wollte, woher das Geld kommt. War es ihr wurscht oder hat es sie interessiert?

Christoph Pöchinger: Offenbar wusste sie es nicht. Sie sagt, sie wusste es nicht, also offenbar schließe ich daraus, sie hat kein Interesse daran gehabt, es zu wissen. Wahrscheinlich ... Keine Ahnung.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Es geht mir nicht darum, was Sie schließen, sondern es geht um Ihre **Wahrnehmungen**.

Hat sich die Justizministerin bei Ihnen erkundigt: Herr Pöchinger, woher kommt das Geld?

Christoph Pöchinger: Das kann ich mich nicht so nicht erinnern.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sie können Sie sich nicht erinnern. – Das heißt, Sie halten es für möglich, dass es eine Justizministerin gegeben hat, der es vollkommen wurscht war, woher das Geld kommt?

Christoph Pöchinger: Naja, da muss man einmal festhalten, dass die Frau Justizministerin zu diesem Zeitpunkt in einer sowohl persönlich als auch beruflich schwierigen Situation war. Sie ist gerade Mutter geworden. Sie ist in einer Situation gewesen, in der die Partei, die sie für sich persönlich als die richtige erachtete, einen Wahlkampf begonnen hat, mit dem sie sich einfach nicht identifizieren konnte. Ich glaube daher, sie war in einer Situation, die man als **sehr angespannt** bewerten muss.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Trotzdem, Sie wollen oder können mir das nicht beantworten. Lassen wir das einmal so stehen.

Jetzt kommt der nächste Punkt: aus den 80 000 bis 100 000 € werden plötzlich wesentlich mehr.

Können Sie sich an diese Situation erinnern? (*Christoph Pöchinger: Ja!*) – Können Sie das dem Ausschuss schildern? (*Christoph Pöchinger: Ja!*) – Bitte.

Christoph Pöchinger: Ich bin informiert Nachdem ich sozusagen mit der Aufgabe betraut worden bin, diesen Vorzugstimmwahlkampf inhaltlich auszugestalten, habe ich mir natürlich auch die Frage gestellt: Wenn man Inserate schalten möchte, dann brauchen wir auch Geld dafür. Es war meine Idee, eine Art **Tour de Force** zu machen und nachzufragen bei – keine Ahnung, wie ich mir das vorgestellt habe damals – allen möglichen Stellen, ob jemand bereit ist, für eine Justizministerin Gastinger auch Inserate zu bezahlen. So weit kam es nicht, weil mir in derselben Sitzung, für die ich mir das überlegt habe, vom damaligen Kabinettschef-Stellvertreter Norman Schadler mitgeteilt wurde, dass er eine Idee hätte: Herr Abgeordneter Wittauer habe Geld.

Dann sind wir zu Herrn Wittauer gegangen, und Herr Wittauer hat gesagt: Okay, ihr bekommt von mir für einen Vorzugstimmwahlkampf aus BZÖ-Mitteln 100 000 €. Er hat mich auch gefragt, ob die Agentur, die ich an der Hand habe, Expertise vorweisen kann, ob sie gut ist und so weiter. Da ich mit Frau Haslinger gerade seitens des Justizministeriums für den Bewährungshilfeverein „Neustart“ eine große Kampagne gemacht habe, für die sie gezeichnet hat, die sie hervorragend gemacht hat, wodurch sie diesen Pitch auch gewonnen hat, habe ich mich für sie verwendet, habe gesagt: Ja, ich habe eine Agentur, die macht das sehr gut! – Und dann ist mir gesagt worden: Gut, dann möchte er auch, dass diese Agentur für sein Umfeld, das Tiroler Umfeld, einen Wahlkampf inhaltlich mitgestaltet. Da ist es dann eher um so Themen gegangen wie

Giveaways und Sujetgestaltung, ich weiß nicht mehr genau. Dazu hat die Agentur, Frau Haslinger, das Geld sowohl für den vom BZÖ oder sprich vom Herrn Wittauer gewidmeten Teil Gastinger als auch den dem BZÖ Tirol gewidmeten Teil übernommen, um für diese beiden Teile Arbeiten zu verrichten.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das ist alles durchaus interessant. Ich habe Sie eigentlich nur gefragt: Wie ist es zu dieser Erhöhung von 80 000 bis 100 000 € auf 200

Christoph Pöchinger: Weil das BZÖ Tirol auch von dieser Agentur betreut werden wollte.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Aha, das BZÖ Tirol. Okay. Dann sind ...

Christoph Pöchinger: Aussage Wittauer.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Dann gibt es diese Zusage über 240 000 €. Sie wissen ungefähr zu dieser Zeit nach Ihren Angaben, dass das Geld von der Telekom kommt, und dann kommt Frau Gastinger zu Ihnen und sagt: Eigentlich mag ich nicht mehr!

Wie war diese Situation?

Christoph Pöchinger: Naja, die Situation war, um es auf diesen Bereich herunterzubrechen, natürlich unangenehm, weil wir jetzt – ich bringe es auf den Punkt – auf Geld gesessen sind, das uns unserer Meinung nach rechtlich nicht mehr zustand.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Zu diesem Zeitpunkt haben Sie bereits gewusst, dass das Telekom-Geld ist?

Christoph Pöchinger: Ja, ich habe es gewusst. Also, ich habe gewusst – Moment, das ist schon wichtig. –, dass es von der Telekom dem BZÖ über Herrn Wittauer gewidmetes Geld ist. Aus dem Grund haben wir uns auch vor einer rechtlichen Auseinandersetzung mit dem BZÖ gefürchtet.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Und wie sind Sie in dieser Situation dann zum Herrn Rumpold gekommen?

Christoph Pöchinger: Ich habe Rücksprache gehalten mit Wittauer und Gastinger, was mit diesem in Wahrheit noch fast komplett verbliebenen Geld zu tun sei, und mir wurde gesagt, ich solle Herrn Rumpold anrufen, der auch logisch ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wer hat Ihnen das gesagt?

Christoph Pöchinger: Die beiden.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Gastinger und Wittauer haben gesagt, rufen Sie Rumpold an?

Christoph Pöchinger: Es war einfach immer BZÖ-Geld für uns. Es ist völlig unerheblich, ob Gastinger wusste, ob es von der Telekom ist oder nicht, es war dem **BZÖ** gewidmetes Geld. Das kommt mir vor wie beim Roten Kreuz: Wenn ein Projekt eingestellt wird, wird das Geld auch nicht mehr an die Spender zurückgezahlt, sondern in ein anderes Projekt investiert. Und genau so war es.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Die 7 Minuten!

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das Rote Kreuz hat eine etwas andere Form der Rechnungslegung. Ich denke, das ist dem Roten Kreuz durchaus wichtig.

Christoph Pöchinger: Das tut mir jetzt leid! Das stimmt. Der Vergleich ist etwas

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wir kommen dann auf Rumpold wieder zurück. – Danke schön.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Herr Pöchinger! Ich hätte ganz gerne noch einmal von Ihnen gewusst, wie Sie auf Frau Haslinger gekommen sind. Sie haben zwar gesagt, Frau Haslinger hätte im Ministerium schon ein Projekt „Neustart“ betreut und da hätten Sie sie kennengelernt. Ich frage mich aber: War Frau Haslinger, zu dem Zeitpunkt, als Sie sie da angesprochen haben, schon selbständig?

Christoph Pöchinger: Frau Haslinger war zu diesem Zeitpunkt Angestellte der Firma Haslinger-Keck, einer Werbeagentur mit Sitz in Linz und Wien, und diese Werbeagentur hat auch den Pitch für den Verein „Neustart“ gewonnen, und diese Werbeagentur war auch mein Vorschlag für diesen Vorzugsstimmenwahlkampf.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Wer hat dann die Idee gehabt, dass Frau Haslinger sich selbständig machen soll, einen Gewerbeschein lösen soll und ...

Christoph Pöchinger: Frau Haslinger, nehme ich an.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): ... und selbst als Einzelunternehmen als Werbeagentur auftreten soll?

Christoph Pöchinger: Keine Ahnung. (*Abg. Tamandl: Naja!*) – Ich nicht!

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Naja, das wäre ja für Sie, ich meine, wenn Sie mit einer Agentur in Kontakt treten, die Haslinger-Keck heißt, und dann plötzlich Frau Haslinger als Einzelperson auftritt, das hätte

Frau Haslinger ist ja nicht so auf die Idee gekommen, sich selbständig zu machen, das wird ja wahrscheinlich auch mit dem Auftrag zusammengehangen haben. Sie hatte ja vorher keine Aufträge als Einzelunternehmerin.

Das heißt, Sie haben damit nichts zu tun, dass sich Frau Haslinger beispielsweise für dieses Projekt selbständig gemacht und einen Gewerbeschein gelöst hat, damit sie Rechnungen stellen kann?

Christoph Pöchinger: Noch einmal: Mein Vorschlag, meine Idee wäre gewesen, eben die Agentur zu nehmen, auch wenn Frau Haslinger damals die gesamte abbildbare Arbeit für den Verein „Neustart“ gemacht hat und ich sie persönlich schon lange kenne. Nach meinem Dafürhalten sollte die Agentur Haslinger-Keck das machen. Das war es für mich.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Und da haben Sie sich nicht gewundert, dass Frau Haslinger dann selbst als Unternehmerin aufgetreten ist?

Christoph Pöchinger: Nicht wirklich, weil sie mir gegenüber nicht so aufgetreten ist. Das Unternehmen ist in Wahrheit ausschließlich als Rechnungsleger aufgetreten, und zweitens muss man sagen: Sie war die Person, die ich eigentlich wollte, da sie auch für den Verein „Neustart“ den Pitch gewonnen hat. Und mit welcher Firma die dann letztendlich kommt ... – Sie war meine Person, die ich haben wollte, als Kreative oder wie auch immer. Dass diese Firma gegründet worden ist, wusste ich nicht einmal.

Fakt ist: Es war erst sehr spät, dass ich gehört habe, dass das nicht die Haslinger-Keck-Agentur macht, sondern sie.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Das ist gar nicht zur Sprache gekommen, als Sie sich mit Herrn Wittauer und Frau Haslinger getroffen haben? Oder als Sie sich mit Herrn Wittauer getroffen und Gelder vereinbart haben, ist da gar nicht zur Sprache gekommen, wer da letztendlich der Auftragnehmer ist für diesen Vorzugsstimmenwahlkampf?

Christoph Pöchinger: Herr Wittauer hat zu mir wörtlich gesagt, ausschließlich er macht das mit der Agentur. Er will nicht, dass ich weiß, wie das Ganze sonst ist. Und ich weiß noch, dass wir uns damals gedacht haben, der Herr Kabinettschef-Stellvertreter und ich: Das ist eigentlich arg, denn Herr Wittauer will sich da wichtigmachen!

Also, er hat uns offenbar extra außen vor gelassen, aus welchen Gründen weiß ich nicht, das müssen Sie ihn selbst fragen. Frau Haslinger hat mir gegenüber erst aufgedeckt, wer dahintersteckt.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Hatten Sie im Wahlkampf außer mit der Agentur von Frau Haslinger auch Kontakt zu anderen Agenturen? (*Christoph Pöchinger: Nein!*) – Sie haben gesagt, Sie haben, als Frau Gastinger gesagt hat, sie zieht sich aus der Politik zurück, sofort, weil Sie das als BZÖ-Geld angesehen haben, gefragt, was jetzt mit dem Geld geschehen soll, obwohl es doch so gedacht war, dass Frau Haslinger nicht nur den Vorzugsstimmenwahlkampf machen sollte für Frau Gastinger, sondern offenbar auch den Wahlkampf für Herrn Wittauer.

Warum haben Sie dann sofort, als Sie gehört haben, Frau Gastinger tritt zurück oder möchte nicht mehr kandidieren, sofort Wege gesucht, wohin das Geld fließen soll? Eigentlich wäre ja klar gewesen, dass Frau Haslinger weiterhin für Herrn Wittauer tätig ist, weil das war ja eigentlich auch so ausgemacht.

Christoph Pöchinger: Das verstehe ich nicht. Die erste Summe sozusagen, die dem BZÖ Tirol gewidmet war, die ist offenbar vorher überwiesen worden, die hat Frau Haslinger offenbar nicht lange gehabt, weil dann eine andere Agentur an Herrn Wittauer herangetreten ist und Herr Wittauer quasi beschlossen hat, dass das die Agentur macht, warum auch immer.

Ursprünglich war es so gedacht: Haslinger macht für das BZÖ den Vorzugsstimmenwahlkampf Gastinger und für das BZÖ den Wahlkampf Tirol. Dann sagt das BZÖ Tirol: Nein, wir machen das mit einer eigenen Agentur!, mit wem auch immer.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Zu welchem Zeitpunkt?

Christoph Pöchinger: Keine Ahnung! Ich war da nicht eingebunden.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Sie müssen ja eingebunden gewesen sein, denn sonst hätten Sie nach dem Rückzug von Frau Gastinger nicht sofort zum Hörer greifen können, um Herrn Rumpold zu befragen, was jetzt mit dem Geld geschehen soll.

Christoph Pöchinger: Noch einmal: Punkt eins, das Geld fürs BZÖ Tirol war ja schon viel früher weg, und, Punkt zwei, ich habe auch nicht sofort zum Hörer gegriffen, ich habe mich bei zwei Personen erkundigt, ...

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Bei wem?

Christoph Pöchinger: Bei Wittauer, Gastinger, was mit dem Geld zu tun ist.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Bei Frau Gastinger haben Sie sich erkundigt, was mit dem Geld zu tun ist?

Christoph Pöchinger: Ja. Da sie geglaubt hat, das sei BZÖ-Geld oder dem BZÖ gewidmetes Geld, war logisch, dass sie gesagt hat, ruf den Wahlkampfleiter an, und das war Herr Rumpold.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Aber Sie haben ja gewusst, dass das Privatgeld ist und nicht vom BZÖ. Da hätten Sie ja Frau Gastinger gleich aufklären und

ihr sagen können, dass das kein Geld vom BZÖ, sondern Geld von privater Seite ist. Das steht ja auch in den Unterlagen drinnen, wo die Frau Haslinger mit Ihnen dieses Briefing-Gespräch geführt hat über den Vorzugsstimmenwahlkampf.

Christoph Pöchinger: Es war ja, ich meine das ganz ehrlich: Dass das BZÖ als Neugründung nicht über eigene Gelder verfügt, sondern das Geld von außen lukrieren muss, ich meine, das weiß jeder, der in der Politik auch nur einen Tag lang tätig war. Dass es trotzdem BZÖ-Geld wurde, sobald es dafür gewidmet wird, ist für mich auch außer Zweifel.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Woher nehmen Sie die Weisheit? (*Christoph Pöchinger: Welche?*) – Haben Sie mit einem BZÖ-Spitzenmenschen darüber gesprochen, mit der BZÖ-Führung? Ist jemals darüber gesprochen worden, dass Frau Gastinger einen Vorzugsstimmenwahlkampf führen soll? (*Christoph Pöchinger: Ja!*) – In Briefing-Unterlagen von Frau Haslinger ist zu sehen, dass Frau Gastinger als parteiunabhängige Ministerin, Justizministern dargestellt werden soll. Das BZÖ-Logo ist ausgespart.

Jetzt frage ich mich: Wer hat Ihnen gesagt, dass das ein BZÖ-Wahlkampf mit BZÖ-Geld sein soll?

Christoph Pöchinger: Herr Wittauer. Und grundsätzlich hat es natürlich auch Gespräche gegeben zum Beispiel mit Herrn Westenthaler über dieses Geld. Der wusste natürlich auch, wie ein „Kurier“-Artikel zwei Tage nach dem Austritt Gastingers anführt, sogar auf den Cent genau, wie viel Geld wir hatten.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Wann ist Herr Westenthaler an Sie herangetreten diesbezüglich?

Christoph Pöchinger: Wir haben einmal ein Gespräch gehabt über die Linie, die Parteilinie, und da habe ich ihm gesagt, vor dem Wahlkampf, dass ich das nicht vertreten kann, dass meine Chefin diese Parteilinie mitträgt, und sie das auch nicht muss, zumal ich denke, dass es auch für die Partei besser ist, eine liberalere, unabhängigere Linie zu haben. Deshalb auch die entsprechende Wahlkampfgestaltung. Und außerdem – damals schon mit dem Wissen, dass wir das Geld von Wittauer und von der Telekom hatten – war ich so frech, zu sagen, dass wir ja unser eigenes Geld haben. Und Herr Westenthaler sagte darauf: Nein, so ist das nicht, denn das ist schon unser Geld!

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Wann war das? War das nach dem Rückzug von Frau Gastinger, oder war das schon vorher? War das bei der Beauftragung von Frau Haslinger, war das beim Rückzug von Frau Gastinger?

Christoph Pöchinger: Ja natürlich vor dem Rückzug, denn sonst hätte ich mit Herrn Westenthaler nicht mehr gesprochen.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Gut. Und dann hat Frau Gastinger zurückgezogen. Und dann ist wer auf Sie zugekommen, das Geld irgendwo anders hinzutransferieren?

Christoph Pöchinger: Noch einmal: Dann bin ich zu Gastinger und Wittauer, habe Kontakt aufgenommen, habe gefragt, was ich mit dem Geld machen soll. Und dann war die Antwort: Ruf Gernot Rumpold an, denn das ist der Wahlkampfleiter!

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Wer hat das gesagt: Herr Wittauer oder Frau Gastinger? (*Christoph Pöchinger: Beide!*) – Unisono? Beide zum gleichen Zeitpunkt?

Christoph Pöchinger: Ja, ich habe beide kontaktiert. Gastinger war meine Chefin, Wittauer war der, der uns das Geld besorgt hat.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Das heißt, Sie haben sie getrennt voneinander kontaktiert?

Christoph Pöchinger: Ja, ich habe sie getrennt voneinander befragt, genau.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Wen haben Sie denn zuerst gefragt?

Christoph Pöchinger: Das weiß ich nicht mehr.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Das heißt, Sie wissen nicht mehr, ob Sie zuerst mit Herrn Wittauer gesprochen haben und dann mit Frau Gastinger oder umgekehrt.

Christoph Pöchinger: Nein, beim besten Willen nicht.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Wie würden Sie denn Ihr Verhältnis zu Herrn Westenthaler beschreiben? (*Christoph Pöchinger: Gespannt!*) – Vor dem Wahlkampf und nach dem Wahlkampf?

Christoph Pöchinger: Da gibt es kein Verhältnis.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Naja schon, aber haben Sie eine Gesprächsbasis gehabt? Was haben Sie für Basis gehabt? Sie haben ja immerhin bei der Justizministerin, die Vize-Chefin des BZÖ war, gearbeitet. Es ist ja der Parteichef wahrscheinlich einer, der auch mit Mitarbeitern des Kabinetts zusammentrifft oder in ein Gespräch eintritt beziehungsweise eine gewissen Verhandlungsbasis herstellt.

Wie war da das Verhältnis zwischen Ihnen und Herrn Westenthaler?

Christoph Pöchinger: Schlecht, weil er regelmäßig Dinge einmahnte, die ich nicht zu bringen bereit war.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Was war das beispielsweise?

Christoph Pöchinger: Zum Beispiel die bekannte Intervention für Herrn Flöttl. Zum Beispiel die Intervention beim unabhängigen Richterssenat, der über die Reihung der Listenplätze für die Nationalratswahl urteilte.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Und wie haben Sie sich da verhalten? Was haben Sie da gemacht? Zum Beispiel bei der Flöttl-Geschichte? Das ist ja zur Sprache gekommen, das kann man im Protokoll des Untersuchungsausschusses Banken vom 21. Februar 2007 nachlesen. Da ist das schon einmal zur Sprache gekommen.

Wie haben Sie damals reagiert auf dieses Anliegen von Herrn Westenthaler?

Christoph Pöchinger: Ich bin damit zu meiner Chefin gegangen, und dann bin ich zu Herrn Krakow gegangen.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Und was ist dann passiert?

Christoph Pöchinger: Damit war die Staatsanwaltschaft informiert, und damit war das für uns erledigt.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Wie hat sich das Verhältnis dann nach der Wahl gestaltet, nachdem Frau Gastinger nicht angetreten ist und dann eigentlich das BZÖ verlassen hat.

Wie war dann das Verhältnis zu Herrn Westenthaler? (*Christoph Pöchinger: Geladen!*) – Wie?

Christoph Pöchinger: Geladen, möchte ich sagen.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Geladen, aha. – Und wie war das Verhältnis zwischen Westenthaler und Gastinger.

Christoph Pöchinger: Auch geladen.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Wie hat Herr Westenthaler über Frau Gastinger gesprochen?

Christoph Pöchinger: Mit mir hat er gar nicht über Frau Gastinger gesprochen.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Keine weiteren Fragen momentan.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Herr Pöchinger! Mir ist nicht ganz klar, ab wann Sie gewusst haben, dass das Geld von der Telekom kommt. Können Sie das noch einmal darstellen. Man muss das wahrscheinlich im Protokoll nachlesen. Sie haben da unterschiedliche Aussagen gemacht, habe ich den Eindruck.

Können Sie noch einmal präzisieren, ab welchem Zeitpunkt Sie gewusst haben, dass Aufträge, die an die Werbeagentur Haslinger gegangen sind, die an Frau Haslinger gegangen sind, von der Telekom bezahlt werden.

Christoph Pöchinger: Das kann ich nicht präzisieren. Ich kann nur sagen: Ab dem Zeitpunkt, zu dem Frau Haslinger mir das gesagt hat.

Wann das genau war? – Es wird irgendwann Ende August gewesen sein.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Den Unterlagen ist zu entnehmen, dass Sie Frau Haslinger über ihren Lebensgefährten kennengelernt haben. (*Christoph Pöchinger: Ja!*) – Ich habe auch nicht ganz verstanden, was meine Kollegin Tamandl bereits gefragt hat. Sie wollten ja der Agentur Haslinger-Keck einen Auftrag geben für diese Vorzugsstimmenkampagne.

Christoph Pöchinger: Ich wollte niemandem einen Auftrag geben, sondern die haben etwas gemacht, nämlich in Person Tina Haslinger, was uns damals sehr gut gefallen und auch den Pitch bei „Neustart“ gewonnen hat. Aus dem Grund wollte ich Haslinger-Keck haben, weil Frau Haslinger das gemacht hat. Es war mir genauso recht, wenn es nur Frau Haslinger macht. Die geschäftlichen Hintergründe, also wer das jetzt abwickelt, war für mich zweitrangig.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Ja, aber Sie sind dann an Frau Haslinger herangetreten. (*Christoph Pöchinger: Ja!*) – Können Sie das ein bisschen beschreiben, wie Sie an sie herangetreten sind?

Christoph Pöchinger: Ich habe gesagt, wir wollen einen Vorzugsstimmenwahlkampf machen, ob sie bereit ist, das zu machen.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Hatten Sie zu diesem Zeitpunkt schon ein Budget?

Christoph Pöchinger: Nein, glaub ich nicht.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Das heißt, Sie sind an sie herangetreten, mit der Bitte, einen Vorzugsstimmenwahlkampf zu machen, ohne ein Budget dafür zu haben.

Christoph Pöchinger: Ja, ich war mir sicher, dass ich irgendwo eines aufstelle. Und ich war mir auch sicher, dass sie mich vielleicht mir fairen Preisen unterstützt.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Was wäre Ihnen da in den Sinn gekommen, wo Sie ein Budget aufstellen, nachdem Sie ja ...

Christoph Pöchinger: Das habe ich bereits ausgeführt: Die Frage hat sich nie gestellt, weil mir in der Sitzung, in der die Überlegungen angestellt hätten werden sollen, gesagt worden ist: Herr Wittauer hat Geld; da gehen wir hin! Dann sind wir zu Herrn Wittauer gegangen.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): War das also davor oder danach? Weil vorhin haben Sie gerade gesagt ... (*Christoph Pöchinger: Danach!*) – Vorhin haben Sie gerade gesagt, dass Sie, als Sie Frau Haslinger angesprochen haben, noch kein Budget gehabt haben.

Christoph Pöchinger: Ja, kein festes, glaub ich. Ich muss sagen, es ist für mich ... (*Abg. Amon: Bitte?*) – Ist das jetzt unabdingbar wesentlich? Ich glaube, für die Gesamtgeschichte, ist es, wie soll ich sagen ... – Ich weiß es nicht mehr genau.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Was wesentlich ist oder nicht, das müssen Sie bitte uns überlassen.

Christoph Pöchinger: Ja, aber es ist sehr schwierig, zu beantworten, was auf die Woche genau vor fünf Jahren war, wissen Sie. Es ist jetzt natürlich logisch, dass ich vorher wusste, dass es ein Budget gibt, und dann an Haslinger herangetreten bin, aber nicht zwingend. Ich weiß es nicht mehr.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Sie korrigieren Ihre Aussage von vorhin? Vorhin haben Sie ausgesagt, dass Sie noch kein Budget hatten, als Sie Frau Haslinger angesprochen haben, einen Vorzugsstimmenwahlkampf zu führen.

Christoph Pöchinger: Wie gesagt, ich kann es nicht mehr genau chronologisch reihen, aber es hat auf jeden Fall zum Kontakt Haslinger ein Budget gegeben oder die Idee, ein solches aufzustellen, aber ein fixes hat es nicht gegeben, glaube ich.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Gut. Es gab also ein Gespräch mit Herrn Wittauer. Wer war bei diesem Gespräch noch dabei?

Christoph Pöchinger: Herr Norman Schadler und ich.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Sie haben zu dritt ein Gespräch geführt. Worüber genau?

Christoph Pöchinger: Über die Finanzierung des Vorzugsstimmenwahlkampfes Gastinger aus Mitteln, die Herr Wittauer für das BZÖ möglich gemacht hat.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Und Herr Wittauer hat gesagt: Ich habe für euch 100 000 €? (*Christoph Pöchinger: Ja!*) – Hat er das genau so gesagt, oder wie hat er das Ihnen erinnerlich gesagt?

Christoph Pöchinger: Er hat den Betrag 100 000 € genannt, ja.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): In Ihrer Einvernahme sagen Sie aus, dass Sie davon ausgingen, dass das Privatgeld von Herrn Wittauer war.

Denn Sie sagen wörtlich in Ihrer Einvernahme vom – ich sage es Ihnen sofort (*in Schriftstücken blätternd*) – 17. November 2011:

Zudem war allgemein bekannt, dass Wittauer als persönlich wohlhabend galt. – Zitatende.

Christoph Pöchinger: Na ja, das impliziert nicht, dass ich davon ausgehe, dass er das Geld gezahlt hat.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Sind Sie nicht davon ausgegangen?

Christoph Pöchinger: Keine Ahnung gehabt, wo er das her hat. Es war mir nicht wichtig, das zu ergründen.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Können Sie eine Vermutung darüber anstellen, wieso Herr Wittauer gleichsam karitativ der Frau Gastinger 100 000 € für einen persönlichen Vorzugsstimmenwahlkampf zur Verfügung stellen wollte?

Christoph Pöchinger: Das kann ich vermuten, ja.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Ja, können Sie das?

Christoph Pöchinger: Weil es dem BZÖ gedient hat, Frau Gastinger möglichst gut zu promoten.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Warum haben Sie dann einen Auftrag an die Werbeagentur Haslinger erteilt, das BZÖ nicht aufs Plakat zu schreiben?

Christoph Pöchinger: Na ja, weil man dem BZÖ, glaube ich, am meisten helfen konnte, indem man die **Person Gastinger** promotet, ohne darauf hinzuweisen, mit welcher Partei sie antritt.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Ich habe im Moment keine Fragen, weil ich glaube, dass die Zeit um ist. Ehe man einen neuen Komplex aufmacht.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Um da gleich anzuschließen: Es hat ja Frau Haslinger auch gesagt, bei Ihrer Werbelinie – nahezu war das ein Werbeslogan – zur Frage der Positionierung hat das BZÖ nichts zu suchen. Ich muss sagen, die Werbetexterei von Frau Haslinger, diese spontane Aussage, war an sich nicht so schlecht. Das muss ich sagen.

Herr Pöchinger! Wir sind in einer Zeit zwischen 19. Juli 2006, als Sie die erste Besprechung mit Frau Haslinger hatten, und Ende September, als Frau Gastinger angegeben hat, sie zieht sich aus der Politik komplett zurück. Wenn man dazurechnet, dass, bevor Sie zu Frau Haslinger gegangen sind, noch Gespräche mit Frau Gastinger stattfanden, ob sie überhaupt einen Vorzugsstimmenwahlkampf mit Proponentenkomitee und all dem möchte, handelt es sich ungefähr um einen Zeitraum von nicht ganz drei Monaten, in dem sich all die aufzuklärenden Umstände dieser Zahlung der Telekom an die Agentur Haslinger abgespielt haben.

Bei dieser zeitlichen Einordnung tauchen eben – Sie haben auch schon gesagt, das ist über fünf Jahre her – Probleme in der konkreten Einordnung auf. Das Hauptproblem, das ich im Vergleich der Aussage von Frau Haslinger mit Ihrer Aussage habe, ist die Angelegenheit, von wem Sie wann erfahren haben, dass es um Telekom-Geld geht, in welcher Form auch immer. Auf jeden Fall: dass es Telekom-Geld ist. Das ist die Hauptunschärfe, die sich hier auftut.

Frau Haslinger hat eigentlich relativ logisch erklärt, warum das nur Sie gewesen sein konnten. Denn sie hat gesagt: Persönlich im Gespräch hat sie ausschließlich Kontakt mit Ihnen gehabt. Sie hat Herrn Wittauer nie getroffen, sie hat einen Herrn Schadler nie getroffen ... (*Christoph Pöchinger: Doch!*) – Aha! In welcher Konstellation hat sie Herrn Schadler getroffen?

Christoph Pöchinger: Bei unserem ersten Briefing-Gespräch war Herr Schadler dabei.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Am 19. Juli?

Christoph Pöchinger: Mhm, ich glaube schon. Es war auf jeden Fall ein Zweiter dabei, und ich glaube, es war entweder der Kabinettschef oder der Stellvertreter. Aber ich glaube, es war der Stellvertreter.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Kabinettschef war wer? Wer ist die andere Option?

Christoph Pöchinger: Herr Michael Schön.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Also bei diesem ersten Briefing war entweder Herr Schön oder Herr Schadler dabei, wobei Sie aus der Erinnerung meinen, dass es eher Herr Schadler war?

Christoph Pöchinger: Ja.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Wenn ich das zusammenfasse, war Herr Schadler auch derjenige, der Ihnen gesagt hat: Geh zum Wittauer, weil dort gibt's Geld!

Christoph Pöchinger: Ja, also ... (*Abg. Dr. Rosenkranz: Verkürzt!*) – Natürlich, ja.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Und das war nach diesem Gespräch, nach dieser Kontaktaufnahme mit Frau Haslinger?

Christoph Pöchinger: Nein, das war vorher!

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Das war schon vorher?

Christoph Pöchinger: Also dieses Briefing-Gespräch war nachher. Ob ich vorher mit Frau Haslinger schon Kontakt hatte oder nicht, telefonisch, das kann ich eben nicht mehr sagen – um auf die Frage von Herrn Abgeordnetem Amon noch einmal zu replizieren. Aber dieses Briefing-Gespräch war definitiv nach dem Termin Wittauer.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Also dieses Briefing-Gespräch, in dem es darum gegangen ist, Gastinger zu positionieren – parteiunabhängig und so weiter, diese Werbelinie –, da war schon klar: Es wird Geld über Wittauer geben? (*Christoph Pöchinger: Ja!*) – Für sie? (*Christoph Pöchinger: Ja!*) – In weiterer Folge – und das erklärt Frau Haslinger – hat sie von einem Mitarbeiter der Telekom, einem Herrn Krenn, ein E-Mail bekommen, in dem drinsteht:

Machen Sie für uns

(*Christoph Pöchinger: Ich kenne das Mail, ja!*)

Studien und Projekte und was weiß ich, was alles.

Ich erinnere mich da speziell an ein Highlight dieser Dinge, ein Vertriebssystem für Aon-Alarmanlagen bei Finanzdienstleistern. Das war eine der Überschriften, wo Frau Haslinger freimütig zugegeben hat: Diese Leistung hat sie nie erbracht.

Jetzt hat sie es so geschildert, auf die Frage, sie bekommt aus heiterem Himmel von der Telekom ein E-Mail, in dem drinsteht: Machen Sie diese Leistungen! Ihr war aber von vornherein klar, dass die Telekom damit diesen Gastinger/BZÖ-Auftrag meint, obwohl es nicht dringestanden ist. Und auf die Frage Wie ist sie denn vorgewarnt worden, wenn aus heiterem Himmel so ein Telekom-E-Mail kommt, in dem ja von BZÖ und Gastinger gar nichts drinsteht?, da hat sie gemeint, dass **Sie** ihr gesagt hätten: Es kommt von der Telekom ein E-Mail, in dem das so drinsteht.

Meine Frage: Kann es sein, dass Sie doch schon vorher, allenfalls von einem Herrn Schadler oder Wittauer oder sonst jemandem ... – Wenn Sie sagen, Sie können sich nicht mehr erinnern, ist es etwas anderes. Aber das ist der einzige Punkt, an dem ich sage: Da ist ein Verständnis nicht da.

Können Sie ausschließen, dass Sie es doch vorher gewusst haben, wenn auch nur kurz vorher?

Christoph Pöchinger: Ich kann es ausschließen! Ich kann es auch beweisen, möchte mir das aber für ein etwaiges Strafverfahren aufheben.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Gut, danke, dann werde ich bei diesem Komplex nicht weiter „nachbohren“.

Es ist vor Kurzem Ihre Person ein bisschen in den Medien herumgeistert. Es stand im „FORMAT“ im Jänner 2012 ein Artikel darüber, dass Sie es nicht gerade leicht haben und so weiter. Und zwar hätte die Polizei Ihre Wohnung gestürmt, um Unterlagen sicherzustellen. – Was war das für ein Vorfall?

Christoph Pöchinger: Den Vorfall hat es nicht gegeben! Aus den Anordnungs- ...

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Entschuldigung! Was das „FORMAT“ berichtet hat: Kennen Sie diesen Artikel?

Christoph Pöchinger: Ja, selbstverständlich.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Was da drinsteht, stimmt nicht?

Christoph Pöchinger: Natürlich nicht!

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Aha, und was war da?

Christoph Pöchinger: Na ja, es hat eine Anordnung zur Hausdurchsuchung gegeben. Das war, glaube ich, auch das letzte Schriftstück, das der Ausschuss, bis zu einem gewissen Zeitpunkt jedenfalls, hatte, und aus diesem letzten Schriftstück des Ausschusses macht das „FORMAT“ eben diese Geschichte.

Aus dem Grund nehme ich erstens stark an, dass das aus dem Ausschuss heraus gekommen ist. Und zweitens frage ich mich jetzt, wem dieser Artikel dient, wenn dort als Schlagzeile – und ich kenne den Artikel natürlich sehr gut – steht:

„Pöchinger organisierte ... Haiders BZÖ-Wahlkampf“.

Das finde ich natürlich, da man mit dem Wort „Hausdurchsuchung“ allein eine Existenz in Österreich ruinieren kann, schon etwas befremdlich, wie Sie sich vorstellen können.

Faktum ist, dass mich der Staatsanwalt angerufen hat, dass sie diese Anordnung haben, ob ich mit ihnen sozusagen eine freiwillige Nachschau mache. Ich bin nach Hause gefahren, dort sind zwei Herren von PAC und ein Herr von der Staatsanwaltschaft gestanden. Dann haben wir uns in mein Wohnzimmer gesetzt, und ich habe ihnen den Sachverhalt erklärt. Ich habe ihnen dann meine Unterlagen gegeben, die ich habe, habe ihnen meine Mails, soweit sie zurückreichen, zum Kopieren gegeben, und das war's. Also von „Stürmen“ war Gott sei Dank keine Rede. Es war so schon aufregend genug!

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Jetzt etwas anderes, Sie haben das ganz konkret genannt. Erstens einmal, bei dieser Tranche Wittauer, Tiroler Wahlkampf BZÖ, war klar: Da ist Haslinger ein Durchlaufposten. Frau Haslinger hat auch gesagt, dass **Sie** an sie herangetreten sind und auch so wie bei der – wie Frau Haslinger sagt – Telekom gesagt hätten: Bitte, es wird sich eine Firma oder ein Herr Schmied rühren, um dieses Geld anzufordern.

Stimmt das? Haben Sie die Ankündigung in Richtung Schmied gemacht? Können Sie es ausschließen?

Christoph Pöchinger: Ich glaube, mit Herrn Schmied ... – Ich muss es so sagen: Ich glaube, mit Herrn Schmied **niemals** Kontakt gehabt zu haben. Ich glaube, es war so, dass ich ausschließlich mit Herrn Rumpold gesprochen habe. Herr Rumpold war – daran kann ich mich noch erinnern – ziemlich zornig aufgrund des Parteiaustrittes. Er hat dann auf meine konkrete Frage ... – Das können wir vergessen, Fakt ist, was machen wir jetzt mit dem Geld, wie kommt das BZÖ jetzt zu seinem Geld? – gesagt: Welche Agentur hast du? Was für Kontaktdaten hat die? Meine Agentur wird sich bei deiner melden.

Damit war es für mich erledigt. Ich glaube sogar – um die Wahrheit auch vollständig zu erzählen –, es hat danach noch einen Anruf der Frau Haslinger bei mir gegeben, ob das auch wirklich so ist. Denn wenn irgendjemand anruft und sagt: „Wir wollen euer Geld“, ist das natürlich einen Anruf wert. Ich habe gesagt: Ja, das Geld gehört, nachdem wir austreten, wieder dem BZÖ.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Also kann es so sein, dass das Mail von Herrn Schmied zuerst da war. Und Frau Haslinger hat sich nachher bei Ihnen telefonisch versichert: Ist das die, wo es hingehört?

Christoph Pöchinger: Genau so war es auch, ja.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Jetzt noch eine Frage, weil sie angeschnitten worden ist. Das ist durchaus hinterfragenswert, weil sich das unter Umständen auch auf die kommenden Fragen der Ladungen auswirken wird. Es geht da um die Frage, welche Rolle Peter Westenthaler gespielt hat.

Es ist ja durchaus medial bekannt gewesen, dass Sie nach irgendeiner Wahl ein bisschen eine Auseinandersetzung hatten. Die Atmosphäre zwischen Westenthaler und Ihnen dürfte nicht wirklich eine sehr gute gewesen sein, zumindest ab einem bestimmten Zeitpunkt.

Aber in diesem Zeitpunkt – Peter Westenthaler Bündnisobmann, Spitzenkandidat, diese Aussage, wo Sie gesagt haben, na, so ist das nicht, das ist nicht Gastinger-Geld oder sonst was, sondern das sei BZÖ-Geld –: Können Sie noch einmal detailliert schildern, wie sich diese Unterhaltung abgespielt hat? Und vor allem, ob nach Ihrer Wissenslage Peter Westenthaler damals gewusst hat, dass es sich um Telekom-Geld handelt? Ob Ihnen das bewusst war, ob Sie dazu eine Wahrnehmung haben?

Christoph Pöchinger: Um die Situation zu beschreiben: Es gab eine Diskussion zwischen ihm und mir über die Parteilinie der Justizministerin.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (ÖVP): Darf ich gleich kurz nachfragen in diesem Zusammenhang: Bei welcher Gelegenheit war das? War Herr Westenthaler im Justizministerium? Waren Sie bei ihm? Auf der Straße? Im Kaffeehaus?

Christoph Pöchinger: Er hat uns ja ein oder zwei Mal, mich und Mag. Schön, damals zu sich ins Büro bestellt. Da haben wir, ich weiß nicht mehr, wozu wir ... (*Abg. Dr. Rosenkranz: In welches Büro?*) Das BZÖ-Büro damals, in der Dorotheergasse war das schon. Da waren wir auf jeden Fall einmal dort, weiß ich noch, und da hat es eben dann ... Ich weiß nicht, ob es das Flöttl-Thema war, es war auf jeden Fall eines dieser angesprochenen Themen. Und dann war die Auseinandersetzung über die Parteilinie und so weiter, und dass Gastinger mehr auf Parteilinie sein sollte. Ich habe dann eben gesagt: Ich glaube, das Beste, was man auch dem BZÖ im Wahlkampf tun kann, ist, dass Gastinger gar nicht auf Parteilinie ist, weil sich vielleicht eine gewisse Wählerschicht zumindest rund um Gastinger etabliert, die auch dem BZÖ zugutekommen soll.

Ich habe dann noch aufgedoppelt und gesagt: Schlussendlich glaube ich, wir brauchen uns auch nichts dreinreden zu lassen in die Strategie unseres Vorzugsstimmenwahlkampfes, denn er wird ja auch von Wittauer respektive von der Telekom bezahlt, oder von einem **Dritten** bezahlt. Ich muss fairerweise ehrlich sagen, ich weiß nicht mehr, ob ich gesagt habe: „ein Dritter“ oder „die Telekom“. Ich will jetzt auch nicht bei allen Malversationen dem Herrn Westenthaler etwas mitgeben, was er nicht verdient hat. Das muss ich auch sagen.

Fakt ist, ich habe

Westenthaler klargemacht: Es ist ja nicht euer Geld! – Und dann hat er gesagt: Nein, nein, so ist das nicht, es ist genau unser Geld! – Da war für mich klar: Aha, es ist also keine Spende an Gastinger gewesen, es ist eine **Spende ans BZÖ**, ja.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (ÖVP): Also können Sie nicht definitiv sagen: Peter Westenthaler hat gewusst, dass es Telekom-Geld ist?

Christoph Pöchinger: Nein, das kann ich nicht sagen. Ich kann nur sagen, dass er genau gewusst hat, wie viel Geld wir hatten.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (ÖVP): Eine andere Sache ist, weil es in der Befragung von Frau Haslinger aufgetaucht ist: In diesen Sujets, die sie damals entwickelt und entworfen hat, sei bei Frau Gastinger nicht „BZÖ“ draufgestanden, sondern – damit man bei einer Unabhängigen weiß, wo man überhaupt das richtige Kreuzerl macht – dort wäre „Liste 3“ draufgestanden. Sie hat das damals nicht hinterfragt, sondern es sei diese Ziffer 3, auch von Ihnen gekommen.

Was hat es damit für ein Bewandtnis? – Letztlich war ja das BZÖ auf dem Listenplatz 5. Können Sie sich erinnern, warum da so eine Diskrepanz zwischen 3 und 5 war?

Christoph Pöchinger: Ich kann mich daran erinnern, dass auch das BZÖ die bereits affichierten Plakate überkleben musste. Ich glaube, wir sind davon ausgegangen, dass wir Listenplatz 3 werden, zu dem Zeitpunkt, als Haslinger diese Inserate gestaltete. Und dann kam eben diese Auseinandersetzung. Ich muss ehrlich sagen, ich bin da ungebildet, welche Behörde darüber zu entschieden hat. Ich weiß nur, dass zwei unabhängige Richter in diesem Gremium sitzen, die es laut Westenthaler auch positiv zu stimmen galt – was wir natürlich nicht taten! Und wahrscheinlich daher kam später der Listenplatz 5 heraus. Wir gingen aber damals von Listenplatz 3 aus.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (ÖVP): Da haben Sie mir jetzt noch einmal ein bisschen ein Hölzerl geworfen.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Die letzte Frage. Die 7 Minuten sind vorbei.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (ÖVP): Wie war das damals: ein Gremium, wahrscheinlich eine Wahlbehörde, Bundeswahlbehörde, dort sitzen unabhängige Richter drin. (*Christoph Pöchinger: Zwei, ja!*) Es war ein Ansinnen von Herrn Westenthaler, dass die Justizministerin bei diesen Richtern vorstellig werden soll, damit im Sinn des BZÖ entschieden wird?

Christoph Pöchinger: Nicht die Justizministerin, aber der Herr Kabinettschef und ich sind in diese Richtung gedungen worden, ja. Es war damals ... – Der jetzige Präsident des Oberlandesgerichtes Wien hat dazu sogar in den Medien einmal Stellung genommen, dass er auch persönlich von Herrn Westenthaler angerufen wurde, dies aber, wie es sich gehört, sozusagen an sich **abperlen** ließ. Der Kabinettschef und ich haben nicht einmal angerufen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Herr Pöchinger, zu Ihrer Vita: Sie sind vorbestraft. – Ist das korrekt? (*Christoph Pöchinger: Ja!*) – Wegen?

Christoph Pöchinger: Weil ich in einer **Zeugen**-Aussage gesagt habe, ich habe die BAWAG-Akten nicht weitergegeben. Und dann zwei Wochen später als **Beschuldigter** geführt wurde und verurteilt worden bin.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Laut einem Artikel in der Tageszeitung „Der Standard“ vom 13. 1. 2011 haben Sie mit Ihrem Geschäftspartner Martin Standl, ehemaliger Pressesprecher des Hubert Gorbach, ein Unternehmen, die Agentur **Policon**, und haben da auch die Wiener FPÖ beraten.

Ist das korrekt? – Wenn ja: In welchem Zeitraum haben Sie die FPÖ beraten?

Christoph Pöchinger: Nicht, dass ich das abstreiten will, nicht, dass ich es bestätigen will. Ich möchte nur klarhalten, dass ich hier nicht Auskunft gebe über die Kunden meiner Geschäftsgebarung und auch nicht über die Kunden einer Gesellschaft, deren Geschäftsführer ich bin.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich zitiere nur aus einem Artikel des „Standard“. (*Christoph Pöchinger: Ja, dann ...*) Das ist auch relevant für den Sachverhalt, damit wir auch Ihre parteipolitische Zuordnung vornehmen können.

Christoph Pöchinger: Um es einfach zu machen, kann ich es vielleicht so sagen: Ich habe mit jeder Partei in diesem Hohen Haus – ausgenommen Ihre – in irgendeiner Art und Weise schon einmal geschäftlich zu tun gehabt. Der Grund, warum es das BZÖ nicht ist, ist einzig und allein der, dass meine Kunden an diesem Kontakt offenbar nicht interessiert sind.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Aber Sie haben auch nicht dementiert, dass Sie für die FPÖ tätig sind oder waren. Aber wie auch immer, das ist nicht der entscheidende Punkt. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Rosenkranz.*)

Der entscheidende Punkt ist: Kommen wir gleich zum BZÖ, Herr Pöchinger, jetzt frage ich Sie ganz konkret. Es gibt so viele verschiedene, widersprüchliche Aussagen, wer wann mit wem gesprochen hat über diese Finanzierung mit den Telekom-Geldern; Sie mit Haslinger, Wittauer, mit wem auch immer. Jetzt frage ich Sie ganz konkret. Sie haben heute mehrmals hier betont, dass für Sie klar war, dass diese 100 000 € aus BZÖ-Mitteln sind. Sie haben betont, dass das so aufgezogen war, um als unabhängige Kandidatin dem BZÖ zu helfen. Das heißt, Sie haben immer gesagt: Für Sie war klar, das sind BZÖ-Mittel!

Jetzt frage ich Sie: Wenn Sie dem BZÖ helfen wollten, wenn Sie auch gewusst haben – wie Sie berichtet haben –, dass man intern der Überzeugung war, dass Karin Gastinger auch als Vize-Parteichefin einen wichtigen Beitrag für den Wahlerfolg des BZÖ leisten kann, warum reden Sie dann mit Wittauer über die Finanzierung? Warum gehen Sie nicht einfach zum Wahlkampfleiter Rumpold und sagen „Wir wollen eine Gastinger-Kampagne machen, ich will ein Budget“? Warum gehen Sie zu Wittauer und machen mit Wittauer eine Telekom-Finanzierung hintenherum? Warum machen Sie das nicht direkt mit der damaligen BZÖ-Wahlkampfleitung, wenn Sie ohnehin immer gewusst haben, dass das fürs BZÖ sein soll? – Das ist ein Widerspruch, der irgendwie sehr komisch ist.

Christoph Pöchinger: Da gebe ich Ihnen recht. Aber da würde ich vorschlagen, dass Sie Herrn Norman Schadler laden und ihn fragen, warum er Wittauer vorgeschlagen hat.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich frage **Sie!** Herrn Schadler werden wir vielleicht noch laden. Ich will es von Ihnen wissen, weil Sie auch in den Unterlagen hauptsächlich vorkommen – und nicht Herr Schadler.

Christoph Pöchinger: Noch einmal: Ich kann hier nicht sagen, warum Herr Schadler auf die Idee kam, Herrn Wittauer zu fragen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich frage Sie, warum **Sie**, der den Vorzugsstimmenwahlkampf laut Zeugenaussagen vorgeschlagen hat – auch der Gastinger –, warum Sie, der das vorgeschlagen hat, der auch der Stratege im Hintergrund war – und ich weiß, dass Sie kein schlechter Stratege sind –, warum Sie, wenn Sie es vorgeschlagen haben, nicht selbst direkt zu Rumpold gegangen sind und als Wahlkampfleiter gesagt haben: Ich will, ich brauche Budget für Gastinger! – Wenn

Sie doch danach auch sofort Rumpold angerufen und gesagt haben: Gernot, wohin soll ich das Geld überweisen?

Das ist ein Widerspruch, den Sie mir nicht erklären. Bitte, erklären Sie mir das!

Christoph Pöchinger: Zwei Dinge: Erstens habe ich Gernot Rumpold nicht direkt angerufen, sondern nach Rücksprache, wie ich bereits ausgesagt habe.

Und zweitens noch einmal: Warum soll ich etwas machen oder tun, wenn es einen einfacheren Weg gibt? – Ich wäre bestimmt zu Herrn Rumpold gegangen, wenn es nicht diese einfachere Option gegeben hätte, die der Kabinettschef-Stellvertreter, der natürlich auch mein Vorgesetzter war, vorgeschlagen hat.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das heißt, Sie sagen, der einfache Weg ist, zu einem Herrn Wittauer zu gehen, der Ihnen dann erklärt: Ich stelle 100 000 € auf. Zitat aus Ihrer Einvernahme:

Jedoch sinngemäß hat er mir klargemacht, dass er nicht will, dass wir die Quelle des Geldes kennen. Er hat aber auch klargemacht, dass die Quelle eine absolut übliche Quelle zur Wahlkampffinanzierung war. – Zitatende.

Das heißt, für Sie ist es der einfachere Weg, von einem Wittauer Geld zu bekommen, ohne zu wissen, woher das Geld überhaupt stammt, anstatt zum Wahlkampfleiter oder zum Bundesgeschäftsführer zu gehen und zu sagen: Wir wollen im Wahlkampf mithelfen und wollen eine Gastinger-Kampagne schalten, gebt uns bitte ein Budget!

Sie bleiben dabei, dass es der einfache Weg ist, zu einem Wittauer zu gehen und Geld zu kassieren, von dem Sie damals gar nicht gewusst haben – laut Ihren Aussagen –, woher es kommt, weil Wittauer es Ihnen nicht sagen wollte, damals noch nicht?

Christoph Pöchinger: Wie bitte? Was ist die Frage?

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Die Frage ist, ob Sie dabei bleiben – noch einmal –, dass es der einfachere Weg ist, von Wittauer 100 000 € zu nehmen, ohne zu wissen, woher sie kommen, anstatt zur Wahlkampfführung zu gehen damals, zum Gernot Rumpold, zu wem auch immer, und zu sagen: Wir wollen eine Gastinger-Kampagne machen, wir brauchen ein Budget!

Sie bleiben dabei, dass der Weg vom Wittauer – Zitat – der einfache Weg für Sie war.

Christoph Pöchinger: Nicht der Weg vom Wittauer, sondern der Weg, den ich meine, der einfacher gewesen ist, war der Weg, den der Herr Schadler mir vorgezeichnet hat. Und nachdem er mein Vorgesetzter war, haben wir das so gemacht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Sie haben gesagt, das war für Sie der einfachere Weg. – Bleiben Sie dabei?

Christoph Pöchinger: Es war für mich der einfachere Weg, dem Vorschlag des Herrn Schadler zu folgen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Mehr habe ich nicht gefragt.

Anschließend: Es hat da mehrere Besprechungen gegeben, auch eine Besprechung im Kabinett, wo die Frau Haslinger sagt, da waren mehrere Personen anwesend. Sie haben gesagt, das könnte der Schön gewesen sein, aber auch der Herr Schadler, der stellvertretender Kabinettschef war. Ich habe dazu auch die Frau Haslinger gefragt. Auf meine Frage hin, ob das eine kleinere blonde Person war, hat sie geantwortet: Ja.

Ich habe das deswegen gefragt, weil wir beide wissen, der Herr Schadler ist großgewachsen, hat eine Glatze im Prinzip, auch einen Bart. Also man weiß genau,

die zwei sind eindeutig unterscheidbar, und sinngemäß hat die Frau Haslinger gesagt, das muss der Herr Schön gewesen sein.

Können Sie sich jetzt dran erinnern, wenn ich Ihnen das vorhalte, dass die Frau Haslinger sagt, es war der Michael Schön dabei. War es Herr Schön – oder bleiben Sie dabei, dass Sie sagen, es war eher Herr Schadler?

Ich erinnere Sie an Ihre Wahrheitspflicht.

Christoph Pöchinger: Ich bleibe dabei, zu sagen, dass beide in Betracht kommen. Vielleicht waren auch beide da. Ich erinnere Sie auch daran, dass der Herr Schön, glaube ich, nicht blond ist. (*Abg. Petzner: Wie?*) Ich glaube auch nicht, dass der Herr Schön blond ist. Ich glaube, der hat meine Haarfarbe.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Na, der ist schon blond. Ich kann Ihnen ein Foto zeigen.

Christoph Pöchinger: Ich glaube auch nicht, dass der Herr Schadler besonders groß ist.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Entscheidend ist, dass er keine (*Ruf: Keine Glatze!*) Genau.

Ich lege Ihnen zwei Inserate vor von der Kampagne, wo Sie selber gesagt haben, unabhängige Justizministerin, blablabla, Sie wollten damit dem BZÖ helfen, blablabla.

(*Der Auskunftsperson werden Schriftstücke vorgelegt.*)

Ich frage Sie: Kennen Sie diese Inserate? Sind das die Inserate, die Sie mit der Haslinger (*Pöchinger: Nein!*) für die Gastinger gemacht haben?

Christoph Pöchinger: Das sind nicht die Inserate, die die Frau Haslinger gestaltet hat. Frau Haslingers Arbeit war bedeutend wertvoller.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Können Sie bitte die oberste Zeile dieses Inseratentextes, die ersten zwei Zeilen von oben nach unten vorlesen.

Christoph Pöchinger: Unabhängige JuristInnen für eine unabhängige Justizministerin. Karin Gastinger.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gut, also das ist ein Gastinger-Inserat. (*Christoph Pöchinger: Ja!*) – Aber Sie kennen es nicht?

Christoph Pöchinger: Ja, sicher kenne ich es, aus der Zeitung. Selbstverständlich kenne ich es.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ja, aber wer hat das damals gemacht?

Christoph Pöchinger: Ich habe es nicht gemacht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wer dann?

Christoph Pöchinger: Keine Antwort auf diese Frage.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wissen Sie, wer dieses Inserat ...

Christoph Pöchinger: Die Firma MediaSelect, schreibt der „Kurier“. Und ich glaube, das ist auch relativ leicht nachvollziehbar.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich frage Sie: Ist es die Firma MediaSelect?

Christoph Pöchinger: Ich weiß es nicht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Sie waren damals Pressesprecher und haben diese Kampagne gemacht, aber wissen nicht, wer dieses Inserat gebaut und geschaltet hat?

Christoph Pöchinger: Ich weiß nur, dass ich dieses Vorzugsstimmenwahlkomitee zusammengestellt habe.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Die Frau Haslinger sagt, sie...

Christoph Pöchinger: Ich nehme an, es war jemand von diesem Komitee.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich helfe Ihnen. Die Frau Haslinger sagt, sie hat das Inserat nicht gemacht. Der Herr Schmied sagt, er hat das Inserat nicht gemacht. Sie sagen, Sie kennen das Inserat, aber Sie haben es nicht gemacht, und ich frage Sie, ob Sie in Ihrer Funktion damals für Gastinger wissen, wer es dann gemacht hat.

Christoph Pöchinger: Aus einem „Kurier“-Artikel weiß ich, die Firma MediaSelect ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich will nicht wissen, was in einem „Kurier“-Artikel steht, sondern ich will wissen, ob **Sie** wissen, wer es gemacht hat. (*Christoph Pöchinger: Nein!*) – Können Sie erklären, dass das Inserat am 27. September geschaltet wurde, obwohl die Frau Karin Gastinger am 25. September schon ihren Rückzug erklärt hat?

Christoph Pöchinger: Na ja, ab dem Zeitpunkt ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ob Sie den Auftrag erteilt haben, es muss sofort alles eingestellt werden, Kohle zurück zum Schmied, oder wie auch immer. Also das Restgeld, die 200 000 €. Wo sogar ein Inserat storniert wurde in „ÖSTERREICH“, wo Sie, glaube ich, mit dabei waren und dann gemeldet haben, da ist noch ein Inserat, das können wir nicht mehr stoppen – und daraus wurde dann ein Westenthaler-Inserat. Das haben Sie alles gemacht im Zuge dieses Rückzuges von Gastinger.

Wie kann es dann passieren, dass zwei ganze Tage später – und wir kennen die Fristen der Anzeigenabteilungen, das hätten Sie locker noch stornieren können –, wie kann das sein, dass zwei Tage später so ein Inserat erscheint? Sie waren damals noch Pressesprecher von ihr, ein enger Vertrauter, und Gastinger war noch Ministerin. Daher frage ich Sie, ob Sie dazu etwas wissen.

Ich kann nur sagen, wenn das zwei Tage nach dem Austritt erschienen ist, dann ist anzunehmen, dass die Buchung wahrscheinlich viel früher passiert ist.

Christoph Pöchinger: Ich kann nur sagen, wenn das zwei Tage nach ihrem Parteiaustritt erschienen ist, dann ist davon auszugehen, dass eine Buchung doch um einiges früher passiert ist. Aber das ist eine reine Einschätzung von mir. Ich weiß nichts über die genaue Herkunft dieser Sache.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Schauen Sie, Sie kennen das Mediengeschäft. Wenn Gastinger am 25. ihren Rückzug erklärt, warum ist das Inserat für 27. nicht storniert worden?

Christoph Pöchinger: Ich habe es nicht in Auftrag gegeben.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Achtung, die 7 Minuten sind an sich schon vorbei.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Schlussfrage: Zwischen 25. und 27. September, zwischen der Ankündigung des Rückzuges und der Schaltung dieses Inserates, von dem Sie nicht wissen, wer das gemacht hat – Sie haben es nicht gemacht, der Schmied nicht, die Haslinger nicht, das heißt, keiner von euch, aber Sie verweisen auf einen „Kurier“-Artikel, dass das die MediaSelect war –, hat es zwei vertrauliche Gespräche gegeben zwischen Bundeskanzler Schüssel und Karin

Gastinger über einen möglichen Wechsel von Karin Gastinger zur Österreichischen Volkspartei als unabhängige Ministerin.

Hat Ihnen Frau Karin Gastinger jemals irgendetwas über diese zwei Gespräche mit Schüssel mitgeteilt, oder wissen Sie etwas von einem Angebot der Österreichischen Volkspartei an die damalige Ministerin Karin Gastinger, für die ÖVP in den Wahlkampfing zu steigen?

Christoph Pöchinger: Ich glaube, dass es selbstverständlich ist, dass, wenn eine Justizministerin, wie Sie sagen, sechs Tage, sehr kurz vor der Wahl aus ihrer Partei austritt, sie bei ihrem Chef, nämlich dem Bundeskanzler, vorstellig wird und ihm den Sachverhalt erklärt.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das war nicht meine Frage.

Christoph Pöchinger: Aber das ist meine Antwort.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Nein, Sie **glauben** etwas. Meine Frage ist, und die ist mit einem Ja oder Nein zu beantworten: **Wissen** Sie etwas von einem Angebot der Österreichischen Volkspartei an Karin Gastinger: ja oder nein?

Christoph Pöchinger: Von einem Angebot ist mir nichts bekannt, und der Ausgang der Sache ist auch bekannt.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Herr Pöchinger, ich möchte noch einmal zurückgehen zum Thema Persönlichkeitswahlkampf, weil es mir noch nicht ganz klar ist, von wem die Initiative ausgegangen ist, dass ein Persönlichkeitswahlkampf geführt wurde. Ich habe in dem jetzigen Gespräch den Eindruck erhalten, dass der Wunsch von Gastinger ausgegangen ist. Ihrer Einvernahme vom 17. November 2011 entnehme ich, dass Sie in einem oder mehreren persönlichen Gesprächen Frau Gastinger von der Sinnhaftigkeit überzeugt haben.

Christoph Pöchinger: Wie soll ich sagen, es war einfach eine gemeinsame Entscheidung, dass das das Beste ist, das Beste für das BZÖ damals, das Beste für Gastinger, und darum haben wir das gemacht. Ich kann es nicht mehr genau beantworten, wer jetzt sozusagen wann genau welche Idee hatte. Grundsätzlich eine gemeinsame Entscheidung.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Haben Sie bei dieser gemeinsamen Entscheidung schon über Budgetmittel gesprochen und wie hoch das Budget für den Persönlichkeitswahlkampf sein kann?

Christoph Pöchinger: Meine erste Auseinandersetzung mit tatsächlichem Budget und Aufstellung von Budgetmitteln war eben die Aussage unseres Kabinettschef-Stellvertreters. Er verweist mich auf die Möglichkeit **Wittauer**, weil der Geld hat.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Dazu komme ich noch zur Mittelherkunft. Ich möchte aber jetzt beim Thema Persönlichkeitswahlkampf bleiben. Nach dem Gespräch im Café Eiles mit Frau Haslinger haben Sie sich so quasi auf den Weg gemacht, das Budget aufzustellen und auch ein Proponentenkomitee zu finden.

Christoph Pöchinger: Ich glaube, beim Gespräch im Café Eiles mit der Frau Haslinger, da hat sie das Geld schon gehabt.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Da hat Sie das Geld schon ...

Christoph Pöchinger: Ich bin mir jetzt nicht mehr sicher, aber ich glaube, das war nicht das erste Gespräch. Das war das Gespräch, wo sie mir mehr oder weniger gesagt hat, wer der Spender ist, glaube ich.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Das heißt, die Frau Haslinger hat von sich aus Geld besorgt, obwohl sie noch gar nicht den Auftrag gehabt hat.

Christoph Pöchinger: Nein, die Frau Haslinger hat zu mir dann gesagt, dass das Geld von der Telekom kommt. Die Frau Haslinger war die Einzige, die in Verbindung war mit Wittauer und dem offiziellen Geldgeber. Ich war in diese Geldaufstellung und den Zahlungskreislauf niemals auch nur irgendwie eingebunden.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Aber das müssen wir uns jetzt vom zeitlichen Ablauf her etwas genauer anschauen. Das Gespräch im Café Eiles war am 19. Juli 2006.

Christoph Pöchinger: Nein, das glaube ich nicht. Ich dachte, es wäre später gewesen. Nein, nein, das Gespräch am 19. Juli, das war das Briefing-Gespräch im Justizministerium.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Das war im Justizministerium? (*Christoph Pöchinger: Ja!*) – Gut, aber zum Finanziellen kommen wir noch.

Jetzt zu den Testimonials. Haben Sie Testimonials angesprochen (*Pöchinger: Ja!*) aus unterschiedlichen Branchen, Sparten in der Öffentlichkeit. Wer waren diese?

Christoph Pöchinger: Das waren Rechtsanwälte, das waren öffentlich Bedienstete, bekannte Juristen. Also wir haben es uns, glaube ich, zur Aufgabe gemacht – jetzt habe ich die Anzeige leider nicht mehr da, da war es nämlich schön aufgelistet –, Juristen aus einem breiten Spektrum, die eine Bekanntheit haben, für dieses Proponentenkomitee zu gewinnen. Wir haben versucht, dass möglichst alle Parteien, alle Zuordnungen drinnen sind. Das war unser Plan.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Ich halte Ihnen eine Notiz aus dem Bericht des Bundesamtes für Korruptionsbekämpfung vom 24.10. von Frau Haslinger vor (*der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt*) – ich brauche das dann wieder –, in der einige Personen genannt sind.

Haben Sie mit diesen hier aufgelisteten Personen gesprochen?

Christoph Pöchinger: Schlussendlich hat sich die Strategie sozusagen geändert, sich ausschließlich auf Juristen zu fokussieren. Aus dem Grund ist die Einzige auf dieser Liste, mit der ich dann gesprochen habe, die Anwältin gewesen.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Das heißt, mit Michaela Dorfmeister, mit dem Chef der STRABAG, Haselsteiner, und mit Herrn Worm vom „NEWS“-Verlag haben Sie nicht gesprochen?

Christoph Pöchinger: Nicht in dieser Sache.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): In diesem Zusammenhang: Haben Sie mit dem Herrn Worm zu einem früheren Zeitpunkt schon Kontakt gehabt?

Christoph Pöchinger: Selbstverständlich. Ich war Pressesprecher, er war Journalist.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Ist das richtig, dass Sie vorbestraft sind wegen Weitergabe von Akten an den Herrn Worm?

Christoph Pöchinger: Diese Frage habe ich Herrn Petzner bereits beantwortet. Ja.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Zur Mittelherkunft – ich zitiere –:

Die Finanzierung des Persönlichkeitswahlkampfes der Frau Gastinger direkt über das BZÖ war für mich kein Thema, weil ich diese Positionierung meiner Chefin ausschließlich unabhängig von einer Partei gestalten wollte. – Das ist das eine.

Und da ist das Geld dann über die Telekom gekommen?

Christoph Pöchinger: Nein, über den Herrn Wittauer.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Zum Herrn Wittauer: Der Herr Schadler hat Sie informiert, dass der Herr Wittauer wohlhabend ist.

Christoph Pöchinger: Herr Schadler hat mich informiert: Herr Wittauer hat Geld. Aus welcher Quelle, ob aus seinem Wohlhabenden-Spektrum oder von sonst wo, hat er mir nicht gesagt.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): In der Beschuldigteneinvernahme ist zu lesen:

Zudem war allgemein bekannt, dass Wittauer als persönlich wohlhabend gilt.

Christoph Pöchinger: Ja, das war die Möglichkeit.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Ist das schon Grund genug, um ihn anzusprechen, Geld für einen Persönlichkeitswahlkampf aufzustellen?

Christoph Pöchinger: Ich habe ihn nie gefragt. Mein Kabinettchef hat mir gesagt, wir gehen zum Wittauer, der Wittauer hat Geld. Jetzt habe ich mir gedacht, aus persönlich wohlhabenden Gründen, vielleicht spendet er uns 5 000 €, oder er hat einfach andere Kanäle und spendet uns mehr. Und Zweiteres war der Fall.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Ja, und Wittauer war bereit, gleich beim ersten Gespräch 100 000 € zur Verfügung zu stellen.

Christoph Pöchinger: Er schien vorinformiert. Es war jetzt nicht so ... – Ich glaube, das war für ihn eine klare Sache, dass Gastinger einen Vorzugsstimmenwahlkampf machen soll. Daher nehme ich auch an, dass das parteiintern abgesprochen war.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Es geht auf der einen Seite darum, wie aus Ihrer Vernehmung zu lesen ist, direkt über das BZÖ wollten Sie die Finanzierung nicht erreichen. Jetzt geht es dann aber um die Rückzahlung. Da merken Sie an – ich zitiere –:

Hiezu möchte ich anmerken, dass wir von dem damaligen Parteiobmann Westenthaler mehrfach darauf hingewiesen wurden, dass das Budget für den Persönlichkeitswahlkampf Gastinger nicht von uns selbst, sondern vom BZÖ aufgestellt wurde. – Zitatende.

In einer zweiten Anmerkung, Antwort von Ihnen – ich zitiere –:

Für mich war klar, dass dieses Geld für das BZÖ beziehungsweise dessen Wahlkampf verwendet wird. Mir war nur wichtig, dass das Geld zurücküberwiesen wurde und somit nicht im Raum stehenbleibt, dass das Geld widerrechtlich einbehalten wurde. – Zitatende.

Das erscheint mir schon ein Widerspruch.

Christoph Pöchinger: Ich habe damit ausdrücken wollen, dass ich nicht direkt zum BZÖ quasi als Bittsteller gehen wollte. Herr Wittauer, der aus direkter Vermittlung, sprich aus direktem Kontakt eines Kabinettskollegen von mir kam, war mir da lieber. Das war auch der **einfachere Weg**, nach dem mich Herr Petzner mehrmals gefragt hat.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Zur Angebotslegung von Frau Haslinger an die Telekom. Können Sie uns dazu irgendetwas sagen?

Christoph Pöchinger: Nein. Ich kann dazu ausschließlich sagen, dass sie mir – ich glaube, dass war dieses Gespräch im Eiles – sagte, dass da etwas anderes draufsteht als sie erbringt, also nicht Vorzugsstimmenwahlkampf Gastinger.

Darüber hinaus hatte ich keine Wahrnehmung. Ich konnte sogar daraus schließen, dass man sagt, ja wahrscheinlich ist BZÖ draufgestanden. Keine Ahnung. Ich wusste, es ist nicht genau das, was sie machte, wusste aber nicht darüber hinaus, was es ist.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Sie bleiben bei Ihrer Aussage, dass Haslinger Sie darüber informiert hat, dass sie ...

Christoph Pöchinger: Ganz ehrlich, was hätte ich in meiner Argumentation für einen Vorteil, wenn ich von vornherein sage, ich habe gewusst, das ist Telekom Geld, trotzdem war immer klar, es ist dem BZÖ gewidmet als Parteispende. Das ist für mich genau dieselbe rechtliche Situation. Das macht es um nichts besser. Ich kann, wie gesagt, beweisen, dass Frau Haslinger den gesamten Rechnungsablauf und die Abstimmung mit der Telekom selbst gemacht hat.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Herr Pöchinger, ich möchte Ihnen wieder zwei Passagen aus Ihrer Einvernehmung vortragen, weil es da auch, glaube ich, Differenzen gibt, die aufklärungswürdig sind.

Das eine ist – ich zitiere –:

Soweit ich mich erinnere, rief mich Haslinger, glaube ich, Mitte 2006 an und konfrontierte mich damit, dass hinter der Wahlkampagnenfinanzierung die Telekom stünde, da sie von dieser eine Rechnung erhalten habe. – Zitatende.

Und eine Seite weiter hinten steht – ich zitiere wieder –:

Werde ich gefragt, ob ich Wittauer zu irgendeinem Zeitpunkt mitteile, dass ich von Haslinger erfahren habe, dass das Geld für den Wahlkampf Gastinger von der Telekom kam, so verneine ich das.

Christoph Pöchinger: Ja aber nicht, weil ich es sicher nicht wusste, sondern weil ich es nicht **beweisen** konnte, wollte ich damit ausdrücken. Ich habe keine Ahnung, was ich mit dem Herrn Wittauer noch gesprochen habe. Mit dem habe ich nachher nicht mehr so viel Kontakt gehabt, also ganz wenig.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Bevor die Zeit zu Ende geht, möchte ich Ihnen etwas vorhalten und ersuche Sie, uns den letzten markierten Absatz vorzutragen. Sagen Sie uns, was Sie davon halten.

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Christoph Pöchinger *(liest):* Art und Weise der Bereitstellung, der Verwaltung beziehungsweise deren Abwicklung. Überweisung aufgrund einer seitens der Telekom Austria AG in persona Andreas Krenn vorgefertigten „Scheinrechnung“ – unter Apostrophierung – zugunsten der Mag. Tina Haslinger und anschließenden Weiterverrechnung auf Basis einer weiteren Scheinrechnung zugunsten der Projektentwicklungsagentur Schmied GmbH legen die Annahmen nahe, dass gegenständlicher Geldbetrag von rund 240 000 € ursprunghaft von der Telekom Austria AG aus einem Vergehen beziehungsweise Verbrechen nach dem Strafgesetzbuch herrühren und Christoph Pöchinger als Verwalter des Betrages diesbezüglich Kenntnis haben konnte.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Wie sollen wir diese Passage verstehen?

Verfahrensanwalt Dr. Klaus Hoffmann: Ich glaube, es ist keine Aussage einer Auskunftsperson, wie sie einen Text **beurteilt**, sondern sie soll über **Tatsachen** aussagen.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Gut. Hat sich das jetzt erübrigt? Oder? (Abg. Dr. Rosenkranz: Zur Geschäftsordnung!) – Bitte.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ) (zur Geschäftsbehandlung): Es hat sich nicht ganz erübrigt, aber es steht auch hier im Zusammenhang, und zwar die Praxis des Vorhalts. Man kann natürlich eine Unterlage vorlegen, nur: Ist es im Rahmen der Verfahrensordnung tatsächlich Aufgabe der Auskunftsperson, Texte hier **vorzulesen**? Das ist jetzt das zweite Mal passiert. Ich würde schon darauf drängen. Natürlich wird es wahrscheinlich die Auskunftsperson freiwillig machen können, aber sie sollte vorher aufgeklärt werden, dass sie das unter Umständen nicht muss. Sie ist hier, um Auskünfte zu erteilen, Fragen zu beantworten – und die Frage, ob eine Auskunftsperson lesen, rechnen, schreiben kann und unter Umständen einen Text vorlesen, ist, glaube ich, **nicht** Untersuchungsgegenstand.

Bisher war es immer so üblich, dass die Fragenden aus dem Kreis des Ausschusses die Unterlage vorgelegt haben und die Passage, die sie haben wollten, selbst zitiert und vorgehalten haben.

Aber der Herr Verfahrensanwalt hat das ja bereits gesagt. Es hat sich auch keine Frage bis jetzt ergeben. Ich würde das schon einmal klären, ob das jetzt einreißt, dass wir die Auskunftspersonen da irgendwelche Vorleseübungen machen lassen.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ich schlage vor, dass wir das in der Fraktionssitzung besprechen, und möchte es so handhaben wie immer, sprich: keine Vorlesungen durch Auskunftspersonen.

Gibt es weitere Fragen an die Auskunftsperson? – Bitte.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Eine ganz kurze Frage: Sie wurden ja im Zusammenhang mit einer Feier oder einem Event am Wahltag niedergeschlagen, und so wie es aussieht, war der Herr Westenthaler in einem gewissen Zusammenhang damit. Hat das irgendwie einen möglichen Zusammenhang gehabt mit der Frage, die Sie vorhin angeschnitten haben, dass Sie über den Herrn Flöttl diese Intervention nicht durchgeführt haben?

Christoph Pöchinger: Ich muss ehrlich sagen, ich kann es nicht mehr konkret sagen, woher dieser – ich nenne es jetzt einmal wirklich so – **Hass** auf meine Person kam. Ich denke, ich war einfach das Ventil für vieles, was rund um Gastingner offenbar nicht so funktioniert hat, wie er sich das vorgestellt hat.

Aber ich sage es jetzt einmal grundsätzlich auch zum Thema, dass wir das Geld schnell überweisen wollten an das BZÖ und von uns weg. Ich möchte nicht wissen, was passiert wäre, wenn wir das Geld noch gehabt hätten.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Zur Geschäftsordnung: Herr Abgeordneter Petzner..

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ) (zur Geschäftsbehandlung): Die Frage des Herrn Mandatars Jarolim ist insofern unzulässig, als dass eine Frage des BAWAG-Verfahrens und einer Intervention von Flöttl aber wirklich überhaupt **nichts** mit unserem Untersuchungsgegenstand zu tun hat.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Bitte zur nächsten Frage.

Abgeordneter Dr. Hannes Jarolim (SPÖ): Das ist die allerletzte Frage. Sie haben im Rahmen Ihrer Einvernahme folgendes erklärt – Zitat –:

Hiezu möchte ich anmerken, dass wir von dem damaligen Parteiboss Westenthaler mehrfach darauf hingewiesen wurden, dass das Budget für den Persönlichkeitswahlkampf Gastinger nicht von uns selbst, sondern vom BZÖ aufgestellt wird. Jetzt sagt Westenthaler, sich ganz offensichtlich um die Finanzierung kümmernd: Es wird hier vom BZÖ finanziert.

Frage dazu: Haben Sie irgendeine Wahrnehmung? Sie haben schon etwas angedeutet. Ich frage Sie angesichts dieser Erklärung noch einmal. Haben Sie eine Wahrnehmung, dass Herr Westenthaler mit dieser gegenständlichen Finanzierung durch die Telekom in irgendeinem Zusammenhang gestanden ist – sei es auch nur, dass er davon wusste?

Christoph Pöchinger: Wie gesagt, ich kann es nicht explizit sagen. Ich denke es mir aber, weil er genau wusste – aus dem „Kurier“-Artikel ablesbar –, welche Summe wir zur Verfügung gestellt bekommen hatten und einmahnte, dass 20 000 € fehlen.

Abgeordneter Dr. Hannes Jarolim (SPÖ): Das heißt, mit einer einigermaßen mittelmäßigen rechnerischen Begabung wäre es möglich gewesen, den offenen Betrag, der noch zu finanzieren ist, zu erkennen. (*Christoph Pöchinger: Ja!*) – Danke.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Wir kommen zur zweiten Runde. – Bitte, Herr Abgeordneter Pilz.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich möchte Sie nur noch zu drei Inseraten befragen. Das eine ist dieses Westenthaler-Inserat, das ein geplantes und bereits gebuchtes Gastinger-Inserat in „ÖSTERREICH“ ersetzt hat, mit dem bekannten Titel „Mut gewinnt! Westenthaler“.

Wissen Sie, wer dieses Inserat gestaltet und dann auch in „ÖSTERREICH“ geschaltet hat?

Christoph Pöchinger: Ich habe in dieser Sache Kontakt mit Gernot Rumpold gehabt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Können Sie genau schildern, in welchem Zusammenhang dieses Inserat mit dem Rumpold-Kontakt steht?

Christoph Pöchinger: Der Inseratenplatz war gebucht, und ich hatte allen Grund zu der Annahme, dass Karin Gastinger bald **nicht** mehr Mitglied des BZÖ sein **wolle**. Und ich habe mir gedacht, wir werden ein rechtliches Problem mit dem BZÖ bekommen, wenn wir Geld von ihnen verwenden für etwas, was ihnen nicht mehr förderlich ist.

Aus dem Grund habe ich – ich muss ehrlich sagen, ich glaube, Rücksprache mit Gastinger, weiß ich aber nicht genau – den Gernot Rumpold angerufen und habe ihm gesagt, Gastinger wolle ein Inserat schalten, das auf keinen Fall Parteilinie ist, und aus dem Grund bitte ich um eine Alternative.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Und wer hat dann das Inserat für „ÖSTERREICH“ gestaltet und dort geschaltet?

Christoph Pöchinger: Keine Ahnung. Das hat Rumpold, glaube ich, direkt mit Haslinger wahrscheinlich über die Agentur ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Okay. Das bringt mich dann zu den anderen beiden Inseraten, über die ja schon gefragt worden ist. Sie haben gesagt, Sie hatten Grund zur Annahme, dass Gastinger demnächst nicht mehr dem BZÖ angehören wird.

Welchen Grund hatten Sie zu dieser Annahme?

Christoph Pöchinger: Weil wir Gespräche geführt haben, dass sie die gesamte Wahlkampfstrategie, wie sich Westenthaler zu positionieren versucht hat, einfach nicht gut fand.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Dann gibt es diese beiden Inserate. Da hat ja der Abgeordnete Petzner völlig recht, vom Mittwoch, dem 27. September 2006 in der „Presse“ und im „Standard“:

„Unabhängige JuristInnen für eine unabhängige Justizministerin. Karin Gastinger.“

Dahinter steht – das stimmt – die Firma Media Select.

Wissen Sie, wer der Geschäftsführer der Firma Media Select ist?

Christoph Pöchinger: Ich habe es gegoogelt. Ja.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sie haben es gegoogelt. Wir haben auch nachgeschaut.

Christoph Pöchinger: Also damals nicht. Der Name Media Select sagte mir nichts zum damaligen Zeitpunkt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Der Geschäftsführer ist ein gewisser Michael Fischer. Michael Fischer war früher in wichtiger Funktion der ÖVP-Bundespartei. Er hat sich selbst geführt in E-Mails als Michael Fischer, „Direktor der Österreichischen Volkspartei“, und er ist dann später ins Unternehmen Telekom gewechselt, wo er die Abteilung Public Affairs leitet. Kurt Kuch in „NEWS“ veröffentlicht jetzt einige Mails.

Ich zitiere Ihnen nur eines, nämlich das vom Mittwoch, 14. November 2007, von Michael Fischer an Gernot Schieszler, Betreff „Zusage“:

Lieber Gernot! Rudi Fischer hat 100 000 € via Peter Hochegger an die ÖVP-Bundespartei für 2007 zugesagt, mit der Bitte um Berücksichtigung. Liebe Grüße, Michael. – Zitatende.

Dieser Michael Fischer sitzt also in der Telekom, vertritt dort ÖVP-Interessen als früherer ÖVP-Funktionär, organisiert Geld in der Telekom für die ÖVP und ist Geschäftsführer der Media Select, die plötzlich beginnt, Gastinger-Inserate zu schalten.

Es gibt Grund zur Annahme, dass damals von der ÖVP in der heißen Phase des Nationalratswahlkampfes ein Wechsel von Frau Gastinger vom BZÖ zur ÖVP vorbereitet worden ist.

Haben Sie dazu irgendwelche Wahrnehmungen?

Christoph Pöchinger: Ich kann nur meine Aussage wiederholen. Ein Angebot hat es nicht gegeben.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich habe Sie nach sonstigen **Wahrnehmungen** gefragt. Hat es dort Kontakte gegeben? Haben Sie irgendetwas wahrgenommen?

Christoph Pöchinger: Ich glaube, die Positionierung als unabhängige Ministerin unter einem etwaigen weiteren Kabinett Schüssel wäre **vielleicht** ein Thema gewesen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Warum kommen Sie zu dieser Annahme, dass die Positionierung einer unabhängigen Ministerin in einem weiteren Kabinett Schüssel ein Thema hätte sein können.

Mit wem ist darüber gesprochen worden?

Christoph Pöchinger: Einerseits schließe ich aus dem, dass die Firma Media Select offenbar dieses Inserat geschaltet hat.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Pöchinger, ich gehe davon aus, dass Sie auch sonstige Wahrnehmungen haben. Können Sie die diesem Ausschuss mitteilen?

Christoph Pöchinger: Die will ich nicht mitteilen. – Nein.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sie haben aber sonstige Wahrnehmungen zu diesen Abwerbe-Versuchen der Österreichischen Volkspartei gemacht. Ich weise Sie noch einmal darauf hin, dass es sich hier mit Sicherheit um kein strafrechtlich relevantes Verhalten handelt. Da müssen Sie dem Ausschuss schon sehr genau erklären, was Ihre Entschlagungsgründe sind, weil strafrechtlich ist da nichts drinnen.

Christoph Pöchinger: Es ist natürlich grundsätzlich auch ... Das Problem, warum ich es auch nicht genau sagen kann, ist, weil ich nicht mit einem ... – Aufgrund der langen Zeit, die lange her ist, mit Genauigkeit sagen kann, wer die Personen waren, über die ich sonstige Wahrnehmungen gemacht hätte. Und jetzt jemanden, auch wenn es nicht strafrechtlich relevant ist, zu belasten mit Dingen, die ich nicht mehr hundertprozentig weiß, das entspricht nicht meinem Charakter.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ihre bisherigen Aussagen bestätigen das ja. Herr Pöchinger, ich frage Sie nicht nach Personen. Ich frage Sie, **unabhängig** von möglichen Personen, nach Wahrnehmungen.

Hat es Gespräche über eine mögliche Weiterverwendung von Frau Gastinger als Justizministerin in einer künftigen ÖVP-Regierung als Unabhängige gegeben?

Christoph Pöchinger: Das möchte ich nicht beantworten.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Dann müssen Sie diesem Ausschuss erklären, nachdem es hier keinen strafrechtlichen Grund geben kann, denn politische Gespräche sind nicht strafbar, was der Entschlagungsgrund ist, weil ich sonst vorschlagen möchte, in das Beugeverfahren einzutreten.

Christoph Pöchinger: Es ist wieder das Problem, dass ich, wie schon zwei Parteien gesagt haben, eine Vorbelastung habe und ich nicht eine Falschaussage riskieren will. Und dabei geht es nicht ausschließlich darum, die Wahrheit zu sagen, sondern auch darum, dass einem das als Wahrheit **geglaubt** wird. Wenn ich jetzt etwas sage, was ein anderer anders darstellt, dann habe ich eine gute Chance, dass man mir nicht glaubt, und darum möchte ich das nicht beantworten.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das ist mit Sicherheit **kein** Entschlagungsgrund, denn sonst könnte ja jeder Zeuge in jedem Verfahren sagen, es könnte irgendwer etwas anderes sagen, und deswegen entschlage ich mich. (*Christoph Pöchinger: Das mag schon sein!*) Das gilt mit Sicherheit nicht, Herr Pöchinger. Sie können sich gerne mit dem Verfahrensanwalt und mit der Vertrauensperson besprechen.

(Die Auskunftsperson spricht sowohl mit dem Verfahrensanwalt als auch mit der Vertrauensperson.)

Christoph Pöchinger: Ich möchte meine Aussage dahingehend nachschärfen, dass ich eben keine **genauen**, wirklich noch hundertprozentig wissentliche Wahrnehmungen habe – und daher keine ungeordneten Aussagen zu diesem Thema abgeben möchte.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Hatten Sie Hinweise darauf, dass es Kontakte mit Frau Gastinger gegeben hat – Sie haben das ja ziemlich deutlich schon gesagt, wir haben das ja schon im Protokoll – wegen einer möglichen Zukunft als unabhängige

Justizministerin in einem Kabinett Schüssel. – Ich wiederhole jetzt nur, was Sie ohnehin schon gesagt haben.

Christoph Pöchinger: Das war natürlich, sage ich jetzt einmal, zumindest für die Zeit bis zu einer Neukonsolidierung einer Regierung ein Thema. War ja auch so.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Hat es dazu Gespräche mit Personen, die der Österreichischen Volkspartei zuzurechnen sind, gegeben?

Christoph Pöchinger: Es ist wieder dieselbe Frage, wo ich sagen möchte ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich habe Sie nicht gefragt, nach **welchen** Personen. Über das kann man alles reden.

(Die Auskunftsperson spricht sowohl mit dem Verfahrensanwalt als auch mit der Vertrauensperson.)

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP) *(zur Geschäftsbehandlung):* Weil das der Herr Dr. Pilz da besonders spannend macht: Es gibt ja jede Menge Presseartikel über diese Gespräche, die auch bestätigt sind. Man kann auch gerne mit Zitaten aushelfen, wenn das ein besonderes Problem für den Herrn Pöchinger ist, dazu etwas zu sagen. Es gibt Erklärungen der Frau Gastinger dazu, Erklärungen des damaligen Bundeskanzlers. Also ich denke, es ist überhaupt kein Problem irgendwelcher Wahrheitsfragen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wunderbar, wenn das alles von Seiten der ÖVP möglicherweise gleich mit den Zahlungsbelegen und mit den Empfangsbestätigungen beigebracht wird, habe ich ja nichts dagegen, wenn da ein unabhängiger Beitrag zur Aufklärung geleistet wird. – Danke, Kollege Amon. Ich verbleibe in größter Erwartung, aber jetzt bleibt mir nichts anderes übrig, als die Auskunftsperson zu befragen, nachdem Sie jetzt mit Sicherheit nicht unter Zeugenpflicht stehen, aber bringen Sie mir das.

Herr Pöchinger, es ist ja ganz einfach: Der ÖVP/Telekom-Michael Fischer steigt plötzlich ins Gastinger-Geschäft ein. Kurz davor, das ist ungefähr der Zeitpunkt, sagt die Frau Gastinger: BZÖ – das mag ich nimmer! Gastinger will aber – das wissen wir, da hat der Kollege Amon recht – Justizministerin bleiben. Das hat ihr eine große Freude gemacht.

Und jetzt gibt es plötzlich eine politische Alternative, nämlich die Österreichische Volkspartei. Ein wirkliches Kapital ist die Frau Gastinger nur, nicht wenn sie sagt: Ich trete jetzt der ÖVP bei ...

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Bitte zur Frage zu kommen, denn wir sind schon unter Zeitdruck.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Die Frage muss ich schon begründen. Begründungen haben ja auch ihren Sinn. Unbegründete Fragen sind etwas ganz was Schreckliches, die versteht keiner.

Da erinnert sich die ÖVP-Wahlkampfplanung an Folgendes: Wir haben ja doch schon einmal aus diesem Bereich hervorragende Erfahrungen mit einem unabhängigen Kandidaten gemacht. – Das war Karl-Heinz Grasser. Jetzt machen wir sozusagen die Grasser-Nummer noch einmal mit der Frau Gastinger – und dazu brauchen wir sie

unabhängig, frisch vom BZÖ. Wir stecken ÖVP-Gelder rein, nicht als ÖVP, sondern da treten dann **unabhängige** JuristInnen für eine unabhängige Justizministerin auf Kosten der Österreichischen Volkspartei unter Regie des ÖVP/Telekom-Managers Michael Fischer auf.

Diese Geschichte versuche ich jetzt, mit Ihnen gemeinsam und mit Ihren Wahrnehmungen, auch wenn sie nicht mehr ganz exakt sind, möglichst Punkt für Punkt zu klären und das ist auch der Grund – und deswegen habe ich das jetzt so erzählt (*Obfrau Dr. Moser: Bitte, die Frage!*), warum ich Ihnen die Frage stelle, ob Sie irgendwelche Wahrnehmungen in Bezug auf Vorbereitungsgespräche für eine Tätigkeit der **unabhängigen** Justizministerin Gastinger in einem Kabinett Schüssel haben.

Christoph Pöchinger: Es waren keine konkreten. Natürlich hat sich der Herr Bundeskanzler erkundigt, wie sich die Frau Ministerin das jetzt vorstellt nach ihrem Parteiaustritt. Es hat Gespräche gegeben. Es gab Gespräche, bei denen ich dabei war. Es hat welche gegeben, bei denen ich nicht dabei war, aber, sagen wir einmal: Ein konkretes Angebot hat es natürlich nicht gegeben.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Bei wem hat sich der Herr Bundeskanzler erkundigt?

Christoph Pöchinger: Natürlich bei der Frau Ministerin selbst.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Waren Sie Zeuge eines dieser Gespräche oder hat es Ihnen die Frau Bundesminister erzählt?

Christoph Pöchinger: Ich war einmal kurz auch dabei bei einem solchen Gespräch, ja.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Bei einem Gespräch zwischen Schüssel und Gastinger. (*Zwischenruf des Abg. Petzner.*)

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Wir könnten jetzt das zur Zwischenfragerunde dazuzählen, denn sonst wird es mit der Zeit wirklich eng. Es gibt dennoch Zusatzfragen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Kollege Petzner, es ist diesmal **keine** orange „Sonne“, die vom Himmel fällt. Regen Sie sich nicht so auf!

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Aber Sie sehen, dass es mir um die Verfahrensordnung geht, unabhängig davon, welche Partei es betrifft und Sie wollten sich da ...

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Bitte, keine Zwiegespräche! Ich ersuche, dass Sie die letzte Frage stellen. Dann gibt es noch Zusatzfragemöglichkeit.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wir haben das Wesentliche jetzt ohnehin schon im Protokoll, deswegen brauche ich wirklich nur mehr eine Frage.

Sie waren Zeuge eines Gesprächs zwischen Bundeskanzler Schüssel und Justizministerin Gastinger über die mögliche Zukunft der Justizministerin.

Sagen Sie: Wann hat dieses Gespräch zwischen Wolfgang Schüssel und Frau Gastinger stattgefunden?

Christoph Pöchinger: Dieses Gespräch ist auch im ... Da hat es dieses Foto gegeben, wo die Frau Justizministerin – im „Standard“ war das Foto – am Ballhausplatz erscheint. Das war kurz vor der Wahl, aber es war jetzt kein Gespräch, wo es um ein Angebot der ÖVP geht. Da ist es einfach darum gegangen, die Ministerin berichtet von ihrem Parteiaustritt und das ihrem Chef im Kabinett, dem Bundeskanzler.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Danke vielmals zu diesem Komplex. Ich möchte ein bisschen aushelfen und Sie mit Berichterstattungen konfrontieren, nämlich mit der „Presse“ vom 26. April 2006 unter der Überschrift „Gastinger will im Amt bleiben“.

Ich zitiere: ... doch hinter den Kulissen hört man, dass Gastinger bereits bei SPÖ und ÖVP vorfühlt, ob sie nicht auch als parteifreie Ministerin bleiben könnte.

Dann die „Wiener Zeitung“ einen Tag darauf, vom 27. September 2006: „Karin Gastinger ohne ÖVP-Ticket“.

Dann geht es um das Personenkomitee, wo es heißt: „Neben Rechtsanwaltskammerpräsidenten Gerhard Benn-Ibler hat sich der als SPÖ-nahe geltende Ex-Jugendgerichtshofpräsident Udo Jesionek für Gastinger ausgesprochen.“

Dann zitiere ich noch die „Presse“ vom 28. September 2006, wo es unter dem Titel heißt: „Der Einzige, der mich gefragt hat, ist der Bundeskanzler. Ministerin Gastinger würde auch mit Rot und Grün reden.“

Ich zitiere die Frage: „Sie haben heute wieder ein Gespräch mit Bundeskanzler und ÖVP-Chef Wolfgang Schüssel gehabt. Worum ist es genau gegangen? – Gastinger: Wir haben darüber gesprochen, wie allenfalls die Zukunft ausschauen kann. Das Ergebnis des Gesprächs war, dass es kein ÖVP-Ticket für mich gibt. Es gibt aber eine Option mit vielen Fragezeichen dahinter: Wenn in einer neuen Regierung auch der Koalitionspartner eine unabhängige Justizministerin wünscht, dann könnte das ich sein.“

Haben Sie zu diesen Artikeln weitere Wahrnehmungen über das hinaus, was der Herr Dr. Pilz ja so geheimnisvoll macht?

Christoph Pöchinger: Ich habe, leider Gottes, die Zeitungen von damals nicht mehr alle in Erinnerung, aber dann klärt sich ja alles.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Herr Pöchinger, ich möchte noch einmal zurückkommen auf die Frage der Finanzierung dieser Vorzugsstimmekampagne, wo Sie davon gesprochen haben, dass Sie davon ausgegangen sind, dass die 100 000 € eigentlich Gelder des BZÖ sind. – Ist das korrekt?

Christoph Pöchinger: Nachdem es mir von einem BZÖ-Abgeordneten zur Verfügung gestellt wurde, war es für mich klar, dass es dem BZÖ gewidmet ist. – Ja.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Na ja, weil Sie in Ihrer Einvernahme vom 17. November sagen, ich zitiere:

Werde ich gefragt, ob ich Wittauer nach der Herkunft des Geldes gefragt habe, gebe ich an, dass ich das nicht getan habe. Werde ich gefragt, warum ich nicht gefragt habe, so gebe ich an, dass dies zu diesem Zeitpunkt nicht für mich von Interesse war.

Und dann weiter – und das finde ich bemerkenswert –:

Meiner Erinnerung nach wollte Wittauer jedoch nicht, dass das Umfeld Gastinger, inklusive meiner Person, über die Herkunft des Geldes Bescheid wissen sollte. – Zitatende.

Wie kamen Sie zu dieser Annahme?

Christoph Pöchinger: Weil Wittauer das so gesagt hat. Weil er auch aus dem Grund nur mit „meiner“ Agentur gesprochen hat, also mit der Agentur, die ich namhaft gemacht habe – leider nicht meine – und ich nicht wusste am Anfang, woher das Geld kommt. Das war ihm offenbar wichtig, aus welchem Grund auch immer. Ich vermutete damals eine Form von Wichtigtuerei dahinter, mehr nicht.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Herr Pöchinger, Sie waren ja Pressesprecher der amtierenden Justizministerin! – Und da war es Ihnen egal, woher das Geld kam, obwohl Wittauer Ihnen deutlich machte, dass das offenbar aus Quellen kommt, über die Sie besser nicht wissen sollten?

Christoph Pöchinger: Nein, das hat er mir nie deutlich gemacht. Er hat es eher so gemacht, dass nur er sozusagen der Herr über das Geld ist und er es verteilt. Er will nicht – so hat er sich ausgedrückt –, dass man da hinter die Kulissen blickt und dann vielleicht selbst da hingehen würde. So war mein Eindruck, ausschließlich so.

Es war niemals so von ihm kolportiert, dass die Geldquelle eine zweifelhafte wäre, und das war sie ja auch nicht. Ich meine, die Telekom war ... – Wie wir davon gehört haben, war das für mich persönlich eine große Erleichterung, möchte ich fast sagen. Wenn es libysches Geld im Plastiksackerl gewesen wäre, hätte ich die Staatsanwaltschaft angerufen, aber bei der Telekom habe ich mir zu dem Zeitpunkt nichts gedacht.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Wittauer hat also gar nichts gesagt?

Christoph Pöchinger: Ich habe es von ihm nicht erfahren, nein.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Das war für Sie völlig in Ordnung, obwohl Sie als Pressesprecher der amtierenden Justizministerin agiert haben?

Christoph Pöchinger: Noch einmal: ja. Es ist für mich völlig in Ordnung, wenn ein Abgeordneter des Hohen Hauses für seine Partei, auch für einen Vorzugsstimmenwahlkampf für ein Mitglied dieser Partei, Geld besorgt. Warum soll ich das hinterfragen? Ist das jetzt grundsätzlich hinterfragenswert? – Jetzt schon, stimmt.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Die Fragen darf ich stellen. Herr Pöchinger, Sie haben dann – das ist durchaus interessant – Herrn Wittauer gesagt, die Kampagne – weil er sich da eingeklinkt hat mit der eigenen – macht jetzt nicht "Haslinger-Keck.", sondern das macht die Frau Haslinger – oder wie muss man sich das vorstellen? Was haben Sie Herrn Wittauer da genau gesagt? Oder hat er gesagt, Sie wickeln das ab und wir übermitteln Ihnen alles?

Christoph Pöchinger: Keine Ahnung. Da hat es ausschließlich Gespräche gegeben, die die Frau Haslinger selbst geführt hat. Ob die Frau Haslinger mit „Haslinger-Keck“ ins Rennen geht oder ad personam, das war für mich zweitrangig. Ich wollte, dass Haslinger die Kampagne macht, mit welcher Agentur auch immer.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Aber die Agentur kam ja über Sie.

Christoph Pöchinger: Ja. Mein Vorschlag war Haslinger-Keck.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Haben Sie Herrn Wittauer irgendetwas gegeben, er solle mit diesen Personen Kontakt aufnehmen?

Christoph Pöchinger: Ja, natürlich. Er hat mich gefragt: Was ist das für eine Agentur? Ich habe gesagt, das ist die Firma Haslinger-Keck. Und irgendwann wird er mich wahrscheinlich nach einer Telefonnummer der Dame gebeten haben und er hat sie wahrscheinlich angerufen. Also der Erstkontakt ist sicher zwischen Wittauer und Haslinger erfolgt, und dann erst Telekom-Haslinger.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Sie sagen in Ihrer Einvernahme am 17. November, konfrontiert mit den Ausführungen von Haslinger – ich zitiere –:

Bezüglich ihrer Angabe, dass ich ihr mitgeteilt hätte, dass das Geld für die Kampagne von der Telekom stamme, gebe ich an, dass das meiner Erinnerung nach anders war.

Soweit ich mich erinnere, rief mich Haslinger glaublich Mitte 2006 an und konfrontierte mich damit, dass hinter der Wahlkampffinanzierung die Telekom stünde, da sie von dieser Rechnung erhalten habe. – Zitatende. (*Christoph Pöchinger: Ja!*) – Es ist doch eigenartig. Wenn sie eine Kampagne für Sie macht, die die Telekom bezahlen soll, warum bekommt sie eine Rechnung von der **Telekom?**

Christoph Pöchinger: Was ist daran eigenartig?

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Wenn ich eine Leistung erbringe, stelle *ich* die Rechnung – und nicht das Gegenüber.

Christoph Pöchinger: Eine Rechnung, die sie gestellt hat, ist natürlich die Aussage.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Das steht aber anders hier. (*Christoph Pöchinger: Ja! Und?*) – Und Sie sagen dann weiter:

Ich sagte ihr daraufhin einfach, sie solle die Rechnung entsprechend abändern. – Zitatende.

Also offenbar hat sie einen Rechnungsentwurf bekommen?

Christoph Pöchinger: Ich weiß nicht, was sie bekommen hat.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Das sage ja nicht ich, das sagen Sie selbst in Ihrer Einvernahme – ich zitiere –:

Ich sagte ihr daraufhin, sie solle die Rechnung entsprechend abändern, da ich annahm, dass die Telekom als Auftraggeber einer solchen Kampagne erstens völlig legitim sei und zweitens wisse, wie die Abrechnung erfolgen sollte. Die Telekom als Auftraggeber schien mir über jeden Zweifel erhaben. – Zitatende. (*Christoph Pöchinger: Genau!*) – Das ist aber bemerkenswert, wenn es um eine Vorzugsstimmenkampagne Ihrer Justizministerin ging. (*Christoph Pöchinger: Warum?*) – Wie Sie zu dem Schluss kommen, dass Frau Haslinger einen Rechnungsentwurf abändern soll!

Christoph Pöchinger: Ich verstehe das Problem nicht.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Sie verstehen es nicht? (*Christoph Pöchinger: Nein!*) – Weil es offenbar keine Tätigkeit für die Telekom, sondern eine Tätigkeit für die Frau Justizministerin war!

Christoph Pöchinger: Die Telekom hat das Geld bezahlt. Irgendwo gibt es eine Honorarnote, Rechnung, von welcher Seite auch immer. Ich wusste von Frau Haslinger, dass sie von der Telekom das Geld für uns, das BZÖ, zur Verfügung gestellt bekommen hat. Wie dann die kaufmännischen Gebarungen rund um das Ganze waren, darüber habe ich keine Ahnung.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Herr Pöchinger, Sie selbst sagen bei Ihrer Einvernahme aus:

Ich sagte ihr –

nämlich Haslinger –

daraufhin, sie solle die Rechnung entsprechend abändern. – Zitatende.

Sie haben Haslinger den Auftrag gegeben, die Rechnung abzuändern. Das sagen Sie selber aus! (*Christoph Pöchinger: Nein!*) – Stehen Sie weiterhin zu dieser Aussage?

Christoph Pöchinger: Das habe ich heute schon erklärt. Haslinger hat mich irgendwann einmal darauf aufmerksam gemacht, dass da nicht draufsteht Vorzugsstimmenwahlkampf Gastinger.

Dann hab ich gesagt: Wenn die Telekom etwas anderes draufstehen haben will, meinend, wahrscheinlich steht BZÖ drauf, weil es so gewidmet war, dann soll sie es machen, nicht mein Problem, oder auch nicht machen, wie auch immer. Aber einen Auftrag diesbezüglich hat es natürlich nicht gegeben.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ) (zur Geschäftsbehandlung): Frau Vorsitzende! Da sich die Ereignisse da ein bisschen überschlagen und überstürzen, ist das Hauptaugenmerk von dem, was so passiert ist, gar nicht mehr so auf Herrn Pöchinger gerichtet. Es würde eher in Richtung einer Geschäftsordnungssache hineinpassen, aber Tatsache ist: Es kommt jetzt etwas aus der Zeitschrift „NEWS“. Laut „NEWS“ liegen der „NEWS“-Redaktion 200 000 E-Mails vor, die weder die Staatsanwaltschaft noch der Untersuchungsausschuss hat.

Wir wissen, dass die ÖIAG, und das ist Untersuchungsgegenstand ... Es geht um die Kontrolle, um die Aufsicht, die die ÖIAG wahrgenommen hat. Wir haben auch vernommen, dass die ÖIAG selbst an einer massiven Aufklärung interessiert ist, da wird mit Beratungsfirmen-Gutachten, Deloitte und Ähnlichem gearbeitet – und da fehlen 200 000 E-Mails!

Frau Vorsitzende, da ist interessant, wer bei der Aufklärung nicht mit dem Untersuchungsausschuss zusammen arbeitet! Daher wäre es dringend geboten im Sinne des Untersuchungsgegenstandes – und das wird dann sicherlich im Namen der Beschlussfassung sein –, möglichst zeitnah Personen aus der ÖIAG beziehungsweise auch die Finanzministerin zu laden und herauszufinden: Was passiert da jetzt tatsächlich mit der Kontrolle und der Zusammenarbeit mit dem Ausschuss respektive mit den Justizbehörden?

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Das wird Gegenstand der Beratungen in der Fraktionssitzung sein. Es ist nur die Frage, wann wir die machen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich komme noch einmal zurück zu dieser ÖVP-Sache, und zwar konkret zum zeitlichen Ablauf, damit das auch die Damen und Herren wissen:

Am 25. September 2006 hat die Frau Gastinger ihren Austritt aus dem BZÖ verkündet,

am 26. September 2006 gab es das erste Gespräch mit Schüssel,

am 27. September 2006 gab es das zweite Gespräch mit Schüssel

und am 27. September 2006 gibt es parallel ein Inserat, das ich schon seit Tagen vorlege.

Herr Rosenkranz hat, dieses Inserat betreffend, gefragt, was das soll. Mittlerweile wird er vielleicht wissen, was das soll. Am 27. September 2006 gibt es ein Inserat für eine unabhängige Justizministerin. Sie sagen, Sie kennen es nicht, haben es nicht gemacht; Frau Haslinger kennt es nicht, hat es nicht gemacht; Herr Schmied sagt, er kennt es nicht, hat es nicht gemacht. Also es kommt nicht aus dem BZÖ, nicht aus dem Vorzugsstimmenwahlkampf.

Ich frage Sie daher jetzt konkret: Haben Sie Informationen darüber – noch einmal –, ob dieses Inserat aus dem Umfeld der Österreichischen Volkspartei geschaltet wurde?

Christoph Pöchinger: Keine Wahrnehmungen, die ich so explizit ausdrücken könnte, dass ich nicht Gefahr laufe, etwas Falsches zu sagen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Haben Sie irgendwelche Gerüchte vernommen, die in diesem Zusammenhang Auskunft geben können?

Christoph Pöchinger: Ich glaube nicht, dass wir da sind, um über Gerüchte zu sprechen, oder?

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Sie haben selber vorher auf Fragen des Kollegen Pilz ausgesagt, Sie waren bei diesen Gesprächen teilweise auch dabei. Ich habe genau zugehört.

Zwei Gespräche mit Schüssel hat es gegeben. Sie sagen, Sie waren selber bei diesen Gesprächen dabei, und ich frage Sie: Was war der Inhalt dieser Gespräche – nämlich sämtlicher Gespräche, wo Sie dabei waren, über die Sie Informationen haben –, die die Frau Gastinger im Zusammenhang mit einem Wechsel zur ÖVP geführt hat?

Ich zitiere Ihnen dazu die APA-Meldung vom 26. September 2006:

“Schwarzes Leiberl für Gastinger noch im Schrank“, schreibt die APA.

Also bitte, das muss schon sehr konkret besprochen worden sein, wenn die APA selber damals darüber berichtet.

Ich frage Sie – Sie sagen, Sie waren da damals teilweise mit dabei –. Was ist mit diesem schwarzen Leiberl für Gastinger im Schrank?

Christoph Pöchinger: Schlussendlich hing es dann nicht im Schrank.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Meine Frage noch einmal: Teilen Sie mir Informationen mit, die Sie haben, nämlich konkret über diese Gespräche zwischen ÖVP und Gastinger! Was wurde dort besprochen? Sie haben mir vorher unter Wahrheitspflicht ausgesagt, Sie waren da teilweise mit dabei, also frage ich Sie: Was wissen Sie dann?

Christoph Pöchinger: Ich kann nicht mehr genau sagen, was Inhalt war. Es ging sicher nicht um schwarze Leiberln.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Sie wissen, was ich meine. Sie sind nicht dumm. Ich meine bezüglich Wechsel zur Österreichischen Volkspartei.

Christoph Pöchinger: Ich meine es auch so interpretativ, wie Sie mich darauf hingeführt haben, genau so.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Kennen Sie Michael Fischer? (*Christoph Pöchinger: Nein!*) – Sie wissen auch nicht, dass er heute bei der Telekom arbeitet? (*Christoph Pöchinger: Doch!*) – Sie kennen ihn nicht, wissen aber, dass er bei der Telekom arbeitet?

Christoph Pöchinger: Er ist durchaus eine Person des Medieninteresses gewesen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Sie wissen, dass er parallel Geschäftsführer jener MediaSelect ist, über die Sie zumindest im Zusammenhang mit diesen Inseraten darauf verwiesen haben, dass Sie Medienberichte kennen, wonach das die MediaSelect geschaltet hat? (*Christoph Pöchinger: Ja!*) – Und Sie wissen, dass Michael Fischer dort Geschäftsführer ist?

Christoph Pöchinger: Ja, ich glaube, die richtige Frage wäre, ab **welchem Zeitpunkt** ich es wusste. Jetzt weiß ich es. Ich glaube, die Frage, die Sie stellen wollen, ist, ab welchem Zeitpunkt ich das wusste, und da muss ich Ihnen sage, dass ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich frage Sie, ob Sie es generell wissen.

Christoph Pöchinger: Das ist aber wesentlich, denn zu dem Zeitpunkt, als die Inserate erschienen sind, wusste ich es nicht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Zurück zu dieser Finanzierung, über die auch Herr Amon gefragt hat. Frau Gastinger werden wir dann übrigens selber unter Wahrheitspflicht fragen, ob sie ein Angebot der ÖVP hatte. Ich bin gespannt, was sie antwortet. Vielleicht kennt sie das Inserat, wo das mit ihrem Gesicht draufgeschaltet wurde. Sie wird es hoffentlich wissen.

Noch einmal zurück zu dieser eigenartigen Finanzierung. Ich erinnere noch einmal. Herr Amon hat jetzt sehr gut ausgeführt, wie komplex die ganze Konstruktion war, wobei in den Zeugeneinvernahmen jeder etwas anderes sagt und Sie auf meine Frage hin gesagt haben, es war das der „einfachere Weg“ – Zitat Pöchinger –, als direkt zur Wahlkampfführung zu gehen und dort zu sagen, wir brauchen Wahlkampfgeld. Es war der „einfachere Weg“, unbekanntes Geld von Herrn Wittauer zu nehmen.

Ich frage Sie ganz konkret: Ab welchem Zeitpunkt haben Sie gewusst, dass es sich um **Telekom-Geld** handelt? Und: Von wem haben Sie das erfahren?

Christoph Pöchinger: Den Zeitpunkt kann ich nicht mehr nennen. Erfahren habe ich es von Frau Haslinger.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Frau Haslinger hat heute unter Wahrheitspflicht das **genaue Gegenteil** angegeben. – Sie stehen beide unter Wahrheitspflicht.

Christoph Pöchinger: Da wird sich die Frau Haslinger ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich weise nur darauf hin: Sie sagen hier unter Wahrheitspflicht, Sie haben von der Frau Haslinger erfahren, dass das Geld von der Telekom kommt; die Frau Haslinger hat ausgesagt, auch unter Wahrheitspflicht, ich habe es von Pöchinger erfahren. Das heißt, wir haben hier **eine** Falschaussage.

Ich unterstelle es Ihnen nicht, ich stelle nur fest, dass entweder Sie oder die Frau Haslinger hier eine Falschaussage getätigt hat. Ich wünsche Ihnen persönlich, dass das nicht Sie waren. Auf Ihre Vorstrafen sind wir bereits eingegangen. Es ist ein Widerspruch, und Sie sagen noch immer und bleiben dabei – ich habe Sie ja gefragt –, das war der **einfachere Weg**.

Sie bleiben dabei: Sie haben von Frau Haslinger erfahren, dass das Geld von der Telekom kommt.

Was haben Sie dann gemacht mit dieser Information?

Christoph Pöchinger: Mit der Information, dass das Geld von der Telekom ist?

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Haben Sie darüber jemals mit Frau Gastinger gesprochen?

Christoph Pöchinger: Ich habe schon gesagt, darauf gebe ich keine Antwort.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Hatten Sie ein enges, freundschaftliches Vertrauensverhältnis zu Frau Gastinger oder ein ganz normales, eher distanziertes Mitarbeiterverhältnis?

Christoph Pöchinger: Ich hatte ein enges Mitarbeiterverhältnis. Von Freundschaft zu sprechen, glaube ich, geht zu weit.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich komme ja nicht von außen. Ich weiß ja ungefähr, dass Sie ein sehr enges Verhältnis hatten. Ich nehme zur Kenntnis, dass Sie dazu nichts sagen wollen, teile aber die Meinung des Kollegen Pitz: Sie hatten ein enges Verhältnis zu ihr, was Sie jetzt auch sagen, und ich kann mir nicht vorstellen,

dass Sie, als Sie erfahren haben, dass das Geld von der Telekom kommt, ihr nichts gesagt haben – laut Ihrer Aussage.

Gastinger sagt ja selber in ihrer Zeugeneinvernahme:

Im Laufe der Jahre wurde Pöchinger sicher zu einer Vertrauensperson für mich. – Zitatende.

Da nennt Frau Gastinger selbst Sie als Vertrauensperson, spricht also von einem engen Verhältnis.

Und Sie sagen, Sie wollen nichts dazu sagen, ob Sie Frau Gastinger gesagt haben, dass das Geld von der Telekom kommt oder nicht. – Die Interpretation daraus bleibt jedem selber überlassen. Wir nehmen zur Kenntnis: Sie wollen nichts sagen.

Ich nehme zur Kenntnis, dass es hier eine Falschaussage gibt: entweder von Ihnen oder von der Frau Haslinger.

Meine Frage jetzt abschließend zu diesem Telekom-Geld-Komplex: Das heißt, Sie haben es von Frau Haslinger erfahren: Dieses Geld stammt von der Telekom.

Dann passiert am 25. September 2006 dieser Austritt von Frau Gastinger aus dem BZÖ, wobei Sie in Ihrer Zeugeneinvernahme aussagen, Sie haben sofort Rumpold diesbezüglich verständigt und gefragt, was nun mit diesem Geld geschehen soll. Woraufhin Sie die Antwort bekommen, Haslinger solle das an die Agentur Schmied überreichen.

Jetzt komme ich zur Frage, noch einmal: Wer hat Ihnen ganz konkret diesen Auftrag erteilt? War das Rumpold? Beziehungsweise haben Sie Rumpold kontaktiert? Oder: Haben Sie im Zusammenhang mit dieser Überweisung des Haslinger-Geldes an Schmied und dann weiter an die Agentur Orange jemals mit Herrn Ing. Peter Westenthaler darüber gesprochen? War er da in irgendeiner Form involviert: ja oder nein?

Christoph Pöchinger: Jetzt raucht mir ein bisschen der Kopf. Sie wollen wissen, ob ab dem Zeitpunkt, wo Frau Gastinger ausgetreten ist, der Herr Westenthaler in den Zahlungskreislauf irgendwie, zumindest informativ, eingebunden war?

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Nein. Ich will wissen, ob Westenthaler in den Zahlungstransfer von Haslinger informativ eingebaut war, in Bezug auf diese restlichen 200 000 €. 200 000 € sind übriggeblieben nach Gastingers Rückzug. Dann wollten Sie das Geld an das BZÖ zurückgeben und dann hat diese Transaktion stattgefunden, und zwar in Absprache von Haslinger an die Agentur Schmied und von Schmied weiter an Orange.

In den Entstehungsgesprächen, die zu diesem Zahlungstransfer geführt haben, ausschließlich zu diesem – 200 000 € von Haslinger an die Agentur Schmied, die Agentur Schmied wiederum die 200 000 € an die Orange –: War Westenthaler in diese eins, zwei, drei Transaktionen, von Haslinger an Schmied und dann zu Orange, irgendwie involviert? War er in diese Gespräche eingebunden: ja oder nein? Sie waren in die Gespräche darüber eingebunden ...

Christoph Pöchinger: Ich war in diese Gespräche auch nicht eingebunden. Ich wusste nicht, wie dieser Zahlungskreislauf funktioniert. Aus diesem Grund kann ich auch den Herrn Westenthaler in dieser Sache nicht belasten. Ich habe den Herrn Rumpold auf Weisung von Gastinger und Wittauer angerufen, und er hat gesagt, er kümmert sich darum, dass die Agenturen sich das untereinander ausmachen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Zum Schluss: Auch die Frau Haslinger stellt das anders dar, aber gut.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Ich möchte dazu festhalten: Aus der Einvernahme von Ihnen, Herr Pöchinger, ist zu lesen – ich zitiere –:

Hiezu möchte ich anmerken, dass wir vom damaligen Parteiboss Westenthaler mehrfach darauf hingewiesen wurden, dass das Budget für den Persönlichkeitswahlkampf Gastinger nicht von uns selbst, sondern vom BZÖ aufgestellt wurde. – Zitatende.

Daraus ergibt sich schon der Schluss, dass Peter Westenthaler davon gewusst hat.

Christoph Pöchinger: „Mehrfach“ kann ich nicht bestätigen, einfach weiß ich es hundertprozentig.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Ich möchte noch zu dem Zitat, das Sie freundlicherweise vorgelesen haben, zurückkommen. Da wird von Scheinrechnungen und von anderen Vergehen und Verbrechen nach dem Strafgesetzbuch gesprochen.

Sie haben Kenntnis erhalten, dass das Geld von der Telekom kommt. – Das ist, juristisch unpräzise ausgedrückt, Mitwirkung an Veruntreuung.

Haben Sie außer diesem Strafbestand noch andere Vergehen und Verbrechen in diesem Zusammenhang in der betrachtenden Zeit wahrgenommen?

Christoph Pöchinger: Natürlich nicht. Aber grundsätzlich möchte ich sagen, dass auch der Vorwurf der Veruntreuung natürlich nicht haltbar ist, wenn die Widmung des Geldes dem BZÖ entsprochen hat. Und das war's.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Die Frage ist: Gibt es eine Gegenleistung des BZÖ?

Christoph Pöchinger: Das müssen Sie Herrn Wittauer fragen. Keine Ahnung.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Sie wissen von keiner Gegenleistung?

Christoph Pöchinger: Nein. Ich weiß natürlich, worauf Sie anspielen, aber ich sage Ihnen, das Wort „Universaldienstverordnung“ habe ich das erste Mal in meinem Leben vor – weiß ich nicht – drei Monaten im „profil“ gelesen. Wir haben von solchen Dingen nichts gewusst. Eine Gegenleistung, wenn es sie gab, war uns nicht bekannt.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Können Sie mir einen anderen plausiblen Grund nennen, warum die Telekom insgesamt fast 1 Million in diesem Zusammenhang in Richtung BZÖ fließen lässt?

Christoph Pöchinger: Das ist eine Parteispende. Als solche habe ich es wahrgenommen. Einen Grund für die Parteispende habe ich nicht wahrgenommen, muss es ja auch nicht geben.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ich halte Ihnen noch einmal die Tina-Haslinger-Aussage aus dem Protokoll der Einvernahme vor:

Mitte August 2006 teilte mir Pöchinger dann mit, dass Geld für die Kampagne von der Telekom käme. Wann genau, kann ich nicht mehr sagen. Es floss bei einem unserer zuvor angeführten Gesprächstermine ein. Zu diesem Zeitpunkt teilte mir Pöchinger dann auch mit, dass ich wesentlich mehr Geld von der Telekom erhalten werde, da noch eine zweite Werbekampagne für Herrn Wittauer in Tirol finanziert werden soll. Pöchinger nannte mir zu diesem Zeitpunkt die Summe von 240 000, erstmals, die ich erhalten sollte. Ich glaube, er fügte hinzu, dass dies mit dem Justizministerium und der Telekom so vereinbart worden wäre. – Zitatende.

Das ist eine in sich völlig schlüssige Aussage, die sich eigentlich auch mit allen anderen Vorkommnissen, insbesondere den Überweisungsterminen, deckt.

Wenn ich Ihnen das jetzt vorhalte, wollen Sie trotzdem dabei bleiben, dass Sie nichts davon wussten?

Christoph Pöchinger: Zu welchem Zeitpunkt ich wusste, dass es Telekom-Geld ist, kann ich Ihnen nicht mehr genau sagen. Ich kann nur hundertprozentig sagen, dass ich es nicht wusste, bevor es mir Frau Haslinger nicht gesagt hat. Und dabei bleibe ich bis zum bitteren Ende.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Es geht um die Frage, wer wem was zum ersten Mal gesagt hat.

Christoph Pöchinger: In Wahrheit ist diese Frage für mich völlig irrelevant; für meine Rechtfertigung, für meine Argumentation völlig – wie soll ich sagen? – nicht notwendig. Darum verstehe ich auch nicht, warum man mir nicht glaubt. Es ist völlig irrelevant.

Für mich ist es eine Parteispende der Telekom an das BZÖ gewesen. Zu welchem Zeitpunkt ich diese Parteispende wahrnahm ... (*Abg. Dr. Jarolim: Eine Parteispende war es eindeutig nicht, weil dann wäre der Vorgang anders abgelaufen!*) – Als solche war es gewidmet. (*Abg. Dr. Jarolim: Das wäre vielleicht gewünscht eine gewesen, aber das war eindeutig! Das ist strafrechtlich relevant, ich glaube, darüber brauchen wir sicher nicht zu reden!*) Das müssen Sie Herrn Wittauer fragen. Aber wenn es von einem Abgeordneten einer Partei zur Verfügung gestellt und aufgeteilt wird, nämlich genau der Zahlungs...

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Also das, was da stattgefunden hat, war keine Parteispende. Aber ich glaube, wir können uns jede weitere ...

Christoph Pöchinger: Es wäre die Verpflichtung der Partei gewesen, die das bekommt, das auch als solche zu melden.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich konfrontiere Sie mit der Aussage von Frau Haslinger aus ihrer Einvernahme. Sie haben mir vorher gesagt, Sie waren nicht involviert in diese 200 000-€-Überweisung. Haslinger hat in ihrer Einvernahme gesagt – ich zitiere –:

Weiters teilte mir Pöchinger mit, dass der Restbetrag von rund 200 000 € an die Projektentwicklungsagentur Schmied zu überweisen sei, sagt Frau Haslinger.

Frau Haslinger sagt – das stammt aus ihrer Einvernahme –, dass das von Ihnen gekommen sei.

Bleiben Sie bei Ihren Angaben – konfrontiert jetzt mit dieser Einvernahme der Frau Haslinger –, dass Sie in diese Überweisung der 200 000 € von Haslinger an Schmied und weiter an Orange nicht involviert waren?

Christoph Pöchinger: Ich habe das schon ausgeführt.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich stelle Ihnen die Frage noch einmal, daher haben Sie sie noch einmal zu beantworten.

Christoph Pöchinger: Rumpold sagte: Meine Agentur wird sich bei deiner Agentur melden, die werden sich das ausmachen.

Haslinger rief mich an und sagte: Ich bin angewiesen worden –

offenbar von der Agentur Schmied oder von Rumpold, keine Ahnung –,

das Geld dort und dorthin zu transferieren.

Ich habe gesagt: Dann mach das, wenn das so gewünscht ist.

Obfrau Dr. Gabriela Moser dankt der Auskunftsperson und verabschiedet diese.

*(Die Auskunftsperson Christoph **Pöchinger** sowie deren Vertrauensperson Mag. Dr. Daniel Henning Albert **Rose** verlassen den Sitzungssaal.)*

13.05

13.06

Auskunftsperson Mag. Karin Gastinger

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ich ersuche, als **nächste Auskunftsperson** Frau Mag. Karin **Gastinger** in den Saal zu bitten.

Ich mache die Damen und Herren Medienvertreter darauf aufmerksam, dass Fernseh- und Hörfunkaufnahmen und -übertragungen sowie Film- und Lichtbildaufnahmen und alle sonstigen Tonaufnahmen unzulässig sind. Bitte lassen Sie derartige Geräte außerhalb des Saals! Handys müssen abgeschaltet sein.

Frau Mag. Gastinger, wir danken für Ihr Erscheinen! Vor Ihrer Anhörung muss ich Sie auf Ihre Pflicht zur **Angabe** der **Wahrheit** und die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage erinnern. Eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss wird gemäß § 288 Abs. 3 StGB wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft. Diese Erinnerung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten.

Ihr vollständiger Name lautet: Mag. Karin Michaela Gastinger; geboren am 11. März 1964; Anschrift: Wien; Beruf: Angestellte. Während des Untersuchungszeitraums standen Sie in einem karenzierten Dienstverhältnis zum Land Kärnten, allerdings steht das in keinem Zusammenhang mit dem Gegenstand der Untersuchung.

Damit ist auch die Amtsverschwiegenheitsfrage geklärt.

Da Sie keine Vertrauensperson benötigen, können wir gleich zur Befragung übergehen. Ich erinnere Sie nur daran, dass Sie über die Errichtung und den Inhalt von Rechtsgeschäften, bei welchen Sie als Urkundsperson beigezogen worden sind, die Aussage auch wegen eines zu besorgenden vermögensrechtlichen Nachteils nicht verweigern dürfen.

Sie haben jetzt die Möglichkeit, in einer Art zusammenhängender Erzählung – heißt es so professionell in diesem Croquis – die Sicht der Ereignisse aus Ihrer Warte noch einmal darzustellen. Wir können aber auch gleich mit der Befragung beginnen. (*Mag. Gastinger: Von mir aus können wir gleich mit der Befragung beginnen! Ich glaube, es gibt viele Fragen, und ich möchte die Zeit für die Fragen zur Verfügung stellen!*) – Danke für die zeitökonomische Vorgangsweise.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Grüß Gott, Frau Mag. Gastinger, ich möchte Sie zu Beginn zu Folgendem befragen: Sie haben ursprünglich in Ihrer Einvernahme gesagt, dass Sie sich eigentlich schon gegen eine Kandidatur im Jahr 2006 bei der Nationalratswahl entschieden hatten.

Können Sie uns sagen, wer Sie dann doch dazu bewegt, wer Sie überredet hat, doch zu kandidieren im Jahr 2006?

Mag. Karin Gastinger: Sehr gerne. Wie Sie richtig sagen – Sie dürften ja meine Zeugeneinvernahme-Protokolle vorliegen haben; also ich nehme einmal an, dass Sie um vieles mehr wissen als ich –, ja, es ist richtig. Der Hauptgrund, weswegen ich mir damals auch überlegt habe, ob ich einen Wahlkampf überhaupt machen kann oder nicht, ist, dass ich, wie Sie wissen, im Juli 2006 meinen Sohn geboren habe. Und da es leider Gottes – und das hoffe ich auch, dass der Ausschuss dazu vielleicht einen kleinen Beitrag leisten kann – noch immer keine Mutterschutzregelung für Amtsträgerinnen gibt, weder auf Nationalratsebene noch auf Ebene der Ministerin, habe ich mir das nicht gut vorstellen können, wie sich das mit dem Ministeramt, damit, dass ich ein kleines, neugeborenes Kind gehabt habe, vereinbaren lässt, in weiterer

Folge dann auch noch den Wahlkampf zu machen. Das waren meine Motivationsgründe, weswegen ich da sehr zurückhaltend war.

Überredet dazu hat mich dann in weiterer Folge Gerald Grosz, der sich dafür eingesetzt hat, dass ich im Wahlkampf in der Steiermark tätig werde. Auf der einen Seite natürlich hat es auch Gespräche mit dem damaligen Landeshauptmann Dr. Haider gegeben, der sich auch dafür eingesetzt hat. Der Grund – und das war dann im Endeffekt für mich auch ausschlaggebend, warum ich dann auch tatsächlich zugestimmt habe – war der, dass ich natürlich fürs BZÖ sehr gute Vertrauenswerte gehabt habe, wie Sie gewusst haben. Ich habe, und das sage ich auch heute noch voller Stolz, glaube ich, keinen schlechten Job gemacht, ich habe mein Amt sehr gut ausgefüllt als Justizministerin, hatte dadurch auch sehr gute Vertrauenswerte in der Bevölkerung. Das war sicherlich eine der Motivationen, warum das war.

In weiterer Folge war es dann auch so, dass mein Pressesprecher die Idee geboren hat, dass wir einen Vorzugsstimmenwahlkampf machen. Das ist ja auch kein Prozess, wo er daherkommt und sagt, das ist so, sondern wir haben dann darüber diskutiert. Grund war auch der, dass ich mit der Parteilinie von Peter Westenthaler – ich glaube, das ist auch kein Geheimnis – nicht sonderlich glücklich war, und es da für mich auch sinnvoll erschienen ist, dass die Möglichkeit wäre, dass man einen Vorzugsstimmenwahlkampf macht.

Wobei das aber auch so war, das muss ich auch sagen: Der Hintergrund war der, dass mir zugesagt wurde, dass mir vermittelt wurde, dass es aus dem BZÖ-Wahlkampfbudget Geld dafür gäbe und dass das auch für das BZÖ Vorteile hätte, weil ich sicherlich Wählerstimmen angesprochen hätte, die das BZÖ ohne mich nicht erreicht hätte.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Das heißt, die Idee zum Vorzugsstimmenwahlkampf kam von Herrn Pöchinger?

Mag. Karin Gastinger: Ja – also ich meine, das ist meine Wahrnehmung. Ich kann Ihnen – das muss ich auch sagen, das möchte ich jetzt auch ganz klarstellen, so wie ich hier sitze –, ich kann Ihnen hier nur meine Wahrnehmung erzählen, also wirklich das, was ich in Erinnerung habe. Für mich war dieser Wahlkampf, sage ich einmal so, immer so etwas wie – das wird das BZÖ jetzt nicht gerne hören – ein notwendiges Übel, weil ich im Grunde genommen mit vielen anderen Sachen beschäftigt war.

Aus meiner Erinnerung sind die ersten Ideen dazu, wie man das jetzt machen kann, dass das überhaupt Sinn machen würde, so einen Vorzugsstimmenwahlkampf zu machen, im Gespräch mit dem Christoph Pöchinger ...

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Sie haben gesagt, Sie waren der Meinung, das Geld würde vom BZÖ kommen. – Wieso haben Sie das gedacht?

Mag. Karin Gastinger: Weil mir das so mitgeteilt wurde.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Von wem?

Mag. Karin Gastinger: Vom Christoph. Mir wurde das so mitgeteilt. Meine Wahrnehmung war die: dass es aus dem BZÖ-Wahlkampfbudget ein kleines – ich betone, ein **kleines** – Budget geben wird für meinen Vorzugsstimmenwahlkampf. Und was auch in meiner Wahrnehmung ist: dass sich Klaus Wittauer beim BZÖ dafür eingesetzt hat, dass mir dieses Budget zur Verfügung gestellt worden ist. Das wurde mir gesagt.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Wann war das in etwa? (*Mag. Gastinger: Das weiß ich nicht mehr!*) So in dieser Abfolge zwischen Juni oder Sommer 2006 und dem 25. September 2006: War das zu Beginn?

Mag. Karin Gastinger: Das weiß ich nicht mehr.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Ist das schon, bevor die Vorzugsstimmenwahl gestartet ist, gesagt worden?

Mag. Karin Gastinger: Daran habe ich keine Erinnerung.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Sie sagen, Herr Wittauer hätte sich dafür eingesetzt, dass Sie da kandidieren, dass ein Vorzugsstimmenwahlkampf geführt wird. – Welche Funktion hatte Herr Wittauer im BZÖ, außer dass er zu dem Zeitpunkt noch Nationalratsabgeordneter war? Hat er irgendeine besondere Funktion gehabt?

Mag. Karin Gastinger: Nein, das nicht. Nein sicher nicht, aber der Klaus Wittauer war sicherlich im BZÖ schon jemand, der ein gewisses Gewicht gehabt hat – für mich, in meiner Wahrnehmung.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Obwohl er dann im Jahr 2006 selbst gar nicht mehr kandidiert hat.

Mag. Karin Gastinger: Ich weiß nicht. Hat er nicht mehr kandidiert? Das weiß ich gar nicht mehr, da habe ich keine Erinnerung.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Ach so, aber halt nicht an besonderer wählbarer Stelle.

Mag. Karin Gastinger: Das weiß ich nicht. Er hat schon kandidiert, ja.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Gut.

Also die Idee zum Vorzugsstimmenwahlkampf kam von Herrn Pöchinger. – Wer ist jetzt auf die Idee gekommen, die Agentur Haslinger beziehungsweise die Einzelfirma Tina Haslinger zu nehmen?

Mag. Karin Gastinger: Mit der habe ich überhaupt nichts zu tun gehabt. Das war dann so: Es ist dann diese Entscheidung gefallen, und zu dieser Entscheidung stehe ich auch. Ich war auch nicht sonderlich begeistert über diesen Vorzugsstimmenwahlkampf, muss ich auch dazusagen. Auch das war etwas, das mich nicht mit heller Freude erfüllt hat, muss ich ehrlich sagen. Aber ich habe ja gesagt, und deswegen stehe ich auch dazu, diese Verantwortung nehme ich klarerweise auch auf mich.

In weiterer Folge war es dann so, dass ich dem Christoph Pöchinger gesagt habe: Bitte mach, ist okay, mach, aber lass mich weitest möglich – also wenn etwas inhaltlich abzustimmen ist, ja, aber die Durchführung des Wahlkampfes, bitte mach!

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Das heißt, bei den Briefing-Gesprächen, die offenbar zwischen Herrn Pöchinger und Frau Haslinger und vielleicht einer weiteren Person stattgefunden haben, waren Sie nie zugegen? (*Mag. Gastinger: Nein!*) – Und die Fotos für etwaige Plakate, für Inserate und so weiter, das hat alles Herr Pöchinger freigegeben, hat gesagt, ja, das passt (*Mag. Gastinger: Ja!*), die Linie passt, dass das BZÖ-Logo nicht drauf sein soll!?

Wer hat zum Beispiel entschieden, dass das BZÖ weitestgehend von dieser Werbelinie wegkommen soll? Einfach nur Sie als Person, als unabhängige oder als parteiferne oder als überparteiliche Justizministerin. Wer hat das entschieden, dass das BZÖ da quasi gar nicht auf diesen Plakaten und Inseraten drauf sein soll?

Mag. Karin Gastinger: Also mir ist das gar nicht bewusst, dass das BZÖ da gar nicht drauf war, sage ich Ihnen ehrlich. Für mich hat es da keine bewusste Entscheidung gegeben.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Das heißt, Sie haben kein einziges Sujet für ein Inserat oder für ein Plakat freigegeben?

Mag. Karin Gastinger: Richtig. Aber ich kann mich erinnern, dass wir inhaltlich diskutiert haben: Das geht sicher. Ich kann mich erinnern an irgendso ein Foto, wo ich irgendetwas Beiges angehabt habe. Daran kann ich mich erinnern – aber an das Weitere? Ich habe dazu jetzt überhaupt keine Wahrnehmung. Es war für mich, muss ich auch sagen, nicht wirklich wichtig.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Jetzt ist es aber so, wenn jemand in der Politik in einer Spitzenfunktion ist, aber natürlich auch in einer Partei, so wie Sie das waren – Sie sind ja ab Juni 2006 auch Vizechefin des BZÖ gewesen –, dann sollte man halt davon ausgehen, dass das, was von einem gebracht wird, gezeigt wird in einer Kampagne, dass das eine Verantwortung ist für eine Spitzenfunktionärin, wie Sie das waren, dass man da jedenfalls den letzten Entscheid haben muss, dass man sagt: Ja, so ist das! Genau so kann ich mir das vorstellen, genau so ist es für mich.

Da haben Sie nie Bedenken gehabt, dass irgendjemand das für Sie freigibt, ohne dass Sie das vorher gesehen und abgeseget haben?

Mag. Karin Gastinger: Nein. Deswegen nicht, weil der Christoph Pöchinger für mich eine Vertrauensperson ist. Der Pöchinger ist für mich eine Vertrauensperson, und das war auch klar. Im Grunde genommen war es auch bei uns so: Im Wesentlichen hatte er den Auftrag, und diesen Auftrag hat er für mich, sage ich einmal, auch wirklich hervorragend erfüllt.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Das heißt, Sie sind davon ausgegangen, das Geld war vom BZÖ, wurde vom BZÖ-Wahlkampf quasi für Ihren Vorzugsstimmewahlkampf abgezweigt, und Sie haben geglaubt, dass das Geld nur vom BZÖ über Herrn Wittauer kommt, weil Herr Wittauer sich dafür einsetzt, dass Sie kandidieren.

Haben Sie jemals Kenntnis davon bekommen, dass in Wahrheit die **Telekom** der Geldgeber war für diese Kampagne?

Mag. Karin Gastinger: Wenn Sie mit „jemals“ meinen im Dezember 2011, dann ja. „Jemals“ ist erstmals im Dezember 2011; davor nicht.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Woher haben Sie das erfahren?

Mag. Karin Gastinger: Bei der Einvernahme bei der Kripo als Zeugin.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Und über die Zeitungen wahrscheinlich im Vorfeld? (*Mag. Gastinger: Nein!*) – Auch nicht?

Mag. Karin Gastinger: Nein, meine Kripo-Einvernahme war im Dezember 2011. Damals bin ich einvernommen worden, und damals bin ich aus allen Wolken gefallen. Bei der Kripo-Einvernahme habe ich erstmals gehört, dass diese 40 000 € von Frau Haslinger direkt über die Telekom abgerechnet worden sind, und über die 240 000 € habe ich aus der Zeitung erfahren.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Das heißt, Sie wussten nie über die Finanzierung Bescheid (*Mag. Gastinger: Nein!*), Sie haben sich dafür gar nicht interessiert, Sie haben nicht gewusst, dass es sich hier um Scheinrechnungen handelt (*Mag. Gastinger: Woher auch?*), die Frau Haslinger in ihrem eigenen Namen an die Telekom ausgestellt hat, dass das Geld dann von der Telekom an Frau Haslinger geflossen ist und für Ihre Inserate und für Ihre Kampagne aufgewendet worden ist? (*Mag. Gastinger: Das ist richtig, was Sie sagen!*) Das haben Sie nie gewusst?

Mag. Karin Gastinger: Nein, aber Sie müssen das auch aus meiner Wahrnehmung sehen. So wie ich damals im Amt war, war es für mich so: Mir wurde gesagt, es gibt BZÖ-Wahlkampfgeld für diesen kleinen – sage ich einmal so – Vorzugsstimmenwahlkampf, und ich hatte keine Sekunde irgendwo einen Zweifel, dass dabei irgendetwas Illegales wäre. Woher auch? Ich muss auch dazusagen, eines meiner Prinzipien ist Vertrauen, und wenn mir die Partei, die mich aufgestellt hat, wenn ich aus dieser ... (*Zwischenruf des Abg. Petzner.*) Damals nicht, ich weiß, Stefan. Aber selbst das war mir damals nicht bewusst. Mir wurde gesagt, das ist BZÖ-Wahlkampfgeld, und ich hatte keine Sekunde auch nur irgendwo einen Zweifel daran, dass da irgendetwas Illegales dabei sein könnte.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Und das hat Ihnen Herr Pöchinger gesagt, dass das BZÖ-Wahlkampfgeld ist?

Mag. Karin Gastinger: Ja, das war meine Wahrnehmung, das war in dem Gespräch. Aber ich glaube auch, dass Herr Pöchinger das so gemeint hat, ich meine, zumindest habe ich nichts anderes mehr ...

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Vielleicht sagen Sie uns auch noch, wann Sie sich genau entschieden haben, dass Sie dann am 25. September aus dem BZÖ ausgetreten sind. Wann haben Sie sich dafür entschieden?

Mag. Karin Gastinger: Für mich selbst, dass ich mich sehr unwohl gefühlt habe in dem Wahlkampf, das hat sicher schon angefangen – wann war das? –, das war im Prinzip mit dem Wahlkampf-Auftakt in der Steiermark, nämlich aus dem Grund, weil ich mir damals verboten habe, dass ausländerfeindliche Sujets mit meiner Person und mit meinem Namen im Zusammenhang stehen. Ich sehe heute noch die Bilder vor mir, als ich nach Lannach gefahren bin und die Plakatständer gesehen habe mit diesen ausländerfeindlichen Botschaften, und da hat es das erste Mal wirklich zu gären angefangen.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Das war wann?

Mag. Karin Gastinger: Das weiß ich nicht mehr, im August irgendwann.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Na wann vor dem Austritt?

Mag. Karin Gastinger: Das war zirka drei Wochen davor oder so etwas.

Aber die endgültige Entscheidung habe ich am Tag des 25. getroffen. Da habe ich gesagt: Nein! Und warum am 25.? Das kann ich Ihnen auch sagen aus meiner Erinnerung: weil am nächsten Tag nämlich, ich glaube, eine Abschlussveranstaltung in Graz gewesen wäre. Da wäre ich gemeinsam mit Peter Westenthaler auf dem Podium gestanden, und ich habe mir nicht mehr vorstellen können, dass ich das durchdrücke.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Aus Ihrer Einvernahme kann man auch ersehen, dass Frau Haubner und auch Herr Dr. Haider Sie animiert hätten, dass Sie kandidieren. Haben Sie das mit denen besprochen? Haben Sie denen gesagt: Leute, ich trete zurück, ich kann mit der Linie nicht mehr umgehen!? Oder haben Sie das ganz alleine entschieden, gemacht, in die Zeitungen gebracht und die anderen vor den Kopf gestoßen? Oder haben Sie das vorher mit denen besprochen?

Mag. Karin Gastinger: Nein, de facto war es sicher so, dass ich ... Es hat vorher Gespräche gegeben, wo ich meinen Unmut, sage ich einmal, oder meine Bedenken ... Ich kann mich auch erinnern, beim „Aufsteigern“, da habe ich lange mit der Uschi Haubner telefoniert, und dann hat es auch so Gespräche gegeben. Der „Mini“ Grosz hat es im Grunde genommen auch ... Zumindest einmal so, dass ich mich unwohl fühle, habe ich sicherlich artikuliert.

Aber im Endeffekt war die Entscheidung selbst sicherlich für das BZÖ damals eine sehr schwierige Situation, für mich selbst natürlich auch, aber für das BZÖ auch, denn das ist de facto ohne Vorwarnung passiert – was mir sicherlich auch zu Recht aus Sicht des BZÖ zum Vorwurf gemacht wurde.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Wie war denn das Verhältnis vorher, vor dem 25. September, zum Herrn Westenthaler Ihrerseits?

Mag. Karin Gastinger: Gar keines.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Na ja, aber Sie waren ja seine Stellvertreterin. Er war Bundesobmann des BZÖ, Sie waren seine Vizechefin, und da war kein Verhältnis da, da war keine Gesprächsbasis oder sonst etwas da?

Mag. Karin Gastinger: Nein. Nein, gar keines.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Und wie ist das Verhältnis nachher gewesen, nachdem Sie das BZÖ verlassen haben?

Mag. Karin Gastinger: Noch weniger eines.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Noch weniger oder aufgebracht oder aufgeregt?

Mag. Karin Gastinger: Ja, na sicher. Sie wissen ja auch um die Situation, was dann danach am Wahlkampftag passiert ist und Ähnliches. Ich war sicherlich nicht begeistert von dem, was dann alles nachher passiert ist. Nein, es war sicher keines.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Wussten Sie, wie hoch das Wahlkampf-Budget für den Vorzugsstimmen-Wahlkampf ist?

Mag. Karin Gastinger: In meiner Erinnerung war es so, dass es geheißen hat, nicht mehr als 100 000 €, wir müssen sparsam sein. Das ist das, was mir vermittelt wurde.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Als Sie dann am 25. September oder vielleicht vorher schon der Meinung waren, Sie treten aus dem BZÖ aus und beenden natürlich dadurch auch diesen Vorzugsstimmen-Wahlkampf, haben Sie zu diesem Zeitpunkt gewusst, welches Wahlkampf-Budget da noch offen ist?

Mag. Karin Gastinger: Nein. Das Einzige war die Anweisung dann von mir, weil mir bewusst war, dass das nicht mein Geld ist. Das war mir ganz klar bewusst, für mich, in meiner Wahrnehmung war es BZÖ-Wahlkampfgeld, und ich habe sofort die Anweisung gemacht: Alles, was noch irgendwie da ist, sofort zurück an das BZÖ!

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Wem haben Sie die Anweisung gegeben?

Mag. Karin Gastinger: Dem Christoph Pöchinger.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Und was hat der dann gemacht?

Mag. Karin Gastinger: Das weiß ich nicht, aber ich nehme einmal an, dass er meine Anweisung befolgt hat, dass er das Geld an das BZÖ zurückgegeben hat.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Das heißt, da haben Sie sich gar nicht vergewissert (*Mag. Gastinger: Nein!*), wie viel war da (*Mag. Gastinger: Nein!*), wie viel ist quasi abgeleistet worden von der Agentur Haslinger (*Mag. Gastinger: Nein!*) beziehungsweise wie viel wird über welche Kanäle an das BZÖ zurückgegeben? Darüber haben Sie sich nicht informiert?

Mag. Karin Gastinger: Nein, habe ich mich nicht informiert. Nein.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Haben Sie die Frau Haslinger persönlich gekannt?

Mag. Karin Gastinger: Nein. Also ich wüsste nicht, wie sie aussieht. Mir ist sie persönlich nicht in Erinnerung.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Die Frau Haslinger hat mit der Agentur, an der ihr Vater beteiligt ist, mit der Firma Haslinger & Keck, an einem Projekt im Bundesministerium für Justiz, an einem Projekt „Neustart“, das Sie, wenn ich mich richtig erinnere, sehr betrieben haben, gearbeitet. Und da ist sie Ihnen auch nie begegnet?

Mag. Karin Gastinger: Ich habe keine Erinnerung an die Frau Haslinger, ich habe überhaupt kein Bild von der Frau Haslinger.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Frau Mag. Gastinger, Sie haben gesagt, Sie haben ein Vertrauensverhältnis zum Herrn Pöchinger gehabt. Würden Sie aus heutiger Sicht das jemals wieder so machen, dass Sie – sage ich jetzt einmal so despektierlich, – blauäugig in eine Sache hineingehen, ohne dass Sie sich erkundigen, woher kommt das Geld, wer ist der Geldgeber, et cetera? Und ist nicht jedem Spitzenpolitiker zu raten, dass er sich erkundigt, woher Geld kommt, beziehungsweise ganz einfach dahinter ist, dass da nicht irgendwelche Scheingeschäfte entstehen?

Mag. Karin Gastinger: Ich hatte zu keinem Zeitpunkt – und das sage ich jetzt wirklich noch einmal –, ich hatte zu keinem Zeitpunkt in dieser Wahlkampfzeit auch nur den **Funken** eines Verdachtes, dass da irgendetwas dabei sein sollte, was illegal gelaufen ist. Und ich weiß nicht – Sie sind ja selbst alle im Wahlkampf –, ob Sie sich jetzt als Spitzenkandidaten in Ihren Bezirken im Detail damit auseinandersetzen, woher, aus welchen Quellen genau das Geld kommt. **Abg. Tamandl: O ja!** – Ja, das mag sein, das ist wunderbar, wenn Sie es machen. Ich nehme das auch sehr gerne hin, dass ich blauäugig bin, aber Sie wissen, ich bin ein politischer Quereinsteiger gewesen und bin dann auch quer wieder ausgestiegen. Ich hatte dazu keinerlei Erfahrung. Für mich war es aber wirklich so, ich habe damals zu keinem Zeitpunkt auch nur einen Funken eines Gedankens daran verschwendet, dass damals irgendetwas illegal gewesen sein kann.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Würden Sie das heute noch einmal so machen, dass Sie nicht hinterfragen, woher Geld kommt?

Mag. Karin Gastinger: Heute arbeite ich im Compliance Management, da bin ich auch gescheitert geworden. Heute mache ich interne Kontrollsysteme für Gemeinden und für Unternehmen. Heute bin ich sicherlich nicht mehr so blauäugig, das muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen. Ich kann aber aus der Geschichte sehr viel auch mitnehmen für die Unternehmen, denn jetzt weiß ich ganz genau, was alles nicht gescheit ist, so im Rückblick betrachtet, sage ich Ihnen ehrlich.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Auf Grund der ersten Befragung tun sich ja nicht besonders viele Fragen auf, und ich möchte auch nichts wiederholen. Ich habe auch durchaus die intellektuelle Fähigkeit, das, was Sie einmal gesagt haben, auch auf eine andere Frage für mich zu rezipieren. Ich möchte ein bisschen nachfragen. Sie betonen immer das eine Wort: Es wurde Ihnen **vermittelt**, dass es sich um BZÖ-Geld handelt. – Wer waren die Vermittler?

Mag. Karin Gastinger: Ich habe es Ihnen schon gesagt, mein Hauptgesprächspartner war der Christoph Pöchinger, mein Pressesprecher. Und das, was ich da mitgenommen habe, war das, dass aus dem BZÖ-Wahlkampf-Budget für diesen Vorzugsstimmen-Wahlkampf Geld zur Verfügung gestellt wird.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Jetzt haben Sie betont, dass Sie Quereinsteigerin sind. Sie waren zwar durchaus auch „ranghoch“ – unter Anführungszeichen – in der Parteistruktur des BZÖ eingebunden. Man muss natürlich auch sagen, in dieser Zeit, wo sich das abspielt, waren Sie schwanger, haben Sie das

Kind bekommen, da hat man unter Umständen auch den einen oder anderen Gedanken, das will ich Ihnen auch gerne zugestehen.

Sie haben eine gute berufliche Beziehung gehabt zu Ihrem Pressesprecher im Kabinett, das ist auch einleuchtend – aber andere Personen aus dem BZÖ, einen Anruf zwischendurch über den Wahlkampf, Westenthaler, Rumpold, Wittauer, das hat es alles nicht gegeben?

Mag. Karin Gastinger: Ich weiß nicht, was Sie für eine Wahrnehmung haben. Meine Wahrnehmung aus der Zeit, wo ich Justizministerin war, war im Grunde genommen auch immer die, dass ich ... – Wie sage ich das jetzt? Wir waren relativ frei. Wir waren relativ frei, aber jetzt auf ...

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Kann man das so sagen: Sie haben sich – unter Anführungszeichen – als „Fachministerin“ gefühlt, und der parteipolitische Hickhack war für Sie eigentlich ...?

Mag. Karin Gastinger: Ja, das ist richtig. Ich habe mich als Fachjustizministerin gesehen, das ist richtig, und habe meinen Hauptfokus auf meine Arbeit im Bereich **Sachpolitik** gelegt. Und die Parteipolitik war etwas, was halt mitzutragen war – oder auch nicht mitzutragen war, was ich durch meinen Parteiaustritt ja eindrücklich bewiesen habe.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Es gab bereits am Ende Ihrer parteipolitischen Karriere – das war, glaube ich, der 25. September 2006, wo Sie das bekanntgegeben haben – in der „Presse“ am Mittwoch, dem 27. September, einen Artikel: Die Chronik einer Entfremdung – warum Justizministerin Karin Gastinger mit ihrer Partei brach, und just genau unter diesem Artikel kommt dann ein Inserat:

Karin Gastinger – unabhängige Juristen für eine unabhängige Justizministerin.

Es sind zahlreiche Personen und Persönlichkeiten aus dem juristischen Bereich dort angeführt, so quasi ein Personen-Komitee oder wie immer man das nennen will, die man nicht wirklich auf den ersten und auch nicht auf den zweiten Blick dem BZÖ parteipolitisch zuordnen kann. (*Mag. Gastinger: Stimmt, ja!*) Zum Beispiel würde mich das von Dr. Udo Jesionek, vom ehemaligen Präsidenten des Jugendgerichtshofes, sehr verwundern, wenn der auf einmal eine parteipolitische Nähe zu Ihnen oder zum BZÖ entdeckt hätte. Es ist also diese ganze Gruppierung, die da genannt ist, durchaus durchwachsen.

Jetzt erscheint dieses Inserat. Was wussten Sie von diesem Inserat? Immerhin ist ja auch Ihr Bild darauf, also muss sich irgendwer zumindest Ihr Bild organisiert haben und irgendwer eine Art Genehmigung eingeholt haben, dass dieses Inserat erscheinen kann. – Kennen Sie das Inserat?

Mag. Karin Gastinger: Ich habe keine Erinnerung mehr daran.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (ÖVP): Darf ich es Ihnen zeigen?

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Mag. Karin Gastinger: Ach so, das ist dieses Bild. Ja, das, was ich aus der Zeit noch als Wahrnehmung habe, ist, dass Christoph mir mitgeteilt hat, dass diese Inserate – da wäre an und für sich ein anderes gestanden – schon vorbestellt waren. Habe ich noch in Erinnerung. Das muss man ja vorbestellen. Fragen Sie mich nicht, ich kümmere mich nicht um diese Details! Und dann hat man gesagt, es ist vorbestellt und dass man das jetzt für die Unabhängigkeit nützt. Und das war mir bewusst, dass das nicht BZÖ war, ja.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (ÖVP): Das Interessante dabei ist, der Herr Pöchinger und auch die Frau Haslinger, die zuvor da waren, haben gesagt, dieses Inserat, dieses Inseratsujet hat die Frau Haslinger nicht entworfen (*Mag. Gastinger: Das weiß ich nicht!*), hat der Herr Pöchinger nicht in Auftrag gegeben, das waren ganz andere, und die sind auch entweder gestoppt worden, weil schon Reservierungen da waren, beziehungsweise, wo vom Termin her nichts mehr zu ändern war, wurde auf dieser Fläche ein BZÖ-Inserat geschaltet. (*Mag. Gastinger: Ach so, das weiß ich nicht!*) Nur mit diesen Inseraten hat der Herr Pöchinger überhaupt nichts zu tun gehabt.

Mag. Karin Gastinger: Na schön, wer hat sie dann geschalten? Wer hat sie geschalten? Ich weiß es nicht. Das weiß ich nicht.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (ÖVP): Das wird noch eine andere Klärung sein, vielleicht werden das andere KollegInnen noch erfragen.

Mag. Karin Gastinger: Das finde ich auch spannend.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (ÖVP): Wenn Sie es nicht wissen, kann ich Sie auch nicht weiter dazu befragen.

Mag. Karin Gastinger: Ich weiß es nicht. – Sie können mich gerne weiter fragen, ist gar kein Thema, aber ich weiß es wirklich nicht.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (ÖVP): Danke, ich habe keine weiteren Fragen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Frau Mag. Gastinger, hallo! Beginnen wir noch einmal. Sie haben den Gerald Grosz damals namentlich genannt. Wann und mit wem im BZÖ haben Gespräche darüber stattgefunden, dass Sie sich in einem Wahlkampf für das BZÖ engagieren?

Mag. Karin Gastinger: Primär mit dem „Mini“ Grosz natürlich. Mit dem „Mini“ Grosz habe ich sehr lange telefoniert, nämlich auch deswegen, weil er mich wirklich beknet hat, dass ich Spitzenkandidatin in der Steiermark werde. Ich kann mich sogar noch erinnern, wie ich im Auto gesessen bin und wie wir darüber diskutiert haben, weil ich habe mich ja dann auch in die Steiermark umgemeldet; das war aber noch lange bevor mein Maxi auf die Welt gekommen ist. Das war – wann war das? – im Juni oder so irgendwas. Also da hat es sicherlich Gespräche gegeben, mit „Mini“ Grosz, habe ich jetzt noch in Erinnerung, dem Landeshauptmann, habe ich auch noch in Erinnerung, aber das war eher so am Rande. Also hauptsächlich ist mir der „Mini“ Grosz in Erinnerung. Mit der Ursula Haubner und mit meinen Regierungskollegen natürlich auch, also das war eh ganz normal.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Dass Sie Spitzenkandidatin für das Bundesland Steiermark werden?

Mag. Karin Gastinger: Dass ich Spitzenkandidatin in der Steiermark werde, ja, natürlich.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Und ergänzen wir: Der Gerald Grosz – für die Medien: „Mini“ ist quasi sein Spitzname – war damals BZÖ-Landesobmann in der Steiermark.

Mag. Karin Gastinger: Gerald Grosz wollte damals, weil ich ja in der Steiermark geboren bin und damals auch in der Steiermark gelebt habe ... Ich habe meinen Zweitwohnsitz damals in der Steiermark gehabt, meinen Hauptwohnsitz in der Steiermark gehabt, mein Mann hat damals in der Steiermark gewohnt, und der Gerald Grosz ist damals an mich herangetreten, ob ich nicht Spitzenkandidatin in der Steiermark werden will.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gut, und da frage ich jetzt. Sobald Sie die Zusage gemacht haben, ich werde Spitzenkandidatin für das Bundesland Steiermark – Sie haben gerade betont, Sie haben sich extra umgemeldet, ihren Hauptwohnsitz in die Steiermark –, da muss es ja auch Gespräche gegeben haben, da müssen Sie doch gefragt haben oder Gespräche geführt haben, was die Abwicklung und die Finanzierung dieses Wahlkampfes betrifft.

Welche Wahrnehmungen haben Sie dazu?

Mag. Karin Gastinger: Auch dazu habe ich keine Wahrnehmung, weil nämlich diese Wahlkampffinanzierung ... – Der Wahlkampfleiter war ja damals nach meiner Wahrnehmung, was ich mich erinnern kann, der Gerald Grosz. Also das weiß ich nicht, wer das jetzt ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Bundesweit war es Gernot Rumpold.

Mag. Karin Gastinger: Ja, selbst das weiß ich nicht. Ich weiß auch nicht, wie der Steiermark-Wahlkampf finanziert wurde. Habe ich mich auch nicht erkundigt, weil ich mich auch darauf verlassen habe, dass das alles ordnungsgemäß ist.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Haben Sie über konkrete Wahlkampfaktivitäten gesprochen, wenn Sie schon Spitzenkandidatin geworden sind?

Mag. Karin Gastinger: Es hat ganz wenige Wahlkampfaktivitäten, an denen ich aktiv teilgenommen habe, gegeben. Das war eine Pressekonferenz, das war irgendwann einmal im August, was ich in Erinnerung habe. Und dann hat es gegeben – was war denn da noch? – „Aufsteirern“ in der Steiermark und den Wahlkampfauftakt in Lannach. Aber zeitlich kann ich das jetzt nicht mehr so genau zuordnen, wann jetzt was war.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gut, und dann ist irgendwann die Entscheidung gefallen für diesen Vorzugsstimmenwahlkampf. Noch einmal: Wer hat das entschieden? Steht das im Zusammenhang mit diesem steirischen BZÖ-Wahlkampf, wo Sie Spitzenkandidatin sind? Ist das im Zusammenhang mit diesen Gesprächen, die Sie geführt haben? Von wem ist die Idee geboren worden, vorgeschlagen worden, kommuniziert worden? Und in welchem Zusammenhang steht das mit Ihrer Kandidatur für das BZÖ in der Steiermark als steirische Spitzenkandidatin?

Mag. Karin Gastinger: In gar keinem. Also mit „Mini“ Grosz hat das jetzt im Grunde genommen wenig bis gar nichts zu tun, weil diese Entscheidung Vorzugsstimmenwahlkampf ja de facto ausgelegt war auf das gesamte Bundesland. Und mir wurde vermittelt, dass ich jetzt nicht nur für die Steiermark praktisch Wählerstimmen bringen kann mit meiner Einstellung ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wer hat Ihnen das vermittelt (*Mag. Gastinger: Mein Pressesprecher!*), dass man diesen Vorzugsstimmenwahlkampf bundesweit für Sie macht?

Mag. Karin Gastinger: Im Grunde genommen habe ich das ... – Schauen Sie, im Wesentlichen habe ich das ausgemacht mit meinem Pressesprecher. Ja, und sonst gibt es dazu nichts zu sagen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wichtig ist, wir halten fest: Der Vorzugsstimmenwahlkampf: Idee und ausgemacht mit Pöchinger, hat aber mit dem restlichen BZÖ-Wahlkampf – Stichwort Spitzenkandidatur in der Steiermark – nichts zu tun. Das war streng getrennt.

Mag. Karin Gastinger: Nein, für mich nicht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Also für Sie war das streng getrennt?

Mag. Karin Gastinger: Ja, natürlich.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das ist nur wichtig, dass ...

Mag. Karin Gastinger: Ja, natürlich, obwohl es einem Gemeinsamen, dem BZÖ, gedient hätte.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Und obwohl das für Sie streng getrennt war, sind Sie immer davon ausgegangen – Sie haben gerade selbst gesagt: streng getrennt, BZÖ-Kandidatur Steiermark hat nichts mit meinem Vorzugsstimmenwahlkampf zu tun –, das ist BZÖ-Geld. Das haben Sie gesagt, und das sagen Sie auch in Ihren Einvernahmen.

Auf welcher Basis konnten Sie davon ausgehen, dass das BZÖ-Geld ist, wenn Sie als unabhängige Ministerin beworben wurden, wenn aus den Briefings hervorgeht, dass das BZÖ gar nicht vorkommen durfte? Das war Bedingung Ihrerseits: Das BZÖ darf nicht vorkommen. (*Mag. Gastinger: Meinerseits?*) Ihres Kabinetts, des Herrn Pöchinger: Das BZÖ darf nicht vorkommen.

Wie konnten Sie dann davon ausgehen, dass es sich dabei um BZÖ-Geld handelt?

Mag. Karin Gastinger: Das war meine Annahme. Das war damals meine Annahme, weil mir das so **vermittelt** wurde. Jetzt sage ich noch einmal „vermittelt“, Herr Rosenkranz.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Von wem vermittelt wurde?

Mag. Karin Gastinger: Von meinem Pressesprecher.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Haben Sie jemals mit dem Wittauer darüber selber gesprochen?

Mag. Karin Gastinger: Nein, habe ich keine Erinnerung.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Welches Verhältnis zum Herrn Wittauer gehabt?

Mag. Karin Gastinger: Genauso wenig wie mit dem Herrn Westenthaler, aber auf der Sympathieebene ist mir der Herr Wittauer viel lieber.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gut, dann ist dieser Vorzugsstimmenwahlkampf gestartet worden, und irgendwann Mitte 2006 – das geht aus den Einvernahmen Haslinger und Pöchinger hervor – weiß der Herr Pöchinger, woher auch immer, dass das Telekom-Geld ist. Mitte 2006. Der Herr Pöchinger, von dem Sie sagen, das war Ihre Vertrauensperson. Aus Ihrer Befragung geht bisher hervor, Sie haben sich total auf den Pöchinger verlassen. Was der gesagt hat, haben Sie gemacht. Wenn er gesagt hat, wir machen einen Vorzugsstimmenwahlkampf, wird er gemacht. Inserate habe ich nie gesehen, hat alles der Pöchinger gemacht. Mit Finanzierung habe ich mich nicht beschäftigt, hat alles der Pöchinger gemacht. Er war eine wahnsinnig enge Vertrauensperson – Sie haben sich vorher auch mit Küsschen begrüßt, also offensichtlich auch noch ein Vertrauensverhältnis bis heute, oder zumindest ein freundschaftliches, was ja positiv ist. Und jetzt weiß ...

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Bitte die Frage!

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich komme ja schon zur Frage. – Jetzt weiß dieser Pöchinger, es ist Telekom-Geld.

Hat er Ihnen dann gesagt, dass das Telekom-Geld ist?

Mag. Karin Gastinger: Nein, ich habe daran keine Erinnerung, weil sonst wäre ich **sofort** ausgetreten, das können Sie mir glauben.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Jetzt hat er ausgesagt, er hat ein enges Vertrauensverhältnis zu Ihnen, Sie sagen, Sie haben ein enges Vertrauensverhältnis zu ihm gehabt, Sie haben sich vollkommen auf ihn verlassen, und trotzdem hat der Herr Pöchinger Ihnen *nie* gesagt, dass es sich um 100 000 € Telekom-Gelder handelt.

Zusatz: Der Herr Pöchinger wollte sich hier unter Wahrheitspflicht auf keine Aussage dazu festlegen, ob er Ihnen das so gesagt hat oder nicht. Das wollte er nicht beantworten.

Mag. Karin Gastinger: Warum der Christoph diese Aussage gemacht hat, das müssen Sie bitte den Christoph Pöchinger selber fragen, das weiß ich nicht. Ich treffe da keine Annahmen, ich kann nur aus meiner Erinnerung und meiner Wahrnehmung sprechen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gut, ich frage Sie noch einmal unter ausdrücklichem Verweis auf die Wahrheitspflicht: Hat Ihnen der Herr Pöchinger gesagt, dass die 100 000 € von der Telekom kommen?

Mag. Karin Gastinger: Für mich war es BZÖ-Wahlkampfgeld, nein.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Hat Ihnen der Pöchinger jemals gesagt, dass die 100 000 € vom Wittauer kommen?

Mag. Karin Gastinger: Im Zusammenhang mit Wittauer ist mir in Erinnerung, dass mir mitgeteilt wurde, dass sich der Klaus Wittauer dafür eingesetzt hat, dass ich aus dem BZÖ-Wahlkampfgeld diese 100 000 € für den Vorzugsstimmenwahlkampf zur Verfügung gestellt bekomme.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Der Wittauer hat Ihnen ...

Mag. Karin Gastinger: Nicht der Klaus Wittauer selber.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Noch einmal (*Mag. Gastinger: Noch einmal, okay!*): Wer hat Ihnen kommuniziert, dass der Wittauer Ihnen aus dem BZÖ-Budget 100 000 € zur Verfügung stellt?

Mag. Karin Gastinger: Das war auch der Christoph im Wesentlichen. Ich habe keine Erinnerung daran, dass ich jemals mit dem Klaus Wittauer über das in irgendeinem Detail ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Der Christoph hat Ihnen gesagt, die 100 000 € über den Wittauer, das ist BZÖ-Geld. (*Mag. Gastinger: Ja! Wahlkampf ...!*) – Gut, der Herr Pöchinger hat damals gar nicht gewusst, woher der Wittauer das Geld hat, und in weiterer Folge dann erfahren, dass es Telekom-Geld ist, und es Ihnen nie gesagt.

Wie können Sie sich erklären, dass dann der Herr Pöchinger damals wusste und Ihnen gesagt hat, dass es BZÖ-Geld ist? Das konnte er ja gar nicht wissen.

Mag. Karin Gastinger: Das weiß ich nicht, wie ich mir das erklären soll. Da müssen Sie bitte den Christoph fragen – aber das, glaube ich, haben Sie ihn eh gefragt.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich halte Ihnen noch einmal diese zwei Inserate vor, die wir ja auch im Ausschuss erstmals thematisiert haben. Es freut mich immer, dass der Herr Rosenkranz unsere Befragungsergebnisse dann auch für sich übernimmt, während er sich in der vorigen Sitzung noch darüber lustig gemacht hat, was diese Inserate sollen.

Diese Inserate sind ja am 27. September 2006 erschienen. Sie haben am 25. September 2006 Ihren Rückzug erklärt. Zugleich wurden sämtliche Werbeaktivitäten für Sie gestoppt. Sie haben selber ausgesagt, Pöchinger haben Sie sofort den Auftrag erteilt: Alles stoppen! Geld zurücküberweisen! Ich will mit dem BZÖ

nichts offen haben. Trotzdem erscheint am 27. September dieses Inserat, von dem Sie selber nichts wissen, obwohl Sie riesengroß mit Foto drauf sind.

Welche Wahrnehmungen haben Sie dazu, und wie erklären Sie es, dass zwei Tage nach Ihrem Rückzug ein Inserat von Ihnen erscheint, wo Sie drauf sind? Wer hat das geschaltet, woher kommt das, wie ist das entstanden? Sie müssen ja irgendeine Wahrnehmung dazu haben, es ist ja ein Inserat für Sie.

Mag. Karin Gastinger: Ich habe dazu keine Wahrnehmung. Nach meiner Erinnerung – so wie ich es dem Herrn Abgeordneten Rosenkranz schon gesagt habe – war im Wesentlichen noch das. Das habe ich so in Erinnerung, ganz schwammig.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Also Sie wissen nicht, wer dieses Inserat gemacht hat? (*Mag. Gastinger: Nein!*) – Ich stelle fest: Es erscheint zwei Tage nach Ihrem Rücktritt ein Inserat. Der Herr Pöchinger weiß nicht, wer es gemacht und bezahlt hat, Sie wissen nicht, wer es gemacht und bezahlt hat, der Herr Schmied hat ausgesagt, er weiß nicht, wer es gemacht und bezahlt hat, die Frau Haslinger hat ausgesagt, sie weiß nicht, wer es gemacht und bezahlt hat.

Kann es sein, dass das Inserat aus dem Umfeld der Österreichischen Volkspartei stammt?

Mag. Karin Gastinger: Das weiß ich nicht, glaube ich nicht, warum soll die Österreichische Volkspartei für mich ein Inserat schalten?

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Weil Sie am 25. September Ihren Rücktritt erklärt haben und am 26. September schon Ihr erstes Gespräch mit Schüssel über einen möglichen Wechsel gehabt haben – Zitat in der APA damals: „Schwarzes Leiberl für Gastinger noch im Schrank“ – und am 27. September ein zweites Gespräch mit Schüssel hatten. Und am 27. September wurde dieses Inserat für eine parteiunabhängige Ministerin geschaltet.

Ich frage Sie zu diesen zwei Gesprächen mit Schüssel daher: Hatten Sie ein Angebot der Österreichischen Volkspartei, als parteiunabhängige Ministerin zur ÖVP zu wechseln, ein direktes oder ein indirektes Angebot, dass das prinzipiell möglich ist? (*Mag. Gastinger: Nein!*)

Der Herr Schüssel hat damals ausgesagt, dass er sich das vorstellen kann, dass er das noch mit seinem Koalitionspartner SPÖ besprechen muss und dass Sie gute Arbeit geleistet haben – berichtet Schüssel damals nach diesem Gespräch. Wie können Sie sich das erklären? Also: Mit dem zukünftigen Koalitionspartner wird er das besprechen müssen, so hat er es gesagt.

Mag. Karin Gastinger: Weiß ich nicht. Schauen Sie, mit der ÖVP – damals Bundeskanzler Schüssel – hat es ein sehr gutes Verhältnis gegeben, das hat es immer gegeben, auch während der gesamten Zeit, in der ich in der Bundesregierung war. Es hat nach meiner Wahrnehmung und nach meiner Erinnerung zu keiner Zeit konkrete Gespräche darum gegeben, ob ich jetzt dann statt dem orangen Kapperl irgendein anderes Kapperl aufsetze. Das war auch nicht geplant.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Worüber haben Sie sich dann konkret in diesen zwei Gesprächsterminen mit Schüssel unterhalten? (*Mag. Gastinger: Es ist auch ...!*) Schildern Sie uns den Gesprächsinhalt und den Gesprächsverlauf!

Mag. Karin Gastinger: Herr Abgeordneter Petzner, das ist sechs Jahre her! Ich kann mich an die Details nicht mehr erinnern.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wenn ich einen Termin beim Bundeskanzler Schüssel habe – zweimal –, dann kann ich mich auch sechs Jahre später daran erinnern, glauben Sie mir das.

Mag. Karin Gastinger: Nein, ich nicht, weil ich mehrere Termine mit dem Herrn Bundeskanzler gehabt habe, eben in der Zeit, in der ich in der Regierung war. Also da muss ich echt sagen: Ich kann mich da nicht mehr an die Details erinnern. Es ist auch darum gegangen, dass ich ja – wie Sie auch wissen, Herr Abgeordneter Petzner – auch angeboten habe, dass ich als Justizministerin zurücktrete, und das damals auch im Gespräch war, weil das BZÖ damals verlangt hat, dass entweder Herbert Scheibner oder Peter Westenthaler von mir das Amt als Justizminister übernimmt.

Das habe ich nur so in Erinnerung. Es war damals im Gespräch, und der Herr ... – Ja, ist egal. Aber das ist meine Erinnerung, weil ich damals zeitgleich auch angeboten habe, dem Herrn Bundeskanzler, dass ich aus der Regierung ausscheide mit meinem BZÖ-Austritt. Auch das wäre für mich die Konsequenz gewesen. Und der Herr Bundeskanzler hat mich damals gebeten, dass ich in der Regierung bleibe, bis die Legislaturperiode abläuft.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Die Zeit ist abgelaufen!

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Eine ganz kurze Schlussfrage, weil das gerade zum Themenkomplex passt – bitte das von der zweiten Runde abzuziehen –: Kennen Sie die Werbeagentur MediaSelect oder deren Geschäftsführer Michael Fischer? (Mag. **Gastinger:** Nein!)

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Frau Mag. Gastinger! Ich möchte mich ein bisschen erkundigen bezüglich Ihres Mitarbeiters, zu dem Sie ein sehr großes Vertrauensverhältnis hatten, Herr Pöchinger. In der Einvernahme haben Sie ausgesagt, er ist ab 2005 bei Ihnen gewesen und es hat sich dann ein Vertrauensverhältnis herausgebildet.

Woraufhin hat sich dieses Vertrauensverhältnis begründet? Haben Sie sehr intensiv mit ihm zusammengearbeitet?

Mag. Karin Gastinger: Ja, Christoph Pöchinger war mein Pressesprecher und war im Grunde genommen meine Stimme. Also es hat eine Weile gebraucht, gerade am Anfang, im Jahr 2005, weil wir ja auch – sage ich einmal so – von unseren Grundwerten sehr ähnlich sind, aber der Christoph sicherlich eine Spur konservativer ist, als ich es bin – sage ich einmal so; jetzt von seinen Grundwertehaltungen –, bis wir uns aneinander angeglichen haben.

In weiterer Folge war es aber für mich dann so, dass ich dem Christoph wirklich vertraut habe, und der Christoph für mich jetzt auch nach wie vor noch ein sehr loyaler – für mich sicherlich der loyalste – Mitarbeiter war, den ich jemals kennen gelernt habe, und er wirklich mein Sprachrohr und meine Stimme war. Also er war meine Stimme nach außen, und für mich war es wirklich ein Vertrauensverhältnis.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Dadurch ist auch erklärlich, was Sie schon vorher ausgeführt haben, dass Sie ihm da 100-prozentig vertraut haben – bezüglich all dieser Dinge, bezüglich Vorzugsstimmenwahlkampf.

Herr Pöchinger hat bei seiner Befragung gesagt, dass Sie die Idee für den Vorzugsstimmenwahlkampf gehabt hätten, aber dann ist er irgendwie draufgekommen, dass Sie vielleicht gemeinsam diese Idee geboren haben – aber diesen Themenkomplex haben wir schon behandelt.

Ich möchte jetzt fragen: Hatten Sie im BZÖ auch Vertrauensverhältnisse zu einzelnen Personen?

Mag. Karin Gastinger: Lassen Sie mich einmal nachdenken! Also wer für mich wirklich ein Herzensmensch ist – und das ist sie nach wie vor –, ist die Uschi Haubner. Also Uschi Haubner ist sicherlich für mich im BZÖ wirklich nach wie vor noch ein Herzensmensch, die ich als Mensch sehr schätze, die ich als Politikerin sehr geschätzt habe. Das ist mein Herzensmensch, ja.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Haubner ist sicher auch eine Mentorin von Ihnen gewesen (*Mag. Gastinger: Ja, natürlich!*) und hat Sie sozusagen in das politische Geschäft eingeführt.

Jetzt würde mich interessieren: Sie hatten die Funktion der stellvertretenden Obfrau des BZÖ während des Wahlkampfes. Da sind Sie bei Strategiesitzungen dabei gewesen, wie der Wahlkampf zu gestalten ist.

Mag. Karin Gastinger: Nein, ich war in den Wahlkampf außer in der Steiermark so gut wie gar nicht eingebunden. Sie müssen das auch wieder ... Ich meine, mein Kind ist jetzt keine Ausrede, bitte das jetzt nicht so zu verstehen; das ist sicherlich keine gewesen, weil es unabhängig davon, ob ich das Kind gehabt hätte oder nicht, nicht anders ausgeschaut hätte. Aber was sicherlich das Thema war: Ich habe damals wirklich einen Haufen andere Sachen zu tun gehabt. Und der Wahlkampf, das war auch ganz bewusst – auch vom BZÖ aus – so gestaltet, dass man mich da weitestgehend schonen wollte.

Das war auch mit dem „Mini“ Grosz damals so ausgemacht, weil man in der Partei sehr wohl auf meine persönliche, private Situation damals durchaus auch Rücksicht nehmen wollte. Und das habe ich damals auch voller Dankbarkeit angenommen.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Das heißt, in der Zeit – also Wahlkampf – waren Sie aufgrund der persönlichen Situation, der Geburt Ihres Kindes nicht involviert, aber in Parteiangelegenheiten waren Sie vorher schon involviert?

Mag. Karin Gastinger: Ja, aber auch nur am Rande. Im Rückblick betrachtet klingt das für mich auch alles ein bisschen schräg, muss ich ganz ehrlich zugeben, aber de facto war es damals wirklich so, dass ich natürlich in diesen Vorstandssitzungen dabei war, aber de facto habe ich mich immer als Fachministerin gesehen.

Für mich war primär das **Justizressort** ein Thema und die Themen, die im Bereich Justizministerium praktisch politisch abzuhandeln waren. Dort habe ich meine Aufgabe gesehen.

Gesamtpolitisch gibt es viel erfahrenere Menschen, die in dem BZÖ tätig sind, und da habe ich – aus meiner, so wie ich bin – auch wenig beitragen können. Und deswegen haben sie mich wahrscheinlich auch nicht beigezogen. Zusätzlich kommt dann noch dazu, dass – ja, wie gesagt; ja, wurscht – der Peter Westenthaler sicherlich wenig – ich sage einmal so – Augenmerk auf meine Meinung gelegt hat.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Ich traue mich da jetzt fast gar nicht nachzufragen, weil wir das eh schon alles wissen, und vor allem kenne ich Peter Westenthaler schon sehr lange, weil wir im gleichen Wahlkreis sind – oder einmal waren.

Ich möchte aber jetzt trotzdem nachfragen: Westenthaler war ja der Bündnisobmann. Das heißt, Sie waren – normalerweise sagt man: unter Anführungszeichen – so etwas wie „kaltgestellt“ oder aufgrund Ihrer persönlichen Situation abseits?

Mag. Karin Gastinger: Ja, ich war abseits, und ich war sicherlich auch ... Wenn Sie sich daran zurückerinnern: Ich habe mich ja ganz massiv dafür eingesetzt, dass zum Beispiel gleichgeschlechtliche Partnerschaften ein Thema sind. Das hat jetzt nicht unbedingt die Wahlkampflinie des BZÖ grundsätzlich unterstützt.

Ich habe im Grunde genommen auch oft Ideen gehabt, die nicht unbedingt goutiert wurden vom BZÖ. Deswegen hat man mich ein bisschen so ... – Na ja.

Mag. Christine Lapp (SPÖ): Ich muss da jetzt noch einmal nachfragen, was vorher die Kollegen nachgefragt haben, weil es mir auch ziemlich unglaubwürdig oder naiv – wie Sie es vorher gesagt haben – oder blauäugig erscheint, dass eben gesagt wird, es gibt da einen Vorzugsstimmenwahlkampf, und dass Sie sich nicht dafür interessiert haben, wie hoch der war. Ich denke mir, es wird sicherlich mit Ihnen abgestimmt worden sein, wie viele Inserate es gibt. Das heißt, in diesen Belangen hat Herr Pöchinger ...

Mag. Karin Gastinger: Nein, ich habe mich darum nicht gekümmert. Für mich ist es so: Das sind Sachen, die machen Mitarbeiter. Ich habe genug andere Sachen zu tun gehabt, und ich habe da wirklich vertraut. Christoph Pöchinger hat da wirklich für mich bestens gearbeitet.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Das heißt, Mag. Pöchinger hat auch die Fotos ausgesucht, die bei den Inseraten verwendet wurden, ohne mit Ihnen Rücksprache zu halten?

Mag. Karin Gastinger: Im Detail ja. Es hat Fotos gegeben, es hat einmal eine Foto-Session gegeben, und er weiß ja eh, ob ich darauf gut ausschaue oder nicht. Ich meine, das kann ja er eh ganz gut beurteilen.

Ich habe wirklich nur ein Sujet in Erinnerung, wo ich irgendetwas Beiges angehabt habe. Wie gesagt, das ist noch das, was ich in Erinnerung habe. Aber im Detail hat mich das ... – Also sagen wir einmal so: Ich habe das meinem Mitarbeiter übertragen und hatte keinerlei Zweifel daran, dass da irgendetwas in eine Richtung geht, die irgendetwas mit Illegalität oder irgendetwas zu tun hat.

Es ist ja per se – sage ich jetzt einmal; ich meine, Sie sind alle Abgeordnete – nichts Schlechtes, nichts Verwerfliches, einen Wahlkampf durchzuführen. Das war auch mein Zugang. Ich mache mir ja keine Spur eines Gedankens darüber, dass da irgendetwas dabei sein könnte, das verwerflich sei.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Woher das Geld kommt? Ich zahle das immer aus meiner Tasche.

Mag. Karin Gastinger: Ja, weiß ich nicht, mag sein. Aber wie gesagt, ich habe keine Erfahrung gehabt, wie die Wahlkämpfe ablaufen, weil ich vorher nichts mit der Politik zu tun hatte und auch danach nichts mehr mit der Politik zu tun hatte. Das war eine Zeit von zweieinhalb Jahren. In der Partei selber war ich ja überhaupt nur von 2005 bis 2006, also das war ein bisschen mehr wie ein Jahr.

Im Grunde genommen war das für mich so: Es ist ein Vorzugsstimmenwahlkampf jetzt einmal nichts Verwerfliches. Wenn mir mitgeteilt wird, das ist BZÖ-Wahlkampfbudget, das mir zur Verfügung gestellt wird – mit der Begründung, dass ich Wählerstimmen bringen kann, die das BZÖ sonst, ohne mich, nicht erreichen kann –, habe ich keinerlei Veranlassung gesehen, keine Sekunde auch noch irgendwie daran gezweifelt, dass da irgendetwas nicht in Ordnung sein soll.

Ich habe nicht nachgefragt, das stimmt. Ich habe aber auch keine Veranlassung gesehen, da auch nur irgendetwas zu fragen. Genauso war es.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Die Frau Haslinger, die wir heute schon befragen durften, hat zu Protokoll gegeben, dass sie den Eindruck hatte, dass es keinen Alleingang von Pöchinger gegeben hätte – bezüglich Inseratensujets et cetera –, sondern dass das alles abgestimmt war.

Jetzt noch einmal die Frage: Sie haben dem Herrn Pöchinger die alleinige Verantwortung überlassen?

Mag. Karin Gastinger: Ja, aber es hat sicher Gespräche gegeben mit Christoph Pöchinger. Aber ich weiß jetzt nicht, was die Frau Haslinger wahrgenommen hat, ich war bei den Gesprächen nicht dabei. Das wird die Frau Haslinger wahrscheinlich auch bestätigt haben, dass ich mit der Frau Haslinger kein einziges Wort darüber gesprochen habe. Ich weiß nicht, ob sie das bestätigt hat, aber ich habe da sicher nie mit ihr geredet.

Was der Christoph dort der Frau Haslinger für einen Eindruck vermittelt, kann ich nicht beurteilen, weil ich weit weg bin. Wissen Sie, aber dass es natürlich auch das eine oder andere Gespräch mit dem Christoph zu dem Thema gegeben hat, ist auch klar.

Was mir auch ganz wichtig ist, wenn ich das an dieser Stelle sagen darf: Es ist nicht so ... Mir ist es sehr wohl bewusst, dass die Gesamtverantwortung für diese Sache ich zu tragen habe. Ich möchte nicht haben, dass der Eindruck entsteht, dass das jetzt alles im Grunde genommen dann halt abgelegt worden ist auf den Christoph Pöchinger – die Gesamtverantwortung –, denn es ist mein Bild da und es ist meine Verantwortung.

Ich habe Ja gesagt, nicht der Christoph Pöchinger, weil der Christoph Pöchinger nicht derjenige war, der dazu hätte Ja sagen können. Das ist meine Verantwortung gewesen. Nur die operative Ausführung hat für mich der Christoph gemacht, und für mich hat der Christoph Pöchinger das wirklich in hervorragender Weise gemacht.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Frau Vorsitzende, wie viel Zeit habe ich noch?

Obfrau Dr. Gabriela Moser: 3 Minuten.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Ich habe nämlich noch andere Themenkomplexe, und zwar den Abgeordneten Wittauer. Sie sagen in Ihrem Protokoll, dass Sie – also er – von Ihrer politischen Einstellung auf einer Wellenlänge sind – so nach meinen Worten. (*Mag. Gastinger: Genau!*) Es wird bei anderen Einvernahmeprotokollen immer wieder zitiert, dass der Herr Ex-Abgeordnete Wittauer im BZÖ als **sehr wohlhabend** gegolten habe. Hatten Sie auch diesen Eindruck? (*Mag. Gastinger: Ja!*) – Worauf begründet sich das?

Mag. Karin Gastinger: Das kann ich Ihnen jetzt auch sagen: Klaus Wittauer hat immer wieder zu seinem Geburtstag eingeladen. Er hat in der Nähe von Innsbruck ein riesiges Anwesen – irgendwo da oben, Absam oder so – mit einem riesigen Kuhstall, mit freilaufenden Kühen. Da ist es wirklich wunderschön, es ist echt unglaublich.

Ich weiß nicht, wem das gehört, ob es seiner Gattin gehört, oder ob es ihm gehört. Also ich meine, der Eindruck war auf alle Fälle schon der, dass der Klaus Wittauer sicherlich wohlhabend ist. Ob er es jetzt persönlich ist, oder ob das seine Familie ist oder seine Frau ...

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Weil das Anwesen dort so groß war, und so viele Kühe ...

Mag. Karin Gastinger: Das Anwesen war groß. Ich meine, es klingt jetzt ein bisschen komisch – mit den vielen Kühen. Aber das sind diese Erinnerungen, diese Bilder, die ich jetzt noch habe. Klaus Wittauer nehme ich als wohlhabend wahr.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Eine Frage habe ich dann noch zum Schluss, und zwar – das sagen Sie auch in Ihrer Einvernahme, ich zitiere das –:

Da es für mich vom BZÖ bezahlt wurde und meiner Erinnerung laut Pöchinger noch zirka 5 000 € gekostet hat, beschloss ich, meine Parteiabgabe auch nach meinem Austritt bis Jänner 2007 zu bezahlen und so diese Kosten dafür zu übernehmen. – Zitatende.

Frage: Haben Sie dadurch die 5 000 € insgesamt bezahlen können?

Mag. Karin Gastinger: Ja, ja sicher, denn es war im Grunde genommen ... Nein, das sind ja ... Genau, weil das ist ja das! Diese Inserate habe ich jetzt nicht wirklich in Erinnerung. Ich kann mich an ein Inserat erinnern, das in „NEWS“ geschaltet worden ist. Also es hat irgendein Inserat einmal in „NEWS“ gegeben, wo wir relativ günstige Konditionen bekommen haben, wie mir der Christoph gesagt hat.

Mir war aber bewusst: Wenn das jetzt BZÖ-Geld ist, und ich jetzt ein unabhängiges Inserat schalte – meine Wahrnehmung war ja die, dass das jetzt noch von der Agentur Haslinger bezahlt worden sei – ... Da habe ich mir gedacht, das geht nicht, weil ich dem BZÖ nichts schuldig bleiben will. Für mich war das alles BZÖ.

Deswegen habe ich dann auch für mich selber beschlossen, ohne groß darüber zu reden, dass ich meine Parteiabgabe bis zu meinem Austritt weiterzahle. Das waren dann ja – ich weiß es gar nicht – doch noch drei oder vier Monate. Da sind weit mehr als diese 5 000 € dann nicht zurückgekommen.

Mit dem Hintergrund – und so naiv bin ich, oder so blauäugig war ich –, nämlich im Grunde genommen dass mir vom BZÖ da ja niemand nur irgendwo einen Vorwurf machen kann, dass das BZÖ-Wahlkampfgeld für irgendeine unabhängige Anzeige geschaltet worden wäre – das war mein Thema dazu.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Das heißt, es war noch eine Rechnung für ein „NEWS“-Inserat offen (*Mag. Gastinger: Ja ...!*), wenn ich Sie richtig verstehe, in der Höhe von wie viel?

Mag. Karin Gastinger: Das weiß ich nicht. Wie hoch das genau war, weiß ich nicht. Ich weiß es nicht. Ich weiß nur, an diese Inserate kann ich mich gar nicht mehr erinnern, aber da hat es irgendein „NEWS“-Inserat gegeben. Das werden Sie sicherlich aus dem „NEWS“ auch noch recherchieren können. Da hat es irgendein Inserat gegeben, danach dann noch, wo auch irgendetwas mit „unabhängig“ drinnen war, aber nicht dieses Bild, sondern ein anderes Bild.

Das habe ich mir gedacht: Ich will nicht, dass aus dem BZÖ-Wahlkampfgeld – meine Wahrnehmung – irgendetwas gezahlt wird, was nur mich betrifft.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Frau Mag. Gastinger! Sie haben ja am 25. September 2006 erklärt, dass Sie nicht mehr fürs BZÖ kandidieren. Am 27. September sind diese – Ihnen bekannten, wie ich annehme – Inserate in „Standard“ und „Presse“ erschienen, die von der Agentur MediaSelect geschaltet worden sind; darauf ist ja schon hingewiesen worden.

Jetzt versuche ich mit Ihnen gemeinsam darauf zu kommen (*Mag. Gastinger: Vielleicht gelingt es ...!*) – wir versuchen es halt einmal –, wie schnell so etwas gehen kann. Am 25. in der Früh waren Sie noch BZÖ-Kandidatin, mit einem Vorzugsstimmenwahlkampf; am 27. erscheint bereits von unabhängigen Juristinnen und Juristen ein – mit größter Wahrscheinlichkeit von der ÖVP finanziertes – Inserat. (*Mag. Gastinger: Weiß ich nicht!*) – Wie erklären Sie sich diese unglaubliche Geschwindigkeit?

Mag. Karin Gastinger: Wenn ich eine Antwort hätte, würde ich es Ihnen gerne geben, Herr Abgeordneter. Ich habe leider keine.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Jetzt war ja ihr Wahlkampf offiziell vorbei. (Mag. **Gastinger: Ja!**) Haben Sie diese Inserate überrascht?

Mag. Karin Gastinger: Ich habe dazu keine Erinnerung mehr. Ich kann es nur aus meiner Wahrnehmung sagen. Für mich war das damals eine sehr, sehr, sehr belastende Zeit. Es war für mich keine leichte Entscheidung, für mich als Mensch keine leichte Entscheidung, aus dem BZÖ auszutreten, weil es für mich eine Frage der Loyalität ist. Das BZÖ hat mir ermöglicht, dass ich dieses Amt ausüben durfte, und ich musste dann, um mir selber treu zu bleiben, auch aus der Partei aussteigen. Sie können sich nicht vorstellen, was in diesen Tagen alles los war. Teilweise muss ich auch sagen, das war wirklich echt furchtbar. Es war furchtbar. Ich habe aber auch in diesem Zusammenhang ... Ich kann mich weder an dieses Bild da ... Ich kann mich wirklich nicht mehr daran erinnern.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Frau Mag. Gastinger, erstens möchte ich mir gar nicht vorstellen (Mag. **Gastinger: Na bitte!**), wie es im BZÖ aussieht. (Mag. **Gastinger, lachend: Ja!**) Das würde meine Kräfte übersteigen. (Abg. **Petzner: Haha!**)

Das Zweite ist ein anderer Punkt, nämlich: Wenn es – und ich glaube Ihnen das aufs Wort – eine Zeit außerordentlicher Belastung war (Mag. **Gastinger: Ja!**), dann muss Sie ja der Schlag getroffen haben, wenn Sie in der Früh zwei Zeitungen aufgeschlagen haben – Sie haben zwei Tage vorher den Wahlkampf beendet – und Sie stellten fest: Jessas na, mein Wahlkampf geht weiter! Das muss ja ein schreckliches Erlebnis gewesen sein!

Mag. Karin Gastinger: Nein, schauen Sie, deswegen nicht ... Sagen wir es einmal so: Deswegen nicht, ... Ich kann mich an diese Dinge nicht mehr erinnern. Das ist einmal das Erste. Daran habe ich wirklich keine Erinnerung mehr.

Weil Sie gerade auch nach dem „NEWS“-Inserat gefragt haben: De facto war mir schon bewusst, dass es da auch noch das eine oder andere Inserat geben kann, wo ich davon ausgegangen bin, dass dieses Geld noch aus dem, was die Frau Haslinger da verwaltet hat oder was die Frau Haslinger gemacht hat, kommt. Deswegen hat mich das – das „NEWS“-Inserat habe ich noch in Erinnerung – nicht so verwundert, denn das, was schon auch war, ist im Grunde genommen das, dass dann offensichtlich versucht wurde, mich als unabhängige Kandidatin zu positionieren, was auch immer.

Nach meiner Erinnerung war – weil der Herr Abgeordnete Rosenkranz mich das früher gefragt hat – das für mich so, dass diese Inserate bestellt waren. Ob das jetzt tatsächlich den Fakten entspricht, das weiß ich nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Da hat es ja nachweislich (Mag. **Gastinger: Weiß ich nicht!**) – das haben wir auch schon besprochen – ein BZÖ-Inserat gegeben, wo Sie (Mag. **Gastinger: Das weiß ich nicht!**) dann gemeinsam mit dem Herrn Pöchinger festgestellt haben: Ja eigentlich bin ich da nimmer dabei, also informieren wir den Herrn Rumpold! Die sollen mit dem bereits ... (Mag. **Gastinger: Das weiß ich nicht!**) Pöchinger hat uns das lang und breit erklärt. (Mag. **Gastinger: Ja, wird sein!**) Rumpold mit oder ohne Ihr Wissen – das halte ich nicht für so wichtig – hat informiert: Wir haben das schon geschaltet, bitte schön, BZÖ, macht damit, was ihr wollt! Also eine ganz klare Vorgangsweise.

Also müsste man annehmen, dass das für alle Inserate gilt. Aber plötzlich tauchen zwei Inserate auf, wo der Vorzugsstimmenwahlkampf der Frau Bundesministerin Gastinger weitergeht. Und dann schauen wir nach und kommen drauf, die sind mit Sicherheit nicht vom BZÖ beauftragt und bezahlt worden, sondern das deutet alles auf eine ganz andere Verbindung hin: ÖVP/Telekom – Michael Fischer.

Mag. Karin Gastinger: Das weiß ich nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Halten Sie es wirklich für möglich, dass die geheimnisvolle Österreichische Volkspartei hinter ihrem Rücken einen Vorzugsstimmewahlkampf Gastinger geführt hat?

Mag. Karin Gastinger: Das weiß ich nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Halten Sie das für möglich?

Mag. Karin Gastinger: Herr Abgeordneter, ich weiß es nicht. Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Welches Interesse soll die ÖVP an meiner Person haben? Ich meine, das weiß ich nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Na ja, da würde mir schon der Karl-Heinz Grasser einfallen und die Geschichte, wie der unabhängige Karl-Heinz Grasser einen Wahlkampf zuvor der ÖVP durchaus etwas gebracht hat – nicht der Republik, sondern der ÖVP. Da muss man immer klare Unterscheidungen treffen, auch im Jahr 2006.

Für mich ist es wirklich ein ganz entscheidender Punkt – vielleicht können Sie wirklich nichts zur Aufklärung beitragen –, ob es wirklich möglich ist (*Mag. Gastinger: Ich weiß es nicht!*), dass die Österreichische Volkspartei hinter dem Rücken einer Justizministerin, die sich aus der Politik gerade zurückgezogen hat, noch einen Vorzugsstimmewahlkampf eben dieser Justizministerin führt.

Mag. Karin Gastinger: Herr Abgeordneter, von dem, was da jetzt die eine Agentur betrifft, weiß ich nichts. Sie müssen mich bitte auch verstehen: Ich kann Ihnen nur das sagen, wie meine Wahrnehmung ist.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, natürlich! Sie sollen ja auch nichts anderes sagen.

Mag. Karin Gastinger: Etwas anderes kann ich Ihnen nicht sagen. Da habe ich keine Wahrnehmung. Und nach meiner Wahrnehmung war das so, wie ich es dem Herrn Abgeordneten Rosenkranz schon gesagt habe, dass da einige Sachen schon bestellt waren und dass man das halt dann in Richtung unabhängig machte, weil das schon gezahlt war. Was soll ich Ihnen noch mehr sagen?

Das, was ich dann gemacht habe, war das, Herr Abgeordneter, ... Ich sage jetzt im Rückblick betrachtet auch: Ja, wunderbar für das BZÖ, wunderbar, aber ich habe meine Beiträge weitergezahlt, weil ich nicht wollte, dass dem BZÖ durch diese Geschichten irgendein Geld entgeht. Das wollte ich nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Da sind wir eh schon beim Schlüsselbegriff **Wahrnehmung**. (*Mag. Gastinger: Ja, es geht um meine Wahrnehmung!*) Es geht nicht nur um Ihre Wahrnehmung, sondern auch um eine mögliche Wahrnehmung seitens der Österreichischen Volkspartei.

Wissen Sie, Frau Mag. Gastinger, eine mögliche Erklärung für diese seltsame Geschichte mit den beiden Inseraten, wo etwas ganz anderes passiert ist als bei dem Gastinger-Inserat, das dann ein Westenthaler-Inserat geworden ist (*Mag. Gastinger: Das weiß ich nicht!*), könnte so lauten: Die Wahrnehmung der ÖVP war im Gegensatz zu Ihrer persönlichen Wahrnehmung, dass Karin Gastinger in Fortführung des Vorzugsstimmewahlkampfes bereit ist, als unabhängige Justizministerin im nächsten Kabinett Schüssel zu landen und ihren Beitrag zum ÖVP-Wahlkampf unabhängig beizusteuern. Das könnte die Wahrnehmung der ÖVP gewesen sein. Das wäre für mich ein mögliches Motiv der ÖVP, diese Inserate zu bezahlen.

Aber wenn Sie aus Ihrer Wahrnehmung nichts zur Klärung beitragen können ...

Mag. Karin Gastinger: Nein, aus dieser Wahrnehmung sicher nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Gut. – Dann habe ich nur noch eine letzte kurze Frage.

Da werden immer die Herren Schön und Schadler aus Ihrem Kabinett genannt. (*Mag. Gastinger: Ja!*) Welcher von den beiden war in Ihren Wahlkampf involviert?

Mag. Karin Gastinger: Also aus meiner Wahrnehmung keiner.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Aus Ihrer Wahrnehmung keiner von beiden?

Mag. Karin Gastinger: Nein, denn im Grunde genommen war das für mich so, dass der Kabinettschef Michi Schön ... Der Kabinettschef ist beauftragt, das Kabinett der Justizministerin zu leiten, und der Wahlkampf hat aber nichts mit dem Kabinett der Justizministerin zu tun. Der Norman Schadler ist Strafreferent in meinem Kabinett gewesen, also war für die Straflektistik zuständig. Er hat sicherlich den Klaus Wittauer aus Tirol gekannt, also das ist sicherlich etwas, es sind beide Tiroler. Aber in meinen Wahlkampf selber eingebunden war der Norman Schadler ganz sicher nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Und der Herr Schön auch nicht, haben Sie gesagt.

Mag. Karin Gastinger: Für mich gar nichts. Die haben damit nichts zu tun gehabt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Bleiben wir noch ganz kurz bei diesem Punkt.

Sie haben, sofern ich Sie richtig verstanden habe, gesagt, ein Wahlkampf hat nichts im Kabinett einer Justizministerin verloren.

Mag. Karin Gastinger: Ja, der Pressesprecher hat das aber organisiert. Da gebe ich Ihnen recht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, ja und der Pressesprecher war ein Mitglied des Kabinetts.

Mag. Karin Gastinger: Passt schon, ja.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nein, passt gar nicht.

Mag. Karin Gastinger: Nein. Ich weiß, worauf Sie hinaus wollen. Das passt, ja.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, ja, wir bewegen uns eh gemeinsam daraufhin zu. (*Mag. Gastinger: Ja!*)

Wer hat denn den Pressesprecher bezahlt?

Mag. Karin Gastinger: Der Pressesprecher wurde bezahlt vom Justizministerium.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Aha! Und hat er in seiner Arbeitszeit dann für Sie Wahlkampf organisiert?

Mag. Karin Gastinger: Weiß ich jetzt nicht, wann er das gemacht hat, aber wahrscheinlich, ja.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sie als Justizministerin haben nichts dabei gefunden, dass die Republik Österreich über das Justizministerium Ihren Wahlkampfleiter finanziert?

Mag. Karin Gastinger: Das war etwas, wo ich mir damals ... Heute finde ich sehr wohl was dabei. Das ist sicherlich nicht okay, da gebe ich Ihnen recht. Damals habe ich mir dazu nichts gedacht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich habe den Eindruck, dass damals bestimmte Sitten geherrscht haben, nicht nur in dieser einen Partei, von denen ein relativ großer Personenkreis betroffen war. Lassen wir es ruhig dabei!

Faktum ist: Wir haben das bei Protokoll: Kabinettsmitarbeiter hat Wahlkampf auf Kosten des Bundesministeriums für Justiz mit Wissen der Justizministerin geführt.

Mag. Karin Gastinger: Ob er das jetzt tatsächlich in der Arbeitszeit als Kabinettsmitglied gemacht hat oder nicht, das weiß ich nicht. De facto gebe ich Ihnen recht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Okay. Ich habe keine weiteren Fragen. – Danke.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Frau Mag. Gastinger, Sie haben gesagt, Sie haben sich seinerzeit das noch einmal überlegt und doch kandidiert, weil Sie unter anderen auch der Kollege Grosz überredet haben, und dann haben Sie halt in der Steiermark kandidiert.

Inwieweit waren Sie dann in diesen steirischen Wahlkampf eingebunden? Waren Sie da in einem Wahlkampfteam drinnen, oder sind da Gespräche geführt worden? Inwieweit waren Sie in diesen Wahlkampf involviert?

Mag. Karin Gastinger: Im steirischen Wahlkampf war es so, dass mit dem Gerald Grosz vereinbart war, dass, bedingt auch durch die Situation, in der ich mich damals befunden habe, mein zeitlicher Aufwand dort so gering wie möglich gehalten wird. Ich kann mich an einige Besprechungen erinnern, wo es darum gegangen ist, zu welchen Terminen ich wann wo hinzugehen habe. Ich wurde dort mehr oder weniger eingeteilt.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Das heißt, der Verantwortliche für den Wahlkampf in der Steiermark war aus Ihrer Wahrnehmung heraus der Gerald Grosz?

Mag. Karin Gastinger: Ich habe hauptsächlich mit dem Gerald Grosz da geredet. Also wenn – lassen Sie mich mal nachdenken! Ja. Ich kann mich erinnern, es hat einmal einen gemeinsamen Fototermin gegeben irgendwo in Graz, wo es ein Foto gibt, wo der Peter Westenthaler, Gerald Grosz und ich gemeinsam drauf sind, für irgendeine Wahlkampfbroschüre oder so etwas, aber für mich war Hauptansprechperson in diesem Zusammenhang der Gerald Grosz.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Sagt Ihnen in diesem Zusammenhang der Name Eccher etwas?

Mag. Karin Gastinger: Eccher? (Abg. **Tamandl:** Ja!) Klar kenn ich den Eccher, ja. Aber in diesem Zusammenhang nicht! (Abg. **Tamandl:** Den Arno Eccher?) Klar kenn ich den Arno Eccher.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Und was hat der zu tun gehabt mit dem Wahlkampf in der Steiermark?

Mag. Karin Gastinger: Das weiß ich nicht.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Das heißt, Sie kennen ihn nur aus dem BZÖ?

Mag. Karin Gastinger: Ich kenne ihn aus dem BZÖ. Ich weiß auch, dass der Arno Eccher auch für das BZÖ jetzt – was er denn damals? Das weiß ich gar nicht mehr, denn der Arno Eccher hat auch mehrere Funktionen gehabt. War er Geschäftsführer? Ich weiß es gar nicht mehr.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Er war Geschäftsführer in der Orange.

Mag. Karin Gastinger: Ja, ich glaube Geschäftsführer oder so etwas. Und in der Geschichte kennst ihn natürlich auch. Also habe ich den Arno Eccher natürlich gekannt.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Sind Sie in diesem Zusammenhang jemals mit der Werbeagentur Schmied in Berührung gekommen?

Mag. Karin Gastinger: *Nein!* Keine Ahnung.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Überhaupt nicht? (*Mag. Gastinger: Nein!*)

Der Herr Kollege Pilz hat Sie gerade gefragt zu der Aussage, dass Ihr Kabinettschef Schön nichts gewusst hat. Das heißt, Sie schließen aus, dass der – weil das ja auch in der „Presse“ vom 25. Jänner 2012 zu lesen ist, da sind Sie zitiert. Da steht: Was soll er mitkriegen, wenn ich es selbst nicht mitkriege? (*Mag. Gastinger: Genau!*) Das heißt,...

Mag. Karin Gastinger: Es ist die Frage, was er mitkriegt.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Na ja, dass die Telekom Ihren Vorzugstimmwahlkampf finanziert hat. (*Mag. Gastinger: Genau!*) – Aber hier steht zum Beispiel nicht – da sind Sie nicht zitiert –, dass er zum Beispiel überhaupt nicht in Ihren Wahlkampf eingebunden war, sondern nur, dass er eben nicht mitgekriegt hat, woher das Geld gestammt hat.

Mag. Karin Gastinger: Schauen Sie einmal, er war nicht eingebunden in den Wahlkampf, und wenn man in einem Kabinett arbeitet, kriegt man natürlich mit, dass ein Vorzugstimmwahlkampf stattfindet. Das muss man unterscheiden.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Und das hat er schon mitgekriegt?

Mag. Karin Gastinger: Das nehme ich einmal an, ja. Das war ja kein Geheimnis.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Aber Sie schließen aus, dass er irgendwas wusste darüber, woher das Geld kommt (*Mag. Gastinger: Woher auch?!*), mit wem sich der Herr Pöchinger getroffen hat, um Geld aufzustellen? Da schließen Sie vollkommen aus, dass der Kabinettschef da irgendetwas damit zu tun hatte?

Mag. Karin Gastinger: Ich kann nicht für ihn sprechen. Aus meiner Wahrnehmung schließe ich es aus.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Man soll ja auch Lehren seitens des Parlaments ziehen aus dem Untersuchungsausschuss. Sie haben selbst gesagt, diese Befassung eines Kabinettsmitglieds mit einem Wahlkampf, dass Sie das aus heutiger Sicht nicht mehr tun würden. (*Mag. Gastinger: Nicht mehr tun würde!*)

Da ist eine Frage einmal die: Hat es überhaupt für den Herrn Pöchinger beziehungsweise für die anderen Kabinettsmitglieder überhaupt fixe Dienstzeiten gegeben? (*Mag. Gastinger: Nein!*) – Ich weiß nicht, wann immer diese Besprechungen waren, was den Wahlkampf betrifft, das muss ja nicht in der Dienstzeit gewesen sein. Das heißt, das ist hier ein Graubereich. (*Mag. Gastinger: Genau!*)

Ich glaube, es wäre durchaus interessant, auch für die Abgeordneten, dass man in Zukunft ein Regulativ schafft, was Kabinettsmitglieder tun dürfen können – ob das auf der gesetzlichen Ebene ist, ob sich die Parteien verständigen oder sonst etwas, wie das geht, denn es ist doch Sache des Ministers. Aber das ist ein Themenfeld, das jetzt einmal aufgetan wurde, was nicht unbedingt mit Vergangenheitsbewältigung zu tun hat, sondern was ein bisschen mit einem Kodex auch vielleicht für die Zukunft etwas Wichtiges wäre.

Ich habe jetzt eine Anmerkung an die Frau Vorsitzende, weil es eigentlich um eine Sache zur Geschäftsordnung geht. Die Frau Ex-Ministerin Gastinger hat es an sich

gesagt. Es duldet meiner Meinung nach keinen Aufschub. Und zwar hat Herr Dr. Engeljehring an die Fraktionen ausgeschickt im Anhang an die Aussage von der Frau Mag. Kröll-Maier gestern, die uns mit ihrer Anwältin gesagt hat, es hätte ja eine Entschuldigung der Schuldirektion gegeben, und die sei auch übermittelt worden, aber nicht angekommen, oder Ähnliches.

Die Parlamentsdirektion hat den E-Mail-Verkehr, den es gegeben hat, durchforstet. Es war keine Bestätigung der Schuldirektion dabei. Ich würde daher dringend ersuchen, um auch irgendwelche Mystifizierungen seitens Auskunftspersonen zu vermeiden, dass die Parlamentsdirektion unverzüglich mit dieser Schuldirektion, mit dem Direktor dort Kontakt aufnimmt und nachfragt, ob es diese Bestätigung gibt, wann er diese ausgestellt hat, und ihn ersucht, dass er die, wenn er sie in Abschrift hat, dann unverzüglich auch dem Hohen Haus zur Verfügung stellt.

Es drängt sich nämlich bei mir der Verdacht auf, dass es in Wirklichkeit das alles nicht gegeben hat. Ich sehe nicht ein, dass sich der Ausschuss hier an der Nase herumführen lassen soll.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Gut, danke. Das habe ich gestern auch schon mit Dr. Engeljehring besprochen. (*Abg. Dr. Rosenkranz: Und?*) Ich habe es auch der Auskunftsperson, Frau Mag. Kröll-Maier, mitgeteilt, dass sie dafür sorgen muss, dass die Bestätigung der Schule das Parlament erreicht, und sie hat es mir zugesagt, gemeinsam mit ihrer Vertrauensperson darauf zu drängen. Wir werden dem noch einmal nachgehen, ganz in Ihrem Sinn.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Ich würde schon direkt jetzt an den Schuldirektor schreiben, dass der sagt, wann er das ausgestellt hat, denn ich möchte vermeiden, dass wir uns da mit irgendwelchen nach-, vor- und umdatierten Schriftstücken oder sonst etwas herumschlagen müssen.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Gerne! Machen wir gerne doppelt.

Gibt es Ihrerseits eine Frage an Frau Mag. Gastinger? – Nein. Danke schön.

Mag. Karin Gastinger: Darf ich hier auf das reagieren, was der Herr Abgeordnete gesagt hat?

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ja, bitte.

Mag. Karin Gastinger: Es ist nicht nur das ein Thema, was Kabinettsmitarbeiter dürfen. Da bin ich voll und ganz bei Ihnen. Was ein weiteres Thema wäre, ist nämlich auch das, was ich aus eigener Wahrnehmung jetzt da als Justizministerin habe, aber auch in den anderen Kabinetten: Es gehört ganz klar geregelt, welche Rolle Kabinettsmitglieder als Sprachrohr der Ministerin haben, vor allem auch in Richtung eigenes Haus mit Weisungen. Das ist wirklich ein Thema ...

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Das hatten wir auch schon an einem der Untersuchungstage, was die Meldung eines Kabinettschef zu einem Beamten bedeutet.

Mag. Karin Gastinger: Genau! Und das ist wirklich in der Praxis – das sage ich Ihnen ganz ehrlich –, das wäre wirklich ein Thema, wo man in der Zukunft arbeiten müsste, dass man eben klar die Rolle der Kabinettsmitglieder definiert. Das kann ich aus eigener Wahrnehmung sagen, weil im Haus selber wird das natürlich als Weisung wahrgenommen, und auf der anderen Seite ist es aber so, dass der zuständige Ressortleiter oder die Ressortleiterin das nicht so sieht. Also da kann ich Ihnen nur beipflichten.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich komme noch einmal zurück auf die zwei Inserate (*Mag. Gastinger: Gerne!*), die wir da im Ausschuss schon vor Tagen erstmals thematisiert haben und wo alle sagen, sie kennen sie nicht – auch Sie nicht –, also niemand kennt sie, aber sie sind erschienen.

Ich frage Sie da noch einmal: Kennen Sie den Inhalt des Briefing-Gesprächs, das zwischen Pöchinger und der Haslinger stattgefunden hat, datiert mit 19.7.2006, kennen Sie den Inhalt dieses Briefing-Gesprächs?

Mag. Karin Gastinger: Ganz sicher nicht. Am 19.7.2006 ist mein Sohn geboren worden. (*Abg. Petzner: Wirklich?*) Ja, am 19.7.2006 ist mein Maxi auf die Welt gekommen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich hoffe, dass das jetzt kein schlechtes Omen ist.

Mag. Karin Gastinger: Nein, für meinen Maxi ist das sicher kein schlechtes Omen. Das ist mein Glückskind.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Für den sicher nicht.

Mag. Karin Gastinger: Für mein Leben ganz sicher nicht, ist mein Glückskind.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich habe ihn ja auch schon einmal sehen dürfen, er ist ganz ein Süßer, und der wächst auch und gedeiht, das ist wunderbar. Aber das steht drinnen in diesem Briefing-Gespräch, wo wir jetzt wissen, das hat am Geburtstag Ihres Sohnes stattgefunden, womit auch klar ist, dass Sie da nicht dabei sein konnten, weil Sie da sozusagen anderweitig beschäftigt waren.

Mag. Karin Gastinger: Ich habe bis zum letzten Tag gearbeitet. Ich war bei diesem Briefing-Gespräch nicht dabei. Ich bin praktisch aus dem Büro in den Kreißsaal gegangen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Da steht drinnen – und das ist entscheidend –, BZÖ soll nicht vorkommen. Die Haslinger sagt selber in ihrer Stellungnahme, die Gastinger als liberal und parteiunabhängig zu positionieren, ohne jeden Bezug auf die Partei BZÖ. Parteiunabhängig! – Zwei Dokumente.

Sie haben selber gesagt, der Vorzugsstimmenwahlkampf war streng getrennt von Ihrer BZÖ-Spitzenkandidatur in der Steiermark.

Ich frage Sie daher noch einmal: Wie konnten Sie davon ausgehen, wenn das alles parteiunabhängig war, dass das dann BZÖ-Gelder sind, mit dem das bezahlt wurde? Das passt ja nicht zusammen.

Mag. Karin Gastinger: Ich kenne erstens den Inhalt dieses Papiers, das Sie in der Hand haben, nicht. Aus meiner Wahrnehmung war es immer BZÖ-Wahlkampfgeld, das für mich zur Verfügung gestellt wurde. Was anderes habe ich nicht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich habe da einen ganz anderen Verdacht, darauf komme ich jetzt.

Sie haben vorhin ausgesagt, dass Ihnen der Herr Pöchinger gesagt habe betreffend diese beiden Inserate (*Schriftstücke in die Höhe haltend*) vom 27. September, die auch gegenständlich sind, wo keiner weiß, wer die geschaltet hat, da haben Sie ausgesagt: Pöchinger sagte, wir buchen um, wir buchen um, diese zwei könne man nicht mehr umbuchen, daher müsse man es jetzt auf unabhängig machen, weil Sie aus der Partei ausgetreten sind.

Mag. Karin Gastinger: Das ist meine Erinnerung, ja.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Bleiben Sie bei dieser Aussage?

Mag. Karin Gastinger: Ja. Es ist meine Erinnerung. Ja, natürlich, das ist meine Erinnerung.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Dann liegt durch Ihre Aussage hier wieder eine Falschaussage des Herrn Pöchinger vor, weil der Pöchinger ausgesagt hat (*Mag. Gastinger: Nein, ich weiß ...!*), er kenne diese Inserate gar nicht und weiß überhaupt nicht, wie die entstanden sind.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wenn Sie jetzt sagen, der Herr Pöchinger kommt zu Ihnen und hat Ihnen erklärt, genau diese Inserate (*Mag. Gastinger: Nein!*) können wir nicht mehr umbuchen (*Mag. Gastinger: Nein!*), die müssen jetzt auf parteiunabhängig gemacht werden – was Sie mir gerade bestätigt haben, weil Sie am 25. ausgetreten sind –, dann muss, erstens, der Herr Pöchinger sehr wohl etwas gewusst haben über diese Inserate und dann müssen ja auch **Sie** irgendetwas gewusst haben über diese Inserate. (*Mag. Gastinger: Herr Abgeordneter, darf ich da ...?*) Zumindest haben Sie gewusst, dass sie seitens des Pöchinger auf unabhängig gemacht wurden. Das haben Sie jetzt zweimal ausgesagt.

Mag. Karin Gastinger: Ja. Herr Abgeordneter, darf ich das jetzt noch einmal klarstellen: Ich habe eine klare Erinnerung an das Inserat im „NEWS“. Das ist meine klare Erinnerung an **diese** zwei Inserate ... – Wir haben jetzt auch nicht über ganz konkrete Inserate geredet. Ich weiß ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Herr Rosenkranz hat Sie konkret auf diese zwei Inserate angesprochen.

Mag. Karin Gastinger: Ja, das passt ja!

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Und Sie haben auf diese zwei Inserate geantwortet (*Mag. Gastinger: Ich weiß ja nicht ...!*), der Pöchinger hat betreffend diese zwei Inserate gesagt, wir müssen sie ändern.

Mag. Karin Gastinger: Das ist meine Erinnerung, ja. Ich weiß aber nicht, wo die sind. Ich habe ja nicht geschaut, wo, in welcher Zeitung jetzt welche Inserate erscheinen. Ob der Christoph ... – Schauen Sie einmal: Im Detail ... – Jetzt noch einmal: Ich weiß nicht, wer als Ressortminister, oder was auch immer, im Detail schaut, welche Inserate in welcher Zeitung jetzt geschalten werden. Das ist nicht meine Aufgabe, und das stelle ich damit noch einmal klar. Nach meinem Selbstverständnis ist das nicht meine Aufgabe. Und das habe ich auch nie als meine Aufgabe gesehen und würde es auch heute nicht als meine Aufgabe sehen.

Das, was mir in Erinnerung ist, ist, dass mir mitgeteilt wurde, dass es noch offene Inserate gibt, wobei ich ganz konkret ein Inserat im „NEWS“ jetzt noch in Erinnerung habe. An die zwei kann ich mich jetzt wirklich nicht erinnern; ob die jetzt dabei waren, ja oder nein, das weiß ich nicht. Aber das war auch einer der Gründe, wie die Frau Abgeordnete mir schon gesagt hat, weswegen ich – jetzt hätte ich bald gesagt: ...; nein, das sage ich nicht – in weiterer Folge dann dem BZÖ, obwohl ich ausgetreten war aus dem BZÖ, auch noch weiter das Geld bezahlt habe, also meine Abgabe gezahlt habe: weil das für mich BZÖ-Geld gewesen ist, nach meiner Wahrnehmung.

Und mehr kann ich dazu nicht sagen. Ich kann Ihnen nur das sagen, was damals meine Welt und meine Wahrnehmung war.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Sie sagen auch, Ihrer Erinnerung nach, wie Sie betonen, hat Ihnen Pöchinger betreffend diese zwei Inserate gesagt – ich rede nur von diesen zwei (*Mag. Gastinger: Ja, ich weiß es nicht!*) –, die können wir nicht mehr stornieren, die müssen wir ... (*Mag. Gastinger: Ich weiß es nicht!*) Sie haben gesagt,

Ihrer Erinnerung nach hat Ihnen Pöchinger mitgeteilt, wir müssen die jetzt auf unabhängig gestalten.

Warum haben Sie dann den Herrn Pöchinger, Ihrer Erinnerung nach, nicht gefragt: Christoph, warum können wir die nicht stornieren? Ich bin eh zurückgetreten! – Warum haben Sie ihm das nicht gesagt?

Mag. Karin Gastinger: Das frage ich mich heute auch. Ich habe es nicht gesagt.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Soll ich Ihnen sagen, was ich glaube – und damit komme ich zum Schluss –: Dass dieser Wahlkampf und die 100 000 € Telekom-Gelder überhaupt nichts mit dem BZÖ zu tun haben, sondern dass der Herr Wittauer Ihren Wahlkampf immer als parteiunabhängig geplant hat, immer, von Anfang an – wie sämtliche Briefing-Unterlagen zeigen: BZÖ darf nicht vorkommen!; Sie sagen selber: BZÖ war nicht involviert in den Wahlkampf, war streng abgetrennt, Ihr eigener persönlicher Wahlkampf –, dass von Anfang an geplant war – Wittauer, der auch Kontakte zur Österreichischen Volkspartei hat! –, Sie als parteiunabhängig in einem Vorzugsstimmenwahlkampf zu verkaufen, mit Geldern der Telekom, und wenige Tage vor der Wahl einen fliegenden Wechsel zur Österreichischen Volkspartei zu vollziehen. Das glaube ich.

Können Sie sich vorstellen, dass das so stattgefunden haben kann?

Mag. Karin Gastinger: Nein. Ich weiß es nicht, was soll ich sagen?! Ich meine, ich habe es auch dem Dr. Pilz schon gesagt, ich kann Ihnen nur sagen, was in meiner Wahrnehmung war. Und in meiner Wahrnehmung habe ich ...

Ich habe dazu – ich betone es gerne noch einmal – keine Veranlassung gesehen, da irgendwie nur zu zweifeln daran, dass da irgendwas nicht rechtmäßig sei. Mit der ÖVP habe ich ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Fest steht: Die ÖVP-Agentur MediaSelect hat diese Inserate geschaltet. Ich ersuche die Medien, bei der MediaSelect Rücksprache zu halten. Sie werden die Antwort bekommen: Ja, stimmt, aber wir können nicht mehr sagen, weil die Mitarbeiterin, die das gemacht hat, verstorben ist. – Sehr eigenartige Geschichte.

Schlussfrage: Sie haben dann zur Firma Beyond gewechselt, nach Ihrem Ausstieg aus der Politik. – Ist das korrekt?

Mag. Karin Gastinger: Das ist richtig, ja.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich lese vor, was der Geschäftsführer Helmut Kern sagt, worauf sich diese Unternehmensberatung Beyond konzentriert hat: im Bereich der früheren Monopolisten im Telekom-, Energie- und Verkehrssektor.

Kann es sein, dass Ihr Engagement nach Ihrem Ausstieg aus der Politik bei der Unternehmensberatungsfirma Beyond – die führend die Telekom beraten hat, laut Auskunft des damaligen Geschäftsführers Helmut Kern – in einem Zusammenhang steht mit den Zahlungen der Telekom für Ihren Wahlkampf?

Mag. Karin Gastinger: Das schließe ich *dezidiert* aus.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Haben Sie jemals Beratungsleistungen über Beyond für die Telekom erbracht? (*Mag. Gastinger: Nein!*) – Ich halte Ihnen dazu vor, dass Sie in einem Porträt der Firma folgendermaßen porträtiert werden und zitiert werden:

„In Zukunft will ich die Verwaltung und öffentlichkeitsnahe Unternehmen beraten und nicht ... umgekehrt.“

Die Telekom ist auch ein öffentlichkeitnahes Unternehmen.

Also Sie bleiben dabei: Sie haben nie ... (*Mag. **Gastinger**: Herr Abgeordneter, das ist jetzt ...!*) Beyond ist auf das spezialisiert, aber Sie haben in Ihrer Tätigkeit bei Beyond nie etwas mit der Telekom zu tun gehabt?

Mag. Karin Gastinger: Das Einzige, was ich mit der Telekom zu tun hatte, in dem Zusammenhang – und das ist wirklich das Einzige! –, ist, dass ich mit einem Mitarbeiter der Telekom gemeinsam Seminare im Zusammenhang mit internen Kontrollsystemen beim Institut für Interne Revision halte.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Haben Sie jemals in Ihrer Tätigkeit für PricewaterhouseCoopers irgendwelche Tätigkeiten für die Telekom gesetzt?

Mag. Karin Gastinger: Das Seminar halte ich jetzt auch bei PricewaterhouseCoopers gemeinsam mit dem Mitarbeiter der Telekom. Ich kann Ihnen auch ganz genau sagen ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Und dieser Mitarbeiter ist wer? (*Ruf: Schieszler?*)

Mag. Karin Gastinger: Nein, der Schieszler nicht. Den Schieszler habe ich zwar einmal kennengelernt, das war aber dann, was weiß ich wann später, also da war ich schon lange nicht mehr in der Politik.

Das ist Thomas Rudigier. (*Abg. **Petzner**: Wie?*) – Thomas Rudigier. Das ist ein Mitarbeiter aus der Telekom, der hat aber damit überhaupt nichts zu tun. Also überhaupt gar nichts, und ich will auch nicht haben, dass ... Das hat mit der Geschichte wirklich gar nichts zu tun.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wir glauben es Ihnen, werden es aber trotzdem nachprüfen.

Mag. Karin Gastinger: Ja, natürlich. Nein, eines sage ich noch dazu: Ich habe mit der Telekom weder zur Zeit meiner Ministerschaft noch danach jemals irgendwas zu tun gehabt, außer dass ich ein A1-Handy habe und das Seminar gemeinsam halte – und sonst nichts.

Da hat es nie Gespräche gegeben mit der Telekom. Und auch danach: Ich habe noch nie einen Auftrag gehabt bei der Telekom, kein einziges Mal, jetzt in meiner gesamten Berufszeit danach.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Frau Mag. Gastinger, ich werde vielleicht gleich dort anschließen (*Mag. **Gastinger**: Ja, gerne!*), wo der Kollege Petzner aufgehört hat. Sie sagen nämlich in Ihrer Einvernahme, dass Sie Schieszler eben aus der Zeit (*Mag. **Gastinger**: Genau!*) bei Beyond Consulting kennen, 2007, 2008, von einer privaten Einladung durch Helmut Kern, damaliger Chef. Es blieb jedoch bei diesem oberflächlichen Kennenlernen. Das gilt nach wie vor, nehme ich an?

Mag. Karin Gastinger: Ja, natürlich. Ich habe ihn nur einmal gesehen, einmal bewusst gesehen.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Und haben Sie mit Herrn Kern über die Dinge, die jetzt in der Öffentlichkeit sind und die Herr Schieszler ins Laufen gebracht hat, gesprochen?

Mag. Karin Gastinger: Nein, nicht wirklich. Ich meine, der Helmut Kern hat mir natürlich jetzt alles Gute gewünscht für den Ausschuss – das ist auch klar, denn er ist mein ehemaliger Chef; das ist klar –, aber im Zusammenhang mit dem, was Schieszler

und so, haben wir nicht wirklich geredet. Also nicht einmal „nicht wirklich“, sondern – warten Sie, lassen Sie mich einmal nachdenken: Nein. Nein. Nein.

Aber vor allem, es ist ja auch so: Der Helmut Kern ist ja jetzt auch nicht mehr bei der Firma tätig, wo ich jetzt tätig bin. Ich bin ja nicht mehr bei Beyond tätig. Wir haben ja kaum mehr Kontakt. Also: Nein.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Dann noch eine Frage – wenn Sie das beantworten können, weil wir jetzt schon gerätselt haben –: Haben Sie die gesamten Wahlkampfkosten für Ihren Persönlichkeitswahlkampf ans BZÖ überwiesen, also diese 40 000 € an Inseraten, oder einen Betrag zwischen 5 000 € und 40 000 €?

Mag. Karin Gastinger: Nein, nein, das Einzige, was ich gemacht habe – und das war jetzt im Nachhinein gesehen wahrscheinlich eher ein Geschenk ans BZÖ –, ist im Grunde genommen das gewesen, dass ich in weiterer Folge nur das, wo ich gedacht habe, dass es der Bereich ist, wo ich unabhängig, wo Inserate für mich geschaltet worden sind, wo die nichts mit dem BZÖ zu tun gehabt haben, ...

Das war meine Motivation. Davor war es nach meiner Wahrnehmung ja BZÖ-Wahlkampfgeld, und da hätte ich ja keine Veranlassung gesehen. Aber dann in weiterer Folge, weil ich gewusst habe – worauf Sie mich eh schon vorher angesprochen haben –, dass es da irgendein Inserat im „NEWS“ gibt, dass da jetzt noch weitere Sachen geschaltet werden, die nicht dem BZÖ zuordenbar sind, deswegen wollte ich das nicht. Ich wollte nicht dem BZÖ etwas schuldig bleiben.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Wir haben gestern von Herrn Arno Eccher gehört, dass dann im Jahr 2007 das BZÖ Kredite aufnehmen musste zur Finanzierung des Wahlkampfes. Da waren Sie ja dann nicht mehr in Funktion.

Mag. Karin Gastinger: Nein.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Und dann habe ich noch eine Frage: Hatte das BZÖ Ministerratsvorbesprechungen, also das heißt, fraktionelle Vorbesprechungen, bevor ein Ministerrat war?

Mag. Karin Gastinger: Ja.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Ist da damals irgendwann einmal mit dem Herrn Vizekanzler Gorbach über die Universaldienstverordnung gesprochen worden?

Mag. Karin Gastinger: Da habe ich keine Erinnerung. Die Universaldienstverordnung muss man ja auch so sehen: In einer Ministerratsvorbesprechung werden ja primär die Sachen behandelt, die am nächsten Tag dann im Ministerrat waren. Die waren immer montags am Nachmittag, und am Dienstag war Ministerrat; und die Sachen, die im Ministerrat dann gekommen sind, sind dort wesentlich vorbesprochen worden. Wobei das natürlich bei uns bei den Vorbesprechungen so war, dass es Koordinatoren gibt, die die wesentlichen Themen dann eben auch ausverhandeln mit dem Koalitionspartner, und mich haben dort hauptsächlich die Justizthemen betroffen. Also der Bereich wie die Universaldienstverordnung hat ja mit dem Justizministerium gar nichts zu tun gehabt, also habe ich da weder eine Erinnerung noch sonst irgendwas.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Und da hat es auch keinen Austausch oder keine Information darüber gegeben?

Mag. Karin Gastinger: Nein. Also mit mir sicher nicht, denn was hat das Justizministerium mit einer Universaldienstverordnung ...

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Nein, nicht Sie, sondern Gorbach.

Mag. Karin Gastinger: Daran kann ich mich nicht mehr erinnern, das weiß ich nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich habe geglaubt, wir sind schon durch bei diesen beiden Inseraten, aber offensichtlich nicht.

Mag. Karin Gastinger: Naja, offensichtlich nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sie können sich also doch noch daran erinnern? (*Mag. Gastinger: Woran?*) – An diese beiden Inserate.

Mag. Karin Gastinger: Nein! Schauen Sie einmal: Ich habe dazu ... Ich meine, Sie haben – Jetzt hätte ich bald gesagt, Sie quälen mich. Aber das sage ich nicht. Nein, nein.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das ist auch nicht meine Art.

Mag. Karin Gastinger: Nein. Herr Dr. Pilz, schauen Sie einmal: Ich habe diese Bilder da, das habe ich ... – ich habe dazu keine Erinnerung mehr. Wirklich. Ich meine, was soll ich machen? Wenn ich mich noch daran erinnern könnte, würde ich es Ihnen wirklich gerne sagen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, ja.

Mag. Karin Gastinger: Ich kann Ihnen jetzt nur das sagen, was in meiner Wahrnehmung ist.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nein, nein. Nein, nein. Ich möchte Sie da wirklich nicht weiter ... – ich möchte nicht einmal, dass der Eindruck entsteht, dass ich Sie da weiter quäle.

Mag. Karin Gastinger: Nein. Aber ich antworte Ihnen wirklich gerne, wenn ich Ihnen helfen kann, wirklich total gern.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nein: Weil andere Kollegen dieses Ausschusses jetzt zwischendurch der Meinung waren, es gäbe doch Erinnerungen. – Aber ich nehme das so zur Kenntnis. Lassen wir es. Fertig.

Mag. Karin Gastinger: Nein, schauen Sie einmal: Man muss ... (*Abg. Dr. Pilz: Ja!*) – Ja, ich weiß schon. – Ja, es wird da natürlich von verschiedenen Seiten versucht, mich festzunageln – was ich auch verstehe, muss ich auch ganz ehrlich sagen. Das verstehe ich. Das ist legitim.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, ja, das ist in Verfahren so.

Mag. Karin Gastinger: Es ist legitim.

Obfraustellvertreterin Gabriele Tamandl: Wir kommen jetzt zur Nachfragerunde.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Es gibt natürlich auch Leute, die diese Befragungen via Social Media verfolgen, wie Live-Ticker. Und dazu hat mich einer, der Thomas Zehetbauer, via Twitter gebeten, Ihnen folgende Frage zu stellen (*Mag. Gastinger: Gerne!*), und die stelle ich hiermit auch, was auch zulässig ist:

„Bitte frag Gastinger, ob ihre Zustimmung zur Vorratsdatenspeicherung im EU-Rat etwas mit Telekom-Geldern zu tun hatte“.

Also ich stelle Ihnen diese Fragen noch einmal: Hatte Ihre Zustimmung als Ministerin zur EU-Vorratsdatenspeicherung im EU-Rat etwas mit den Telekom-Geldern des Wittauer zu tun? (*Zwischenruf bei der ÖVP.*)

Das BZÖ ist multimedial! Die ÖVP ist noch nicht bei Twitter angekommen. Der Herr Amon ist noch gar nicht oben, ich schon. Daher sind wir auch hier multimedial vernetzt. (*Mag. Gastinger: Nein!*)

Also noch einmal die Frage:

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Frau Mag. Gastinger, es handelt sich um die 200-€-Frage. (*Heiterkeit.*) Also denken Sie bitte genau nach!

Mag. Karin Gastinger: Nein! – Da brauche ich nicht lange nachzudenken. – Nein! Überhaupt

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Dann werde ich das dem Herrn Zehetbauer twittern, dass Sie ihm geantwortet haben.

Mag. Karin Gastinger: Ja, bitte. Bitte ihm antworten – bitte, gern! –: Nein!

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Und ich richte liebe Grüße aus. Und das war es. – Genau. Gut.

Mag. Karin Gastinger: Ja, bitte. Sehr gerne! Es hat überhaupt keinen Zusammenhang gegeben. Und warum sollte es einen geben? Ich habe mit der Telekom nichts zu tun.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich habe nur eine Frage gestellt.

Mag. Karin Gastinger: Ja, gerne.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gut, ich danke. Ich habe keine weiteren Fragen.

Obfraustellvertreterin Gabriele Tamandl: Gibt es seitens der SPÖ noch Nachfragen? – Und von Herrn Abgeordnetem Pilz? (*Abg. Dr. Pilz: Danke!*) – Nein.

Wenn das nicht der Fall ist, dann bedanke ich mich bei Frau Mag. Gastinger.

(Die Auskunftsperson Mag. **Gastinger** verlässt den Sitzungssaal. – Die Obfrau unterbricht die Sitzung.)

14.33

(Die Sitzung wird um 14.33 Uhr **unterbrochen** und um 16.34 Uhr unter **Ausschluss der Medienöffentlichkeit wieder aufgenommen**. – Fortsetzung: 16.34 Uhr bis 16.35 Uhr **nichtöffentlich**; gesonderte **Auszugsweise Darstellung**; „**nichtöffentlicher Teil**“.)

16.35

Obfrau Dr. Gabriela Moser leitet – um 16.35 Uhr – wieder zum **medienöffentlichen Teil** der Sitzung über, stellt fest, dass die Medien bereits hereingebeten worden sind und teilt mit, dass der Untersuchungsausschuss aus aktuellem Anlass den Beschluss gefasst hat, für 16. Feber 2012, 12.30 Uhr, Dr. Hannes Ametsreiter als Auskunftsperson zu laden; dieser sei bereits in Kenntnis der Ladung.

16.36

Auskunftsperson Mag. Marielouise Gregory

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Wir kommen nun zur Anhörung von Frau **Mag. Marielouise Gregory** als **Auskunftsperson**.

Ich mache die Damen und Herren Medienvertreter darauf aufmerksam, dass Fernseh- und Hörfunkaufnahmen und -übertragungen sowie Film- und Lichtbildaufnahmen und alle sonstigen Tonaufnahmen unzulässig sind. Bitte lassen Sie derartige Geräte außerhalb des Saals! Handys müssen abgeschaltet sein.

Frau Mag. Gregory, ich danke für Ihr Erscheinen. Vor Ihrer Anhörung muss ich Sie auf Ihre **Pflicht** zur **Angabe der Wahrheit** und die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage erinnern. Eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss wird gemäß § 288 Abs. 3 StGB wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft. Diese Erinnerung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten.

Ihr vollständiger Name lautet: Mag. Marielouise Gregory. Geburtsdatum: 11. März 1967. Anschrift: Wien. Beruf: Angestellte. Sie waren im Untersuchungszeitraum in keinem öffentlichen Dienstverhältnis.

Frau Mag. Gregory, auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Sollte einer dieser Gründe bei einer Frage, die an Sie gerichtet wird, vorliegen, ersuche ich Sie, darauf hinzuweisen. Ein **genereller** Aussageverweigerungsgrund vor dem Untersuchungsausschuss kann **nicht** geltend gemacht werden.

Ich weise Sie auch darauf hin, dass Sie über die Errichtung und den Inhalt von Rechtsgeschäften, bei welchen Sie als Urkundsperson beigezogen worden sind, die Aussage auch wegen eines zu besorgenden vermögensrechtlichen Nachteils nicht verweigern dürfen; § 8 Verfahrensordnung für Untersuchungsausschüsse.

Ich darf nun auch die **Vertrauensperson** um ihre Personaldaten ersuchen.

Ihr vollständiger Name lautet: **Dr. Norbert Wess**. Geburtsdatum: 19.7.1975. Anschrift: Wien.

Ich frage die Mitglieder dieses Ausschusses, ob jemand der Ansicht ist, dass Herr Dr. Norbert Wess als Vertrauensperson auszuschließen sei, weil er entweder voraussichtlich selbst als Auskunftsperson geladen wird oder die Auskunftsperson bei der Ablegung einer freien und vollständigen Aussage beeinflussen könnte, laut § 14 Abs. 2 lit. a, b der Verfahrensordnung. – Ich sehe keinerlei Einwendungen.

Nunmehr setze ich mit der **Belehrung** der **Vertrauensperson** fort. Ich habe auch Sie über die strafrechtlichen Folgen einer falschen Beweisaussage als Beteiligter zu erinnern. Den Inhalt der Belehrung über die Strafdrohung bei einer vorsätzlich falschen Aussage haben Sie bereits bei der Auskunftsperson mitgehört. Diese Belehrung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten. Strafrechtliche Folgen kann daher zum Beispiel die Anstiftung zur falschen Beweisaussage haben.

Ihre Aufgabe ist die **Beratung** der Auskunftsperson. Sie haben aber nicht das Recht, Erklärungen vor dem Ausschuss abzugeben oder anstelle der Auskunftsperson zu antworten. Wenn Sie sich nicht daran halten, können Sie als Vertrauensperson

ausgeschlossen werden. Sie können auch dann anwesend sein, wenn die Öffentlichkeit ausgeschlossen ist – das waren Sie ja zum Beispiel jetzt schon.

Sollten Sie der Meinung sein, dass es zu Verletzungen der Verfahrensordnung oder zu Eingriffen in die Grund- oder Persönlichkeitsrechte der Auskunftsperson kommt, haben Sie die Möglichkeit, sich an den Verfahrensanwalt zu wenden. Dieser wird dann, wenn er es für erforderlich hält, mich informieren.

Wir kommen jetzt zur Befragung der Auskunftsperson.

Frau Mag. Gregory, Sie haben die Möglichkeit, vor Eingang in die Befragung selbst noch einiges darzulegen. – Darauf verzichten Sie.

Somit beginnt nun Herr Abgeordneter Deimek mit der Befragung.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Frau Mag. Gregory, Sie haben seit 2008 die Leitung der Rechtsabteilung der Telekom inne. Um ein bisschen einen Eindruck über die Arbeit dort zu erhalten: Inwieweit waren Sie zum Beispiel 2006 in die Novelle zur Universaldienstverordnung einbezogen? Wie war das Ganze?

Mag. Marielouise Gregory: Ich leite seit 2008 die Rechtsabteilung. Im Jahr 2006 habe ich mit der Universaldienst-Novelle noch nichts zu tun gehabt.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Vergleich dazu – Sie waren da zwar noch nicht dabei, aber um ein bisschen das Arbeitsprocedere in der Telekom kennenzulernen –: Wir hatten ja eine Novelle des TKG 2003.

Waren Sie da einbezogen?

Mag. Marielouise Gregory: Nein, da war ich nicht einbezogen.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Ist das üblich? Sie als Person? Oder die Rechtsabteilung überhaupt war nicht einbezogen?

Mag. Marielouise Gregory: Daran kann ich mich jetzt nicht mehr erinnern, was 2003 alles war. Mein ...

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Nein, Vorsicht: Die **Änderung** des TKG 2003 war **2009**.

Mag. Marielouise Gregory: Sprechen wir von 2003 oder 2009? (*Abg. Dipl.-Ing. Deimek: 2009!*) – 2009 war ich einbezogen, ja.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Sie und die ganze Rechtsabteilung waren einbezogen?

Mag. Marielouise Gregory: Ja, wir waren einbezogen.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Das ist auch der übliche Weg?

Mag. Marielouise Gregory: Es muss nicht immer so sein. Wenn es rein technische Themen sind, kann es sein, dass wir nicht einbezogen sind.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Bei Gesetzesänderungen: Haben Sie da Kontakt nicht nur zu Regierungsstellen, also zu den Personen aus dem Kabinett, sondern auch zu Personen aus dem Parlament, zu Parlamentsabgeordneten? Zu den jeweiligen Telekom-Sprechern beispielsweise?

Mag. Marielouise Gregory: Wenn wir generell von Gesetzesänderungen sprechen, verhält sich die Telekom Austria so, dass wir uns im Begutachtungsverfahren äußern.

Wenn das Gesetz unmittelbar uns selber ganz heftig betrifft – wie das TKG es würde –, dann versuchen wir natürlich als Rechtsabteilung, mit den Fachbeamten zunächst Kontakt zu pflegen. Und in diesem speziellen, von Ihnen angesprochenen Fall im Jahr 2009 haben wir natürlich auch Kontakt mit den Telekom-Sprechern gehabt.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Zum Ministerium beziehungsweise Kabinett? Sind Ihre Ansprechpartner Kabinettsmitglieder oder direkt Beamte der jeweiligen Legislativabteilung?

Mag. Marielouise Gregory: Ich bin da eher rein fachlich-sachlich unterwegs, und da ist im BMVIT beim TKG natürlich Herr Dr. Singer die erste Adresse gewesen. Und Herr Dr. Stratil natürlich auch, aber der ist ja dann nicht mehr zuständig gewesen.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Ist es auch üblich, dass – zum Beispiel im Zuge von Begutachtungen oder von diesen Gesprächen – die Telekom von sich aus mit Vorschlägen oder Gegenvorschlägen aktiv wird und diese einreicht?

Mag. Marielouise Gregory: Auf rein abwicklungstechnischer Ebene ist es üblich, dass wir mit konkreten Vorschlägen kommen, damit die Legisten auch genau wissen, was wir uns vorstellen, damit sie das bearbeiten oder nicht bearbeiten können, sagen: okay, das passt oder das passt nicht, oder lasst es sein. Je konkreter also der Vorschlag für die Legisten ist, desto leichter können sie damit hantieren.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Hatten Sie in Ihrer Zeit bei der Telekom auch Wahrnehmungen dazu, dass die Telekom Politikern Geld zukommen lässt?

Mag. Marielouise Gregory: Nein! Diese Wahrnehmungen hatte ich nicht.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Wurde in der Zeit, in der Sie jetzt bei der Telekom sind, Ihres Wissens vonseiten der Telekom Geld dafür bezahlt, dass Gesetze oder Verordnungen geändert werden?

Mag. Marielouise Gregory: Dazu habe ich persönlich überhaupt keine Wahrnehmungen.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Wie sehen Sie als Leiterin der Telekom-Rechtsabteilung die Verträge zwischen der Telekom und Herrn Hochegger, also der Firma des Herrn Hochegger?

Mag. Marielouise Gregory: Wenn ich da ein bisschen ausführen darf: Wir haben in der Rechtsabteilung lange Zeit den Einkauf, wo diese Verträge abgewickelt sind, nur äußerst sporadisch beraten. Das hat sich 2009 mit der Fusion von Fest- und Mobilnetz geändert. So war ich in diese Abwicklung, in diese Vertragsabschlüsse nicht involviert.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Das heißt, bis zu dieser Fusion haben das immer die jeweiligen Einkaufs- oder Zukaufsabteilungen gemacht?

Mag. Marielouise Gregory: Der Einkauf war da sehr selbstständig tätig.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Wurden die Inhalte dieser Verträge von den jeweiligen Vertragspartnern – soweit Sie involviert waren – immer eingehalten?

Mag. Marielouise Gregory: Da ich, wie gesagt, nicht in diese Valora-Verträge involviert war – ich habe sie ja erst jetzt kennengelernt –, kann ich natürlich nicht sagen, ob die eingehalten sind oder nicht eingehalten sind.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Dort, wo Sie in Verträge eingebunden waren?

Mag. Marielouise Gregory: Wenn wir in Verträge eingebunden sind, dann bauen wir gemeinsam mit dem Vertragspartner natürlich den Vertrag, und dann gibt es jene Abteilung, die inhaltlich dafür zuständig ist. Wenn man also irgendein Equipment kauft, dann gibt es die Technik, die implementiert das, und wenn es dann so weit ist, dass das nicht funktioniert, dann kommen wir wieder ins Spiel und müssen Gewährleistungs- oder sonstige Ansprüche geltend machen. Aber in die direkte Leistungsabwicklung sind wir als Rechtsabteilung nicht einbezogen.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Ist auch so üblich. – Wie schaut es mit Musterverträgen aus? Wenn Sie sagen, diese Zukaufs- und Einkaufsabteilungen waren sehr selbstständig: Haben die sich von der Rechtsabteilung Musterverträge erstellen lassen oder Hinweise darauf, was unbedingt in die Verträge rein muss, im Sinne von, was weiß ich, vorstandspflichtigen Vertragsklauseln oder sonstigen Sachen, die unbedingt mit der Rechtsabteilung abzuklären sind? Oder haben sie das alles selbst erstellt?

Mag. Marielouise Gregory: Ich muss vielleicht noch folgendermaßen ergänzen: Die Einkaufsabteilung hat natürlich ausgefeilte Allgemeine Geschäftsbedingungen gehabt, und die hat sie in der Regel verwendet. Die sind auch in der SAP-Abwicklung integriert; wenn Sie in den Akt schauen, werden Sie immer diese SAP-Bestellungen sehen. Auf Basis dieser Unterlagen hat dann der Einkauf weitergearbeitet.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Diese AGBs sind im Endeffekt immer regelmäßig mit der Rechtsabteilung upgedatet worden? (*Mag. Gregory: Ja!*) Oder einmal grundsätzlich erstellt worden?

Mag. Marielouise Gregory: Die haben wir dann gemeinsam redaktionell bearbeitet, wenn es hier eine Gesetzesänderung gegeben hat. (*Abg. Dipl.-Ing. Deimek: Danke!*)

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Frau Dr. Gregory! Ich beginne mit der TKG-Novelle im Jahr 2009 und führe, bevor ich zur Frage komme, zum Sachverhalt Folgendes aus. Da gibt es eine Einvernahme des Peter Hochegger, in der er befragt wird zu einer Rechnung über 1 056 000 € seitens der Valora an die Telekom Austria. Da geht es darum, Lobbying bei den maßgeblichen Entscheidungsträgern zu betreiben. Dazu befragt, gibt Herr Hochegger Folgendes an; Zitat Hochegger aus der Einvernahme vom 5. Juli 2011:

Ein Hauptziel war es hier, im TKG entsprechende Änderungen zu erwirken. – Zitatende.

Hochegger nimmt Bezug auf Investitionen in das Glasfasernetz und den Breitbandausbau. Ein Hauptziel war es also, entsprechende Änderungen zu bewirken.

Hochegger sagt dann weiter dazu:

Ich habe selber Gespräche geführt mit den Telekom-Sprechern der beiden Regierungsparteien, Gartlehner und Hakl. – Zitatende.

Also Hochegger selbst; es kann durchaus auch sein, dass Rudi Fischer mit dabei war.

Das heißt, wir haben hier eine Zahlung von über 1 Million € seitens der Telekom an den Hochegger, und dann haben wir als offensichtlich erfolgreiches Ergebnis dieses teuren Lobbyings diese Novelle des Telekommunikationsgesetzes, zu dem es auch in diesem Zusammenhang ein Ermittlungsverfahren gibt, auch gegen den amtierenden Vorstand Ametsreiter. Sie geben dazu in Ihrer Einvernahme jetzt an, zum Entstehungsprozess dieser TKG-Novelle – das Lobbying vorher habe ich definiert und genannt, was der Hochegger hier gesagt hat –, dass für diese Novelle zuerst einmal vonseiten der Telekom Austria Ideen eingebracht wurden und diese Ideen dann an das

Infrastrukturministerium – in dem Fall ist es das SPÖ-Infrastrukturministerium unter Bures – weitergeleitet wurden.

Meine Frage ist: Sie als Leiterin der Rechtsabteilung, haben Sie an diesen Ideen mitgewirkt und wie haben diese Ideen konkret ausgesehen? War das ein konkreter Vorschlag, was sich ändern muss, oder wie ist es zu diesen Ideen gekommen? Wenn Sie den Entstehungsprozess schildern!

Mag. Marielouise Gregory: Dürfte ich bitte die Aussage von Herrn Dr. Hohegger sehen?

(Der Auskunftsperson werden Schriftstücke vorgelegt.)

Herr Petzner, ich lese da, dass irgendjemand zitiert wird, dass geplant war, innerhalb der nächsten Jahre 800 Millionen bis 1 Milliarde € in das Telekommunikationsnetz zu investieren.

Wenn Sie mich fragen, wie es zur Telekommunikationsnovelle 2009 gekommen ist, ist das relativ einfach erklärt. Wenn Sie in das Regierungsübereinkommen 2008 bis 2013 schauen, haben sich die Regierungsparteien damals überlegt, dass es sehr wichtig ist, dass die österreichische Infrastruktur auf Vordermann gebracht wird. Insbesondere war es Ziel der Regierungsparteien bis 2013, ich glaube, 25 Mbit/s pro Sekunde für jeden Österreicher bereitzustellen. Unser bis zu 125 Jahre altes Festnetz war nicht in der Lage, diese Kapazitäten flächendeckend anzubieten. Das ist die eine Schiene.

Auf der anderen Seite gab es von der EU aus große Bestrebungen, Sie kennen die Agenda 2020, den Breitbandausbau zu fördern. Auch das steht im Regierungsübereinkommen.

Wir selber, also die Telekom hat natürlich Investitionsbedarf gehabt. Wir haben das gesehen, und wir haben uns überlegt, wie wir im Festnetz effizient ausbauen können. Die Inhalte, die da notwendig waren zu beleuchten, waren insbesondere die Themen rund um das Leitungsrecht, was eine sehr technische Materie ist, denn beim Leitungsrecht geht es um Durchleitungen, Einleitungen, Leitungen über Masten, et cetera. Diesbezüglich haben wir die Leitungsregelungen analysiert, mit den Technikern gesprochen, wie sie den Ausbau rasch vorantreiben können und was sie brauchen. Dann haben wir uns noch die Regelungen des Telekommunikationsweegegesetzes 1997 angeschaut, und wir haben dann auf Basis dieser gesetzlichen Regelungen einen Vorschlag gebaut, und diesen Vorschlag haben wir dem BMVIT übermittelt.

Verfahrensanwalt Dr. Klaus Hoffmann: Frau Vorsitzende, es wird darauf hingewiesen, und ich kontrolliere es jetzt auch im Protokoll, dass der Vorhalt, dass da eine Zahlung in der Größenordnung von 1,1 Millionen für Hohegger vorgesehen worden sei, falsch ist.

Es heißt, es war geplant, innerhalb der nächsten Jahre zwischen 800 Millionen und 1,1 Milliarden zu **investieren** (*Obfrau Dr. Moser: Als Investitionssummen!*), Investitionssummen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich habe Bezug genommen auf den Vorhalt, den die Staatsanwaltschaft dem Hohegger in diesem Dokument macht, auf diese Rechnung.

Mag. Marielouise Gregory: Also Sie meinen ein paar Seiten vorher? (*Abg. Petzner: Ja, da gibt es eine Rechnung! – Abg. Petzner begibt zur Auskunftsperson und weist diese auf eine Stelle in besagtem Schriftstück hin.*)

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Gut. Ist das jetzt geklärt?

Verfahrensanwalt Dr. Klaus Hoffmann: Ja, wir korrigieren das jetzt darin, dass der Vorhalt an sich richtig war, aber er steht auf einer ganz anderen Seite als hier gezeigt wurde, offensichtlich durch ein Missverständnis. Es sind beide Seiten angestrichen, und dadurch ist das passiert.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Es sind drei Seiten. Die Dame hat die Seite vorher nicht gesehen, und auf der Seite vorher steht diese im Jahr 2008 bezahlte Hohegger-Lobbying-Rechnung genau für diesen Bereich in Höhe von über 1 Million €.

Frau Gregory, jetzt frage ich Sie dazu, wie Sie das auch ausgeführt haben: Wenn es ohnehin im Regierungsübereinkommen gestanden ist, wenn es ohnehin eine EU-Richtlinie war und man davon ausgehen konnte, dass diese Änderung daher sowieso kommen wird, warum gibt es dann diese 1 Million €-Zahlung für Lobbying in diesem Zusammenhang?

Mag. Marielouise Gregory: Dazu habe ich keine Wahrnehmung. Ich möchte nur darauf hinweisen: Das TKG ist 2009 verabschiedet worden, die Rechnung, die Sie zitieren, ist aus dem Jahr 2008 und die Zahlung offenbar auch.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Genau und darum geht es, worauf Sie sich auch in Ihrer Einvernahme berufen haben: Die Rechnung stammt aus dem Jahr 2008, und Sie sagen in Ihrer Einvernahme, der Hintergrund für diese Novelle war unter anderem das Regierungsübereinkommen von **2008**. Das heißt, daher war ja auch Hohegger erfolgreich. Vorher war der Lobbying-Auftrag, und dann steht genau das, was die Telekom ohnehin haben will und wofür Hohegger über 1 Millionen € kassiert hat, im Regierungsübereinkommen drinnen – aus dem Jahr 2008, auf das Sie sich jetzt genau berufen.

Ich glaube nicht, dass das ein Zufall war, dass das genau im Regierungsübereinkommen drinnen steht, auf das Sie jetzt hinweisen. Dass das im Regierungsübereinkommen von 2008 drinnen steht, hat die Ursache – Sie haben es vorliegen –: eine Lobbying-Rechnung von Hohegger, wo er genau sagt, diese Lobbying-Rechnung hat den Zusammenhang, bei diesem Thema auf die Entscheidungsträger einzuwirken, dass da entsprechende Änderungen dieser Novelle erfolgen, für den Ausbau dieses Glasfasernetzes und eine Änderung des Telekommunikationsgesetzes. Deswegen steht es im Regierungsübereinkommen.

Daher frage ich Sie noch einmal: Wenn das Lobbying erfolgreich war, Sie schon 1 Million € bezahlt haben, Sie auf das Regierungsübereinkommen 2008 verwiesen haben und es EU-rechtlich auch kommen sollte, warum haben Sie sich dann selber aktiv eingebracht und einen regen Austausch – und die ganzen E-Mails liegen vor – mit dem Ministerium zu dieser Novelle betrieben und sogar dem Ministerium selber Vorschläge übermittelt und sich da so massiv eingebracht?

Mag. Marielouise Gregory: Ich darf wiederholen: Zu den Valora-Rechnungen kann ich keine Aussagen machen, weil ich die Verträge nicht kannte. Die habe ich erst jetzt kennengelernt. Für mich war es in keinsten Weise nachvollziehbar, dass da Lobbying über den Herrn Hohegger gelaufen sein soll.

Was ich auf fachlich/sachlicher Ebene beitragen konnte damals ist, dass wir sehr genau spezifiziert haben was notwendig war, um den Leitungsausbau rasch voranzutreiben, und das haben wir gemacht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich frage Sie das auch deswegen, weil es Ermittlungen in diesem Zusammenhang gibt, das wird ja auch genannt in Ihrer Einvernahme gegen Ametsreiter und andere, wegen Verdacht der Bestechlichkeit, und Auslöser ist eine anonyme Anzeige an die Korruptionsstaatsanwaltschaft vom 25. August 2011, wo folgende Vorwürfe geäußert werden:

Der eingebrachte Gesetzesantrag der ÖVP/SPÖ-Abgeordneten ist wegen des hohen Detaillierungsgrades untypisch. Telekom soll sich dadurch rund 2 Millionen € im Jahr ersparen. Telekom Ametsreiter und Michael Fischer hätten zu diesem Zweck einen Kontakt mit dem damaligen BMVIT-Kabinettschef August Reschreiter hergestellt. Regner soll beratend für das BMVIT und Telekom tätig gewesen sein, Honorar in Höhe von 103 000 €, und TKG-Novelle hätte für die Telekom Verfahrenserleichterungen, blablabla, gebracht.

Da gibt es jetzt diese Ermittlungen der Korruptionsstaatsanwaltschaft, auch wegen des Verdachtes der Bestechlichkeit.

Haben Sie irgendeinen Hinweis darauf, dass im Zusammenhang mit dieser TKG-Novelle, wo es ein Ermittlungsverfahren gibt und Sie als Zeugin einvernommen wurden – das möchte ich schon auch anmerken –, dass es da zu Bestechungsvorgängen gekommen ist?

Mag. Marielouise Gregory: Entschuldigung, da habe ich keinerlei Hinweis darauf.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das heißt, Sie halten die Inhalte dieser Anzeige, die ich Ihnen gerade vorgetragen habe vom 25. August 2011, für falsch?

Mag. Marielouise Gregory: Also wenn es die anonyme Anzeige ist, die aussagt, dass wir Herrn Dr. Regner beschäftigt haben sollen, wenn es diese Anzeige ist, dann ist sie falsch.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Die Telekom Austria sagt heute in einer Stellungnahme gegenüber der Tageszeitung „ÖSTERREICH“ zu meinem Vorhalt, gestern schon, dass der Ametsreiter Beschuldigter ist, dass es sich da um einen völlig **alten Hut** handelt.

Darf ich Sie fragen, wann Ihre Zeugenvernehmung stattgefunden hat?

Mag. Marielouise Gregory: Meine Zeugenvernehmung hat im Jänner stattgefunden.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Welches Jahr? (*Mag. Gregory: Heuer!*) Welcher Tag? (*Mag. Gregory: 25.!*) Würden Sie eine Zeugeneinvernahme wegen des Verdachtes der Bestechlichkeit am 25. Jänner 2012, das heißt, das ist nicht einmal ein Monat her, als „alten Hut“ bezeichnen, wie das die Telekom so bezeichnet?

Mag. Marielouise Gregory: Ich glaube, ich habe Sie richtig verstanden, dass die Anzeige im August eingegangen ist an die Staatsanwaltschaft, und seit damals laufen die Ermittlungen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich frage Sie noch einmal, ob Sie Ihre Einvernahme vom 25. Jänner 2012 als „alten Hut“ bezeichnen?

Mag. Marielouise Gregory: Meine Einvernahme ist relativ rezent, aber die Anzeige ist nicht mehr so neu.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Also eine Anzeige vom August des Vorjahres, nicht einmal ein halbes Jahr alt, ist für Sie ein „alter Hut“?

Mag. Marielouise Gregory: Sie können das auslegen wie Sie möchten, aber es ist keine Neuigkeit.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Nur dass man auch weiß, wie die Telekom mit solchen Dingen umgeht. Ich finde das sehr mutig. – Gut.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Die sieben Minuten sind auch vorüber.

Abgeordneter Mag. Michael Schickhofer (SPÖ): Frau Weissenburger hat ausgesagt, dass es seitens der Ressortführung nie Weisungen oder Präferenzen, wie auch immer, gegeben hat, was jetzt das TKG 2009 betrifft.

Haben Sie diesbezüglich irgendeine Wahrnehmung oder war das eigentlich für Sie auch klar, dass die Verhandlungen auf fachlicher Ebene laufen?

Mag. Marielouise Gregory: Also für mich war das ziemlich klar, dass das auf fachlicher Ebene läuft, denn wir haben mit den Juristen dort intensive Gespräche gehabt, was im Gesetz stehen kann und was nicht, was verfassungskonform sein könnte und was nicht. Also ich habe da keinen, irgendwie, Einfluss bemerkt.

Mag. Michael Schickhofer (SPÖ): Herr Dr. Singer hat ja Ihren Gesetzesvorschlag oder Ihre Ideen am Anfang sehr kritisch beleuchtet, was die Verfassungskonformität und die legistische Qualität betrifft, um das charmant auszudrücken (*Mag. Gregory: Ja!*), und hat dann gesagt, beim finalisierten Gesetzestext ist nach langwierigen Verhandlungen sozusagen ein verfassungskonformer Text entstanden.

Können Sie vielleicht ganz kurz schildern, was sozusagen die Erstversion von Ihnen war und wo es dann die Veränderungen zur Letztversion gegeben hat?

Mag. Marielouise Gregory: Also zunächst möchte ich einmal Herrn Dr. Singer Rosen streuen, denn er ist ja der Legist, und er ist ja der Verfassungsrechtler, und das ist ja seine Aufgabe als Legist. Ich, wenn ich da in einer Rechtsabteilung tätig bin, mache ja keine Gesetze und bin auch kein Verfassungsjurist. Also das einmal zunächst.

Was waren die Knackpunkte? – Wie eingangs erwähnt, gab es ja das TWG 1997, das ist das Telekom-Wegerecht, und das hat relativ straffe Fristen vorgesehen. Die Telekom hat sich damals gedacht, wenn jetzt ein großer Breitbandausbau kommen soll, dann müssen wir schauen, dass die Verfahren auch rasch ablaufen können. Wenn die Verfahren nicht rasch ablaufen, dann plant man das im März und ist im Dezember noch nicht beim Bauen und kann dann erst im Jahr darauf bauen, wenn der Schnee wieder weg ist.

Also so lag es im Interesse der Telekom, die Fristen straff und rasch zu setzen, und man hat sich da eben am Telekom-Wegerecht 1997 orientiert mit dem Vorschlag, und dann kam natürlich Herr Dr. Singer und sagte, na das passt nicht, das muss länger sein, das muss anders sein, und da hat es einen intensiven Austausch gegeben. Er hat dann schließlich, nachdem auch der Verfassungsdienst einbezogen wurde, einen Weg gefunden, wie das dann alles verfassungskonform abgewickelt werden konnte.

Mag. Michael Schickhofer (SPÖ): Weil das gestern ein Thema war: Das heißt, man kann sagen, der Telekomvorschlag ist nicht 1 : 1 umgesetzt worden?

Mag. Marielouise Gregory: Nein, ganz gewiss nicht. Ganz gewiss nicht.

Mag. Michael Schickhofer (SPÖ): Trotzdem zu diesem wirtschaftlichen Verfahren, weil ja unterstellt worden ist, sozusagen ein Vorteil von 2 Millionen € für die Telekom. Waren Sie in irgendeiner Form mit den Finanzvorständen, mit der betriebswirtschaftlichen Abteilung in Kontakt und haben gesagt, da gibt es mehrere rechtliche Möglichkeiten, bewerten wir das gemeinsam wirtschaftlich und versuchen wir dann, zu lobbyieren?

Mag. Marielouise Gregory: Nein, zu den Bewertungen kann ich keine Aussagen machen, weil da war ich nicht involviert.

Mag. Michael Schickhofer (SPÖ): Das heißt aber, Sie haben mehrere Gesetzesvorschläge übermittelt sozusagen, an ...

Mag. Marielouise Gregory: Nein, bei Bewertungen war ich nicht involviert, da kann ich nichts sagen.

Mag. Michael Schickhofer (SPÖ): Ist bewertet worden?

Mag. Marielouise Gregory: Weiß ich nicht. Gesetzesvorschläge haben wir eben intensiv diskutiert. Wir haben einen gemacht, dann hat es geheißen, das geht nicht, dann haben wir einen neuen gemacht, also das ist hin und her gegangen. Es hat etliche Spiralen gedreht, Kreise gedreht, Runden gedreht.

Mag. Michael Schickhofer (SPÖ): Also, kurz zusammengefasst, ein ganz normaler Verhandlungsprozess zu einem Gesetz.

Mag. Marielouise Gregory: Genau!

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich möchte Sie gerne zur TKG-Novelle 2009 befragen, denn auch da hat es offensichtlich – zumindest vermute ich das – Einflussnahmen auf den Gesetzgebungsprozess gegeben.

Uns liegt ein E-Mail von Hatschka (*phonetisch!*) Gabriela im Auftrag von Gregory Marielouise vor, Donnerstag, 26. März 2009, an Stratil, Singer, Weissenburger:

Sehr geehrter Herr Dr. Stratil! Sehr geehrte Frau Dr. Weissenburger! Lieber Christian! Wie vereinbart, erlauben wir uns, den nach unseren Gesprächen überarbeiteten Entwurf zu übermitteln. Wir haben die Anregungen und Inputs so weit aufgenommen, als sie für uns wirtschaftlich vertretbar sind. Darüber hinaus sind wir bei der ursprünglichen Konzeption verblieben. – Zitatende.

Dieser Text ergibt für mich dann einen Sinn, wenn Stratil, Weissenburger und der liebe Christian Vertreter der Telekom sind, und Gregory Marielouise den Entwurf als Vertreterin des Bundesministeriums für Verkehr vertritt.

Können Sie mir erklären, warum bei Gregory Marielouise, die hier offensichtlich sagt, wie sie die Anregungen und Inputs der Gegenseite aufgenommen hat und darüber hinaus bei der ursprünglichen Konzeption verblieben ist, warum irrtümlich bei Gregory Marielouise nicht Bundesministerium für Verkehr steht, sondern Telekom?

Mag. Marielouise Gregory: Zunächst arbeite ich ja bei der Telekom Austria als Unternehmensjuristin.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sind Sie sich da sicher?

Mag. Marielouise Gregory: Ganz sicher. Als Unternehmensjuristin versuche ich natürlich – wenn das Ihre Anspielung ist –, das bestmögliche Resultat fürs Unternehmen herauszuholen und den Vorschlägen, die wir gemacht haben, Nachdruck zu verleihen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Aber das ist ja ein seltsamer Gesetzgebungsprozess. Da schickt das Verkehrsministerium Anregungen und Inputs an die Telekom, und in einem doch etwas gönnerhaften Ton teilt die Telekom Stratil, Weissenburger und dem lieben Christian aus dem Verkehrsministerium mit, dass bestimmte Anregungen und Inputs aufgenommen werden, aber man verbleibe beim ursprünglichen Entwurf.

Entspricht es der Realität, dass Sie die Anregungen des Verkehrsministeriums bei der Erarbeitung des Entwurfs aufgenommen haben?

Mag. Marielouise Gregory: Diesen Gesetzesentwürfen sind etliche Diskussionen vorausgegangen, und wir haben ganz einfach die Diskussionsergebnisse eingebaut, die damals vorgelegen sind.

Wir haben natürlich den Entwurf wieder dem Herrn Dr. Singer und dem Herrn Stratil und der Frau Weissenburger gesandt, weil dort geht es natürlich weiter. Das ist ein Verhandlungsprozess, wo wir versucht haben, die Position der Telekom optimal umzusetzen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Also wer hat jetzt die Inputs geliefert, und wer hat den Entwurf geschrieben?

Mag. Marielouise Gregory: Zunächst haben wir einen Entwurf gemacht, und der ist dann verhandelt worden und der ist siebzehnmals oder fünfundsiebzigmal, also mehrfach auf jeden Fall, überarbeitet worden und hat am Ende nicht mehr sehr viel Ähnlichkeit gehabt mit dem, womit wir losgezogen sind.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ist die Telekom AG die einzige Betroffene des TKG in der novellierten Form von 2009? (*Mag. Gregory: Nein!*) – Wen gäbe es da noch?

Mag. Marielouise Gregory: Es war dann im Verhandlungsprozess so ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Welche anderen Unternehmen, meine ich.

Mag. Marielouise Gregory: Ach so. Also natürlich besteht die Telekom-Branche aus mehreren Unternehmen und nicht nur aus der Telekom Austria selber. Die Inputs der weiteren Telkos sind da natürlich im weiteren Prozess auch in die Novelle eingeflossen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das entspricht nicht meinen Informationen, aber lassen wir es einmal so stehen.

Wissen Sie, was ich schon als erstes sonderbar finde: dass hier der Entwurf eines Unternehmens verhandelt wird und nicht der Entwurf eines Ministeriums. Ist dieser Entwurf der Telekom Austria AG vorher mit anderen Unternehmen aus der Telekom-Branche abgesprochen worden?

Mag. Marielouise Gregory: Sagen wir es so: Der Breitbandausbau ist primär ein Thema der Telekom Austria. Andere Festnetzbetreiber wollten keinen Breitbandausbau selber durchführen mangels Interesse daran. Uns war es wichtig, diesen Breitbandausbau voranzutreiben, und daher war es wichtig, mit dem Ministerium zu sprechen, wie die entsprechenden gesetzlichen Tools dafür geschaffen werden können.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Also ich habe mir Stellungnahmen von T-Mobile, von anderen auch angesehen (*Mag. Gregory: Die sind dann gekommen, ja!*), und die waren zum Teil sehr verärgert über diesen ganzen Prozess, haben das zum Teil wirklich sehr seltsam gefunden, wie hier vorgegangen worden ist.

Auf die Frage Begutachtung und so weiter, da kommen wir nachher, wie es Ihnen ... Wenn ich sage „Ihnen“, meine ich natürlich das Unternehmen und nicht Sie persönlich.

Mag. Marielouise Gregory: Danke schön.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, da können Sie sich wirklich bedanken.

Der Punkt jetzt ist, halten wir einmal als erstes fest: TKG-Novelle 2009. Den Entwurf schreibt ein einziges Unternehmen, das in Konkurrenz mit anderen Unternehmen steht, und schafft es dank seiner Marktmacht, darüber allein in Verhandlungen mit dem Verkehrsministerium einzutreten.

Das ist ja für einen Gesetzgebungsprozess oder für die Vorbereitung eines Gesetzgebungsprozesses schon allerhand. Und das deutet auch daraufhin, dass –

was Sie ja gesagt haben – Sie die Interessen der Telekom wirklich effizient vertreten haben.

Es geht dann weiter mit: Lieber Christian, am 26. März 2009, Übermittlung, Ergebnis und so weiter. Dazwischen gibt es noch Beschwerden, wo Sie den lieben Christian informieren: Lieber Christian, anbei die Überarbeitung.

Ich habe so etwas wirklich noch nie gesehen, und ich bin schon einige Zeit mit dem Gesetzgebungsprozess vertraut.

Lieber Christian – stammt auch von Ihnen –, anbei die Überarbeitung. Wir haben – ich muss versuchen, das vorzulesen – seeeehr – mit vier e, Beistrich –, seeeehr viel übernommen. Mit den zwei Monaten tun wir uns jedenfalls noch recht schwer, und unsere hohen Herren sind alles andere als glücklich darüber. Wir sollten uns da wirklich noch gut überlegen, was man da in der Praxis machen kann, um den Verfahrensablauf zu straffen und zu konzentrieren.

Das muss man sich vorstellen! Da machen Sie den Entwurf anstelle des Ministeriums, dann sind Sie bereit, ein paar Änderungen aufzunehmen, und dann melden Sie stolz dem „lieben Christian“, nämlich dem zuständigen Legisten des Ministeriums: Anbei die Überarbeitung. – Natürlich nicht durch das Ministerium, sondern wieder durch die Telekom. – Wir haben seeeehr, seeeehr viel übernommen.

Na toll! So stelle ich mir einen Gesetzgebungsprozess vor.

Haben Sie zu diesem Zeitpunkt die anderen Anbieter, die Konkurrenten in diesen Telekom-Gesetzgebungsprozess, in diesen offensichtlich unternehmensinternen Gesetzgebungsprozess einbezogen?

Mag. Marielouise Gregory: Was Sie da so darstellen, hat auch einen sehr praktischen Hintergrund.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, das glaube ich.

Mag. Marielouise Gregory: Ja. Und der war der, dass, wie Sie vielleicht wissen, zur gleichen Zeit das Postmarktgesetz gelaufen ist und wir in diesem Zeitraum natürlich versucht haben, all jene Forderungen, die vonseiten des BMVIT gekommen sind, in unseren Vorschlag, den wir immer dem BMVIT zur Verfügung gestellt haben, einzuarbeiten.

Die Positionen der anderen Betreiber sind dann noch sehr detailliert in den Initiativantrag, der dann, ich glaube im Sommer, vorgelegen ist, eingeflossen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): So, jetzt kommen wir halt in den Sommer.

Mag. Marielouise Gregory: Oder im Mai.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Jetzt brauchen Sie, wenn das nicht über Regierungsvorlage und Begutachtungsverfahren gehen soll, zwei Abgeordnete für einen Initiativantrag. So ist es im Gesetzgebungsprozess.

Weder die Telekom noch ihre Interessenvertreter im Verkehrsministerium wollten ein Begutachtungsverfahren – auf das kommen wir dann noch zurück –, also zerbricht man sich den Kopf darüber: Welche Abgeordneten nehmen wir uns denn für den Gesetzgebungsprozess für den Initiativantrag?

Da gibt es einmal den Abgeordneten Gartlehner von der SPÖ – da wird sich dann herausstellen, eh kein Problem, denn der steht schon auf der Payroll vom Herrn Hohegger –, und dann braucht man noch von der Österreichischen Volkspartei jemanden.

Jetzt lese ich Ihnen etwas vor. Da waren Sie nicht persönlich dabei, aber nur damit das Ganze ein Ganzes wird.

Singer Christian schreibt an Weissenburger und andere:

Anbei nochmals der aktuelle und aus meiner Sicht Letztstand der TKG-Texte. Siehe Beilagen.

Und weiter:

Gesetzestext ist jener, der auch Grundlage der Besprechung mit Hakl am 5. Mai war. Klammer. (Ich hoffe, es hat sich seither nichts verändert.)

Hakl ist Karin Hakl, die Technologiesprecherin und Abgeordnete der Österreichischen Volkspartei.

Und dann teilt Singer Christian mit – ich zitiere –:

Ich vermute aber, die ÖVP, so wie sie sich bisher verhalten hat, will es nicht im Budgetbegleitgesetz. Wahrscheinlich braucht Hakl irgendeinen Punkt, wo Sie sich durchsetzt. Vorher wird sie nicht Ja sagen. Wir sollten überlegen, was wir für sie im Text machen könnten. – Zitatende.

So schaut die Betreuung des Gesetzgebungsprozesses aus. Man hat also eine Abgeordnete (*Mag. Gregory: Leidvolle Erfahrung!*), wo man sagt, die ist ein bisschen störrisch. Daher: Was könnten wir ihr geben? Geben wir ihr irgendwas. Fällt euch was ein?

Ist Ihnen irgendetwas eingefallen, was man der Abgeordneten Hakl geben könnte?

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Die 7 Minuten sind dann auch zu Ende.

Mag. Marielouise Gregory: Ich kann zu dem E-Mail nur sagen, ich sehe das heute zum ersten Mal. Und was sich Herr Dr. Singer da gedacht hat, müssen Sie bitte mit ihm besprechen. Ich habe keine Ahnung, was er gemeint hat.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sie sind sich aber sicher, dass Dr. Singer dem Verkehrsministerium und in dem Fall nicht der Telekom angehört?

Mag. Marielouise Gregory: Ja, ganz klar.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Gut. Ich frage dann in der nächsten Runde weiter. – Danke.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Frau Mag. Gregory, anschließend an den Kollegen Pilz: Ist Ihnen bekannt, dass zunächst die Absicht bestanden hat, das Telekommunikationsgesetz im Budgetbegleitgesetz zu verabschieden?

Mag. Marielouise Gregory: So war meine Wahrnehmung, ja.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Ist Ihnen bekannt, wer dagegen aufgetreten ist und sich für ein Begutachtungsverfahren eingesetzt hat?

Mag. Marielouise Gregory: Die Details des parlamentarischen Ablaufs waren mir dann nicht mehr sehr geläufig.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Es hat Sie nicht interessiert, ob das gleich beschlossen wird ohne Begutachtung, oder ob es später beschlossen wird mit Begutachtung?

Mag. Marielouise Gregory: Ich habe nur mitgekriegt, dass es zunächst im Budgetbegleitgesetz hätte beschlossen werden sollen, und dann ist ... Da habe ich keine Wahrnehmung, was genau passiert ist, ist es eine Initiative ...

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Sie haben keine Wahrnehmung darüber, dass Frau Abgeordnete Hakl darauf bestanden hat, das es zu einer Begutachtung kommt und dass es nicht im Budgetbegleitgesetz verabschiedet wird?

Mag. Marielouise Gregory: Ich habe die Wahrnehmung, dass Frau Hakl sich sehr bemüht hat, alle Stakeholder einzubeziehen, was sie auch gemacht hat. Sie hat natürlich mit den alternativen Netzbetreibern gesprochen, sie hat mit der RTR gesprochen, sie hat mit den EVUs gesprochen. Diese Themen sind dann alle noch eingeflossen in den Initiativantrag, der da geschehen ist.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Also die Initiative, auch Ihre Konkurrenz eigentlich einzubeziehen, ist von der Frau Abgeordneten Hakl ausgegangen?

Mag. Marielouise Gregory: Auf jeden Fall.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Das ist nämlich bemerkenswert. Ich zitiere ein E-Mail vom 26. Mai 2009 von Herrn Singer an die Frau Weissenburger, in dem er schreibt:

Ich habe mir im Flugzeug den Text von Abgeordneter Hakl angesehen. Grundsätzlich kann man den vorliegenden Text in dieser Form akzeptieren, die rechtlichen Schmerzen, die ich durch den Vorschlag der Telekom mit Geduld und Demut zu ertragen hatte, sind geringer geworden. Die Telekom wird aber nicht ganz zufrieden sein, ist es doch ein Rückschritt von den Wünschen der Telekom, aber es ist ein Fortschritt gegenüber dem geltenden Text, also ein Kompromiss. – Zitatende.

Würden Sie sagen, dass Frau Abgeordnete Hakl da maßgebliche Änderungen veranlasst und durchgesetzt hat?

Mag. Marielouise Gregory: Frau Hakl hat sich sicher bemüht, möglichst viele Stakeholder einzubeziehen, und der Gesetzesentwurf hat sich maßgeblich weiterentwickelt in das, was wir heute im TKG sehen.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Frau Mag. Gregory, Ihnen ist ja die anonyme Anzeige im Zusammenhang mit dem TKG 2009 bekannt? (*Mag. Gregory: Ja!*) – Ich darf daraus zitieren:

Es bedurfte insgesamt zweier Termine, bis ich gemeinsam mit ihr – damit wären Sie gemeint –,

das Projekt Telekom-Gesetznovellierung unter Einbindung von Dr. Regner unter Dach und Fach bringen konnte. Die Einigung mit ihr wurde sicher auch durch eine Zusage zur Splittung der Rechnung erleichtert. Sie sollte aus ihrem Budget die Hälfte der insgesamt 103 250 € übernehmen. Den Rest packen wir in unser Budget. In der weiteren Folge gab es ihrerseits immer wieder Beschwerden bei mir, weil sie Dr. Regner inhaltlich weitgehend als inkompetent qualifizierte. – Zitatende.

Befragt zu diesen Vorgängen, geben Sie in Ihrer Zeugeneinvernahme vom 25.1.2012 an, dass Sie Herrn Dr. Regner nicht kennen. – Halten Sie diese Aussage aufrecht? (*Mag. Gregory: Ja!*) – Das bedeutet, dass Sie auch ausschließen, dass Dr. Regner in ein Projekt im Zusammenhang mit der Telekom-Gesetznovellierung eingebunden war?

Mag. Marielouise Gregory: Ja. Auf unserer Seite ganz gewiss nicht. Ich habe ihn nicht beauftragt, den Herrn Dr. Regner, ich habe ihn auch nicht kennengelernt. Und wie Sie aus dem Aktenlauf sehen und aus den E-Mails sehen, also das waren nicht, wie die anonyme Anzeige angibt, zwei – wie steht es dort; lesen Sie es noch einmal vor, ich habe es jetzt nicht vor mir – zwei Stunden oder zwei Tage, sondern das war ein langwieriger, mühsamer Prozess. Diese anonyme Anzeige ist von vorn bis hinten erfunden.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Ein Aktenlauf schließt ja nicht aus, dass andere Personen als jene, die in den Akten vorkommen, beteiligt sind.

Mag. Marielouise Gregory: Ja, aber das stimmt nicht.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Haben Sie irgendeine Erklärung, wie es zu dieser Anzeige kommt? (*Mag. Gregory: Nein!*) – Können Sie ausschließen, dass Herr Dr. Regner aus Ihrem Budget in irgendeiner Art und Weise bedacht worden ist?

Mag. Marielouise Gregory: Ich habe niemals eine Zahlung an den Herrn Dr. Regner freigegeben.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Sie erinnern sich an keinen Betrag von 100 000 €? (*Mag. Gregory: Nein!*) – Können Sie ausschließen, dass Dr. Regners Arbeit durch einen anderen Topf der Telekom oder auch durch dritte Personen abgegolten wurde?

Mag. Marielouise Gregory: Wir haben intern in der Telekom das untersuchen lassen, und das Ergebnis der Revision war, dass es keine Leistungen an den Herrn Dr. Regner gab.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Waren vielleicht andere Rechtsanwälte eingebunden in die TKG-Novelle? (*Mag. Gregory: Ja!*) – Können Sie uns da Namen nennen?

Mag. Marielouise Gregory: *bpv Hügel* hat mich in verfassungsrechtlichen Fragen unterstützt. Das Unternehmen natürlich.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): War vielleicht Herr Dr. Adolf Anderl beteiligt an der Entstehung?

Mag. Marielouise Gregory: Den kenne ich nicht.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Herr Dr. Stefan Prohaska?

Mag. Marielouise Gregory: Der war nicht beteiligt. Am TKG 2009.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Das heißt, den Entwurf für den Gesetzestext haben Sie verfasst.

Mag. Marielouise Gregory: Haben wir in der Abteilung verfasst, ja.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Ich habe im Moment keine weiteren Fragen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Dieser ganze Reigen von diesen vielen Treffen und Besprechungen, die stattgefunden haben, und dieser rege, teilweise sehr amüsante E-Mail-Verkehr sind ja auch schon ausführlich zitiert worden. Ich frage Sie konkret: Haben die Änderungen der Novelle des Telekommunikationsgesetzes am Ende des Tages, wie es dann auf Basis dieses Initiativantrages der Abgeordneten Haki und Gartlehner beschlossen wurde, den ursprünglichen Ideen und den Intentionen der Telekom entsprochen? Also waren Sie mit dieser Novelle zufrieden oder nicht?

Mag. Marielouise Gregory: Schlussendlich kam es zu einer Straffung des Verfahrens, was für die Telekom nicht unwichtig ist. In vielen anderen Punkten haben sich natürlich die anderen durchgesetzt.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Was meinen Sie konkret mit „es kam zu einer Straffung des Verfahrens, was für die Telekom nicht unwichtig ist“?

Mag. Marielouise Gregory: Wie eingangs schon erläutert, ging es der Telekom darum, die Verfahrensfristen, die im TKG vorgesehen waren, die sehr langwierig waren, zu straffen und das Verfahren zu straffen. Wenn man im März oder im Februar plant, sollte man tunlichst im Sommer bauen können. Das war das Ziel, das

dahinterstand. Die Verfahrensregelungen im TKG waren so gestaltet, dass ein Bau im Sommer nicht möglich gewesen wäre, sondern dass man frühestens bei Ausschöpfung des Verfahrens irgendwann im Winter dazu gekommen wäre, wenn dann der Schnee gelegen wäre und wo man dann wieder nicht bauen kann. Also das war das hauptsächliche Ziel, das die Telekom erreichen wollte.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gut, der Schnee war's. Okay. Sie sagen, es war Ihnen wichtig, dass das zeitlich schnell abgewickelt wurde, weil es sonst zu schneien anfängt.

Können Sie sich damit erklären, dass diese Änderung, diese Novelle des Telekommunikationsgesetzes durchgeführt wurde und es keine Begutachtung gegeben hat, sondern dass zwischen der Einbringung und der Beschlussfassung nur eineinhalb Monate vergangen sind, was wahnsinnig kurz ist und der zuständige Verfassungsdienst des Bundeskanzleramtes dazu auch feststellt: Vorab wird darauf hingewiesen, dass angesichts der zur Verfügung stehenden Zeit nur eine grobe Einschätzung vorgenommen werden kann. Also die können es gar nicht genau prüfen, so eilig hat man es. Sie haben gerade ausgeführt, Sie bleiben dabei – noch einmal –:

Es hätte dann schon zum Schneien angefangen. Es war wichtig für uns, dass das möglichst schnell kommt.

Können Sie das noch einmal so bestätigen?

Mag. Marielouise Gregory: Herr Petzner, es war so, dass es uns um eine Straffung des Verfahrens ging, um eine Straffung der Verfahrensregelungen im TKG. Das hat etwas mit dem Breitbandausbau zu tun und da ging es darum, dass, wenn man im Februar plant, dass man tunlichst auch im Sommer bauen kann. Es hat nichts damit zu tun, dass die TKG-Novelle im Sommer kommt, damit der Schnee nicht vorher kommt, wenn ich Sie richtig verstanden habe.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich habe Sie schon richtig verstanden.

Es hat am 19. Mai 2009 dazu eine Besprechung um 10 Uhr im ÖVP-Parlamentsklub zu dieser Novelle des TKG.

Waren Sie bei diesem Gesprächstermin dabei?

Mag. Marielouise Gregory: Das weiß ich heute nicht mehr. Wenn Sie eine Unterlage haben dazu, können Sie sie mir ja gerne vorlegen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich zeige Ihnen den Mail-Verkehr zwischen Singer und einem Parlamentsmitarbeiter des ÖVP-Klubs dazu. Den Herrn Singer kennen Sie ja sehr gut. Das haben wir ja heute schon gehört. Mit dem sind Sie ja sehr freundlich auch in den E-Mails umgegangen. Vielleicht können Sie sich dann erinnern.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Wir sind ja schon lange über die 7 Minuten hinaus, Herr Kollege Petzner.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Sicher nicht mit meiner Frage.

(Der Auskunftsperson werden Schriftstücke vorgelegt.)

Haben Sie jetzt den Mail-Verkehr gelesen?

Mag. Marielouise Gregory: Es hat mehrere Besprechungen mit Frau Mag. Hakl gegeben. Sie hat auch natürlich die anderen Stakeholder eingeladen und wir haben die Punkte, die im Gesetzestext nicht entsprochen haben, in diesen Besprechungen besprochen. Ob das jetzt am 10. Juli oder an dem von Ihnen angeführten Tag war, kann ich heute nicht mehr mit Sicherheit sagen. Was war: Es hat mehrere Runden bei Frau Hakl gegeben.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Waren diese Runden in dem Sinne erfolgreich, dass es dann auch Änderungen gegeben hat auf Basis dieser Gespräche mit Frau Hakl?

Mag. Marielouise Gregory: Frau Hakl hat sehr wohl Änderungen auf Basis dieser Gespräche durchgesetzt.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Die in Ihrem Interesse waren und die Sie haben wollten?

Mag. Marielouise Gregory: Nein, nein, ganz im Gegenteil. Sie hat die Position der Branche durchgesetzt.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Sie haben aber gerade vorher gesagt, Sie haben Frau Hakl dort Ihre Vorstellungen geäußert.

Mag. Marielouise Gregory: Frau Hakl hat sich sehr darum bemüht, dass die Positionen der Branche in den Initiativantrag, den sie dann selber gemacht hat, einfließen. Und da hat sie sich darum bemüht, dass sich möglichst alle Stakeholder in diesem Gesetz wiederfinden.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich sehe schon, Sie sind ein Fan von Frau Hakl. Ich nicht.

Wie hoch würden Sie den wirtschaftlichen Nutzen, den wirtschaftlichen Vorteil für die Telekom beziffern?

Mag. Marielouise Gregory: Ich bin in keiner betriebswirtschaftlichen Abteilung tätig, sondern in der Rechtsabteilung. Ich kann dazu keine Aussage machen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Sie haben ja maßgeblich am Entstehungsprozess mitgewirkt und als Leiterin der Rechtsabteilung haben Sie sich nie damit befasst, was das wirtschaftlich bringt? Nie?

Mag. Marielouise Gregory: Ich habe dazu keine Wahrnehmung.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Haben Sie da auch jemals Gespräche mit Herrn Gartlehner persönlich geführt zu dieser Novelle des TKG?

Mag. Marielouise Gregory: Ich kann mich erinnern, dass Herr Gartlehner bei Besprechungen dabei war.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Welche Position hat Herr Gartlehner dort vertreten? Wir wissen ja, dass der Herr Gartlehner auf der Payroll des Herrn Hohegger steht.

Mag. Marielouise Gregory: Herr Gartlehner hat sich dafür eingesetzt, dass auch die Positionen der Branche in das TKG aufgenommen werden und hat das gemeinsam mit Frau Hakl gemacht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das heißt, es war ihm auch wichtig, dass es zu dieser Novelle kommt?

Mag. Marielouise Gregory: Er hat die Novelle dann als Initiativantrag unterstützt.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich trage Ihnen kurz etwas vor. Sie sagen, er hat es unterstützt. Ich weiß nicht, warum sich dann Herr Gartlehner in seiner Zeugenvernehmung vom 24. November 2011 so dagegen wehrt, dass er das unterstützt hat, wie Sie das sagen. Sie sagen, der hat das unterstützt, dem war die Novelle auch wichtig. Und er wird dort gefragt – ich zitiere –:

Weshalb und über wessen Ersuchen beziehungsweise Betreiben haben Sie diesen Antrag eingebracht?

Gemeint ist der Initiativantrag, sein gemeinsamer mit Hakl. Sie sagen, die Novelle war ihm wichtig.

Wissen Sie, was Herr Gartlehner sagt? – Dies ist **nicht** auf meine Initiative erfolgt. Er distanziert sich total und sagt:

Ich als Technologiesprecher **musste** als SPÖ-Verantwortlicher bei diesem Initiativantrag mitmachen.

Können Sie sich diese Aussage erklären?

Mag. Marielouise Gregory: Ich möchte meine Aussage dahin gehend verstanden wissen, dass er den Initiativantrag gemeinsam mit Frau Hakl und auch anderen Nationalratsabgeordneten eingebracht und als Telekom-Sprecher bei Besprechungen teilgenommen hat.

Abgeordneter Mag. Michael Schickhofer (SPÖ): Also insbesondere bei den Besprechungen mit den Abgeordneten sind die Interessen der restlichen Branchenvertreter sehr stark zur Diskussion gestanden und mit aufgenommen worden. – Stimmt das so?

Mag. Marielouise Gregory: Das war meine Wahrnehmung. Ja.

Abgeordneter Mag. Michael Schickhofer (SPÖ): Dann hätte ich eigentlich nur noch eine Frage. Ich weiß, Sie sind nicht für die wirtschaftlichen Belange unmittelbar zuständig. Aber um welches Investitionsvolumen ist es in etwa gegangen, das die Telekom dann investieren wollte in diesem besagten Sommer?

Mag. Marielouise Gregory: Es geht nicht um den besagten Sommer, sondern es geht um den Breitbandausbau überhaupt. Also wir haben da mehrere 100 Millionen € geplant, die wir in Österreich „vergraben“ wollen. Und Glasfaser ausrollen, heißt, man muss wirklich die Straßen aufgraben, man muss Glasfaser hineinlegen, man muss die Häuser anschließen. Das kann man nur machen, wenn man die entsprechenden Tools dazu hat. Wenn man für jeden Meter Verfahren führen muss, die Monate dauern oder vielleicht auch länger, kommt man mit seinem Investitionsvolumen nicht sehr weit, weil da verbrät man die Kosten irgendwo anders.

Uns war wichtig, eben gerade die Ziele, die von der EU und von der Bundesregierung vorgegeben sind, nämlich Österreich weitestgehend mit Breitbanddienstleistungen zu versorgen, umzusetzen. Und dazu brauche ich einfach effiziente Regelungen, gerade im Leitungsrecht, um einfach graben zu können: Leitung rein, zuschütten, Asphalt drüber oder Acker graben, zuschütten, wieder ansäen. Das umsetzen zu können, das war uns wichtig.

Abgeordneter Mag. Michael Schickhofer (SPÖ): Wollte außer der Telekom noch jemand investieren?

Mag. Marielouise Gregory: Das ist ja das große Problem in Österreich. Zum Glasfaserausbau gibt es immer nur einen, der investieren soll und muss und das ist immer die Telekom Austria, und die ist ja dann regulatorisch verpflichtet, ihr Netz allen anderen anzubieten. Also da schaut Dr. Serentschy beziehungsweise der Regulator sehr genau, dass wir all unsere Netzdienstleistungen, die wir für die Telekom-Austria-Kunden nutzen, auch allen anderen alternativen Betreibern bereitstellen. Also, so nützt ein Breitbandausbau nicht nur der Telekom Austria, sondern auch der Tele2 und anderen Festnetzanbietern, auch in Wien, und vor allen Dingen auch den Mobilfunkanbietern, weil wir mit der Glasfaser näher zu den Mobilfunkstationen hinkommen. Also davon hat die ganze Branche etwas.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz: Zwei Sachen noch. Das Eine ist: Sie kennen wahrscheinlich nicht die Zeugenvernehmung von Herrn Steinmaurer von T-Mobile. Der fasst den ganzen Prozess aus seiner Sicht zusammen. Ich zitiere kurz:

Uns war damals schon,

also Ende Juni 2009,

bekannt, dass diese geplante Novellierung von der Telekom Austria ausgehen **musste**. Dies deshalb, weil im Antrag der Abgeordneten Mag. Haki und Ing. Gartlehner in § 1 Abs. 2 Z 2 lit. c ein Standsatz der Telekom Austria verwenden wurde.

Und zitiert: (Förderung effizienter Infrastrukturinvestitionen ... durch Berücksichtigung der Kosten und Risiken).

Das ist ein Standsatz, ich habe mich selber dann davon überzeugt. An solchen Standsätzen erkennt man oft diese vorformulierten Entwürfe bestimmter Unternehmen, das ist ein klassischer Telekom AG-Standsatz.

Und dann berichtet Steinmaurer in seiner Einvernahme, was dann alles passiert ist. Man hat darüber geredet, ein bisschen hat man die anderen dann noch berücksichtigt, aber es war eigentlich alles schon für die Telekom Austria gelaufen.

Und dann noch: Die wesentlichen Vorteile dieser Novellierung hat aber trotzdem die Telekom Austria. Wir konnten nur verhindern, dass dieses Gesetz **zu einseitig** zugunsten der Telekom ausgefallen ist. Eigenartig ist jedoch, dass die Entstehung bei diesem Gesetz aufgrund eines Initiativantrages erfolgte, und es keine ordentliche Konsultation gab, wie es bei solchen Novellen sonst üblich ist. Normalerweise hätte diese Novelle in die Begutachtung gehen müssen, und dadurch hätten **alle** Betroffenen Stellung nehmen können. Dies wurde jedoch durch die Einbringung des Initiativantrages verhindert. Unsere Position war dadurch nur informell, dies aufgrund unserer Eigeninitiative. – Zitatende.

Das war ja gerade die Geschichte mit dem Initiativantrag. Eine der wesentlichen sogenannten Vorteile des Initiativantrages ist ja gerade die Vermeidung des Begutachtungsverfahrens, das bei der Regierungsvorlage ja durchaus üblich ist.

So, das hat die Telekom alles erreicht. Was mich aber viel mehr interessiert ist das, was wir morgen mit Herrn Dr. Hohegger besprechen werden. Der hat nämlich in seiner Beschuldigtenvernehmung vom 5. Juli 2011 **detailliert** das Projekt Investitionsschutz Glasfaserausbau beschrieben.

Und das möchte ich Ihnen jetzt nicht vorhalten, weil ich davon ausgehe, dass Sie in Bezug auf Dr. Hohegger keine persönlichen Wahrnehmungen haben, aber das, das liest sich wirklich spannend.

Hohegger erklärt: 800 Millionen € bis 1,1 Milliarden € Investitionen stehen zur Diskussion. Die Telekom **muss** sich durchsetzen, macht diese Initiative Investitionsschutz Glasfaserausbau.

Und dann beschreibt Hohegger detailliert, wie ein Verbündeter nach dem anderen gewonnen wird, wie gezahlt wird, wie Verbündete gekauft werden, wie Projekte bezahlt werden, und, und, und.

Weiters beschreibt er, wie es bei Gusenbauer geht, wie es bei Molterer geht, wie der Betriebsrat Kusin zum Molterer, also zum Vizekanzler, geschickt wird, wie sie zum Bauernbundpräsidenten Grillitsch gehen und den als Verbündeten gewinnen und mit Maischberger, und dort das Projekt bezahlen und dort das Projekt bezahlen und bezahlen und bezahlen und bezahlen. Das wird detailliert beschreiben. Und das ist für mich das wirklich Spannende. Diese Regner-Reschreiter-Geschichte, die wird uns in

anderen Zusammenhängen noch öfter beschäftigen. Da hat ja Dr. Stratil vor diesem Ausschuss ja schon einiges Bemerkenswertes geschildert.

Aber das wirklich Entscheidende ist diese große Initiative, die von Hohegger entwickelt worden ist, entworfen worden ist, von Rudolf Fischer übernommen worden ist, von Schieszler und anderen umgesetzt worden ist, und letzten Endes zum Erfolg geführt hat. Und dazu kann ich Sie nicht befragen.

Ich möchte Ihnen das auch nicht im Detail zumuten. Sie haben damit wirklich nichts zu tun, sondern das ist im Wesentlichen Gegenstand der morgigen Befragung. – Dankeschön.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Ich habe noch ein paar Fragen. Frau Mag. Gregory, als Chefjuristin der Telekom ist Ihnen sicher geläufig, welche Art von Rechtsgeschäften, Förderungen, Verträge, ab welchen Größenordnungen durch welche Personen und Organe zu genehmigen sind.

Können Sie ein wenig erläutern, welche Beträge Personen, die Inhaber einer Prokura sind, alleine oder gemeinsam zeichnen müssen beziehungsweise ab welcher Größenordnung sind Rechtsgeschäfte dem Aufsichtsrat mitzuteilen?

Mag. Marielouise Gregory: Sie sprechen da das Thema Unterschriftenordnung an. Ich bitte um Nachsicht, ich weiß immer nur die aktuellen Zahlen, weil das ändert sich. Also zum Beispiel haben wir ja jetzt – jetzt stimmt ja nicht, haben wir zum Zeitpunkt, wie Fest und Mobil verschmolzen worden sind, das sehr gestrafft, und als die ersten Vorwürfe aufgetaucht sind, haben wir ja auch dieses Regularium unter der Führung von Dr. Ametsreiter noch einmal grundsätzlich überarbeitet.

Derzeit ist es so, dass man eine Vorstandsgenehmigung bei Verträgen über 1 Million € braucht, dazu braucht man zwei Vorstände. Ein Prokurist und ein Vorstand kann bis 1 Million € unterschreiben, über 1 Million € sind es zwei Vorstände.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Das gilt seit wann?

Mag. Marielouise Gregory: Nageln Sie mich nicht fest, aber das muss gelten seit der Fusion Mobilfunk/Festnetz.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Und das war?

Mag. Marielouise Gregory: Im Sommer 2009.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Und wie war es davor?

Mag. Marielouise Gregory: Da war es ein bisschen großzügiger im Festnetzbereich.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Ein bisschen großzügiger?

Mag. Marielouise Gregory: Ich weiß es nicht mehr. Ich weiß es wirklich nicht mehr. Nageln Sie mich nicht fest! Ich weiß es nicht.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Aber, dass es großzügiger war ist ...

Mag. Marielouise Gregory: Also die Unterschriftsgrenzen haben wir herabgesetzt, insbesondere haben wir auch für einzelne Geschäftsfälle, insbesondere für Beratungsverträge jetzt niedrigere Schwellen. Insbesondere muss der CEO unterschreiben, wenn es um mehr als 100 000 € insgesamt geht. Also da gibt es noch für einzelne Geschäfte Sublimits, auf deren Einhaltung wir sehr genau achten.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Wenn Sie sagen, wir haben sie herabgesetzt, ich meine irgendeine Größenordnung, von wo Sie sie herabgesetzt haben ...

Mag. Marielouise Gregory: Es kann nicht recht ...

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Ich nagle Sie nicht jetzt ganz fest, aber eine Größenordnung? Die können Sie nicht sagen?

Mag. Marielouise Gregory: Weiß ich nicht mehr.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich muss Sie in der Schlussfrage noch mit einem Mail konfrontieren, da sind auch Sie im Cc drinnen. Dieses Mail schickt Herr Mag. Michael Jungwirth, der war ja bekanntlich vorher auch einmal Kabinettchef unter ÖVP-Staatssekretär Kukacka, am Freitag, den 17. April 2009, an Beamte des Ministeriums, darunter Singer und auch Schitnig, und in Kopie an Sie, an den Herrn Fischer Michael und an den Martin Fröhlich mit dem Betreff: TKG-Anlagen.

Und jetzt wird es schon wieder amüsant: TKG-Novelle 2009, Version 15. Ja, also das Dokument hat den Titel „Version 15“, das heißt 15 Mal haben Sie zwischen Ministerium und Telekom da hin und her gerudert, bis man es endlich richtig gehabt hat. Wichtigkeit: Hoch.

Und dann kommt´s – ich zitiere –:

Lieber Harald, lieber Christian! Anbei wie gestern besprochen der adaptierte und akkordierte Gesetzestext. Bitte, wie vereinbart, um Übermittlung der Leitungs- und Wegerechte eurerseits an das Bundesministerium für Finanzen, damit es **entweder** noch ins Budgetbegleitgesetz kommt (Wichtig: auch wurde grundsätzlich seitens Herrn Vizekanzler an Generaldirektor Nemsic zugesagt) –

Vizekanzler war damals Pröll –

oder per Abänderungsantrag im Budgetausschuss, spätester Termin 4. Mai für Antragseinbringung, angenommen werden kann. Weiters bitte ich, wie vereinbart, um – und das folgende Wort ist jetzt unter Gänsefüßchen –

„unvoreingenommene“ Prüfung des regulatorischen Teils durch die RTR.

Und dann: Die Übermittlung des Kabinetts für diese **unvoreingenommene** Prüfung unter, unter ...

Also dieser Gesetzestext, der nach 15 verschiedenen Änderungsversionen endgültig adaptiert und akkordiert nach ist, das Kabinett möge ihn an die Regulierungsbehörde schicken. Dazu frage ich Sie jetzt, weil das auch an Sie Cc geschickt wurde.

Ist dieser adaptierte und akkordierte Gesetzestext am Ende des Tages dann beschlossen worden?

Und: Welche Wahrnehmungen haben Sie in Bezug auf jene Teile dieses Mails, wo drinnen steht: wie vereinbart?

Das heißt, wissen Sie etwas über die vereinbarte Übermittlung an das BMF, damit man es noch im Budgetbegleitgesetz unterbringt? Wissen Sie etwas über die, wie es dort steht, grundsätzliche Zusage von Pröll an Nemsic, dass er das machen wird? Und wissen Sie etwas über die wie-vereinbarte „unvoreingenommene Prüfung“?

Das interpretiere ich so: Ganz ernst haben wollen wir es nicht, das soll grünes Licht sein.

Frage: Wissen Sie etwas zu diesen Vereinbarungen? Waren Sie mit dabei? Hatten Sie da Vereinbarungen? Wenn ja: welche waren das?

Und: Wissen Sie etwas von der Zusage des Herrn Vizekanzlers Pröll damals an Herrn Nemsic?

Mag. Marielouise Gregory: Herr Petzner, es ist so einfach: Herr Nemsic und Herr Pröll sind einfach nicht meine Liga, die sind einfach ganz woanders. Was die miteinander sprechen, darüber habe ich keine Wahrnehmung.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Und die restlichen Fragen?

Mag. Marielouise Gregory: Darf ich Sie noch einmal bitten.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich bitte Sie, das Mail in Ruhe durchzulesen.

(Der Auskunftsperson werden Schriftstücke vorgelegt.)

Überall dort, wo steht „wie vereinbart“ frage ich Sie: Welche Wahrnehmungen haben Sie dazu, welche Vereinbarungen das zwischen welchen Herrschaften waren? Noch einmal, was war das? Ich zitiere:

Weiters bitte ich, wie vereinbart, um „unvoreingenommene“ Prüfung des regulatorischen Teils durch die RTR. – Zitatende.

Wer hat da was vereinbart und mit wem? Das Mail ist an Sie in Cc gegangen. Sie werden es wohl wissen. Oder warum sind Sie sonst drinnen als Cc-Person, die auch damit befasst war? Was ist vereinbart worden mit dem Finanzministerium, damit man es noch ins Budgetbegleitgesetz bringt? Und was ist vereinbart worden in Hinsicht darauf, dass der Abänderungsantrag im Budgetausschuss spätestens am 4. Mai noch eingebracht werden soll? Das heißt, immer bezogen auf diese Vereinbarungen. Lesen Sie das Mail in Ruhe.

Mag. Marielouise Gregory: Mein Wissensstand dazu ist, dass der ursprüngliche Plan war, dass die Gesetzesnovelle im Rahmen des Budgetbegleitgesetzes beschlossen wurde. Wie Sie selbst ausgeführt haben, steht da: Version 15. Es ist sicher nicht bei Version 15 geblieben, es sind noch mehr geworden.

Wir stehen da, wenn ich das E-Mail richtig interpretiere, Mitte April. Bis zum Beschluss hat es noch eine Zeit lang gedauert, bis der Initiativantrag gekommen ist. Da hat es sicher noch etliche Versionen gegeben. Es war ein ständiger Fluss. Wer da wann mit wem worüber gesprochen hat, kann ich heute nicht mehr nachvollziehen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Sie wissen auch nichts von diesen Vereinbarungen, die da angesprochen sind?

Mag. Marielouise Gregory: Nein, das weiß ich nicht mehr.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Absolut letzter Hinweis: Sie haben vorher gesagt, Sie wissen nichts von diesem Gespräch zwischen Pröll und Nemsic, weil das nicht Ihre Liga war.

Seien Sie nicht so unbescheiden! Sie sind Leiterin der Rechtsabteilung, und ich halte Sie sogar für sehr, sehr wichtig und auch für kompetent. Sie werden das nicht umsonst geworden sein. Es gibt andere, die sind Parteichef und haben nicht einmal die Matura.

Meine Zusatzfrage lautet ganz zum Schluss: Sie haben jetzt gesagt, Sie haben gewusst, dass das im Budgetbegleitgesetz untergebracht werden soll, sagen aber zugleich, Sie wissen nichts von einer diesbezüglichen Zusage von Pröll an Nemsic.

Woher haben Sie dann gewusst, dass man das im Budgetbegleitgesetz unterbringen will und das so vorhat?

Mag. Marielouise Gregory: Das war der Wissensstand, den ich damals hatte.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Von wem hatten Sie diesen Wissensstand? Das frage ich Sie. Ich frage Sie nicht, welchen Wissensstand Sie hatten, sondern **von wem** Sie diesen Wissensstand hatten!

Mag. Marielouise Gregory: Von meinen Kollegen, die an dem Projekt beteiligt waren.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wie heißt dieser Kollege?

Mag. Marielouise Gregory: Sie sehen sie hier zum Beispiel auf dem E-Mail. Ich weiß nicht, wer es genau gewusst hat oder wer es mir gesagt hat; aber ich nehme an, dass es irgendeiner gewesen sein muss.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich habe schon verstanden, wie Sie sich herausdrehen wollen. Danke, passt schon.

Abgeordneter Mag. Michael Schickhofer (SPÖ): In dem ganzen Prozess, haben Sie da irgendeinen Partner gehabt, bei dem Sie das Gefühl gehabt haben, der vertritt jetzt wirklich die Interessen der Telekom mit?

Mag. Marielouise Gregory: Außerhalb der Telekom? (*Abg. Mag. Schickhofer: Ja!*) – Nein. Es war unser Vorschlag, den wir gemacht haben, und es war die Initiative der Telekom, die gekommen ist; aber ich hatte nicht das Gefühl, dass wir große Mitkämpfer hatten.

Abgeordneter Mag. Michael Schickhofer (SPÖ): Also sozusagen: Selbst wenn es irgendwo Lobbying gegeben haben sollte, haben Sie im Verhandlungsprozess und im konkreten Arbeiten nichts davon wahrgenommen, dass Sie irgendwie in den Verhandlungen mit den Beamten unterstützt werden?

Mag. Marielouise Gregory: Nein, wir hatten eher ein Thema gehabt, dass es sehr lang hin und her gegangen ist, bis ein Kompromiss gefunden worden ist. Ich hatte nicht das Gefühl, dass da irgendjemand mit seinen Argumenten zurückgehalten hätte. Ganz im Gegenteil, das war eine heftige Verhandlung, die ganze Zeit.

Abgeordneter Mag. Michael Schickhofer (SPÖ): Das heißt, Sie sind von den Beamten mit ihren Vorschlägen sehr kritisch beleuchtet worden und es hat entsprechende Abänderungsaktivitäten gegeben, und auch bei den Abgeordneten sind Sie eigentlich auf Widerstand gestoßen?

Mag. Marielouise Gregory: Genau so war es, das war meine Wahrnehmung dazu.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Frau Mag. Gregory! Ich muss noch einmal auf diese anonyme Anzeige zurückkommen, wo behauptet wird, dass das TKG 2009 unter Einbindung von Dr. Regner unter Dach und Fach gebracht werden konnte und wo von Geldflüssen die Rede ist. Sie haben, wenn ich es richtig in Erinnerung habe, ausgesagt, dass Sie überhaupt keine Erklärung haben, wie hier Dr. Regner überhaupt genannt werden kann.

Ist das richtig? (*Mag. Gregory: Genau!*) – In der Stellungnahme gegenüber der Staatsanwaltschaft werden Herr Dr. Reschreiter, Herr Dr. Regner und Herr Dr. Ametsreiter aber gemeinsam vom gleichen Rechtsanwalt vertreten.

Können Sie mir das erklären?

(*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.*)

Mag. Marielouise Gregory: Reschreiter, Regner und Ametsreiter vom gleichen Rechtsanwalt?

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Und die Telekom, ja? Es gibt eine Stellungnahme an die Staatsanwaltschaft. (*Vertrauensperson Dr. Norbert Wess: Das ist ein falscher Vorhalt!*)

Mag. Marielouise Gregory (*nach Durchsicht des ihr vorgelegten Schriftstücks*): Nein, das ist falsch. Darf ich Ihnen das erläutern? Die Beschuldigten sind hier angeführt. Die

Vertretungsvollmacht für den Herrn Dr. Wess bezieht sich auf den vierten, und das ist die Telekom Austria. Reschreiter und Regner werden ganz sicher nicht von uns vertreten.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Das heißt, das ist das Beschuldigtenverfahren gegen diese vier angeführten Personen bzw. die Unternehmung. Und die Vertretung durch bezieht sich nur auf die vierte, okay. Dann ist es ein Missverständnis.

Verfahrensanwalt Dr. Klaus Hoffmann: Es steht auch da: Vierter vertreten durch, bei viertens: vertreten durch. (*Dr. Norbert Wess: Ja, das ist nummeriert. Es steht: erstens, zweitens, drittens!*) – Und viertens ist: vertreten durch.

Mag. Marielouise Gregory: Und bei viertens ist: vertreten durch.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Das ist ein Missverständnis.

Obfrau Dr. Gabriela Moser dankt – da es keine weiteren Fragen gibt – der Auskunftsperson Mag. Gregory und ihrer Vertrauensperson Dr. Wess und verabschiedet diese.

17.58

Ebenso dankt die Obfrau allen Mitgliedern des Ausschusses, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Parlamentsdirektion sowie dem Verfahrensanwalt – und erklärt die Sitzung für **geschlossen**.

Schluss der Sitzung: 17.59 Uhr